

Ian Bruff
Matthias Ebenau
Christian May
Andreas Nölke (Hrsg.)
Vergleichende
Kapitalismusforschung:
Stand, Perspektiven,
Kritik

AKG



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Bruff / Ebenau / May / Nölke (Hrsg.)
Vergleichende Kapitalismusforschung

AkG

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.

Schwerpunkte bildeten bisher halbjährige Tagungen, bei denen folgende theoretische und politische Fragen behandelt wurden: „Kritische Gesellschaftstheorie heute“, „Feministische Perspektiven“, „Organisation, Bewegung und Hegemonie“, „Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – feministische Kritik, Internationalisierung und Migration“, „Internationale Politische Ökonomie“, „Subjektivität“, „Umkämpfte Arbeit“ und „alternative Krisendiagnosen und -politiken“.

Alle Herausgeber und zahlreiche AutorInnen sind Mitglieder der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Ian Bruff / Matthias Ebenau / Christian May /
Andreas Nölke (Hrsg.)

Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik

im Auftrag der
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der International Political Economy Group der British International Studies Association (BISA-IPEG)

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2013

© 2013 Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem Papier

ISBN 978-3-89691-928-1

Inhalt

Ian Bruff / Matthias Ebenau / Christian May / Andreas Nölke
Einleitung: Kapitalismusvergleich, Kapitalismusanalyse
und Kapitalismuskritik in Zeiten der globalen Krise 9

Teil I: Vergleichende Kapitalismusforschung – Kritische Bestandsaufnahme

David Coates
Paradigmen der Vergleichenden Kapitalismusforschung:
Neoklassik, neuer Institutionalismus und Marxismus 22

Ian Bruff / Eva Hartmann
Neopluralistische Politikwissenschaft, Wirtschaftssoziologie
und die konzeptuellen Grundlagen der Vergleichenden
Kapitalismusforschung 37

Bob Jessop
Der Weltmarkt und die Reproduktion von
Akkumulationsregimen in der Vergleichenden
Kapitalismusforschung: Variierter Kapitalismus
statt Spielarten des Kapitalismus 51

Matthias Ebenau
Die Globalisierung der Vergleichenden
Kapitalismusforschung: ein kritischer Blick auf
Stand, Probleme und Herausforderungen 70

Teil II: Neoinstitutionalismus – Varianten und Entwicklungen

Jan Drabokoupil / Martin Myant
Institutionalismus jenseits der „Spielarten des
Kapitalismus“: Transitionsökonomien in der
Vergleichenden Kapitalismusforschung 86

Christian May / Andreas Nölke
Kritischer Institutionalismus in der Vergleichenden
Kapitalismusforschung: Konzeptionelle Überlegungen
und Forschungsprogramm 103

Christel Lane / Geoffrey Wood
Vergleichende Kapitalismusforschung und Diversität
innerhalb von Kapitalismen: Das Beispiel Arbeit
und Beschäftigung 119

Ines Wagner / Nathan Lillie
Institutionalismus und räumliche Desintegration
in der Vergleichenden Kapitalismusforschung:
Arbeitsbeziehungen an der EZB-Baustelle Frankfurt 133

Teil III: Jenseits des Neuen Institutionalismus – Radikale Alternativen und neue Ansätze

Julia Lux
Wie „genderbar“ ist der Varieties of Capitalism-Ansatz?
Vergleichende Kapitalismusforschung aus einer
Geschlechter-Perspektive 148

Joachim Becker / Johannes Jäger
Regulationstheorie und Vergleichende
Kapitalismusforschung: Die Europäische Union
in der Wirtschaftskrise 163

Hans-Jürgen Bieling
Vergleichende Kapitalismusanalyse aus der Perspektive
einer neo-gramscianisch erweiterten Regulationstheorie 178

Jane Hardy
Ungleiche und kombinierte Entwicklung als Grundlage
der Vergleichenden Kapitalismusforschung:
Räumlichkeit, Arbeit und institutionelle Konfigurationen 194

Terrence McDonough
Soziale Strukturen der Akkumulation: Zur Aktualität
marxistischer Stadienanalysen des Kapitalismus für
die Vergleichende Kapitalismusforschung 211

Alexander Gallas
Stillschweigen in puncto Klassenherrschaft: eine Kritik
kritischer Vergleichender Kapitalismusforschung
zum britischen Staat 226

Jamie Gough

Marxistische Geographie statt Vergleichender
Kapitalismusforschung: Der Unterschied von lokalem und
nationalem Kapitalismus und wieso lokale Kapitalismen
sich unterscheiden 242

Literatur 258

Die Herausgeber 289

Die weiteren AutorInnen 289

Ian Bruff / Matthias Ebenau / Christian May / Andreas Nölke

Einleitung: Kapitalismusvergleich, Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik in Zeiten der globalen Krise

Anlass zur Initiierung des Projektes, aus dem dieser Band hervorgeht,¹ war unsere geteilte Unzufriedenheit mit den Reaktionen der dominanten Ansätze der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) – im Englischen ‘*Comparative Capitalisms*’² (Jackson/Deeg 2006) – auf die seit 2007/8 andauernde globale Wirtschaftskrise. Zwar begannen im weiteren Feld der Globalen und Vergleichenden Politischen Ökonomie umfangreiche Diskussionen über Ursachen und Folgen dieses systemischen Schocks. Die Kapitalismusvergleichsdebatte – also jene über die Entwicklung historisch und territorial spezifischer Varianten des Kapitalismus – hat diese aber nur in einem sehr begrenzten Umfang aufgenommen. Ihre Aufmerksamkeit galt und gilt vorrangig den diversen institutionell vermittelten Reaktionen auf die Krise, während sie deren geteilte, zugleich aber regional je spezifische Ursachen höchstens oberflächlich untersuchte. Eine überzeugende Krisenanalyse, die deren systemischen Charakter und gleichzeitig die beträchtliche Spannbreite von Auswirkungen und Reaktionen anerkennt, blieb die VKF damit schuldig. Diese hätte einer Rekontextualisierung der vorherrschenden institutionenanalytischen Perspektive im Rahmen der widersprüchlichen Entwicklung des Kapitalismus bedurft (Bruff/Horn 2012; vgl. auch May/Nölke in diesem Band); tatsächlich schirmte sich die Mainstream-VKF von

-
- 1 „Vergleich, Analyse, Kritik: Neue Ansätze zur Erforschung kapitalistischer Diversität“, angesiedelt an der Goethe-Universität-Frankfurt; weitere Informationen unter <http://www.cc.uni-frankfurt.de>.
 - 2 Durch alle Beiträge dieses Bandes hinweg werden fremdsprachige Zitate und Begriffe nach Möglichkeit übersetzt. Die Übersetzungen stammen von den jeweiligen AutorInnen bzw. ÜbersetzerInnen der einzelnen Kapitel.

dieser theoretischen Herausforderung der Krise aber weitgehend ab (eine bedeutsame, wenn auch begrenzte Ausnahme ist Streeck 2011). Die Dominanz neoinstitutionalistischer Zugänge, die vor allem auf Variationen in national spezifischen institutionellen Konfigurationen abstellen, blieb ungebrochen, die Ausrichtung der Forschungsagenda kaum verändert.

Der vorliegende Band nimmt die unbefriedigende Antwort der VKF auf die Krise zum Anlass, kritisch Forschungs- und Diskussionsstände aufzuarbeiten, die dominanten Perspektiven in einen Dialog mit alternativen Ansätzen aus der kritischen politischen Ökonomie zu bringen und auf diesem Wege einerseits Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung und andererseits fundamentale Alternativen im Sinne einer Kritik der institutionalistischen VKF aufzuzeigen.

1. Vorüberlegungen: Ausgangslage und Zielstellungen des Bandes

Ausgangspunkt dieses Vorhabens ist die Feststellung, dass das Wissen um eine fundamentale Vielgestaltigkeit des Kapitalismus – die Tatsache, dass kapitalistische Ökonomien spezifische, räumlich und zeitlich distinktive, relativ stabile Formen annehmen – keineswegs zuerst oder allein auf die heutige VKF zurückgeht. Tatsächlich handelt es sich um einen lang etablierten Wissensbestand der Globalen und Vergleichenden Politischen Ökonomie, über die meisten größeren Forschungsparadigmen – mit Ausnahme neoklassisch angeleiteter Perspektiven – hinweg (Bohle/Greskovits 2009; Coates 2005a). Allerdings reflektiert die Untersuchung kapitalistischer Vielgestaltigkeit die allgemeine Marginalisierung kritischer Forschung in den Sozialwissenschaften, wie sie sich in den letzten drei Jahrzehnten herausgebildet hat. So erscheinen institutionalistische VKF-Ansätze oft als die einzigen „heterodoxen“ Analyseperspektiven, jenseits von durch die neoklassische Wirtschaftswissenschaft beeinflussten Theorien. Dies bedeutet aus unserer Sicht eine problematische Verengung der Debatte, insbesondere wegen der impliziten Ignoranz gegenüber traditionell auf die systemische Kapitalismusanalyse abstellenden (neo-) marxistischen Theorien – eben jenen Ansätzen, die im Kontext der Krise in anderen Feldern wieder an Gewicht gewinnen (für einen Überblick über die verschiedenen Paradigmen vgl. Coates in diesem Band).

Speziell im Feld der vergleichenden Forschung hat die kritische politische Ökonomie aber wenigstens teilweise auch selbst zu ihrem eigenen Bedeutungsverlust beigetragen. So ist die reichhaltige – u.a. auf Antonio Gramsci und die französische Regulationsschule zurückgehende – Tradition kritischer Arbeiten zu historisch und geographisch spezifischen Formen des Kapitalismus weitgehend zum Erliegen gekommen (zu den bemerkenswerten Ausnahmen gehört Coates 2000). Führende VertreterInnen der kritischen politischen Ökonomie konzentrierten sich stattdessen auf „Makroentwicklungen“, oft auf der transnationalen Ebene (vgl. stellvertretend für viele Gill 2008; van der Pijl 1998). Trotz der unbestrittenen Verdienste solcher Arbeiten ist es oft schwierig, sie auf die konkreten Artikulationen des Kapitalismus in einzelnen Ländern oder zu spezifischen Zeitpunkten zu beziehen. Dies gilt vielleicht noch stärker für den deutschsprachigen Raum, wo die kritische Europa- und Globalisierungsforschung, umgekehrt aber auch länderspezifische Kapitalismusstudien – mit einigen beachtenswerten Ausnahmen (vgl. z.B. Hoffmann 2006) – zumeist ohne systematischen Bezug zur Problematik kapitalistischer Vielgestaltigkeit auskommen (vgl., wiederum beispielhaft, Altvater/Mahnkopf 2007; Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2012). Kritische Perspektiven haben daher bislang zu Debatten bspw. über die Zukunft spezifischer „Modelle“ des Kapitalismus im Kontext der „Globalisierung“ oder eben derzeit über differenzierte Ursachen für und Reaktionen auf die Krise weniger beigesteuert, als in ihrer Tradition eigentlich angelegt ist. Durch diese Selbstmarginalisierung haben kritische polit-ökonomische Perspektiven umgekehrt die Vorherrschaft institutionalistischer VKF-Ansätze in der vergleichenden Kapitalismusanalyse und ihren scheinbaren Alleinanspruch auf das „heterodoxe“ Feld weitgehend unhinterfragt gelassen.

Der Einflussverlust der kritischen politischen Ökonomie in der vergleichenden Forschung wurde unseres Erachtens durch das Fehlen von Austausch über verschiedene geographische und philosophische Traditionen hinweg noch verschärft. Eines der besten Beispiele bilden Großbritannien und der deutschsprachige Raum: während noch in den 1970er Jahren die deutschen Staatsableitungsdebatten einen der maßgeblichen Einflüsse auf die Diskussionen in der *Conference of Socialist Economics* darstellten (Holloway/Picciotto 1978) und deutsche und britische

WissenschaftlerInnen sich in den 1980er und 1990er Jahren in den europäischen Diskussionen über die Regulationstheorie rege austauschten (vgl. z.B. Demirović u.a. 1992; Hirsch 1993; Jessop 1988) ist die Intensität des Dialogs in den vergangenen fünfzehn Jahren deutlich zurückgegangen. Der Austausch zwischen etablierten wie neuen kritischen Forschungssträngen, die in den unterschiedlichen Kontexten prosperierten – Arbeiten zur „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ des Kapitalismus auf britischer, materialistische Staatstheorie auf deutschsprachiger Seite, um nur jeweils ein Beispiel zu nennen – blieb trotz offensichtlicher Komplementaritäten eher rar. Dies erscheint ironisch, stehen doch im Grunde ähnliche Problematiken im Mittelpunkt dieser Perspektiven. In diesem Band haben wir daher Beiträge von WissenschaftlerInnen versammelt, die aus einer Reihe von Disziplinen (Politikwissenschaft und Soziologie, Wirtschaftswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre, Geographie und Regionalwissenschaften) heraus innovative Forschung mit Bezug zum Themenfeld kapitalistischer Vielgestaltigkeit betreiben und dabei (vorrangig) in britischen und/oder deutschsprachigen Debatten aktiv sind. In diesem Zusammenhang versuchen wir auch einen Beitrag zur Überwindung nach wie vor bestehender linguistischer und institutioneller Barrieren zu leisten und kritische Forschung international sichtbar zu machen.

Bevor wir uns im Folgenden dem Aufbau des Bandes und einem Überblick über die einzelnen Beiträge zuwenden, wollen wir im nächsten Abschnitt zunächst einen knappen Überblick über die dominanten Ansätze der institutionalistischen VKF und ihre Kritik geben.

2. Zur Problematisierung der dominanten Perspektiven auf kapitalistische Diversität

Wie eben erwähnt, ist das Wissen um eine fundamentale kapitalistische Vielgestaltigkeit weder historisch neu, noch auf eine bestimmte wissenschaftliche Schule oder politische Auffassung beschränkt. Mit dem Aufkommen der „Globalisierungs“-Debatten ab den späten 1980er Jahren wurde diese Überzeugung aber zunehmend in Zweifel gezogen. Scharen von WissenschaftlerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen begannen nun, eine unidirektionale Konvergenz unterschiedlicher politischer Ökonomien

hin zu einem vermeintlich überlegenen, anglo-amerikanischen und (neo-)liberalen Modell vorherzusagen. Frühe Ansätze der VKF waren durch ihr traditionelles Interesse an unterschiedlichen institutionellen Konfigurationen – als maßgebliche Vorläufer werden oft Gerschenkron (1962) und Shonfield (1965), später die vergleichende Korporatismus- und Wohlfahrtsstaatsforschung genannt – notwendig skeptisch gegenüber solchen Prognosen. So gingen sie in den Diskussionen über die Effekte der „Globalisierung“ auf Nationalstaaten und -ökonomien rasch in die argumentative Gegenoffensive (vgl. für ein emblematisches Beispiel Albert 1992). Im Windschatten dieser Debatten wuchs umgekehrt die Bedeutung der institutionalistischen VKF in akademischen wie politischen Diskursen. Diese Entwicklung kulminierte in den triumphalen Erfolgen des von Hall und Soskice (2001) ausgearbeiteten „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatzes (Varieties of Capitalism, im folgenden VoC). Dieser entwickelte sich seit Anfang des neuen Jahrtausends zur zentralen Perspektive der VKF und begann weit über dieses Feld hinaus auf verschiedenste sozialwissenschaftliche Disziplinen auszustrahlen. Prognosen über eine vermeintliche neoliberale Vereinheitlichung wurden so verbreitet durch die Annahme der Bestandsfähigkeit auch nicht-liberaler Kapitalismusvarianten abgelöst (Bohle/Greskovits 2009; Bruff 2005).

Innerhalb der institutionalistischen VKF-Literatur existieren zahlreiche unterschiedliche Ansätze. Jackson und Deeg (2006: 21ff) unterscheiden exemplarisch fünf: (1) die eben erwähnte, durch die Transaktionskostenökonomie inspirierte und methodologisch überaus parsimonische VoC-Perspektive, die eine Dichotomie von Idealtypen „liberaler“ und „koordinierter Marktökonomien“ (liberal/coordinated market economies, LMEs/CMEs) etabliert (Hall, Soskice u.a.); (2) den auf ein breiteres Set von Governance-Mechanismen abstellenden „Soziale Produktionssysteme“-Ansatz, der die Einzigartigkeit jedes einzelnen Falles herausstellt (Boyer, Hollingsworth, Crouch u.a.); (3) auf der institutionalistisch orientierten Regulationstheorie basierende Taxonomien, die induktiv fünf Länder-Cluster identifizieren (Amable, Boyer); (4) die Perspektive „Nationaler Unternehmenssysteme“, welche anhand der Organisation von Unternehmensbeziehungen sechs Idealtypen herausarbeitet (Whitley u.a.); und (5) einen stärker auf (Wohlfahrts-)Staaten abstellenden Ansatz, der innerhalb Europas vier Typen unterscheidet (Schmidt, Ebbinghaus u.a.).

Wie diese kurze Aufzählung verdeutlicht, unterscheiden sich VKF-Ansätze auf der analytisch-methodologischen Ebene zum Teil nicht unerheblich. Dies betrifft z.B. die Anzahl und Art der untersuchten institutionellen Sphären, die bevorzugten Strategien der konkreten empirischen Analyse, den Charakter und die Komplexität der präsentierten Typologien usw. (vgl. Jackson/Deeg 2006: 30ff). Jenseits solcher Unterschiede existieren aber zentrale geteilte Grundannahmen, auf die der gemeinsame Oberbegriff „Vergleichende Kapitalismusforschung“ verweisen soll. Ganz allgemein teilen ihre verschiedenen Stränge den Fokus auf die sozio-kulturellen Kontexte ökonomischer Interaktion, insbesondere insofern sie sich in formalen Institutionen kristallisieren. Politische und ökonomische (seltener soziale und kulturelle) Institutionen stellen für die VKF daher die analytische Basiseinheit dar und werden oft auch als sozialtheoretisch grundlegend angesehen (vgl. dazu May/Nölke in diesem Band). Dabei geht die VKF in der Regel davon aus, dass institutionelle Konfigurationen im nationalstaatlichen Rahmen so kohärent sind, dass es sinnvoll ist, hier von verschiedenen „Typen“, „Modellen“, „Spielarten“ o.ä. zu sprechen. Dieser Fokus wird generell durch die Untersuchung der Effekte spezifischer Institutionenkonfigurationen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner nationaler Kapitalismustypen konkretisiert. Dabei geht es (zumeist) um die Produktions- und Innovationsstrategien von Firmen und/oder (seltener) die Entwicklung einschlägiger makroökonomischer Indikatoren. Schließlich teilen unterschiedliche VKF-Ansätze ein gemeinsames konzeptuelles Vokabular, in dessen Zentrum Begriffe wie Komplementarität (die Idee, dass Institutionen in unterschiedlichen Sphären sich gegenseitig ergänzen), komparative institutionelle Vorteile (die Idee, dass bestimmte Institutionen bestimmte Strategien ökonomischer AkteurInnen besonders unterstützen) und pfadabhängiger Wandel (die Idee, dass bestimmte Kapitalismustypen den einmal eingeschlagenen institutionellen Entwicklungsweg normalerweise beibehalten werden) stehen (Bohle/Greskovits 2009; Coates 2005a; Jackson/Deeg 2006; 2008). Dazu kommt der geteilte Gegenstandsbereich der einschlägigen VKF-Ansätze, der bis vor kurzem allgemein auf die sogenannten „fortgeschrittenen“ Länder Westeuropas, Nordamerikas und Japans beschränkt blieb (vgl. dazu Ebenau in diesem Band).

Der VKF kommt zweifellos der Verdienst zu, theoretisch schlagkräftige und empirisch fundierte Erklärungen für die Exis-

tenz zahlreicher Wege zu wirtschaftlichem Erfolg, und damit für das Fortbestehen kapitalistischer Vielgestaltigkeit – einschließlich ihrer weniger direkt marktgesteuerten Varianten – entwickelt und im Angesicht der „Globalisierungs“-Diskussionen in zentralen sozialwissenschaftlichen Debatten (wieder) verankert zu haben. Allerdings sind die dominanten VKF-Perspektiven in den vergangenen Jahren selbst mehr und mehr zu Zielen von Kritik geworden. Dabei handelt es sich zum einen um „interne“ Kritiken, in denen insbesondere der VoC-Ansatz auf Grundlage soziologischer oder historischer Varianten des Institutionalismus hinterfragt worden ist. Zum anderen existiert eine wachsende Zahl „externer“ Kritiken, die aus kritischen polit-ökonomischen Perspektiven die institutionalistische VKF als Ganze in Frage stellen.

Die „internen“, also selbst im breiten institutionalistischen Paradigma verankerten Kritiken beziehen sich vorrangig auf analytisch-methodologische Aspekte wie die oben angesprochenen. So hinterfragen sie bspw. die Simplifizierung, welche die einfache dichotome Klassifizierung aller „fortgeschrittenen“ (OECD-) Ökonomien in LMEs und CMEs mit sich bringt: Differenzen zwischen Ländern, die einem der beiden Typen zugeschlagen werden, gerieten dabei ebenso aus dem Blick wie relevante Charakteristika einzelner Länder-Fälle und die Ursachen und Folgen von Prozessen graduellen und differenzierten Wandels, die dem parsimonischen analytischen Instrumentarium des VoC-Ansatzes nicht ohne weiteres zugänglich sind. Die von den institutionalistischen KritikerInnen unterbreiteten alternativen Ansätze zeichnen sich dementsprechend zumeist durch ein größeres Spektrum einzubeziehender Variablen und AkteurInnen, eine größere Typenvielfalt, ein differenzierteres Verständnis institutionellen Wandels usw. aus (Becker 2009; Crouch 2005; Hancké u.a. 2007; Streeck 2009; Streeck/Thelen 2005).

„Externe“ Kritiken gehen demgegenüber weiter und stellen auch auf die theoretischen und konzeptuellen Grundlagen sowie die politischen Implikationen des (Neo-)Institutionalismus selbst ab. Dazu gehören z.B. die unproblematische Gleichsetzung des Erfolgs von Privatunternehmen mit dem Erfolg einer (National-)Ökonomie und ihrer Menschen in vielen VKF-Ansätzen, die Fragen von Macht, Ausbeutung und Verteilungskonflikten bestenfalls am Rande zum Thema machen; der diesen Perspektiven inhärente theoretische Nationalismus, der zum einen den

komplexen Mehrebenencharakter ökonomischer Strukturen und Prozesse und zum anderen deren hierarchische Verwobenheit auf transnationaler Ebene ausblendet; sowie die Essenzialisierung von Institutionen und deren Ablösung von ihren sozio-ökonomischen Fundamenten, etwa konfligierenden Klassenbeziehungen im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse (Brenner u.a. 2010; Bruff 2008; 2011; Ebenau 2012; Jessop 2011b; Peck/Theodore 2007; Radice 2000).

Während die VKF nach einer zwischenzeitlichen Quasi-Hegemonialposition des streng dichotomen sowie unternehmens- und nationalstaatszentrierten VoC-Ansatzes inzwischen wieder eine gewisse Erweiterung und Verfeinerung ihrer Forschungsagenda vollzieht – Drahokoupil und Myant (in diesem Band) sprechen von der Herausbildung einer „Post-VoC-Konvergenz“ –, bleibt eine Auseinandersetzung mit der Kritik des grundlegenden institutionalistischen Paradigmas größtenteils aus. Allerdings haben die kritischen polit-ökonomischen Perspektiven es selbst selten über eine „Prinzipienkritik“ hinausgeschafft; sie haben ihre Infragestellung etablierter Perspektiven der VKF also bislang kaum mit einer programmatisch konstruktiveren Auseinandersetzung mit kapitalistischer Vielgestaltigkeit verbunden. Die oben formulierten Zielstellungen des vorliegenden Bandes lassen sich vor dem Hintergrund der eben rekapitulierten Ausgangsbedingungen nun wie folgt konkretisieren: die Aufarbeitung und Fortführung des Reflexionsprozesses innerhalb der institutionalistischen VKF; die Stärkung und Sichtbarmachung kritischer polit-ökonomischer Perspektiven auf kapitalistische Vielgestaltigkeit; und, als Bedingung für beides, die Intensivierung des Dialogs zwischen institutionalistischen und kritischen Ansätzen, über unterschiedliche geographisch-intellektuelle Traditionen und Forschungsstränge hinweg.

3. Der Aufbau des Bandes und die einzelnen Beiträge

Unter jenen, die allgemein die Notwendigkeit für eine Neubewertung der VKF-Literatur anerkennen, um die konstatierten Defizite dieser Forschungsrichtung zu überwinden, lassen sich grob drei Positionen unterscheiden, die alle auch in diesem Band vertreten sind: Eine erste Gruppe von WissenschaftlerInnen befürwortet die Entwicklung einer „Post-VoC-Generation“ der institutionalis-

tischen VKF, die vorrangig auf einer Bearbeitung der „internen“ Kritikpunkte beruht, etwa durch die stärker explizite Berücksichtigung der Rolle staatlicher AkteurInnen und/oder von Konflikten zwischen sozialen Gruppen. Dabei behalten sie den institutionalistischen Fokus bei, wenn auch mit einer deutlich nuancierteren Konzeptualisierung von Institutionen und ihrer territorialen wie zeitlichen Varianz (vgl. z.B. Becker 2009; Boschi 2011; Schneider 2009; Streeck 2011; Drahekoupil/Myant, Lane/Wood und Wagner/Lillie in diesem Band). Andere schlagen demgegenüber vor, Perspektiven der VKF und der kritischen politischen Ökonomie zu synthetisieren oder nach Bedarf zu kombinieren. Dabei greifen sie sowohl „interne“ als auch „externe“ Kritikpunkte auf, allerdings ohne die institutionalistischen Ansätze als solche verwerfen zu wollen. Etwa vermittelt der Artikulation des „Spielarten“-Begriffes mit einer transnationalen Perspektive versuchen sie, auf die jeweiligen Stärken beider Felder zurückzugreifen (vgl. z.B. Bohle/Greskovits 2009; Coates 2005b; May u.a. 2013; Nölke/Vliegenthart 2009; May/Nölke in diesem Band). Eine dritte Gruppe von ForscherInnen argumentiert schließlich, dass es notwendig sei, sich vorrangig auf theoretische und methodologische Fundamente aus der kritischen politischen Ökonomie zu beziehen. Nur durch die Umsetzung der „externen“ Kritik sei es möglich, die Probleme der institutionalistischen VKF – deren Verdienste sie nichtsdestoweniger anerkennen – zu überwinden und Debatten über kapitalistische Vielgestaltigkeit in der Gegenwart gewinnbringend weiterzuentwickeln (vgl. z.B. Bruff 2011; Ebenau 2012; Jessop 2011b; Rubery 2009; Beiträge im dritten Teil dieses Bandes).

In Übereinstimmung mit dem Ziel, den kritischen Dialog zu befördern, spiegelt sich diese Positionenvielfalt im Aufbau des vorliegenden Bandes wider. Teil I – „Kritische Bestandsaufnahme“ – versammelt vier Beiträge, die einführend und überblicksartig Grundlagen und jüngere Entwicklungen der VKF-Literatur diskutieren. David Coates präsentiert einen Überblick über die zentralen Forschungsparadigmen, die den Debatten über kapitalistische Vielgestaltigkeit zu Grunde liegen, im Einzelnen Neoklassik, (Neo-) Institutionalismus und Marxismus. Ian Bruff und Eva Hartmann arbeiten die Schwachstellen zweier zentraler theoretischer Inspirationsquellen der VKF, der neopluralistischen Politikwissenschaft und der weberianischen Wirtschaftssoziologie, auf. Bob Jessop analysiert verschiedene analytische Strategien zur

Erfassung kapitalistischer Vielgestaltigkeit und präsentiert einen theoretisch-konzeptuellen Gegenentwurf zu den dominanten Perspektiven. Matthias Ebenau kritisiert schließlich die traditionelle geographische Selbstbeschränkung der VKF und diskutiert verschiedene jüngere Erweiterungsansätze aus kritischer Perspektive.

Teil II – „Neoinstitutionalismus – Varianten und Entwicklungen“ – enthält weitere vier Beiträge, die gemeinsam die Diversität institutionalistischer Perspektiven, konstruktive (Selbst-)Kritiken und Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung in den Mittelpunkt stellen. Jan Drahekoupil und Martin Myant konstatieren die Herausbildung einer „Post-VoC-Konvergenz“ in der institutionalistischen VKF und illustrieren ihre Überlegungen durch ihren eigenen Ansatz, eine Typologie ex-sowjetischer sowie mittel-/osteuropäischer Transitionsökonomien. Christian May und Andreas Nölke unterbreiten einen programmatischen Vorschlag zur Entwicklung einer Forschungsagenda des „kritischen Institutionalismus“. Christel Lane und Geoffrey Wood diskutieren anhand des Beispiels der Analyse von Arbeit und Beschäftigung neue Perspektiven auf institutionelle Differenzierung und Wandlungsprozesse in der VKF. Im abschließenden Beitrag dieses Teils hinterfragen Ines Wagner und Nathan Lillie die in der VKF vorherrschende Vorstellung territorial konstituierter institutioneller Kohärenz, wofür sie auf empirische Arbeiten zur EZB-Großbaustelle in Frankfurt zurückgreifen.

Teil III des Bandes – „Jenseits des neuen Institutionalismus – radikale Alternativen und neue Ansätze“ – präsentiert schließlich eine Reihe von Beiträgen, die sich auf Grundlage verschiedener kritischer polit-ökonomischer Perspektiven mit den Schwachstellen der institutionalistischen VKF beschäftigen und neue, eigenständige Analysevorschlüsse unterbreiten. Julia Lux kritisiert existierende Versuche, den VoC-Ansatz geschlechtersensibel zu modifizieren und argumentiert stattdessen für eine fundamentale Neuorientierung im Sinne einer feministischen politischen Ökonomie. Joachim Becker und Johannes Jäger stellen einen auf der marxistischen Variante der Regulationstheorie beruhenden Alternativansatz zur VKF vor, dessen Vorzüge sie anhand einer Analyse differenzierter Verlaufsformen der globalen Wirtschaftskrise in verschiedenen EU-Staaten illustrieren. In seinem Beitrag übt Hans-Jürgen Bieling eine tiefgreifende Kritik an der (Post-)VoC-Diskussion; für seinen Gegenvorschlag greift auch er auf

die Regulationstheorie zurück, die er allerdings mit Bezug auf die neo-gramscianische Globale Politische Ökonomie erweitert und teilweise reformuliert. Jane Hardy überprüft in ihrem Kapitel die in jüngerer Zeit in Großbritannien überaus dynamische internationale historische Soziologie und deren Schlüsselkonzept der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ auf ihre Beiträge zur kritischen Analyse kapitalistischer Vielgestaltigkeit. Terrence Mc Donough stellt die ältere, im deutschsprachigen Raum aber wenig beachtete, Perspektive der „Sozialen Strukturen der Akkumulation“ vor, die aus marxistischen Stadienanalysen des Kapitalismus hervorgegangen ist und vielfach als US-amerikanische Ablegerin der Regulationstheorie gilt. Alexander Gallas hinterfragt aus einer an durch Althusser und Poulantzas inspirierten Perspektive verschiedene politikwissenschaftliche Versuche zur Erfassung der Bedeutung des Thatcherismus für die Entwicklung des britischen Kapitalismus, wobei er das Konzept „kapitalistischer Klassenherrschaft“ in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt. Im letzten und abschließenden Beitrag des Bandes unterbreitet Jamie Gough einen in der marxistischen Geographie wurzelnden radikalen Gegenvorschlag zum in der VKF vorherrschenden Verständnis kapitalistischer Vielgestaltigkeit auf nationaler und lokaler Ebene.

Nahezu alle Beiträge zu diesem Band wurden im Februar 2011 in Wiesbaden auf einer von der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) und der Frankfurter Goethe-Universität ausgerichteten Konferenz mit dem Titel ‘Comparison, Analysis, Critique: Perspectives on the Diversity of Contemporary Capitalism(s)’, an der WissenschaftlerInnen aus Deutschland, Großbritannien, Irland, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz teilnahmen, präsentiert und diskutiert. Aus den Beiträgen zu dieser Konferenz werden außer der vorliegenden noch zwei weitere Publikationen hervorgehen: ein im August 2013 erscheinendes (Doppel-)Schwerpunktheft der Zeitschrift PERIPHERIE und eine für Januar 2014 vorgesehene Ausgabe von *Capital & Class*. Neben der AkG, in deren Buchreihe dieser Band erscheint, wurden die Konferenz, die Übersetzung von Beiträgen und die Drucklegung von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Geschäftszeichen NO 855/4-1), der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der International Political Economy Group der British International Studies Association (BISA-IPEG) großzügig unterstützt. Diesen SponsorInnen gilt unser Dank. Daneben bedanken wir

uns ganz besonders bei den AutorInnen und den weiteren TeilnehmerInnen der Wiesbadener Konferenz für ihre inspirierenden Beiträge. Für Unterstützung bei der Übersetzung englischsprachiger Beiträge und der Erstellung des druckfertigen Manuskripts danken wir Mathis Heinrich, Inga Jensen, Andreas Meyerhöfer, Johannes Petry und Hannes Soltau.

Vor dem Hintergrund des Gesagten hoffen wir sehr, dass dieser Band zu einer Revitalisierung kritischer Ansätze in der Erforschung kapitalistischer Vielgestaltigkeit, zu einer Fortentwicklung der VKF und vor allem zu einem konstruktiv-kritischen Dialog über die zahlreichenden existierenden und neuen Perspektiven hinweg einen Beitrag leisten kann, um unsere Fähigkeiten zu Vergleich, Analyse und Kritik des Gegenwartskapitalismus einschließlich seiner Krisen zu stärken.

Bremen, Córdoba, Frankfurt und Manchester

im November 2012

Die Herausgeber

Teil I

Vergleichende Kapitalismusforschung –
Kritische Bestandsaufnahme

David Coates

Paradigmen der Vergleichenden Kapitalismusforschung: Neoklassik, neuer Institutionalismus und Marxismus

Intellektuelle Moden verändern sich unvermeidlich mit den politischen Realitäten, mit denen sie sich auseinandersetzen. Auf die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus trifft dies ganz gewiss zu. Während des Kalten Krieges konzentrierte sich kritische Wissenschaft unweigerlich auf den Charakter des Kapitalismus als undifferenziertes System und, zu einem geringeren Grad, auf die Frage ob und inwiefern der sowjetische Kommunismus die moderne Verkörperung der marxistischen Alternative darstelle. Mit Ende des Kalten Krieges verschob sich das Interesse rasch hin zu den Variationen in der institutionellen Form und der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der nun global dominanten fortgeschrittenen kapitalistischen Welt. So entstand zur Jahrtausendwende eine enorme neue Literatur, welche sich mit den Stärken und Schwächen diverser „Kapitalismusmodelle“ befasste. Es war eine Literatur, die stets vorgab, lediglich akademische Ziele zu verfolgen, die aber tatsächlich implizit auch bestimmte Wege kapitalistischer Organisation befürwortete – also eine Literatur die ebenso präskriptiv wie analytisch war (und ist).

Dies steht freilich zu erwarten. Die beste Sozialwissenschaft ist stets paradigmatischer Natur, und die englischsprachige Literatur über Kapitalismusmodelle ist von dieser Art. Nach Thomas Kuhn (1970) gründet ein wohldefiniertes – sozial- wie naturwissenschaftliches – Paradigma auf einer eigenständigen Ontologie und Epistemologie. Es beruht also auf einer klaren Sicht auf das Menschsein und das Wissen, das den daran beteiligten Menschen offen steht. Auf dieser ontologischen Basis bildet ein entwickeltes Paradigma dann Sets von Kernkategorien für die Analyse: Kategorien, die stärker verortete Erklärungen generieren können, indem sie empirische Daten isolieren, messen und, in letzter Instanz, theoretisieren. Um ein solches Paradigma formieren sich auch ak-

zeptierte Methodologien, eine Gruppe von Schlüsseltexten, sogar eine Anzahl geteilter Wahrheiten. Schließlich lässt es unweigerlich einige Aspekte sozialer Realität unerforscht, da sein Augenmerk anderswo liegt.

Paradigmen in den Naturwissenschaften folgen einander zu meist zeitlich. Eines ersetzt das andere, soweit das neue befriedigend jene zentralen Problematiken beantwortet, an denen Anhänger des alten Paradigmas sichtbar und ständig gescheitert waren. Aristotelisches Denken konnte die Himmelsbewegungen nicht erklären – Kopernikus konnte. Aber in der Analyse sozialer Phänomene besteht eine andere Beziehung zwischen Paradigmen. In den Sozialwissenschaften konkurrieren Paradigmen unaufhörlich um die Vorherrschaft, in einem Kampf, der die intellektuelle Landschaft permanent prägt. Gewiss gewinnen und verlieren Paradigmen auch in den Sozialwissenschaften über Zeit an Dominanz; allerdings müssen sie dabei selbst, wenn sie diese errungen haben, im Wettbewerb mit anderen leben. Wenn daher ein wichtiges Paradigma ignoriert wird, so geschieht dies normalerweise nicht wegen seiner Unzulänglichkeit als Erklärungsinstrument. Vielmehr wird es übergangen, weil diejenigen sozialen Kräfte, die von seiner Dominanz bzw. Berücksichtigung profitieren würden, aus den Positionen akademischer und politischer Macht verdrängt wurden. Im letzten Vierteljahrhundert war es der Marxismus, der so ausgeschlossen wurde. Mit der Erosion der industriellen und politischen Macht der organisierten Arbeiterschaft wurde sein Licht in der Wissenschaft bis zum Erlöschen verdunkelt. Paradigmen, die ihre Ursprünge auf die Arbeiten von Adam Smith und Max Weber zurückführen – solche, die nicht so sehr mit der Arbeit als sozialer Kraft verbunden sind – gedeihen hingegen weiter.

In der entstehenden Literatur über kapitalistische Modelle sind allerorten paradigmatische Trennungen sichtbar. Diese bringen regelmäßig Diskussionen innerhalb und, seltener, zwischen Paradigmen hervor. So beinhaltet die Forschung, hauptsächlich in den Mainstream-Wirtschaftswissenschaften, eine Debatte zwischen alter und neuer Wachstumstheorie, die sich um die herrschenden Orthodoxien der neoklassischen Ökonomie gruppiert. Daneben umfasst sie eine zweite, um das wachsende institutionalistische Paradigma gruppierte und in Soziologie und Politikwissenschaft konzentrierte Diskussion. Schließlich beinhaltet sie eine dritte Debatte – dieser Tage völlig auf kleine radikale politische Zirkel

und Zeitschriften reduziert – in der marxistische Theorieansätze dominieren. Arbeiten innerhalb der ersten Debatte suggerieren, dass differenzielle Wachstumserfolge entweder vermittelt der Kategorien *Märkte*, *Produktionsfunktionen*, *Wachstumsfaktoren* und *Externalitäten* oder *kumulative Verursachung*, *endogene und exogene Variablen*, *technologische Kompatibilität* und *soziale Kapazitäten* zu erklären seien. Die Schlüsselkategorien der zweiten Debatte sind jene *sozialer Einbettung*, *Pfadabhängigkeit* und *komparativer institutioneller Vorteile*; und die der dritten sind *Produktionsweisen*, *Kapitalakkumulation*, *Klassen* und *soziale Strukturen der Akkumulation*. Die Trennungen dieser Arbeiten sind genuin paradigmatischer Natur und können jeweils auf die Werke von Adam Smith, Max Weber und Karl Marx zurückgeführt werden. Ihre verschiedenen Positionierungen halten sie weitgehend hermetisch getrennt voneinander, wobei ihnen allerdings ihre geteilten Gegenstände Grund zur Überlappung an den Rändern geben. Tatsächlich gewinnen die fruchtbarsten wissenschaftlichen Leistungen dieser Debatten ihre Stärke oft aus der selbstbewussten Herausforderung der Grenzen des Nachbarparadigmas.

1. Die verschiedenen Ansätze

Es folgt eine kurze Darstellung der verschiedenen Ansätze.

Marktbasierte Analyse

Als akademische Disziplin wird der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft von der neoklassischen Orthodoxie dominiert, welche unabhängig von Verschiedenheiten der institutionellen Strukturen kapitalistischer Ökonomien eine Standarderklärung für wirtschaftliches Wachstum in modernen Volkswirtschaften unterbreitet. Diese Erklärung basiert auf der Sicht, dass *Märkte* optimale wirtschaftliche und soziale Allokatoren darstellten. Diese Erklärung konzeptualisiert wirtschaftliche Aktivität als das Zusammentreffen separater Produktionsfaktoren in einem verbundenen Set von Märkten und versteht die zentralen Beziehungen jeder Ökonomie als organisiert in unterschiedlichen „Produktionsfunktionen“. Heutzutage wird wirtschaftliches Wachstum in den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream-Instituten als Funktion des Zusammenwirkens von *Land*, *Arbeit*, *Kapital* und

Unternehmung in Produktionsfunktionen aufgefasst, bei der jede Verwendung wirtschaftlicher Ressourcen unweigerlich dem Gesetz abnehmender Erträge unterliege. Aus dieser Perspektive entsteht wirtschaftliches Wachstum entweder durch die Bewegung entlang einer existierenden Produktionsfunktion (bei voller Ausnutzung existierender Technologien) oder durch eine Bewegung der Produktionsfunktion auf ein ganz neues Level, hervorgerufen durch technologischen Fortschritt. Langfristiges wirtschaftliches Wachstum wird konzeptualisiert als die Kombination dieser zwei Bewegungen. Unterschiedliche Wachstumsmuster können daher nur durch Unterschiede in Produktionsfunktionen erklärt werden, als Folge von Unterschieden in der Quantität der eingesetzten Faktoren oder in der Qualität ihrer individuellen Eigenschaften und ihrer gegenseitigen Verbindung (Baumol u.a. 2005: 41f). Die breite Stoßrichtung dieses Ansatzes unterstützt bestimmte politische Inhalte und suggeriert, dass das ungezügelte Zusammenspiel von Marktkräften sowohl langfristiges wirtschaftliches Wachstum ermöglichen als auch zu einer eventuellen Konvergenz wirtschaftlicher Wachstumspfade führen werde. Folge ist, dass, wenn Wachstum und Konvergenz nicht eintreten, sich die Analyse unweigerlich auf die Suche nach Unzulänglichkeiten in Faktorangebot und –qualität fokussiert, oder Barrieren/Blockaden für das freie Zusammenspiel dieser Faktoren in ungezügelten Märkten ausweist (und auf deren Abbau drängt).

Diesem Analysemodell kommen die Wachstumsmessung (*growth accounting*) von Edward Denison (1967) und Angus Maddison (1995), sowie die viel zitierte Erklärung des Aufstiegs und Falls von Nationen durch Mancur Olson (1982) am nächsten. Dennisons Arbeit war besonders auf Grund seiner frühen Auflistung potenzieller Wachstumsbarrieren von Bedeutung während Maddisons sich durch seine Reflektionen zu den Grenzen des Wachstumsmessungs-Ansatzes auszeichnete. Diesen Grenzen der erfolgreichen Kapitalakkumulation wurde von Olson eine konzeptuell elegante Formulierung gegeben. Diese bleibt eine beliebte Quelle konservativer Kommentatoren, die darauf erpicht sind, zu starke Gewerkschaften und zu großzügige Sozialausgaben für die schwachen Wirtschaftsleistungen Westeuropas verantwortlich machen. Denisons Wachstumsmessungs-Ansatz, der auf die Messung individueller Produktionsfaktoren und deren Beitrag zur Wirtschaftsleistung ausgerichtet ist, verweist ebenfalls auf

„Barrieren für die optimale Verteilung von Ressourcen, auferlegt von Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften“ (Denison 1967: 9f). Aber immerhin entdeckte er, anders als Olson, ein „Residuum“ wirtschaftlichen Wachstums, welches er nicht erklären konnte: eine Lücke, gefüllt mit was Forscher in dieser Tradition später als „Nebenvariablen“ (Baumol 1994: 62) oder „soziale Fertigkeiten“ (Abramovitz 1994: 88) bezeichneten.

Alles was die Wachstumsmessungsforschung tun konnte, wie ihr Hauptvertreter Angus Maddison als einer der ersten hervorhob, war die „unmittelbaren Ursachen“ wirtschaftlichen Wachstums festzustellen. Was die „letzten Ursachen“ angeht, zeigte man lediglich „ein beschämendes Level an Ignoranz“ (Maddison 1995: x). Diese – nicht quantifizierbaren und nicht im *Growth-Accounting*-Modell berücksichtigten – ultimativen Ursachen werden von Maddison aufgelistet: „Institutionen, Ideologien, sozio-ökonomische Interessengruppen, historische Unfälle [...] nationale Wirtschaftspolitik, [...] die internationale Wirtschaftsordnung, ausländische Ideologien oder Schocks von freundlichen oder feindlichen Nachbarn“ (ebd.: 103); Dinge, die er als „Teil der traditionellen Domäne von Historikern... oder der Soziologen“ (ebd.) beschreibt und die zwangsläufig jenseits der Möglichkeiten der Erfassung und Messung neoklassischer Modellbildung liegen. Aber diese Beschränkungen haben in keiner Weise den weiteren Gebrauch dieses Ansatzes beeinträchtigt. Im Gegenteil, der anhaltende Einfluss von Olsons Arbeit ist evident in den Werken von, unter anderen, Coates u.a. (2007); und der Umfang jüngster Studien zur Wachstumsmessung ist gut dokumentiert in Literaturberichten von Bosworth und Collins (2003) sowie von Hulton (2009).

Jenseits des Marktes

Quer durch das gesamte intellektuell-politische Spektrum von Mitte-Rechts (Fukuyama 1995) bis Mitte-Links (Hutton 1992) ist die meistgeteilte Kritik an neoklassischer Modellbildung, dass ihre marktfokussierten Erklärungen unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungen auf unzulänglichen Annahmen über menschliche Motivationen beruhen, was sie zwangsläufig blind für die unvermeidbar *soziale* Natur von Marktprozessen mache. Diese Kritiker vertreten die Auffassung, dass menschliche Wesen weit komplexere AkteurInnen seien, als es die Vorannahmen der neo-

klassischen Ökonomik zulassen, und dass ihr wirtschaftliches Verhalten durch deren methodologischen Individualismus nicht adäquat erfasst werden könne. Menschliches Verhalten werde von mehr als nur der instrumentellen Kalkulation maximaler Niveaus individueller kurzfristiger Profite bestimmt, etwa von moralischen und emotionalen Werturteilen. Es werde von den Definitionen und Verständnissen, die soziale AkteurInnen wirtschaftlichem Verhalten zusprechen, beeinflusst. Es sei zudem von Aspekten der Ungewissheit und Unsicherheit geformt, sowie von Anliegen, die langfristiger und qualitativer Natur sein können. Damit unterliege es dem Einfluss bestimmter Alltagsorgen und des Gewichts von aus der Vergangenheit übertragenen Ideen und Verständnissen. Und weil menschliches Verhalten so beschaffen ist, sei es nicht sinnvoll Ökonomien in einem konzeptuell abstrahierten Raum zu analysieren. Es mache nur Sinn, Ökonomien in den Medien von Zeit und Raum zu untersuchen und sie als soziale Institutionen zu verstehen, die am Besten in bestimmten Kontexten funktionieren – Kontexte die möglicherweise genau *nicht* dem auf ungezügelte Marktprinzipien gründenden entsprechen.

Die intellektuelle Reise fort vom neoklassischen Verständnis des relativ besseren Funktionierens einiger Ökonomien war eine Reise auf der Suche nach – und dann durch – das Studium von Institutionen: anfänglich, der ökonomischen Institution der Firma, aber irgendwann auch sozialer, kultureller und politischer Institutionen. Je weiter diese Reise von individuellen WissenschaftlerInnen weitergeführt wird, desto größer ist der Bruch, den sie gegenüber den herrschenden Prämissen und Methodologien der neoklassischen Ökonomik vollziehen müssen (Hodgson 1996).

Für einige war dieser Bruch marginal, aber dennoch bedeutsam. Dies war besonders in den Arbeiten Oliver Williamsons und der folgenden Entstehung (oder besser Wieder-Entstehung) von institutionenökonomischen Denkschulen der Fall (North 1990; Milgrom/Roberts 1992). Deren VertreterInnen operieren meistens immer noch innerhalb der dominanten Annahmen des methodologischen Individualismus, konstruieren immer noch primär abstrakte Modelle und sehen ihre Rolle immer noch in der Erklärung von Wachstumsdifferenzen durch die Isolation verschiedener Muster individueller Rationalität und Entscheidungen. Die Neue Wachstumstheorie (technisch gesprochen, „post-neoklassische endogene Wachstumstheorie“) kann mit Sicherheit hier verortet

werden (Lucas 1988; Romer 1994). Für andere WissenschaftlerInnen waren der Bruch mit und die Bewegung weg von der abstrakten Modellbildung der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft größer. Für diese besteht der Schlüssel zum Verständnis unterschiedliche Muster wirtschaftlicher Leistung in der Bereitschaft zur Einbettung dieser Leistung in verschiedene historische und soziale Kontexte (Granovetter 1985; Swedberg/Smelser 1994).

Zwischen den dominanten Paradigmen, die die Debatte um unterschiedliche Leistungsfähigkeiten von verschiedenen Variationen des Kapitalismus strukturieren, sind so Literaturen entstanden, die durch das relative Gewicht, das sie ökonomischen und sozialen Faktoren zusprechen, in Beziehung zueinander positioniert werden können: von einigen, die lediglich den Einzug organisatorischer Variablen in ein durch Marktbedingungen konzipiertes Universum erlauben, hin zu anderen, die Märkte als zwangsläufig sozial konstruierte Phänomene verstehen (Duina 2011: 11ff). Die entsprechenden Ansätze werden als „Institutionenökonomik“ einerseits und „Neue Wirtschaftssoziologie“ andererseits bezeichnet. Diese Literaturen stehen gelegentlich im Dialog miteinander; aber üblicherweise ist ihr Bezugspunkt der Mainstream der separaten Disziplinen – Wirtschaftswissenschaften und Soziologie – in denen ihre Hauptvertreter jeweils ursprünglich ausgebildet wurden (Ingham 1996). Die neuesten Erkenntnisse der Wirtschaftssoziologie zu den differenziellen Leistungsfähigkeiten verschiedener nationaler Kapitalismen finden sich im Band *Institutions and the Economy* versammelt (Duina 2011: 94ff).

Der neue Institutionalismus

Es gibt einen wichtigen Grund dafür, dass die neoklassische Literatur zu Differenzen in Wachstumsraten, und die stärker institutionenfokussierte Vergleichende Kapitalismusforschung (VKF) andere Gravitationszentren haben. Das neoklassische Paradigma ist in all seinen Grundlagen strukturell intolerant gegenüber der Möglichkeit von Vielfalt: Abweichungen von der neoklassischen Norm freier und unregulierter Märkte werden von WissenschaftlerInnen, die im Zentrum dieses Paradigmas arbeiten, meist als Defekt behandelt, nicht als Alternativen. Die VKF ist daher im Allgemeinen offener für WissenschaftlerInnen, die kapitalistischer Vielfalt gegenüber intellektuell toleranter sind. Sie wird

inzwischen dominiert von den Arbeiten derer, die sich – mit unterschiedlichem Grad persönlicher Befangenheit – „neue InstitutionalistInnen“ nennen (Hall/Taylor 1996; Immergut 1998; Thelen 1999). Diese analysieren den Grad und die Beständigkeit der durch das konstante Zusammenspiel institutioneller Variablen innerhalb bestimmter Kapitalismen hergestellten Pfadabhängigkeiten. Auf dieser Grundlage bestehen sie auf der Fähigkeit eines eigenständigen Typs stärker regulierter Kapitalismusmodelle, neben dem marktliberalen Kapitalismus zu bestehen und zu prosperieren.

Dieser neue Institutionalismus positioniert sich selbst im weiten Raum zwischen dem methodologischen Individualismus der neoklassischen Tradition und dem Strukturalismus des historischen Materialismus. Dieser Raum wurde zu einem Treffpunkt für zumindest zwei breite Ansätze, die den Kernfragen kapitalistischer Vielfalt und Wachstumsdifferenzen nachgehen. Aus der neoklassischen Ökonomik kommend versucht der *Rational-Choice-* bzw. *rationalistische Institutionalismus*, durch Einführung von Modellbildungstechniken und Prämissen rationalen Handelns in Analysen, die die Existenz und Bedeutung von ökonomischen (und politischen) Institutionen anerkennen, die Abstraktheit der formalen ökonomischen Modellbildung abzumildern (vgl. z.B. Iversen 1999; Iversen/Soskice 2001; Estévez-Abe u.a. 2001). Der *soziologische* bzw. *historische Institutionalismus*, der eher mit strukturalistischen Ansätzen im Dialog steht, versucht, durch das Hinzufügen autonomer institutioneller Variablen, die soziale Interessen filtern und formen, den ökonomischen Determinismus des Vulgärmarxismus zu brechen. Das Gebiet dieser beiden Ansätze ist viel größer als die VKF, weshalb es legitim scheint den „neuen Institutionalismus“ als genuin paradigmatisch in seinem Wesen und seiner Reichweite zu bezeichnen. WissenschaftlerInnen, die mit dem einen oder anderen dieser neo-institutionalistischen Ansätze arbeiten, haben sich in einer Art und Weise den Themen von Wachstumsleistung und institutioneller Vielfalt innerhalb des Kapitalismus zugewandt, die allgemein von jener neoklassische ausgebildeter ÖkonomInnen abweicht.

Gegen die neoklassische Wirtschaftswissenschaft argumentiert diese neue institutionalistische Forschung, dass Ökonomien als sozial eingebettete Institutionencluster zu verstehen seien. Da Märkte nicht überall gleich beschaffen sind, könnten Ökonomien jenseits ihres sozialen Kontexts nicht aussagekräftig analysiert werden. Im

Gegenteil, Kerninstitutionen innerhalb verschiedener Ökonomien besäßen unterschiedliche Charakteristika, weshalb sie u.a. „im Charakter des sie regierenden Staates und ihrer Arbeitsbeziehungs-systemen, der Organisation ihrer Finanzsysteme und ihrer rechtlichen/regulatorischen Rahmen“ variierten (Zysman 1994: 258). Auf Grund seiner Gewissheit der Pfadabhängigkeit in ihrer langfristigen Wachstumsleistung einerseits und der Existenz paralleler „gut-“ und „böser“ Wachstums- und Verfallszyklen, die Ökonomien dauerhaft voneinander absetzen, geht dieser neue Institutionalismus von differenzieller Performance und Nicht-Konvergenz von Nationalökonomien aus. Pfadabhängigkeiten verschiedener Wachstumspfade generierten zwangsläufig eine Vielzahl nationaler ökonomischer Leistungsfähigkeiten – jede mit ihren eigenen Ursprüngen in der Vergangenheit, und mit ihrer eigenen Evolution und Geschichte von Wandlungen (Hollingsworth 1997: 266). Die zentrale Aussage der neuen InstitutionalistInnen ist, dass unsere Welt, wie Hall und Soskice sagen, zwangsläufig charakterisiert ist von „Spielarten des Kapitalismus“ (Hall/Soskice 2001). Diese Behauptung wurde in den Folgejahren durch eine Serie ausgezeichneter nationaler und vergleichender Studien u.a. von Allen (2006), Royo (2008) und Streeck (2009) untermauert.

Jenseits des Institutionalismus

Es ist schwer, die akademische und politische Wichtigkeit der Arbeit der neuen InstitutionalistInnen als Bollwerk gegen den intellektuellen und politikgestaltenden Imperialismus der neoklassischen Ökonomik überzubewerten. Die Schule bietet reichhaltige und ausgearbeitete Forschungsergebnisse zur Vielfalt von Wachstumspfad nach dem 2. Weltkrieg. Zudem hat sie eine neue Generation von NachwuchsforscherInnen mit dem konzeptuellen Apparat von *Pfadabhängigkeit*, *sozialer Einbettung* und *institutionellen Komplementaritäten* ausgestattet, der es ermöglicht, die verborgenen Stärken von stärker gesteuerten und sozial gerechteren Formen kapitalistischer Organisation zu untersuchen. Allerdings ist der neue Institutionalismus selbst nicht problemfrei. Im Gegenteil wird er von KritikerInnen – sowohl aus den eigenen Reihen als auch von seiner Linken – herausgefordert, da eine Reihe verbundener Schwächen seine Fähigkeit zur Widerlegung der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften einschränke.

Die interne Kritik wies auf die Gefahren eines „institutionellen Determinismus“ hin und betonte die notwendige Komplexität der Kausalmechanismen, die differenzielle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begründen. Colin Crouch warnte schon früh davor, dass die große Kraft der VoC-Kategorien *institutioneller Komplementarität* und *komparativer institutioneller Vorteile* ForscherInnen blind gegenüber der von ihm und Farrell so benannten „fruchtbareren Inkohärenzen innerhalb empirischer sozialer Systeme“ machen könne (Crouch/Farrell 2002: 6). Diese Kritik wurde zuletzt immer weiter fortentwickelt und hat eine neue Generation von InstitutionalistInnen dazu veranlasst, über Benennungs- und Typenbildungsstrategien hinaus ihre Aufmerksamkeit der Untersuchung der internen Dynamiken einzelner empirischer Fälle zuzuwenden (Crouch 2005; 2006). Ein Großteil der neo-institutionalistischen Forschung hat sich damit vom firmenzentrierten Ansatz, dem Hall und Soskice den Weg bereitet haben, wegbewegt (vgl. auch Drahekoupil/Myant und May/Nölke in diesem Band). Stattdessen betonen ForscherInnen die Bedeutung politischer und diskursiver Erklärungsvariablen (Schmidt 2009; 2010a) und evolutionären Wandels (Thelen 2004; Steinmo 2010); oder sie entwickeln, im Falle Wolfgang Streecks (2010), einen facettenreichen institutionalistischen Ansatz zur Untersuchung politischer Ökonomien der Gegenwart, der zur Verortung der inhärenten Dynamiken und der Instabilität des Kapitalismus als spezifischen Typs sozialer Ordnung in der Lage ist.

Die andere interne Kritik kam aus einem Lager, das als „linker Institutionalismus“ bezeichnet werden könnte, d.h. von ForscherInnen die vor dem Hintergrund ihrer Verbindungen mit dem Marxismus zum Gegenstandsbereich kapitalistischer Vielgestaltigkeit und Wachstumsperformance arbeiten. Der neue Institutionalismus war nie bloß Reaktion auf die neoklassische Ökonomik, sondern ebenso auf klassenbasierte Erklärungen europäischer Wohlfahrtssysteme. So entwickelten sich an seinem linken Rand Arbeiten, die klassenbasierte Analysen in ihre Erklärungen integrierten, aber zugleich auf einem Grad von Unabhängigkeit politischer und institutioneller Variablen insistierten (Pontusson 1995; Huber/Stephens 2001). Es entstand eine Literatur, die zwei Merkmale der Entwicklung verschiedener Kapitalismusmodelle erhellen konnte, welche ein alleiniger Fokus auf institutionelle Dynamiken zu verbergen tendiert: zum einen, die Zentralität des Spannungs-

verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit; und zum anderen die jüngeren Tendenzen zur Erosion der einzelnen modellbegründenden Klassenkompromisse im Kontext der Interaktion zwischen Kapitalismen und allgemeiner globaler Trends. Es sind diese Eigenschaften der politischen Ökonomie der Gegenwart, die die marxistische Forschung lange in den Mittelpunkt gestellt hat; so entstand die Möglichkeit zu einem fruchtbaren Dialog zwischen links-institutionalistischer Forschung und einem kohärenten und eigenständigen Analyseparadigma noch weiter links.

Marxismus

Als intellektuelle Tradition war der Marxismus herkömmlicherweise weniger mit den Variationen der institutionellen Strukturen einzelner nationaler Kapitalismen, als vielmehr mit den allgemeinen Dynamiken des Kapitalismus als Produktionsweise befasst. Die marxistische Forschung tendierte eher zur Generierung von Periodisierungen als zur Typologienbildung; nichtsdestoweniger haben diese Periodisierungen sehr unterschiedliche Kapitalismustypen etabliert. In der Vergangenheit, als die Sprache der internationalen kommunistischen Bewegung die links-intellektuellen Gedanken dominierte, wurde in der Periodisierung typischerweise zwischen *liberalen*, *monopolistischen* und *staatsmonopolistischen* Formen des Kapitalismus unterschieden (Jessop 1982). In jüngerer Zeit entwickelte die Regulationstheorie die Kategorien von *Fordismus* und *Postfordismus* (Aglietta 1979). Zudem bildete sich ein US-amerikanischer Strang marxistischer Forschung heraus, der die US-Nachkriegsökonomie (und ähnliche Volkswirtschaften) als spezifische, auf jeweils umgrenzten Abkommen zwischen Kapital und Arbeit basierende *soziale Strukturen der Akkumulation* analysierte (Kotz u.a. 1994; vgl. auch McDonough in diesem Band). In all diesen Formulierungen ist das jeweilige Wesen der Klassenbeziehungen formgebend für die periodenspezifischen institutionellen Konfigurationen; und in all diesen sind die institutionellen Konfigurationen letzten Endes anfällig für die strukturbedingten Klassenwidersprüche.

In der Tat wurden die „Variationen des Kapitalismus“, welchen die neuen InstitutionalistInnen besonders viel Aufmerksamkeit widmen, immer eher – und umso mehr, je orthodoxer die marxistische Forschung – bloß als verschiedene Versionen

einer allgemeinen Produktionsweise betrachtet, welche gleichermaßen für interne Widersprüche und letztlich für Nieder- und Untergang anfällig seien (Coates 2000). Für MarxistInnen bilden schlussendlich stets die widersprüchlichen Klassenbeziehungen im Kapitalismus – zwischen Sektionen der dominanten Kapitalistenklasse und/oder zwischen Kapital und Arbeit – die Quelle dieses Untergangs. Die generelle Tendenz der aus dieser intellektuellen Tradition hervorgehenden Arbeiten war, die Erforschung der unterschiedlichen Wachstumsraten einzelner nationaler Kapitalismen anhand der Merkmale der dominanten, nicht der subordinierten Klassen; die Betrachtung des relativen Gewichts der Industrie-, Handels- und Finanzbourgeoisie und der Art ihrer Beziehungen zueinander; und die Verknüpfung dieser vorherrschenden Klassenmuster mit ihrem Platz innerhalb des jeweiligen nationalen Kapitalismus in den sich entwickelnden Matrizen des Kapitalismus als globales System. Auch tendierte die marxistische Tradition dazu, über die Kapital-Kapital-Beziehungen hinaus zu gehen, die den zentrale Gegenstand eines Großteils der neo-institutionalistischen Literatur sind, und den Fokus zusätzlich auf die Spannungen zwischen Kapital und Arbeit zu legen. AnalystInnen, die innerhalb dieser marxistischen Tradition arbeiten, haben immer mehr getan als lediglich die Sphäre des *Kreislaufs* (bei der die meisten institutionalistischen Analysen von Finanzsystemen aufhören) oder die (von der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft privilegierte) Sphäre des *Austauschs* zu untersuchen. Stattdessen banden sie diese beiden Sphären stets zu den sozialen Beziehungen zurück, welche die grundlegende Sphäre der *Produktion*, in der alle Waren anfänglich entstehen, und in der – in einem marxistischen Kapitalismusverständnis – die strukturellen Widersprüche der gesamten Produktionsweise letztlich zu verorten sind.

Solche marxistische Auffassungen über das Wesen des alten wie neuen Kapitalismus haben wenigstens zwei Ergebnisse gezeitigt. Erstens haben sie die Herausbildung einer Reihe von Studien angeregt, die im Vergleich zum großen Teil der neo-institutionalistischen Literatur viel sensibler für die tieferliegenden Prozesse der Ausbeutung von ArbeiterInnen im Kontext der bemerkenswerten Wachstumspfade von Kapitalismusmodellen, die zu den USA aufgeschlossen haben, sind (Burkett/Hart-Landsberg 1996; Fast 2005). Zweitens haben sie Untersuchungen angeregt, die – indem sie individuelle Kapitalismen als Akkumulationsregime betrach-

ten – die notwendige Fragilität von Klassenübereinkünften hervorheben und so stärker als viele der neuen InstitutionalistInnen die Langlebigkeit von LMEs und CMEs im Zeitalter des globalen Kapitals anzweifeln (Aglietta 1998; Radice 2000; Jessop 2006). Wir verfügen nun ebenfalls über marxistisches Material, das die Verwundbarkeit europäischer Wohlfahrtssysteme gegenüber einer globalen Tendenz zur Absenkung von Löhnen und Arbeitsstandards ausweist (Albo 1994; Panitch 1994; Coates 2000); Material zum speziellen Charakter des US-amerikanischen Kapitalismus in einem Zeitalter von Finanzmarkturbulenzen (Brenner 1999; 2002; Panitch/Gindin 2005; Panitch/Konings 2008); und marxistisches Material über die Verwundbarkeit aller derzeitigen Kapitalismusvarianten im Angesicht ineinandergreifender globaler Krisen (Magdoff/Yates 2009; Konings 2010).

2. Synthese oder Bruch?

Gerade weil wir es mit einer solchen Vielzahl verschiedener Ansätze zur Untersuchung des Gegenwartskapitalismus und seiner institutionellen Variationen haben, ist der zu klärende Punkt nicht, ob eine bestimmte Analyse die definitiv Richtige ist, sondern wie ein tieferes Verständnis des Wesens unseres modernen Zustandes am besten erreicht werden kann: geschieht dies durch eine Synthese dieser Ansätze, oder durch einen Bruch, bei dem zumindest einige fallen gelassen werden?

Ein gewisser Bruch ist letztendlich unvermeidlich, da nicht alle konkurrierenden Paradigmen gleichwertig sind. Wenn ein umfassendes Verständnis der verschiedenen Kapitalismusmodelle unser Ziel ist, dann ist die neoklassische Wirtschaftswissenschaft – trotz all ihrer gegenwärtigen Dominanz in den Korridoren der Macht – sicherlich keine ernstzunehmende Kandidatin. Die typischen Analysemethoden ihrer VertreterInnen wirken viel öfter als für sie oder uns gut ist als mentales Dichtungsmittel gegen jegliche Anerkennung der enormen und schädlichen Folgen unregulierter Märkte und laden zu einer fortwährenden Beschäftigung mit dem Austausch von Gütern anstelle ihrer vorausgehenden Produktion ein. Das ist nicht gut genug: eine Analyse, die auf ein vollständiges Verständnis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit abzielt, muss tiefer gehen. Daher ist es unerlässlich, dass die Wissenschaft sich von neoklassischer Modellbildung und der Konzentration der

Wachstumsmessungsforschung auf die „unmittelbaren“ Ursachen ökonomischen Wachstums weg-, und zu einer intellektuellen Auseinandersetzung mit den – von ersteren eingeräumten – grundlegenden und „letzten“ Ursachen differenzieller wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit hinbewegt.

Selbst vor dem Ausbruch verallgemeinerter Wirtschaftskrisen ab 2008 war klar, dass eine Bewegung jenseits der Wachstumsmessung zwei zusätzliche intellektuelle Schritte erfordert: erstens, weg von einer Faktoranalyse hin zu einer Analyse von Institutionen, Geschichte und Wachstumspfaden in der Art des „neuen Institutionalismus“; und zweitens, die Verortung dieser institutionellen Beziehungen in einem tieferen Set von Klassenmustern und grundlegenden strukturellen Prozessen, verstanden aus einer weitgehend marxistischen Perspektive. Die globale Kreditkrise von 2008 und die folgende, andauernde Krise der Eurozone unterstrichen die Notwendigkeit eines stärker holistischen Verständnisses des Kapitalismus und seiner Variationen – umfassender als es selbst der neue Institutionalismus bereitstellen könnte – zusätzlich. Seit dem Beginn der beiden Krisen ist nun eindeutig, dass es ebenso sinnlos ist, mit Bezug auf individuelle nationale Kapitalismen von ihrem Platz in der globalen ökonomischen Ordnung zu abstrahieren, wie es vor der Krise sinnlos war, diese Ökonomien von dem *sozialen* Kontext, in dem die auf jeweils nationaler Ebene eingebettet sind, zu isolieren. Es ist nun klar, dass während den Leistungen der Nachkriegszeit und den heutigen Schwierigkeiten der verschiedenen Kapitalismusmodelle durch bestimmte Sets institutioneller Praktiken Ausdruck verliehen wurde, diese Praktiken selbst durch die Balance und die Eigenschaften von sie durchdringenden Klassenkräften getrieben wurden. So war die Entwicklung der jeweiligen Ökonomien zentral von der Position dieser Klassen im weiteren System globaler Akkumulation, charakteristisch für den Weltkapitalismus als Ganzes, geprägt. Daher muss nun, mehr denn je, die vollständige *erklärende* Reise bezüglich der differenziellen Funktionsweisen unterschiedlicher Kapitalismusmodelle eine Bewegung weg von der „Wachstumsmessung“, durch den „neuen Institutionalismus“ hin zu marxistischen Erklärungen ungleicher und kombinierter ökonomischer Entwicklung sein (vgl. auch Hardy in diesem Band). Die grundlegende *theoretische* Reise muss die neoklassische Ökonomik zurückweisen, die Erkenntnisse der schumpeterianischen und post-keynesianischen Erklärungen

von Wachstum zur Kenntnis nehmen und sich schließlich in einem marxistischen Verständnis des Kapitalismus als globales System verankern.

Der Charakter und die Tiefe der heutigen Krisen des Kapitalismus verlangen nun von uns, eine Reihe von Erklärungen zu versuchen, die jenseits der Reichweite selbst der besten neo-institutionalistischen Forschung liegen. Die Krisen drängen uns, erneut zu überprüfen, warum FinanzakteurInnen nun so wichtig für fortgeschrittene kapitalistische Ökonomien sind. Sie drängen auch zum Erkennen der Bedeutung von Überproduktion und Unterkonsumtion als Determinanten kapitalistischer Instabilität. Zudem drängen sie uns dazu, erneut die Zentralität von Klassenbeziehungen in den kapitalistischen Prozessen von Produktion und Konsumtion zu erkennen. Sie drängen uns also durch eine kontinuierliche Linkverschiebung des Gravitationszentrums der Debatte – von neoklassischen zu marxistischen Ansätzen –, zu unserem intellektuellen Rüstzeug die Einsichten derjenigen intellektuellen Tradition hinzuzufügen, die sich lange Zeit auf die unter der Oberfläche der verschiedenen institutionellen Formen des Kapitalismus brodelnden Widersprüche konzentriert. Es ist wieder Zeit für intellektuellen Radikalismus.

Aus dem Englischen von Johannes Petry

Ian Bruff/Eva Hartmann

Neopluralistische Politikwissenschaft, Wirtschaftssoziologie und die konzeptuellen Grundlagen der Vergleichenden Kapitalismusforschung

Die Vergleichende Kapitalismusforschung (VKF) hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Zweig innerhalb der Forschung zur Diversität im Kapitalismus entwickelt. Ihre Untersuchungen sind von einer engen Verbindung zwischen Theorie und Empirie gekennzeichnet. Entsprechend begnügt sich dieser Forschungszweig nicht mit der alleinigen Deskription der „real existierenden Diversität“, sondern will diese – ebenso wie ihr Beharrungsvermögen – auch erklären. Vor diesem Hintergrund weist sie die These zurück, dass die Globalisierung zu einer Konvergenz institutioneller Systeme führen würde. Es ist nicht zuletzt dieser Einwand, der ihre Führungsrolle innerhalb der Debatten, die von einer Kontinuität kapitalistischer Pluralität ausgehen, zementierte.

Es wäre allerdings ein Irrtum zu behaupten, dass sich dieser Forschungszweig erst als Antwort auf die Konvergenzthese der Globalisierungsdebatten der 1990er Jahre konstituiert habe, ob-
schon er sicherlich während und seit dieser Zeit größere Bekanntheit erlangte. Tatsächlich besitzt er eine viel längere Tradition und leistete bedeutende Beiträge in zahlreichen Disziplinen (vgl. z.B. Shonfield 1965; Zysman 1983; Maurice u.a. 1986). Im Nachfolgenden sollen die gegenwärtigen Arbeiten in diesem Feld in den Kontext dieser Tradition gestellt werden, um vor diesem Hintergrund ihre Stärken und Schwächen auszuleuchten. Die schiere Breite und Tiefe des Forschungsfeldes macht allerdings eine exemplarische Auswahl erforderlich (vgl. auch Coates und Jessop in diesem Band). Wir werden uns auf die neopluralistische Politikwissenschaft und die Wirtschaftssoziologie konzentrieren. Obwohl auch andere Quellen – etwa Forschungen zu „Unternehmenssystemen“ (Whitley 1999) – für die Entwicklung der VKF von Bedeutung

waren, bildeten diese beiden Bereiche doch zentrale Bezugspunkte für viele der wichtigsten Publikationen in diesem Feld.

Neopluralismus und Wirtschaftssoziologie unterscheiden sich insofern, als dass ersterer an der Politik des Kapitalismus interessiert ist, die in den verschiedenen Regionen der Welt unterschiedliche Formen annimmt, während letztere sich mit der Einbettung (*embeddedness*) des Kapitalismus in verschiedene Gesellschaften und soziale Kontexte befasst. Unbesehen dieser Differenz teilen beide die Annahme, dass es einer Aufschlüsselung des Begriffs „Kapitalismus“ in einzelne Bereiche bedarf, um die Interaktion zwischen „Wirtschaft“ und den sozialen und politischen Bedingungen des zu untersuchenden Landes erfassen zu können. Eine solche Sichtweise kontrastiert nicht nur mit jener Literatur, die auf die angeblich homogenisierende Wirkung der Globalisierung abhebt, sondern auch mit eher traditionellen kritischen polit-ökonomischen Ansätzen (wie etwa dem Marxismus), welche Probleme bei der Erfassung der gewaltigen Spannweite kapitalistischer „Typen“ haben, da sie dem „Kapitalismus“ als Produktionsweise eine höhere Bedeutung beimessen als seinen unterschiedlichen Existenzformen.

So konnte die VKF eine Reihe wichtiger Arbeiten vorlegen, die alle die Diversität kapitalistischer Ökonomien und deren Beständigkeit deutlich machten. Wir argumentieren allerdings, dass die Stärke dieser Beiträge – wie die eben erwähnte Aufmerksamkeit fürs Detail – uns nicht davon abhalten sollte, ihre Schwächen auszumachen, die insbesondere in zwei Bereichen zum Vorschein kommen: Erstens tendieren sie dazu, ihre volle Aufmerksamkeit spezifischen politischen und sozialen Bedingungen zu schenken. Der Bereich „Wirtschaft“ bleibt hierbei als eine Art *‘Black Box’* relativ unbeleuchtet. In der Folge wird zweitens „kapitalistische Diversität“ rasch und oft stillschweigend mit „politischer“ oder „sozialer Diversität“ gleichgesetzt (vgl. auch Jessop und May/Nölke in diesem Band). Eine der zentralen, von zahlreichen AutorInnen dieses Sammelbandes ausgemachten, Schwachstellen der VKF, nämlich das Fehlen eines hinreichenden theoretischen Verständnisses kapitalistischer Gesellschaften, reicht allerdings tiefer als die in gegenwärtigen Debatten feststellbaren Beschränkungen. Im Folgenden wollen wir zeigen, dass diese Schwächen in der Forschungstradition begründet liegen, in der die VKF steht. Diesen Zusammenhang gilt es deutlich zu machen, um die Analyse kapitalistischer Diversität neu denken zu können.

Das Kapitel ist in zwei Hauptabschnitte gegliedert. Wir diskutieren und kritisieren zunächst den Neopluralismus, bevor wir uns im zweiten Schritt der Wirtschaftssoziologie zuwenden. Wir enden mit einigen Überlegungen zu den breiteren Implikationen unseres Arguments.

1. Die 'Wiederentdeckung' von Institutionen

Kathleen Thelen und Sven Steinmo (1992: 1) rufen in ihrem überaus einflussreichen Band *Structuring Politics* zu mehr Beachtung von Institutionen auf: „die 'Wiederentdeckung' von Institutionen (eröffnet) eine aufregende Forschungsperspektive in der Vergleichenden Politikwissenschaft und Vergleichenden Politischen Ökonomie.“ Diesen „neuen Institutionalismus“ stellen sie in den Kontext der Kritik traditioneller Formen des Institutionalismus sowie des Behaviorismus, der während der 1950er und 1960er Jahre die US-Politikwissenschaft dominierte (ebd.). Die Kritik brachte ein umfassendes Umdenken bezüglich der Konzeptualisierung von Institutionen mit sich. Im Vergleich zur Konzentration des „alten“ Institutionalismus auf „harte“ Verfassungsregeln und andere formelle Strukturen sowie des Behaviorismus auf die Einstellungen und Handlungsweisen von Personen und Gruppen (Peters 2005: 3ff) zeigt sich der neue Institutionalismus als insgesamt komplexer und nuancierter. Im Zentrum seiner Analyse steht die Wechselwirkungen von Institutionen, menschlichem Handeln und dem weiteren politischen, kulturellen und ökonomischen Kontext. Hierdurch geraten informelle Regeln, Verständnisse und Konventionen wie auch unmittelbar zu beobachtende Regeln und Machtbeziehungen ins Blickfeld.

Diese größere Differenziertheit führte in den 1990er Jahre zu verschiedenen Schwerpunktsetzungen. Drei Hauptstränge können hierbei ausgemacht werden: *Rational-Choice*-, historischer und soziologischer Institutionalismus. Hall und Taylor (1996: 955) verweisen allerdings darauf, dass „sie ein weites gemeinsames analytisches Terrain teilen, auf dem die Einsichten eines Ansatzes zur Stärkung oder Ergänzung eines anderen genutzt werden können.“ Da stets Fallstudien zur Illustration oder zur Überprüfung entwickelter Modelle hinzugezogen werden, ist der neue Institutionalismus trotz der unterschiedlichen Ausgangspunkte seiner „Schulen“ wohl am zutreffendsten als eine Theorie mittlerer

Reichweite zu betrachten, die sich um ein Gleichgewicht zwischen großer Theorie und empirischer Forschung bemüht (Campbell/Pedersen 2001: 268f).

Diese Ausrichtung erwies sich als attraktiv für ForscherInnen im Bereich der Vergleichenden Politischen Ökonomie, die – nach dem Ende des Kalten Krieges – nicht nur Institutionen, sondern auch die Diversität innerhalb des Kapitalismus (in Kontrast zu Unterschieden zwischen Systemen, etwa Kapitalismus und Kommunismus, industrialisierte und landwirtschaftliche Länder etc.) „wiederentdeckten“. Die Folge war ein starkes Anwachsen der Literatur zur „Politik des Kapitalismus“. Zudem konnten sich VertreterInnen der verschiedenen neoinstitutionalistischen Schulen in der Untersuchung kapitalistischer Vielfalt aufeinander beziehen (vgl. z.B. die einflussreichen *Welfare and Work*-Bände, Scharpf/Schmidt 2000a; 2000b). Allerdings hatte das Aufblühen dieser Forschungsrichtung die Marginalisierung von traditionelleren politikwissenschaftlichen Ansätzen, aber auch von kritischen Perspektiven, die auf eine stärker holistische Analyse kapitalistischer Gesellschaften abzielten, zur Folge. Obwohl der neue Institutionalismus einen Fortschritt gegenüber den kritisierten politikwissenschaftlichen Perspektiven bedeutete, blieben hierdurch einige ihrer grundlegenden Annahmen unhinterfragt.

Eine dieser Annahmen ist die Vorstellung, dass „Kapitalismus“ mit „Wirtschaft“ gleichgesetzt werden könne. Diese Annahme ist so weit verbreitet, dass sie häufiger implizit bleibt, als dass sie explizit geäußert wird. Sie unterliegt sogar der Argumentation einer Reihe von Texten, die für sich, meist in der Einleitung, beanspruchen falsche Dichotomien wie jene von Politik und Ökonomie im Sinne einer ganzheitlichen Perspektive überwinden zu wollen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die bahnbrechende Monographie *Politics in Hard Times* von Peter Gourevitch (1986) zum internationalen Vergleich von Krisenreaktionen. Diese Analyse der Auswirkungen von Wirtschaftskrisen auf die Entstehung neuer Institutionen, Gefüge und Systeme hat seit 2007 nochmals an Bekanntheitsgrad gewonnen. Im ersten Kapitel unterstreicht Gourevitch sein Anliegen, zum Aufzeigen von Verbindungen zwischen dem internationalen wirtschaftlichen Umfeld und nationaler Politik verschiedene sozialwissenschaftliche Traditionen zusammenbringen zu wollen (ebd.: 21). Das Buch als Ganzes fokussiert sich aber auf die Frage „warum Länder in Reaktion auf größere Erschütterungen der inter-

nationalen Wirtschaft spezifische Strategien gewählt haben“ (ebd.: 35). Anstatt das Zusammenspiel in den Blick zu nehmen, wird zwischen (wirtschaftlichen) Ursachen und (politischen) Wirkungen unterschieden. Letzten Endes werden nur noch die politischen Antworten auf (größtenteils unerklärt bleibende) ökonomische Veränderungen untersucht. Gourevitch scheint daher nicht an kapitalistischer, sondern lediglich an politischer Diversität interessiert; „die Wirtschaft“ bleibt von der Analyse ausgeschlossen.

Warum geschieht dies? Wir sind der Auffassung, dass die neoinstitutionalistische Forschung letzten Endes alleine auf die im eingangs angeführten Zitat von Thelen und Steinmo angesprochene Wiederentdeckung von Institutionen abzielte. Statt einer grundsätzlichen Infragestellung früherer Arbeiten zu Institutionen ging es dem neuen Institutionalismus darum, „*zusätzliche Begriffe* politischer Ordnung auszuarbeiten“ (March/Olsen 1984: 743, eigene Hervorh.). Einen wichtigen Einfluss auf die Genese dieser zusätzlichen Begriffe nahm zudem der Machtbegriff, wie er in der Politikwissenschaft insbesondere in den ersten Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde. Im Zentrum steht hier die pluralistische Natur von Macht als Ausdruck einer Vielzahl von Interessengruppen, die in demokratischen kapitalistischen Gesellschaften um Einfluss auf den Staat ringen. Macht wird hierbei als gesellschaftlich verteilt gedacht, und der Staat als neutral und in seiner Macht begrenzt konzipiert, also als Schiedsrichter zwischen den konkurrierenden Ansprüchen (vgl. z.B. Truman 1951; Dahl 1961).

Konfrontiert mit der Kritik, dass eine solche Konzeption die fest verwurzelten Machtungleichgewichte sowie die sozio-ökonomischen und politischen Umbrüche vernachlässigte, hat sich dieser Ansatz in den 1970er und 1980er Jahren zum Neopluralismus weiter entwickelt (vgl. z.B. Lindblom 1977; Dahl 1988). Der Neopluralismus akzeptiert, dass Unternehmen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften eine gegenüber anderen AkteurInnen privilegierte Position einnehmen; dass der Staat im Vergleich zum „Schiedsrichter“-Bild, das pluralistische Texte beschworen, ein größeres Maß an Autonomie besitzt; dass in bestimmten Politikbereichen einige Interessengruppen tendenziell wichtiger sind als andere; und dass folgerichtig eine größere Vielfalt von „Demokratien“ existiert. Allerdings geht es hierbei eher um eine Ergänzung und Spezifizierung als um die Revidierung neoinstitutionalisti-

scher Grundannahmen. Folgerichtig beinhalten selbst Beiträge, die sich dem Anschein nach auf „die Wirtschaft“ konzentrieren, nur wenig Reflexionen zur Natur „der Wirtschaft“ als solcher. Stattdessen scheinen sie davon auszugehen, dass alle bereits wissen, was „die Wirtschaft“ ist. Entsprechend widmen sie sich den Unterschieden in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nur vom Gesichtspunkt der Politik. Wie Lindblom (1982: 327ff) erörtert:

„Das System [der Einflussnahme] funktioniert nicht deshalb so, weil UnternehmerInnen sich verschwören oder uns zu bestrafen planen, sondern weil viele institutionelle Veränderungen von einer Art sind, die ihnen nicht gefällt und die folglich jene Anreize reduzieren, die sie motivieren, Arbeitsplätze zu schaffen und ihre sonstigen Funktionen zu erfüllen. Die mit wirtschaftlichen Fehlanreizen verbundene Strafe für [RegierungsfunktionärInnen] besteht in der Bedrohung, die eine zurückgehende Wirtschaftstätigkeit für die Partei und die Personen an der Macht darstellt.“

Dieses indirekte Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik ist von zentraler Bedeutung für die VKF, wie sie sich in stärker kanonischer Form in den 1990er und 2000er Jahren herauszubilden begann. Hier beschreibt Lindblom, was Hall und Soskice (2001: 46) später als Anreizkompatibilität bezeichneten: „Wirtschaftspolitik werden nur effektiv sein, wenn sie mit den in der bestehenden politischen Ökonomie eingebetteten Koordinationskapazitäten kompatibel sind.“ Zudem argumentierte die Theorie institutioneller Komplementarität, dass „Nationen mit einem bestimmten Koordinationstypus in einer ökonomischen Sphäre dazu tendieren sollten, in anderen Sphären komplementäre Praktiken zu entwickeln“ (ebd.: 18; vgl. auch Amable 2003).

Diese kanonische Weiterentwicklung sollte freilich nicht, wie an vielen Stellen dieses Bandes ausgeführt, auf Hall und Soskices „Spielarten“-Ansatz reduziert werden. Was allen Ansätzen jedoch gemein ist, ist die Tendenz, „die Wirtschaft“ als besonders bedeutsam für die Analyse kapitalistischer Diversität zu erklären, um sie in der Folge als externe Struktur oder Umgebung zu behandeln und so von der eigentlichen Analyse auszuschließen. Beispiele hierfür sind etwa der Titel eines bekannten Buches über ‘the politics of free markets’ Prasad 2006; eigene Hervorh.); das Argument, dass Wandlungsprozesse in fortgeschrittenen politischen Ökonomien durch die Untersuchung *institutioneller* Evolution in Reaktion auf angeführte, aber nicht näher untersuchte wirtschaft-

liche Veränderungen beobachtet werden könnten (Streeck/Thelen 2005; Campbell 2004); oder die Behauptung, dass für die Analyse nicht „die Wirtschaft“ als solche, sondern die Art und Weise der Interpretation ökonomischer Bedingungen durch politische AkteurInnen von Belang sei (Schmidt 2002; Hay 2004).

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass die zusätzlichen Begriffe politischer Ordnung letzten Endes dazu dienen, eine differenziertere politisch-institutionelle Perspektive auf die Politik der Wirtschaft zu entwickeln. Das Forschungsfeld bleibt jedoch vornehmlich an *politischer* und nicht *kapitalistischer* Diversität interessiert. Jede Weiterentwicklung des neopluralistischen Strangs der VKF beschränkt sich auf die Ergänzung und Verfeinerung früherer Formulierungen, überwindet jedoch nicht dieses grundlegendere Defizit der Forschungsausrichtung. Die Frage besteht nun darin, ob einige der anderen begrifflichen Grundlagen der VKF – hier die Wirtschaftssoziologie – Abhilfe schaffen können. Wie wir zeigen werden, stellt die Wirtschaftssoziologie aufgrund ihrer breiteren Perspektive gegenüber dem Neopluralismus eine Verbesserung dar; dennoch ist auch sie von konzeptuellen Schwächen gekennzeichnet, die letztlich überwunden werden müssen.

2. Die wirtschaftssoziologische Wendung

Parallel zur Herausbildung des „neuen Institutionalismus“ in der Politikwissenschaft hat sich auch die Forschungsagenda der Soziologie in den letzten Jahrzehnten um neue oder lange vernachlässigte Gebiete erweitert. Eine der bedeutsamsten Entwicklungen war das steigende Interesse an „der Wirtschaft“, verbunden mit der Bestrebung, das fortdauernde Monopol der (neoklassischen) Wirtschaftswissenschaft auf die Definition und Untersuchung „des Marktes“ (Fligstein 2001) zu hinterfragen. Mark Granoveters (1985) Kritik des atomisierten Utilitarismus der Neoklassik gilt oft als Katalysator für die Entwicklung der sogenannten „neuen“ Wirtschaftssoziologie, obwohl sie nicht der einzige bedeutende Beitrag seiner Zeit war (vgl. für einen Überblick Convert/Heilbron 2005; Fligstein 2002; auch White 1981). Ebenso wie der neue Institutionalismus umfasst die Wirtschaftssoziologie verschiedene Perspektiven und Orientierungen, die auf unterschiedliche Autoren der klassischen Soziologie zurückgehen. Ob Max Weber, Emile Durkheim, Georg Simmel oder Karl Polanyi, was

ihnen gemein ist, ist die Tatsache, dass sie zu einer Zeit geschrieben haben, als die disziplinäre Trennung zwischen Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft noch nicht so stark institutionalisiert war wie heute. Dies blieb nicht ohne Einfluss auf ihr Denken und ihre Vorstellung von Gesellschaft.

Der Bezug auf diese Vorläufer hat es der zeitgenössischen Wirtschaftssoziologie ermöglicht, eine im Vergleich zur neopluralistischen Politikwissenschaft breitere Analyse kapitalistischer Gesellschaften zu entwickeln. Ihre Studien zur kapitalistischen Diversität fokussieren auf die Einbettung des Kapitalismus in die sozialen Bedingungen, die im zu untersuchenden Land vorzufinden sind und sind entsprechend breiter angelegt als ihr politikwissenschaftliches Äquivalent. Das Politische wird innerhalb der sozialen Verhältnisse und nicht abgesondert von diesen verortet. Der starke Einfluss der „Klassiker“ auf die zeitgenössische wirtschaftssoziologische Forschung legt nahe, deren Stärken und Schwächen im Rückgriff auf diese Inspirationsquellen (im Folgenden hauptsächlich Polanyi und Weber) zu diskutieren.

Wie das Konzept der „Institution“ in der Politikwissenschaft, das mit Aufkommen des Neopluralismus und des neuen Institutionalismus bedeutende Veränderungen durchlaufen hat, war auch der Begriff der „Einbettung“ Gegenstand wichtiger Debatten in der Wirtschaftssoziologie. Granovetter (in Krippner u.a. 2004: 113) selbst versteht Einbettung als „die Art und Weise, in der soziale und ökonomische Aktivitäten mit Netzwerken sozialer Beziehungen verwoben sind“. Dies impliziert, dass Menschen immer bereits in eine soziale Umgebung eingebunden sind (vgl. auch Granovetter 1985). Vertrauen und wechselseitige Erwartungen gelten als zentral, so dass die Schaffung und Erhaltung stabiler, Unsicherheit reduzierender sozialer Welten als wichtiges Ziel menschlichen Handelns betrachtet wird. Allerdings wird davon ausgegangen, dass diese stabilen Welten in verschiedenen sozialen Kontexten sehr unterschiedlich ausfallen können. Zu Recht hat Gemici (2012: 114) darauf hingewiesen, dass diesem Gesellschaftsverständnis ein methodologischer Individualismus unterliegt, der die Etablierung von Erwartungen, Struktur und Koordination als Leistung einzelner AkteurInnen versteht. Krippner (2001: 778) kritisiert zudem, dass Granovetter einen „harten Kern von Marktverhalten außerhalb des sozialen Lebens (und deshalb der ‚Einbettung‘ bedürftig)“ voraussetzt.

Der wirtschaftssoziologische Begriff der Einbettung, der die VKF am stärksten beeinflusst hat, rekurriert daher weniger auf Granovetter, sondern vielmehr auf Polanyi (1944; 1992; vgl. auch Harvey u.a. 2008; Hann/Hart 2009). Dessen umfassenderes Verständnis von Einbettung betrachtet die Herausbildung der „Marktwirtschaft“ als Teil der Transformation der Gesellschaft hin zu einer Marktgesellschaft. Wie Fred Block (2007: 5, Hervorh. i.O.) argumentiert:

„[S]elbst wo es die entschlossensten ideologischen Anstrengungen zum Aufbau einer auf selbstregulierenden Märkten basierenden Ökonomie gegeben hat, bleibt die Wirtschaftstätigkeit weiterhin in gesetzliche, kulturelle und politische Rahmenbedingungen eingebettet, die für ihren Fortbestand unbedingt notwendig sind [man beachte den breiteren Ansatz relativ zum Neopluralismus]. [...] Freilich bestehen beträchtliche Unterschiede in der Art und Weise, in der verschiedene Gesellschaften Märkte strukturieren. Es ist aber ein Fehler, diese Variationen auf einem Kontinuum abbilden zu wollen, das von vollständiger Ein- zu vollständiger Entbettung verläuft. Märkte sind *immer* auf das Funktionieren sozialer Strukturen angewiesen; sie entstehen und erhalten sich nicht spontan. Es ist die empirische Variation zwischen verschiedenen Einbettungsarrangements, das Märkte in unterschiedlicher Weise strukturiert.“

Folglich ist Krippner (2001: 782) der Auffassung, dass „Märkte sogar in ihrer idealen [also ‘reinen’] Form [...] vollständig soziale Institutionen sind, die eine komplexe Alchemie von Politik, Kultur und Ideologie widerspiegeln. Tatsächlich sind dies für Polanyi die Elemente, die das eigentliche Fundament der Wirtschaft bilden.“ Diese Sichtweise spiegelt sich in der berühmten Aussage, dass „[d]er Weg zum freien Markt durch eine enorme Zunahme des dauerhaften, zentral organisierten und kontrollierten Interventionismus eröffnet und offen gehalten wurde“ (Polanyi 1944: 140). Mit anderen Worten: es gibt keinen harten Kern von Marktverhalten, da der „Markt“ – wie der Rest der Gesellschaft – ein soziales Phänomen darstellt (Krippner 2001: 782).

Die sozialen Eigenschaften des Marktes lassen sich mit Rückgriff auf Max Webers Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft genauer erfassen (Weber 2010 [1920]; 1921; vgl. auch Swedberg 1998; 2003a; Beckert 2009; Aspers 2011). Weber schlägt vor, „die Wirtschaft“ eher als Arena für bestimmte Arten sozialer Beziehungen denn als Produkt individueller Handlungen zu verstehen. Markttausch sei „stets ein Gemeinschaftshandeln, insofern die beiden Tauschreflektanten ihre Angebote an dem po-

tentiellen Handeln unbestimmt vieler realer oder vorgestellter mitkonkurrierender anderer Tauschinteressenten, nicht nur an dem des Tauschgegners, orientieren, und um so mehr, je mehr dies geschieht.“ (Weber 2009 [1922]: 364) Durch die Unterscheidung von zwei Rationalitätstypen – formale und substanzielle Rationalität – entwickelt Weber ein breiteres Verständnis dieses allgemeinen sozialen Verhaltens als Polanyis Begriff der Einbettung. Der erste Typ ist eng mit quantitativer Berechnung und Buchhaltung verbunden, denn Weber betrachtet den Geldausdruck als höchsten Grad formeller Berechenbarkeit (Weber 1978: 85). Im Unterschied dazu ist substanzielle Rationalität durch letztgültige Ziele bestimmt, „seien sie nun ethisch, politisch, utilitaristisch, hedonistisch, ständisch, egalitär oder was auch immer“ (ebd.). Diese Maßstäbe der „Wertrationalität“ (ebd.) begründen die Gültigkeit einer gesellschaftlichen Sozialordnung und stellen so den Hintergrund, vor dem die Ergebnisse ökonomischen Handelns unabhängig von der zur Messung und Analyse derselben normalerweise herangezogenen formalen Rationalität bewertet werden können.

Webers Einfluss auf die zeitgenössische Wirtschaftssoziologie ist vielseitig. Mit Rückgriff auf seine Begrifflichkeiten kann zwischen formaler und substanzieller Rationalität unterschieden werden, um die verschiedenen Formen von Marktaustausch zu verstehen. Zugleich erlauben sie, verschiedene Arten kapitalistischer Haltungen hinsichtlich der Erzielung von Profit zu identifizieren. Einige sind eng mit „rationalem“ Marktverhalten verbunden und bilden so einen wesentlichen Bestandteil der in der modernen westlichen Welt vorherrschenden Kapitalismustypen. Andere sind im Kern Formen des politischen und des traditionellen Handelskapitalismus, die früheren Ursprungs sind, jedoch immer noch existieren. So argumentiert Swedberg (2003b: 297):

„Was Webers drei Typen des Kapitalismus so interessant macht, ist zunächst, dass sie für die Analyse von Ökonomien noch immer sehr nützlich sind. [...] Kapitalismus sollte nicht als System (wie bei Marx) sondern als soziale Konfiguration von verschiedenen Typen sozialen Handelns gesehen werden. Weber hat, kurz gesagt, versucht, die Kapitalismustheorie als Theorie sozialen Handelns umzuformen, und sie so auf einer Ebene zu platzieren, die sie für den/die individuelle AkteurIn bedeutsam macht.“

Diese zwei bedeutsamen Inspirationsquellen der gegenwärtigen Wirtschaftssoziologie haben zu einem breiten Konsens innerhalb

dieses Forschungszweiges beigetragen, der das soziologische Wesen „der Wirtschaft“ und der Formen von Institutionen und sozialem Handeln, die ihr Funktionieren ermöglichen, hervorhebt. Die Bedeutung der Wirtschaftssoziologie für die VKF ist vor allem in diesem Zusammenhang zu betrachten. Ihre Betonung, dass Institutionen und soziales Handeln sozio-kulturell spezifisch sind – und so unvermeidlich Diversität in Zeit und Raum erzeugen und reproduzieren – ist in hohem Maße kompatibel mit der allgemeineren Beobachtung, dass der Kapitalismus global in verschiedensten Ausprägungen existiert. Wie Beckert und Streeck (2008: 20) in ihrem programmatischen Aufsatz zu Wirtschaftssoziologie und politische Ökonomie darlegen, „hängt das Funktionieren einer fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomie von kontingenten Prozessen der Sozialisation und sozialen Integration ab, die denkbarerweise in ganz verschiedene Richtungen gehen können.“

Allerdings weisen auch wirtschaftssoziologisch verankerte VKF-Untersuchungen zur kapitalistischen Diversität zentrale Schwachstellen auf, die auf bestimmte Grundannahmen zurückzuführen sind. Dies lässt sich gut anhand von Beckerts und Streecks (ebd.: 24f) Definition ökonomischen Handelns illustrieren:

„[Ö]konomisches Handeln in kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart ist als besondere Art sozialen Handelns zu betrachten, eines mit allgemeinen und historisch distinktiven Werten, Normen und internalisierten Akteursdispositionen zur eigeninteressierten, rational-egoistischen Nutzenmaximierung. [...] [Ö]konomisches Handeln als Typ sozialen Handelns ist in einen breiteren Kontext anderer, nicht-ökonomischer Typen und Strukturen von Handlung eingebettet und mit diesen verbunden.“

Entscheidend ist dabei, dass die „besondere Art des sozialen Handelns“ selbst unerklärt bleibt, sei es nun in der Polanyi'schen Darstellung unterschiedlicher marktstrukturierender Einbettungsarrangements oder im Rahmen einer weberianischen Analyse verschiedener Typen sozialen Handelns. Obwohl es die „besondere Art sozialen Handelns“ ist, die den Kapitalismus von anderen Formen ökonomischer Organisation unterscheidet, bleibt die Forschung auf die Frage beschränkt, wie „normales“ Handeln dieses „spezielle“ Handeln hervorbringt. Das heißt, alleine durch die Analyse wie „normales“ Handeln „spezielles Handeln“ konfiguriert und in sehr unterschiedlichen Kontexten einbettet, kann die kapitalistische Vielfalt in den Blick genommen werden.

Dies bedeutet allerdings, dass die Wirtschaftssoziologie ähnlich vorgeht wie die neopluralistische Politikwissenschaft. Um eine differenziertere Analyse kapitalistischer Diversität vorzunehmen, entwickelt sie zusätzliche Begriffe *sozialer* Ordnung. Dieses Vorgehen zeigt sich deutlich in zwei Kernaussagen jüngerer Beiträge von Gemici (2008; 2012). Zum einen ruft er zur Entwicklung „theoretischer Rahmenwerke, die zeigen, inwiefern ökonomisches Handeln an erster Stelle sozial ist“, auf (2008: 28). Dieser Aufruf wird anschließend durch das Argument, dass der besondere Beitrag der Wirtschaftssoziologie darin liegt, „dass sie zeigt, wie soziale Makroformationen – etwa Machtbeziehungen, Strukturen und Institutionen – das Funktionieren von Märkten formen, konstituieren und ermöglichen“ (2012: 115), spezifiziert. Das Ökonomische, der Markt, bleibt wiederum unerforscht, was bedeutet, dass wir wenig erfahren über die Ermöglichungsbedingungen dieser „besonderen Art sozialen Handelns“ wie auch über unterminierende Gegentendenzen – etwa das krisenhafte Wesen des Kapitalismus.

Kurzum, wir sehen uns (wiederum) einer Darstellung „der Wirtschaft“ gegenüber, die davon ausgeht, dass wir alle bereits wissen, um was es sich hierbei handelt. Dieser Sichtweise zufolge genügt es, deren Varianzen zu erforschen, die in den verschiedenen Formen der Einbettung *der* „Wirtschaft“ in unterschiedliche Typen sozialen Handelns und Einbettungsarrangements zu Tage treten. Ähnlich wie bereits bei der neopluralistischen Politikwissenschaft gilt „die Wirtschaft“ somit als bedeutsam für die Analyse kapitalistischer Diversität, ist aber kaum Gegenstand weitergehender Reflexionen. Beispiele für diese theoretische Verengung finden sich auch in stärker empirisch orientierten VKF-Studien. So konzentrieren sich z.B. ForscherInnen, die sich mit der Transition mittel- und osteuropäischer Länder zum Kapitalismus beschäftigen, vorrangig auf „die Effekte *verschiedener substanzieller Arten* sozialer Beziehungen auf den ökonomischen Austausch“, d.h. sie untersuchen die soziale Einbettung neuer Formen des Kapitalismus (Bandelj 2002: 414, Hervorh. i.O.; vgl. auch Hou 2011 zu China). Der krisengetriebene Wandlungsprozess des ökonomischen Austausches selbst bleibt hierbei unbeachtet. Eine ähnliche Verengung zeichnet eine Reihe von Studien zur US-amerikanischen Wirtschaft aus, die argumentieren, dass diese einer periodischen Sozialisierung bedürfe, um tiefe Krisen zu vermeiden. Auch wenn dieses Argument einige interessante Gesichtspunkte

enthält, lenkt es letzten Endes von „der Wirtschaft“ und der Ursache kapitalistischer Krisentendenzen ab, um sich bereits stattgefundenen oder zukünftig möglichen Sozialisierungsprozessen jenseits davon zu widmen (Krippner 2011; Block 2011).

Um diesen Abschnitt abzuschließen: Der wirtschaftssoziologische Zweig der VKF entwickelte neue Begriffe von Einbettung und Formen des sozialen Handelns, um eine differenziertere Analyse kapitalistischer Diversität vorzunehmen als die neopluralistisch geprägten Arbeiten. Jedoch auch hier bleibt die Forschung größtenteils auf *soziale*, nicht auf *kapitalistische* Diversität beschränkt. Dies trifft auf klassische Autoren wie Polanyi und Weber wie auch auf jüngere Beiträge zu. So bietet die Wirtschaftssoziologie ebenso wenig wie der Neopluralismus eine geeignete Grundlage zur Analyse kapitalistischer Vielfalt. Auch hier droht die Weiterentwicklung – ähnlich wie im Fall des Neopluralismus – alleine auf die Ergänzung und Verfeinerung früherer Beiträge begrenzt zu bleiben, statt dieses grundlegendere konzeptionelle Defizit zu überwinden. So bleibt die Frage, ob es möglich ist, einen alternativen Ansatz zu entwickeln, der bezüglich der Kapitalismusanalyse ähnliche Ziele verfolgt, aber einen grundsätzlich anderen Ausgangspunkt nimmt.

3. Fazit: Rückbesinnung auf den Kapitalismus in der Untersuchung seiner Diversität

Unsere kritische Auseinandersetzung mit zwei der zentralen theoretischen Grundlagen der VKF – neopluralistische Politikwissenschaft und Wirtschaftssoziologie – hat gezeigt, dass beide Forschungszweige wichtige Erkenntnisse ermöglichten. Beide zielen sie auf ein umfassenderes, holistischeres Verständnis ihres Forschungsgegenstandes ab. Nichtsdestoweniger bedarf es einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit kapitalistischen Gesellschaften und der Kontinuität kapitalistischer Diversität, wenn die Probleme der Redefinition von „Kapitalismus“ als „Wirtschaft“ und in der Folge deren Vernachlässigung vermieden werden sollen. Es ist das intellektuelle Erbe der neopluralistischen Politikwissenschaft und Wirtschaftssoziologie, das ForscherInnen im Bereich der VKF von der Entwicklung überzeugender Analysen abhält – unabhängig davon wie wohlargumentiert ihre Überlegungen erscheinen und wie sehr Kapitalismus dem Anspruch nach im

Mittelpunkt der entsprechenden Arbeiten steht. Tatsächlich fällt selbst bei neueren Beiträgen zur VKF das weitgehende Fehlen einer Reflexion der Implikationen der globalen Krise für die verwendeten Ansätze und die Grundannahmen auf (Bruff/Horn 2012; vgl. auch Bruff u.a. in diesem Band). Es mag nicht überraschen, dass der Kapitalismus als Bezugspunkt seit 2007 an Sichtbarkeit gewonnen hat; aber Aufrufe, diesen ernster zu nehmen, haben bislang lediglich zur Ausarbeitung zusätzlicher Begriffe politischer und sozialer Ordnung geführt, ohne den Kern der Grundannahmen anzutasten (vgl. z.B. Streeck 2011).

Wie kann dieses grundlegende Defizit überwunden werden? Unserer Ansicht nach ist es für die Erforschung kapitalistischer Diversität unerlässlich, das reiche intellektuelle Erbe der kritischen politischen Ökonomie wieder verstärkt in Betracht zu ziehen. Obwohl es zweifellos Beispiele kritischer polit-ökonomischer Forschung ohne ausreichende Berücksichtigung kapitalistischer Diversität gibt, wäre es unangemessen, diesen Vorwurf gegenüber allen in dieser Traditionslinie arbeitenden ForscherInnen zu erheben (vgl. z.B. Jessop, Bieling, Hardy und Gough in diesem Band; auch Bruff 2011; Hartmann 2014, i.E.). Diese Ansätze gilt es weiter zu entwickeln, durchaus auch unter Berücksichtigung der vielfältigen empirischen VKF-Studien, um zugleich deren Grundannahmen zu revidieren. Auf diesem Wege werden kritische politische ÖkonomInnen eine eigenständige Perspektive auf die Existenz und Kontinuität kapitalistischer Diversität entwickeln können. Es ist zu erforschen, wie Kapitalismus *von Anfang an* durch Diversität charakterisiert ist. Unter Berücksichtigung der Krisentendenzen des Kapitalismus kann so das Allgemeine und das Besondere auf eine Art und Weise verbunden werden, die der VKF und ihren konzeptuellen Grundlagen überlegen ist (vgl. auch Becker/Jäger und McDonough in diesem Band). Angesichts der gegenwärtigen großen Krisen und Konflikte ist diese Aufgabe von höchster Priorität für alle Stränge kritischer polit-ökonomischer Forschung.

Aus dem Englischen von Hannes Soltau

Bob Jessop

Der Weltmarkt und die Reproduktion von Akkumulationsregimen in der Vergleichenden Kapitalismusforschung: Varietierter Kapitalismus statt Spielarten des Kapitalismus

Spätestens seitdem sich Handel auf freien Märkten und eine rational ausgerichtete kapitalistische Produktionsweise gegenüber dem Feudalismus durchsetzen konnten, lässt sich auch ein großes Interesse an der Varianz und Diversität kapitalistischer Regime erkennen. Noch bevor vulgär polit-ökonomische Forschungsansätze und später die neoklassische Wirtschaftswissenschaft an Einfluss gewannen, gingen nur wenige von einem einzigen, universalen Kapitalismusmodell aus. Kapitalisten, Staatsbürokraten und weitere Interessierte verglichen unterschiedliche Wirtschaftsleistungen miteinander, identifizierten „beste Praktiken“ und wetteiferten um eine Bedeutungssteigerung ihrer ökonomischen und politischen Belange. Noch heute werden diese Zusammenhänge von zahlreichen InstitutionenökonomInnen erforscht, was unter Einschluss einiger weiterer SozialwissenschaftlerInnen vor allem in den letzten Jahrzehnten zu einer Erneuerung von Theoretisierungsbemühungen geführt hat. In diesem Beitrag geht es zunächst darum, einen dieser neueren Ansätze, nämlich den weit verbreiteten „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz (VoC) im umfassenden Forschungsfeld zu kapitalistischer Diversität zu verorten. Im Anschluss daran wird ein alternativer, durch die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie inspirierter Ansatz vorgestellt und dazu herangezogen, entscheidende Grenzen der VoC-Studien aufzuzeigen. Den Abschluss bilden entsprechende Empfehlungen zum Studium von Komplementaritäten und Diversitäten im Kapitalismus.¹

1 Dieses Kapitel beruht auf Forschung, die durch den *Economic and Social Research Council* (RES-051-27-0303) finanziert wurde. Trotz hilfreicher Kommentare der Herausgeber zur Spezifizierung des Arguments, liegt die volle Verantwortung für mögliche Fehler allein

1. Ansätze zur Untersuchung von Diversität und Variation

In den Auseinandersetzungen mit den Spielarten und Diversitäten des Kapitalismus verwenden WissenschaftlerInnen mitunter deutlich unterschiedliche Begriffe, Ansätze und Methoden. Es lassen sich vier umfassendere Forschungsstrategien identifizieren:

- (1) *Klassifizierung unterschiedlicher Arten, Modelle, Typen oder Spielarten des Kapitalismus anhand ihrer fraktionellen Ähnlichkeiten.* Allumfassend angewandt würde dieser Ansatz eine detaillierte, hierarchisch angeordnete Systematisierung von Ordnungsformen, Fraktionen, Gattungen und Arten bereitstellen. In der Praxis jedoch sind die Taxonomien weit weniger genau ausgearbeitet. Einige Arbeiten weisen nur eine geringe Anzahl an *Taxa* auf (mit lediglich zwei Kapitalismusvarianten, vgl. Albert 1992; Hall/Soskice 2001). Andere wiederum multiplizieren die Spielarten durch eine räumliche und historische Ausweitung der Analyse und bestimmen weitere Fallbeispiele (z.B. Myant/Drahokoupil 2011; Nölke/Vliethart 2009). Geht der Untersuchungsgegenstand jedoch über ein paar „fortgeschrittene“ westliche kapitalistische Volkswirtschaften (und Japan) hinaus, sind zusätzliche nationale Regime und/oder organisierte Wirtschaftsräume (bspw. Regionen) nur noch schwer in den Forschungsansatz zu integrieren, da diese entweder unter die bestehende Kategorien subsumiert werden müssten, oder aber die Notwendigkeit der Entwicklung weiterer Systemfamilien implizieren würden.
- (2) *Heuristische Ausarbeitung von Idealtypen.* Dabei geht es vor allem um die Beschreibung einer logisch plausiblen (aber nicht notwendigerweise existierenden) Einheit konsistenter Funktionen durch eine einseitige Akzentuierung gewisser empirischer Eigenschaften unterschiedlicher Fallbeispiele. Die Typenanzahl und -varianz hängt dabei ganz entscheidend von dem heuristischen Zweck ab. Dieser Ansatz wird sehr stark mit Max Weber in Verbindung gebracht, weshalb Webers

beim Autor. Aus Platzgründen kann leider keine vollständige Bibliographie der hier kritisierten Literatur geliefert werden (vgl. dazu Jessop 2011b; 2012).

Typologie hier noch einmal aufgeführt werden soll, nicht zuletzt da diese bereits auf den begrenzten Geltungsbereich der gegenwärtigen Studien zur Varianz und Diversität im Spätkapitalismus verweist. Weber (2009 [1922]) identifizierte sechs unterschiedliche Arten der Erwerbsorientierung: Handel auf freien Märkten und die rationale Organisation der Warenproduktion; Spekulationen auf Geld- und Kreditmärkten; drei Formen des politischen Kapitalismus – jeweils gestützt auf gewaltsamen Zwang und Herrschaft, die Finanzierung von Parteien und politischen Verbänden/Personen und außerordentliche Lieferungen politischer Verbände; und den traditionellen Handelskapitalismus. Diese Typologien werden häufig zur Verdeutlichung von Gemeinsamkeiten und Besonderheiten für konkrete Fragen in den vergleichenden und historischen Wissenschaften herangezogen, und gehen, im Gegensatz zur fraktionellen Systematisierung, von gewissen Störungen, Hybriditäten und anderen Komplexitätsformen der realen Welt aus.

- (3) *Offenlegung unterschiedlicher Gruppenformationen durch statistische Analyse ausgewählter Fallbeispiele.* Diese gründet sich auf eine kleine Auswahl gemeinsamer und signifikant miteinander korrelierender Eigenschaften (vgl. Amable 2003). Obwohl diese Untersuchungen meist ebenfalls auf empirischen Daten beruhen, sind die identifizierten Eigenschaften hier eher als latent, statt als gegeben und somit auch die identifizierten Gruppen weder als genau berechnete Taxa noch als Idealtypen zu verstehen. Dennoch sind die Anzahl und die Besonderheiten der jeweiligen Cluster stark abhängig von der Auswahl der Beispiele, der Datenlage und den jeweils angewandten statistischen Techniken, auch wenn mit Hilfe ergänzender Methoden mitunter Subgruppen generiert werden (vgl. Ahlquist/Breunig 2008 für eine Methodendiskussion).
- (4) *„Logisch-historische“ Analyse.* In dieser wird eine Konzeptualisierung nicht nur durch eine konkrete Anwendung auf historische Fallbeispiele verfeinert, sondern sie kommt auch ohne den Gebrauch eklektizistischer Methoden aus. Das Ziel dieses Ansatzes ist die angemessene Anerkennung konkreter Gemeinsamkeiten und Differenzen und damit die konsistente Darstellung spezifischer (Einzel-)Fälle. Gleichzeitig wird jedweder Versuch einer Systematisierung von Dynamiken abgelehnt (da

diese zu komparativer Statik neige). Dieser Ansatz erfreut sich vor allem in kritisch-realistischen und einigen marxistischen Analysen, aber zum Teil auch innerhalb des historischen und/oder organisationsorientierten Institutionalismus besonderer Beliebtheit (vgl. Jessop 2002; Jessop/Sum 2006).

Allgemein neigen Arbeiten zu den Spielarten des Kapitalismus zu einfachen Systematisierungen und ignorieren deshalb größere Unterschiede, da diese entweder rein innertypische Variationen darstellten oder relativ unbedeutend seien. Umgekehrt erscheinen Forschungsansätze, die von einer pluralistischen Diversität des Kapitalismus ausgehen, weitaus eher bereit die Unterschiede, Heterogenitäten und die Unordnung tatsächlich existierender Kapitalismen anzuerkennen. Dieser Gegensatz findet sich nicht zuletzt in der methodischen Herangehensweise dieser unterschiedlichen Ansätze wieder (vgl. ausführlicher Jackson/Deeg 2006). Die VoC-Perspektive tendiert zu einer axiomatischen Kategorisierung, zur Identifizierung einiger weniger Spielarten, die lediglich an vermeintlich repräsentativen empirischen Fallbeispielen festgemacht werden. Ansätze, die hingegen die vielfältige Diversität des Kapitalismus (DdK) betonen, entwickeln ihre Gruppencluster oder Faktoranalysen anhand einer Identifizierung von Gattungen oder sogar Individualarten des Kapitalismus auf der Grundlage einer mehr oder weniger reichhaltigen empirischen Datenanalyse einer Vielzahl unterschiedlicher Volkswirtschaften. Idealtypische Methoden verdeutlichen, abhängig von ihrer Heuristik, mal mehr und mal weniger verschiedenartige Kapitalismustypen, verweisen jedoch im Allgemeinen, sofern sie in der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) herangezogen werden, auf Vielfalt. Dies gilt ebenso für die „logisch-historische“ Methode, die sich analytisch gesehen von abstrakten Gemeinsamkeiten hin zu konkreten Spezifikationen bewegt.

2. Diversität und Variation

Abgesehen von den oben erwähnten Differenzen, haben die neueren Ansätze der VKF auch einige gemeinsame Schwachstellen, die allesamt einer stärker integrierten und dynamischen Analyse der Akkumulation auf globaler Ebene entgegenstehen. Bevor hier die logisch-historische Methode als weitaus vielversprechenderer

Ansatz zur Bearbeitung dieser Dynamiken ausgeführt wird, geht es zunächst darum vier umfassende Kritikpunkte an der ersten Generation der *Mainstream-VoC*-Ansätze zu entwickeln und auf vergleichbare Probleme in der allgemeinen Diversitätsforschung hinzuweisen. Es sei angemerkt, dass diese Kritik an einigen Stellen gröbere Zuspitzungen beinhaltet, die es an anderer Stelle noch genauer zu untersuchen und u.U. zu mäßigen gilt (für differenzierte Analysen, die allerdings nicht die unten angeführte Kritik beinhalten, vgl. Jackson/Deeg 2006; Peck/Theodore 2007; Streeck 2010).

- (1) Die Arbeiten legen ein übermäßig starkes Gewicht auf distinktive und rivalisierende, auf gleichem Terrain und um die gleichen Anteile miteinander konkurrierende nationale Kapitalismusmodelle, ohne dabei mögliche Komplementaritäten untereinander und innerhalb der internationalen Arbeitsteilung zu berücksichtigen. So weist jedes Modell seine eigenen distinktiven Eigenschaften auf, die jeweils an die eigene (typischerweise national begriffene) Raumökonomie gebunden seien. Durch diesen territorialen Fokus ist der Ansatz nicht dazu in der Lage, die in die Organisation des Weltmarktes eingeschriebenen Raum- und Strömungslogiken mit einzubeziehen (vgl. Arrighi 1994; Harvey 2005). Die exklusive Fokussierung auf nationale Volkswirtschaften führt vielmehr dazu, dass alternative räumlich-soziale Konfigurationen, wie z.B. supranationale Gebilde, globale Städtenetzwerke, oder Waren- und Rohstoffketten ignoriert werden.
- (2) Die angeblichen Spielarten werden, beruhend auf der irrigen Annahme, dass sie in relativer Isolation voneinander existierten, oftmals nur in Bezug auf die Formen ihrer internen Kohärenz hin untersucht. Damit wird u.a. vorausgesetzt, dass die temporalen Abläufe und zeitlichen Aktionshorizonte einer Kapitalismusvariante allein interner, spezifischer und kurz- oder mittelfristiger Natur sind, nicht aber in Verbindung mit den langfristigen Dynamiken des Kapitals stehen. Zur Überwindung dieses Problem reicht es nicht aus, lediglich die zentrale Rolle des Nationalstaates gegenüber alle anderen wirtschaftlichen AkteurInnen in der Herausbildung relevanter Institutionen und Regelwerke für eine nationale Volkswirtschaft hervorzuheben – erst recht nicht, da über- und untergeordnete

- Staatsformationen und weitläufig vernetzte internationale Regime heute eine immer größere Rolle spielen.
- (3) Die VoC-Literatur tendiert zu statischen Analysen der Komplementaritäten zwischen institutionellen Formen, auf Kosten der inter-temporalen Artikulation verschiedener, die differenzielle Akkumulation betreffender institutioneller Ordnungen und der in den grundlegenden Widersprüchen des Kapitalverhältnisses wurzelnden Probleme. All diese Zusammenhänge haben weitreichende Implikationen für die Periodisierung des Kapitalismus, ungleiche und kombinierte Entwicklung, die Abfolge führender Sektoren sowie nationaler oder regionaler Räume und mögliche Krisentendenzen.
- (4) Auch wird angenommen, dass sich alle Spielarten zueinander gleich verhalten und für den Fall, dass sich eine als besonders produktiv und fortschrittlich erweist, diese an anderer Stelle kopiert, mitunter sogar oktroyiert werden könne und solle. Dabei wird jedoch die Grenze, bis zu der ein Modell, speziell ein dominantes Modell, auf globaler Ebene generalisiert werden kann ohne dabei die eigenen Existenzbedingungen zu unterlaufen, ignoriert. Unter Bedingungen einer immer stärkeren Integration des Weltmarktes erscheint es ungerechtfertigt, kapitalistische Spielarten allein als distinktive, unabhängige und im externen Wettbewerb zueinander stehende Formen zu begreifen.

Anstatt sich auf abstrakte Spielarten zu fokussieren, sollte vielmehr die Art und Weise, in der die globale Kapitalakkumulation innerhalb des Weltmarktes von der Reproduktion vielfältiger Akkumulationsregime abhängig ist, im Zentrum stehen. Dessinierte Diversität – oder Variegation (Vielgestaltigkeit) – reproduziert sich dabei keineswegs selbst-identisch durch eine bloße mechanische Wiederkehr, sondern wird vielmehr durch eine andauernde Reorganisation der strukturellen Verbindungen und Koevolutionen nebeneinander existierender Modelle im Rahmen des Weltmarktes geprägt.² Diese dynamische Reorganisation beschreibt dabei kein mehr oder weniger dauerhaftes Gebilde *nationaler Spielarten*

2 Das Konzept eines „variierten Kapitalismus“ findet sich auch in der von Peck/Theodore (2007) aufgestellten Kritik an existierenden VoC-Ansätzen. Allerdings wird die Widersprüchlichkeit der Kapi-

des Kapitalismus, sondern verweist vielmehr auf die Entwicklung eines *einzelnen, jedoch fraktal³ organisierten, variegierten Kapitalismus*. In diesem Sinne werden hier nun vier Gegenvorschläge zu der vorangegangenen Kritik an den VoC-Arbeiten vorgestellt.

- (1) Der methodologische Nationalismus, der den meisten VoC-Studien zu Grunde liegt, ist zwei Problematiken ausgesetzt. Erstens gibt es innerhalb einer einzelnen nationalen Volkswirtschaft nicht selten eine breite Varianz an unterschiedlichen Sektoren und/oder Regionen, wodurch die Angemessenheit der nationalen Ökonomie als alleinige Analyseeinheit fraglich erscheint. Diese Problematik wird besonders von alternativen, und in diesem Zusammenhang überlegenen Arbeiten zur DdK betont. Der methodologische Nationalismus erweist sich selbst dann als irreführend, wenn glaubhaft an der Signifikanz des territorialen Nationalstaats festgehalten werden kann, weil wirtschaftliche Leistungsfähigkeit immer auch von der Regierung und Steuerung oberhalb, unterhalb oder quer zur nationalen Ebene abhängig ist. Zweitens übersieht eine Fokussierung auf nationale Volkswirtschaften alternative räumlich-soziale Konfigurationen, wie z.B. neu entstehende supranationale Gebilde, globale Städtenetzwerke, Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie, oder globale Warenketten. Diese Gefüge gingen der relativ kurzen Phase des Primats der nationalen Ebene (im welthistorischen Maßstab) voraus, bestanden nebeneinander und/oder haben sich im Anschluss daran entwickelt.
- (2) Eine Fokussierung auf interne Kohärenz übersieht nicht nur, inwiefern eine vergleichsweise gute Leistungsfähigkeit eines bestimmten Wirtschaftsraumes auch von externen Faktoren abhängig ist, sondern – und dies ist ausschlaggebend – ignoriert ebenso die Fähigkeit, Kosten auf andere Räume und/oder zukünftige Generationen veräußern zu können. Anstatt also jede Spielart einem separaten Depot zuzuordnen, ist es sinnvoller den Spielraum für Rivalität, Konkurrenz, Antago-

talverhältnisse oder der Weltmarkt als Bezugspunkte für die Entwicklung von Variegation von den Autoren nicht berücksichtigt.

3 Fraktal organisiert bedeutet hier, dass Variegation auf unterschiedlichen Ebenen operiert – und nicht allein auf globaler Ebene stattfindet.

nismen, Komplementarität oder Ko-Evolution entlang unterschiedlicher Kapitalismusmodelle und ihrer räumlich-temporalen Fixierung innerhalb einer umfassenderen Arbeitsteilung zu untersuchen. Die Hervorhebung „horizontaler“ Vergleiche und/oder der Konkurrenz zwischen nationalen oder regionalen Spielarten führt zu einer Vernachlässigung der „vertikalen“ Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie und tendiert damit dazu, wesentliche Asymmetrien aufgrund ungleicher Kapazitäten zur Gestaltung des Weltmarktes zu übersehen.

Tabelle 1: Spielarten des Kapitalismus vs. Variierter Kapitalismus

<i>Spielarten des Kapitalismus</i>	<i>Variierter Kapitalismus</i>
Distinktive lokale, regionale und nationale Modelle/Modellfraktionen, die auf gleicher Skala oder Terrain um gleiche Anteile konkurrieren	Komplementaritäten und Spannungen innerhalb einer umfassenderen Arbeitsteilung, angeordnet in einem tendenziell singulären, globalen, aber variierten Kapitalismus
Beschreibung von Formen interner Kohärenz distinktiver Spielarten auf Grundlage der irrigen Annahme, dass diese in relativer Isolation zueinander stünden, oder stehen könnten und Stabilität daher endogen sei	Zonen relativer Stabilität, gebunden an Instabilitäten innerhalb und außerhalb nationaler Räume in einer komplexen Ökologie von Akkumulationsregimen, Regulationsweisen und räumlich-temporalen Fixierungen
Untersuchung temporaler Abläufe und Aktionshorizonte der Spielarten in ihrer internen, spezifischen, kurz- oder mittelfristigen Erscheinung, losgelöst von langfristigen globalen Kapitaldynamiken	Kostenanalyse in Zusammenhang mit ungleichen Kapazitäten zur Verschiebung oder Aufschubung von Widersprüchen, Konflikten und Krisentendenzen
Alle Spielarten sind gleichwertig und falls eine Variante produktiver, effizienter oder progressiver ist als andere, kann und sollte diese kopiert, exportiert oder sogar oktroyiert werden	Einige Spielarten sind gleichwertiger als andere, mit der Tendenz einer ökologischen Dominanz des Neoliberalismus; nicht auf alle wirtschaftlichen Formationen kann das dominante Modell übertragen werden

- (3) Implizit wird in Mainstreamarbeiten häufig suggeriert, dass Spielarten des Kapitalismus im Wesentlichen friedlich miteinander konkurrieren, da Wettbewerb über den Markt vermittelt wird. Jedoch sind Konkurrenzverhältnisse auch durch Raub, strukturelle Dominanz und den Rückgriff auf militärische

Mittel geprägt (besonders relevant sind hier Webers Untersuchungen zum politischen Kapitalismus und den Spielarten des Imperialismus). Allgemeiner formuliert muss die komplexe „Ökologie“ von Akkumulationsregimen, Regulationsweisen und temporal-räumlichen Fixierungen berücksichtigt werden. Wie eben dargestellt, hängen überdurchschnittliche Wirtschaftsleistungen in bestimmten Räumen auch entscheidend von ihrer Fähigkeit zur Verschiebung von Widersprüchen und Krisentendenzen ab.

- (4) Die Temporalitäten verschiedener Kapitalismusmodelle sind durch eine Beurteilung ihrer Kompatibilität zu untersuchen. Hier besteht der offensichtlichste Konfliktpunkt zwischen der kurzfristigen Kalkulation der Geldkonzeption des Kapitals mit einer Fokussierung auf den Tauschwert und dem längeren Zeithorizont des produktiven Kapitals mit einem Schwerpunkt auf der Aneignung und Transformation von Natur. Dieser Konflikt spiegelt sich in der VoC-Literatur in dem Maße wider, als dass Finanzindustriebeziehungen zwar untersucht, jedoch mit einer begrenzten, wenn überhaupt vorhandenen Wahrnehmung für den Umfang der Abkopplung finanzdominierter Regime vom produktiven Kapital einhergehen. Somit ist es auch nicht überraschend, dass die nordatlantische Finanzkrise in der VoC-Literatur (wie auch in den orthodoxen Wirtschaftswissenschaften) mehr oder wenig gänzlich unvorhergesehen blieb.

3. Die Gemeinsamkeiten des [rationalen] Kapitalismus

Ein Großteil der Arbeiten zu Spielarten und Diversität fortgeschrittener kapitalistischer Ökonomien tendiert zu der Annahme, dass die Akkumulation reibungslos vonstattengehe, soweit die institutionellen Bedingungen für eine effektive strategische Koordination und gegenseitige Anpassung der Interessengruppen gegeben seien. Im Gegenzug sieht der hier vorgestellte Ansatz die Akkumulation aufgrund inhärenter Widersprüche auch in fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomien als grundsätzlich unwahrscheinlich an, selbst wenn diese stabil und effizient erscheinen. In Ergänzung zu einer Definition des (rationalen) Kapitalismus und der Berücksichtigung seines widersprüchlichen

Charakters werden hier nun vier Konzepte vorgestellt, die als theoretische Voraussetzung für eine weitere Untersuchung der Spielarten und Diversitäten auf globaler Ebene nützlich bis notwendig erscheinen und die in anderen Arbeiten keine oder kaum Berücksichtigung finden: Variegation, Weltmarkt, Kompossibilität und ökologische Dominanz.

Komparative Analysen erfordern eine generische Definition des Kapitalismus als Grundlage für eine Untersuchung seiner Diversität oder Variation. Jedoch sind explizite Definitionen in solchen Arbeiten nur selten zu finden (vgl. Bohle/Greskovits 2009; Bruff/Horn 2012). Soweit vorhanden beziehen sie sich meist nur auf sehr allgemeine Eigenschaften, wie Privateigentum, Warenproduktion, Marktaustausch und Wettbewerb. Für Marx hingegen war das entscheidende Merkmal, das die kapitalistische Produktionsweise (KPW) am deutlichsten von anderen Formen der Warenproduktion unterscheidet, die Verallgemeinerung der Ware gegenüber der Arbeitskraft, d.h. die Behandlung letzterer als Ware. Damit steht die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital im Mittelpunkt seiner Analyse. Eine Vernachlässigung dieser *differentia specifica* macht eine Unterscheidung der KPW von anderen wirtschaftlichen Arrangements, die ebenfalls auf Privateigentum, Warenproduktion, Marktaustausch und Wettbewerb beruhen, schwierig. Dies ist keineswegs eine triviale Angelegenheit, denn die Betrachtung der Arbeitskraft als Ware bestimmt viele andere Aspekte der kapitalistischen Produktionsbeziehungen, ihre Kernwidersprüche und elementaren Regulations- und Steuerungsprobleme, welche es zumindest temporär, partiell und provisorisch zu überwinden gilt, um den unwahrscheinlichen Ablauf der Akkumulation aufrecht erhalten zu können.

Kommodifizierung verwandelt sowohl den Arbeitsmarkt, als auch den Arbeitsprozess in einen Konfliktherd zwischen Kapitalisten und Arbeitern bezüglich der Lohnkosten und der Produktionsorganisation als Wertsteigerungsprozess.⁴ Sobald Arbeitskraft zu einer fiktiven Ware wird, fungiert der Lohn als Kostenpunkt der Produktion (für alle Kapitalien), Mittel zur Selbstreproduktion (für die Arbeitskraft) und Quelle der Nachfrage (in erster Instanz

4 Klassenverhältnisse sind dabei nicht rein ökonomisch, sondern hängen ebenso von politisch-rechtlichen und ideologischen Strukturen, sowie ihrer Verbindung zu anderen sozialen Kategorien ab.

für Konsumgüterproduzenten und indirekt für Kapitalgüterproduzenten). Obwohl in der KPW auch unentgeltliche Gaben der Natur in Form von Arbeit zur Reichtumsproduktion beitragen, so ist es doch allein die Ausweitung sozial notwendiger Arbeitskraft für die Warenproduktion, die für das Kapital insgesamt einen Wert (und damit auch Profitpotential) generieren kann. Ebenso wie die Reduktion von sozial notwendiger, körperlicher und/oder geistiger Arbeitszeit ein Teil der Warenproduktion ist, konkurrieren Kapitalisten auf zwei weiteren Wegen miteinander. Ein Weg ist die Kürzung der *sozial notwendigen Umschlagszeit des Kapitals* durch zeitsparende Innovationen. Ein anderer ist die Herabsenkung der *natürlich notwendigen Reproduktionszeit* durch eine Beschleunigung der Naturabläufe als Reichtumsquelle (z.B. durch Biotechnologie und die Biowissenschaften). Derartige Aspekte werden in der VoC- und Diversitätsliteratur, wenn überhaupt, meist nur in Bezug auf Innovationen und ihre Finanzierung diskutiert. Dies führt zu einer Vernachlässigung des potentiell antagonistischen Charakters von Innovation und der unaufhörlichen Tretmühle des Wettbewerbs im Prozess ihrer Verallgemeinerung. Die profitorientierte, marktvermittelte Konkurrenz und der Klassenkampf sind die Hauptursachen (wenn auch keinesfalls die einzigen) für die unbegrenzte Dynamik des rationalen Kapitalismus als distinktive Produktionsweise und, *a fortiori*, für den ungewissen, widersprüchlichen und krisenhaften Prozess differenzieller Akkumulation.

Marx (1976) erkannte in der Warenform einen essentiellen Widerspruch zwischen ihrer Erscheinung als Tausch- und Gebrauchswert. Der Tauschwert bezieht sich auf den marktvermittelten monetären Wert der Ware für den Verkäufer; der Gebrauchswert hingegen beschreibt die materielle und/oder symbolische Nützlichkeit für den Abnehmer. Das spricht dafür, dass im rational organisierten Kapitalismus alle Formen des Kapitalverhältnisses unterschiedliche aber verbundene Varianten dieses einen fundamentalen Widerspruchs verkörpern und auf unterschiedliche Art und Weise und zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten auf das Kapital (bzw. verschiedene Kapitalfraktionen) und Arbeit (bzw. verschiedene Arbeitskategorien und -schichten) einwirken. Somit ist produktives Kapital im Verlauf seiner Wertsteigerung sowohl ein abstrakter, sich bewegender Wert (insbesondere in Form von erzielten Profiten, die zur Reinvestition zur Verfügung stehen), als auch ein konkreter Bestand bereits investierten

zeit- und ortsspezifischen Vermögen; Arbeit ist sowohl eine abstrakte, durch andere Einheiten (oder auch durch andere Produktionsfaktoren) substituierbare Arbeitskrafteinheit, als auch ein konkretes Individuum (oder ein Mitglied einer bestimmten kollektiven Arbeiterschaft), das in der Lage ist mit mehr oder weniger spezifischen Fähigkeiten, Kenntnissen und schöpferischer Begabungen bestimmte Güter und Dienstleistungen zu produzieren; Lohn ist sowohl Teil der Produktionskosten, als auch Nachfragequelle; Geld zirkuliert sowohl in Form eines potentiellen Weltgeldes (idealerweise in einem staatenlosen Raum) als auch als nationale Landeswährungen, die einer gewissen staatlichen Kontrolle unterliegen; Boden hat sowohl eine Funktion als Eigentumsform, gemessen an den zu erwartenden Mieteinkünften (und basierend auf der privaten Aneignung der Natur), als auch als mehr oder weniger erneuerbare und recycelbare natürliche Ressource; Wissen ist sowohl eine Untermauerung intellektueller Eigentumsrechte, als auch eine kollektive Ressource. Gleichermaßen hat der Staat nicht nur den Auftrag, die Kernbedingungen zur Wertsteigerung und Reproduktion der Arbeitskraft sicherzustellen, sondern auch die Kohäsion einer geteilten, pluralistischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Besteuerung wiederum ist sowohl eine unproduktive Deduktion privater Erträge, als auch ein Mittel zur Finanzierung kollektiver Investitionen und Konsumption um „Marktversagen“ zu kompensieren (usw.; vgl. Jessop 2002).

VoC- und DdK-Ansätze tendieren dazu, ihren Fokus einseitig auf Probleme der sozialen Koordination in Beziehung zum Gebrauchswert zu legen und angesichts ihrer impliziten oder expliziten Kapitalismusdefinition in Bezug auf Privateigentum, Warenproduktion, Marktaustausch und Wettbewerb, Aspekte des Tauschwertes zu vernachlässigen. Zum Beispiel werden die Organisation der Arbeitsmärkte, die Berufsausbildung und die Rolle der Gewerkschaften in der VoC-Forschung nur als eine von mehreren Produzentengruppen in der ökonomischen Koordination untersucht. Arbeit wird als passiver Produktionsfaktor oder als Humankapital verstanden und die Produktionsorganisation als potentielles Positivsummenspiel betrachtet, in dem alle Seiten durch die Ausnutzung komparativer (Kosten-)Vorteile profitieren können und sollten. Ausbeutung und Aneignung der Arbeitskraft im Arbeitsprozess und die Komplexität von Konkurrenz, Kooperation und Konflikten in und zwischen den ökonomischen Kräf-

ten von Kapital und Arbeit werden hingegen übersehen. Dadurch wird der Klassenantagonismus in und über die Sphäre der Produktion hinaus marginalisiert, wenn nicht sogar implizit verleugnet; und die Art und Weise, wie diese Widersprüche zu der Fragilität institutionalisierter Kompromisse als Teil der institutionellen Fixierung einer gegebenen Spielart des Kapitalismus beitragen, übersehen (vgl. Jessop 2011b; auch Becker/Jäger 2012).

Obwohl hier also von der Widersprüchlichkeit der Kapitalakkumulation ausgegangen wird, soll jedoch nicht suggeriert werden, dass die KPW allein von einem allgemeingültigen, allesumschließenden Widerspruch durchdrungen wird. Jeder Widerspruch ist durch seine eigenen Aspekte gekennzeichnet und wird auf spezifische Art und Weise in einem bestimmten institutionellen und räumlich-temporalen Kontext verwirklicht. Jede grundlegende Form des Kapitalverhältnisses erfordert einen Nexus aus Institutionen, der diese Form zum Ausdruck bringt, sie durch Institutionalisierung mit einer gewissen Stabilität versieht und eine institutionelle Matrix bildet, in der Konflikte (rund um diese Form) auftreten können. Die spezifische Gestalt und Logik der Institutionen ist jedoch nicht einfach ein oberflächlicher Ausdruck dieser grundlegenden Formen. Institutionen haben ihre eigenen distinktiven diskursiv-materiellen Selektivitäten, bevorzugen gewisse Akteure, Allianzen, Identitäten, Interessen, Projekte, räumlich-temporale Aktionshorizonte, etc., gegenüber anderen, stehen in Verbindung zu spezifischen Technologien des Regierens und drücken sich in spezifischen institutionellen Ordnungen und Ensembles aus, die wiederum bestimmte Formen der Herrschaft hervorbringen (Jessop 2002). Auf dieser Grundlage nähert sich eine logisch-historische Analyse der Untersuchung von Variation, Diversität, oder besser der Variegation des Kapitalismus im Kontext des Weltmarktes an. Und auf diese Grundlage stützt sich auch ihre Kritik an den drei oben identifizierten Ansätzen einer stärker komparativ-statisch ausgerichteten Analyse. Dieser Punkt soll hier anhand einer Erläuterung der Grenzen der Institutionenanalyse und ihrer Vernachlässigung komplexer räumlich-temporaler Dynamiken zur Aufrechterhaltung institutioneller Gemeinsamkeiten noch kurz weiter ausgeführt werden.

Institutionelle Fixierungen sind bedeutende Mechanismen für die relative Stabilität spezifischer Phasen und Formen des Kapitalismus. Eine institutionelle Fixierung ist ein komplementäres Set

von Institutionen, das anhand seines Designs eine zeitweilige, partielle und relativ stabile Lösung zur Koordinierung der Probleme darstellen kann, die sich aus der Notwendigkeit zur Sicherstellung der ökonomischen, politischen und sozialen Ordnung ergeben. Solche Fixierungen sind jedoch keine bloße *Post-hoc*-Lösung eines vorgegebenen Koordinationsproblems, sondern vielmehr konstitutive Elemente von Ordnung und schließen typischerweise ein institutionalisiertes, instabiles Kompromissgleichgewicht mit ein. Dies bringt nicht nur bedeutende kognitive und institutionelle Grenzen zur Lösung von Koordinierungsproblemen im formal-rationalen Kapitalismus mit sich, sondern erklärt auch den *Trial-and-Error*-Charakter von Regulierungs- und Steuerungsbestrebungen differentieller Akkumulation durch die Entwicklung *institutioneller Komplementaritäten*, die besonders im Interesse der VoC-Forschung liegen, und die *institutionelle Diversität*, die die Forschung zur DdK beschäftigt (Crouch 2005). Ein Verständnis dieser Beweglichkeit ist essentiell für eine Erfassung der Diversität und/oder Varianz von Akkumulationsregimen, ihrer Regulation durch Governancestrukturen und Integration in umfassendere Sozialkonfigurationen.

Gleichwohl kann eine kapitalistische soziale Formation nicht allein auf ihre Institutionen und deren Artikulation reduziert werden. Dafür gibt es drei ausschlaggebende Gründe. Erstens kann eine Institutionenanalyse nicht die generischen Merkmale des Kapitalismus erklären und läuft Gefahr, fundamentale Krisenursachen in den elementaren Widersprüchen des Kapitalverhältnisses zu übersehen. Tatsächlich sind die für den Prozess der Akkumulation notwendigen Bedingungen aufgrund der gegebenen unvollständigen, widersprüchlichen und zwangslagigen Natur des Kapitalverhältnisses tendenziell eher undurchsichtig, unbestimmt und variabel. Diese besonderen Merkmale erklären nicht nur die Notwendigkeit für institutionelle und räumlich-temporale Fixierungen, sondern auch deren Tendenz zusammenzubrechen. Zweitens können spezifische Institutionen, bestimmte Sets institutioneller Komplementaritäten und partikuläre institutionelle und räumlich-temporale Fixierungen soziale Konflikte nicht an ihrer Überwerfung hindern, egal wie gut sie auch institutionalisiert sein mögen. Und drittens ignorieren Institutionenanalysen mittlerer Reichweite die generischen Einschränkungen, die in der selbstorganisierten Dynamik und ökologischen Dominanz der

Akkumulation als eines von vielen miteinander konkurrierenden Vergesellschaftungsprinzipien verwurzelt sind.

In der hier vorgestellten Perspektive bedarf es für eine Analyse der Phasen und/oder Spielarten des rationalen Kapitalismus jedoch der Berücksichtigung ihrer jeweiligen Muster zur Handhabung verschiedenartiger Widersprüche und Dilemmata. Relevante Vorgehensweisen dafür sind:

- Hierarchisierung (einige Widersprüche mit einem höheren Stellenwert behandeln als andere);
- Priorisierung (einem bestimmten Aspekt eines Widerspruchs oder Dilemmas eine höhere Priorität beimessen als anderen);
- Verräumlichung (der Bezug auf verschiedene Skalen und Standorte einer Handlung, um einen Widerspruch oder Aspekt gegenüber anderen hervorzuheben, oder die Verlagerung von Problematiken, die mit einem vernachlässigten Aspekt in Verbindung stehen auf marginale oder randbeständige Räume, Orte oder Ebenen);
- Temporalisierung (das regelmäßiges Alternieren zwischen der Behandlung verschiedener Aspekte oder der einseitigen Fokussierung auf eine Auswahl von Widersprüchen, Dilemmata, oder Aspekten bis etwas, was vorher vernachlässigt wurde an Dringlichkeit gewinnt).

All dies schließt nicht nur institutionelle Fixierungen, sondern auch die mit diesen verbundenen räumlich-temporalen Fixierungen (RTF) mit ein. Letztere setzen die räumlichen und temporalen Grenzen, in denen die stets relative, unvollständige und proviso-ri- sche strukturelle Kohärenz (und damit institutionelle Kom- plementaritäten) einer gegebenen Ordnung sichergestellt werden kann. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, die stofflichen und sozialen Kosten zur Sicherstellung dieser Kohärenz über die räumlichen, temporalen und sozialen Grenzen einer institutionellen Fixierung hinaus zu externalisieren, indem letztere verschoben oder auf- geschoben werden. Da sich das Kapitalverhältnis in und durch seine soziale Vermittlung reproduziert und ebenso spezifische Konflikt- und Kampf- formen nach sich zieht, sind diese institutionellen und räumlich-temporalen Fixierungen niemals ein rein technisches Phänomen, sondern typischerweise an verschiedene institutionalisierte Konflikt- und Kompromissmuster gebunden. Das beinhaltet die Unterstützung für entsprechende Akkumulationsstrategien, die mit diesen verbundenen Staatsprojekte und, falls relevant,

hegemonialen Visionen, in und entlang vieler Konflikt- und Kampffelder. Und dies verdichtet sich in institutionellen Kompromissen von denen ein gegebenes Akkumulationsregime und eine gegebene Regulationsweise und Steuerung abhängig sind. Ohne Zweifel ist dieser Prozess umkämpft, umfasst verschiedene wirtschaftliche, politische und soziale Kräfte, diverse Strategien und Projekte und eine differenzielle Inklusion und Exklusion, die gewisse Klassen(-fraktionen), und soziale Kräfte gegenüber anderen bevor- und/oder benachteiligt. Und zu guter Letzt sind all diese Fixierungen aufgrund der Inkompressibilität der grundlegenden Widersprüche und Dilemmata lediglich partiell, provisorisch und instabil. Im Falle eines Zusammenbruchs des Kapitalkreislaufes, aus welcher Ursachenkonstellation auch immer, eröffnen sich neue Räume für andersartige Bewegungsabläufe. Und in diesem Zusammenhang sind der Historische und Ideationale Institutionalismus, begründet in Ansätzen zur DdK, den *Rational-Choice*- und/oder Markteffizienzannahmen der ersten VoC-Welle besonders überlegen.

4. Kompossibilität und ökologische Dominanz

Nachdem einige Gemeinsamkeiten des (rationalen) Kapitalismus und die Art und Weise, in der der ungewisse Verlauf der Akkumulation auf globaler Ebene von der notwendigen Varianz der Behandlung seiner Widersprüche abhängig ist betrachtet wurden, sollen hier nun noch zwei weitere nützliche Konzepte für eine detailliertere Untersuchung der Spezifitäten und folglich auch der Diversität des Kapitalismus vorgestellt werden.

Kompossibilität bedeutet, dass nicht alles was möglich ist, auch kompossibel sein muss und suggeriert damit eine bedeutende Grenze für die Kombination der Spielarten und/oder Diversität des Kapitalismus auf globaler Ebene. Kompossibilität (die Möglichkeit nebeneinander zu existieren) umfasst dabei mehr als nur eine vergängliche Koexistenz zufälliger Variationen: sie hängt von dem tatsächlichen Rahmen für die Ko-Auswahl, Ko-Retention, und schließlich Ko-Institutionalisierung institutionell-struktureller Eigenschaften und deren sozialer Unterstützung ab. Kompossibilität wird in der VoC-Literatur, wenn überhaupt, nur innerhalb einer gegebenen Spielart berücksichtigt. Eine weitaus wichtigere Frage jedoch betrifft das Ausmaß in dem verschiedene Spielar-

ten in einem Wirtschaftsraum miteinander koexistieren können und, wenn sie miteinander kompossibel sind, ob dies besonders günstige, neutrale oder negative Effekte auf ihre individuelle und kollektive Wirtschaftsleistung (oder auf andere Kriterien, wie die demokratische Legitimität, den sozialen Wohlstand, oder die Umweltbelastung) hat?

Ökologische Dominanz bezieht sich auf das relative Gewicht verschiedener Spielarten des Kapitalismus auf dem Weltmarkt und/oder den relativen Einfluss verschiedener Kapitalkreisläufe auf die übergreifende Dynamik der Kapitalakkumulation. Es geht somit um die Frage nach der ungleichen Entwicklung und der strukturellen Verbindung verschiedener kapitalistischer Regime innerhalb einer regionalen oder globalen Arbeitsteilung; oder auch um die relative Dominanz des Handels-, Industrie- oder Finanzkapitals innerhalb der Kapitalkreisläufe auf unterschiedlichen Ebenen. Natürlicherweise stehen diese Aspekte in wechselseitiger Beziehung zueinander. Somit kann argumentiert werden, dass die ökologische Dominanz der neoliberalen Marktkoordination die relative Vorherrschaft einer finanzdominierten Akkumulation neoliberaler Wirtschaften auf dem Weltmarkt und die relative ökologische Dominanz des Finanzkapitals im globalen Kapitalkreislauf reflektiert. Vielmehr noch, aufbauend auf Webers Typologie der Erwerbsorientierung kann hinzugefügt werden, dass ökologische Dominanz mehr bedeutet, als nur die relative ökonomische Effizienz der Spielarten des Kapitalismus eines rationalen Kapitalismusmodells. Sie hängt ebenso von der Artikulation der politischen Kapitalismusformen ab, was sich z.B. im Prozess der „Akkumulation durch Enteignung“ (inklusive der politisch anerkannten Plünderung öffentlichen Vermögens und intellektueller Allgemeingüter), in der Geschichte (der Spielarten) des auf Zwang und Beherrschung basierten klassischen Imperialismus, aber auch in den jüngeren *'special deals'* mit politischen EntscheidungsträgerInnen, die die De-Regulierung des Industrie- und Finanzkapitals in der neoliberalen Ära begünstigt haben, widerspiegelt.

Ökologische Dominanz manifestiert sich in den von jeder Spielart für andere Spielarten erzeugten positiven und negativen Externalitäten. Somit offenbart sie, inwieweit welche Spielarten Probleme eher erzeugen, oder sich vielmehr an diese anpassen müssen (Jessop 2011a). Der fraktale Charakter des variierten Kapitalismus erlaubt es zwar, den übrigen Spielarten auf Ebenen un-

terhalb der globalen Sphäre ihre eigenen regionalen Hegemonien, oder Dominanzverhältnisse aufzubauen, ihr Gesamteinfluss bleibt jedoch weiterhin von der Einbettung in den Weltmarkt abhängig. Zwei Beispiele für diese Arten ökologischer Dominanz sind, erstens die pathologische Abhängigkeit der US-amerikanischen und der chinesischen Wirtschaft, ihre jeweiligen Einflussbereiche und deren kumulierten globale Rückwirkungen voneinander; und zweitens der Primat des *Modell Deutschlands* im europäischen Wirtschafts- und Politikraum, so wie es zur Eurozonenkrise und der damit verbundenen Krise des Krisenmanagements beigetragen hat (Jessop 2012; vgl. auch Becker/Jäger in diesem Band).

Das Prinzip der ökologischen Dominanz kann ebenso zu einem besseren Verständnis der Automatisierung des Finanzkapitals beitragen, was in der unternehmenszentrierten VoC-Literatur weitestgehend ignoriert wird. Die Logik der Finanzialisierung transformiert die Rolle der Finanzspäre im Kapitalkreislauf weg von ihrer konventionellen, jedoch stets krisenanfälligen, intermediären Funktion hin zu einer Orientierung an der Zinsgewinnung durch Innovationen und exzessive *Leverage*- und Finanzarbitragegeschäfte. Dies schwächt den Primat der Produktion in der Gesamtlogik der Kapitalakkumulation, stößt aber letztlich an die Grenzen ihres eher parasitären, anstatt vermittelnden Charakters. Die daraus resultierenden Finanzkrisen wurden auf eine Art und Weise behandelt, durch die die parasitäre und raubtierhafte Dynamik jedoch eher wiederhergestellt wird, während Staatshaushalten eine strikte Austeritätspolitik auferlegt und damit eine erneute Rezession heraufbeschworen wird. Die Rolle des politischen Kapitalismus ist in diesem Zusammenhang offenkundig, auch wenn sie in unternehmenszentrierten VoC-Untersuchungen keine Berücksichtigung findet.

5. Fazit

Der hier entwickelte Ansatz geht davon aus, dass der Weltmarkt sowohl die Voraussetzung, als auch das Resultat der Kapitalakkumulation bildet. Dies schließt einen Fokus auf spezifische Spielarten oder die Diversität des Kapitalismus entlang nationaler Instanzen aus, und legt den Schwerpunkt auf die Frage, wie Akkumulationsregime auf unterschiedlichen Ebenen und ihre Regulations- und Steuerungsweisen innerhalb des Weltmarktes miteinander inter-

agieren. Anstatt Spielarten in Isolation voneinander zu betrachten, berücksichtigt der Ansatz die strukturellen Verknüpfungen, Ko-Evolutionen, Komplementaritäten, Rivalitäten und Antagonismen dieser Spielarten in einem sich stets verändernden Weltmarkt. Durch diesen Untersuchungshorizont soll jedoch nicht unterstellt werden, dass es auf globaler Ebene eine singuläre Logik gebe, die mit einer singulären Direktionalität operiert. Ganz im Gegenteil sind die Weltmarktdynamiken durch eine aufstrebende, tendenzielle, synthetische und widersprüchliche Logik auf der Grundlage einer zunehmenden globalen „ökologischen Dominanz“ der Kapitalakkumulation geprägt. Je dichter die Weltwirtschaft integriert ist, desto stärker kommen diese Widersprüche des Kapitals auch auf globaler Ebene zum Ausdruck. Der nächste Schritt der Analyse eines variierten Kapitalismus innerhalb des Weltmarktes, so wie sie hier vorgestellt worden ist, stellt nun eine Untersuchung der positiven und negativen Effekte der ökologischen Dominanz einiger Spielarten (oder Akkumulationsregime) des Kapitalismus auf andere dar. Diese Funktionsweise hängt nicht nur von der relativen Stärke unterschiedlicher Kapitalkreisläufe und dessen Artikulation in den sogenannten Spielarten des Kapitalismus ab, sondern wird durch die Form, das Ausmaß und die Intensität des Widerstands von der lokalen bis zur globalen Ebene hin geprägt. Im Vergleich zu den Arbeiten über Spielarten und die DdK erfordert dies nicht nur eine Berücksichtigung von Krisendynamiken, sondern auch komplexere räumlich-temporale analytische Sichtweisen.

Aus dem Englischen von Mathis Heinrich

Matthias Ebenau

Die Globalisierung der Vergleichenden Kapitalismusforschung: ein kritischer Blick auf Stand, Probleme und Herausforderungen

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit jüngeren Ansätzen zur Erweiterung der Agenda der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF). Diese „beginnende Globalisierung“ des Feldes wird hier aus Perspektive einer kritischen politischen Ökonomie unter die Lupe genommen. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass die VKF ihren traditionell auf die reichen OECD-Staaten konzentrierten Horizont zuletzt auch auf andere Weltregionen, insbesondere Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika, auszuweiten begonnen hat. Theoretisch lassen sich die entsprechenden Ansätze, wie auch im weiteren VKF-Feld, in drei Gruppen unterteilen: eine Gruppe, die sich affirmativ auf die emblematische VoC-Perspektive bezieht und sie entsprechend zu erweitern versucht; eine weitere, die sich teilweise kritisch von VoC abgrenzt, aber dem breiteren neoinstitutionalistischen Paradigma treu bleibt und daher am treffendsten als „Post-VoC“ bezeichnet werden kann; und schließlich eine kleinere Gruppe von Ansätzen, die sich auf das kritisch-materialistische Paradigma stützen und somit explizit kritische Theorien wie Dependenz- und Weltsystemperspektiven in die VKF einzuführen beginnen.

Einem Überblick zur traditionellen (Selbst-)Beschränkung der VKF folgen drei Abschnitte, in denen die neueren Erweiterungsansätze anhand von Beispielen kritisch aufgearbeitet werden. Das Kernargument lautet, dass VoC-Erweiterungen die mit dieser Perspektive verbundenen Probleme reproduzieren und zum Teil sogar verschärfen, während die neoinstitutionalistischen Post-VoC-Beiträge in ihrer Abgrenzung nicht weit genug gehen. Am aussichtsreichsten für die Einlösung der Potenziale einer globalen VKF erscheinen daher kritische Ansätze aus der dritten Gruppe. Allerdings stehen diese noch relativ am Anfang; es bleibt daher viel Verständigungs- und Forschungsarbeit zu leisten.

1. Von der (Selbst-)Beschränkung zu neuen Erweiterungsansätzen

Betrachten wir die historische Entwicklung des Forschungsfeldes der VKF, so fällt unmittelbar ins Auge, dass seine Aufmerksamkeit stets auf einige wenige Weltregionen konzentriert blieb. Dies betrifft ansonsten durchaus vielfältige Ansätze im Kontext zahlreicher theoretischer Wandlungen und Horizonterweiterungen (vgl. Bruff u.a. in diesem Band). Insgesamt stellten die reichen OECD-Staaten, insbesondere eine Handvoll westeuropäischer Länder, die USA und Japan, lange Zeit nahezu die einzigen empirischen Referenzpunkte dar (Albert 1992; Amable 2003; Coates 2000; Hall/Soskice 2001; einen guten Eindruck vermittelt auch die Zusammenstellung zentraler Texte der VKF der 1980er/90er Jahre in Coates 2002). So blieben allerdings große Teile der Welt und damit auch wichtige Dimensionen der Vielgestaltigkeit kapitalistischer politischer Ökonomien außerhalb des Fokus der VKF und fanden kaum Niederschlag in deren Typologien und Theorien. Insbesondere betraf dies jene Weltregionen, die historisch der Dritten Welt zugerechnet werden, etwa Süd- und Südostasien, Lateinamerika und Afrika, aber auch die ehemaligen Sowjetstaaten sowie jene Länder Ost- und Mitteleuropas, die sich nach dem Ende der Blockkonfrontation ins kapitalistische Weltsystem eingliederten.

Polit-ökonomische Debatten mit Bezug auf diese Regionen wurden daher zumeist im Rahmen der relativ abgesonderten Felder der Entwicklungs- bzw. Transitionsforschung (EF/TF) geführt – obwohl jene oft ähnliche Problemstellungen wie die VKF behandelten. Ab den frühen 1990ern waren dies insbesondere die Diskussionen über die Notwendigkeit einer Konvergenz unterschiedlicher institutioneller Modelle hin zu einem anglo-amerikanischen, neoliberalen Typus, welcher vermeintlich besser an die Erfordernisse des „neuen“ globalen Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion angepasst sei. In Hinblick auf die dominanten theoretischen Koordinaten stellte auch die Hinwendung zum Paradigma des „neuen Institutionalismus“ eine wichtige Gemeinsamkeit dar (Saad-Filho 2005; Streeck 2010: 15ff). Trotzdem blieben Verbindungen zwischen VKF und EF/TF zunächst eher rar. Die einzige nennenswerte Ausnahme bildeten in den 1980er und 1990er Jahren die Debatten über die

Industrialisierungserfolge der ostasiatischen „Tigerstaaten“, wie z.B. Südkorea (vgl. z.B. Wade 1990; Weiss 1998). Diese brachen aber nicht mit der generellen Trennung der Gegenstandsbereiche, wie sich deutlich in der fortgesetzten geographischen (Selbst-)Beschränkung von Ansätzen wie VoC und auch jüngeren Beiträgen zur kritischen VKF zeigt (vgl. z.B. die Beiträge in Coates 2005c).

Umso bemerkenswerter ist, dass die VKF in den letzten Jahren ihre Aufmerksamkeit zunehmend auch Weltregionen außerhalb ihres ursprünglichen Schwerpunkts zuzuwenden beginnt und ForscherInnen aus diesen Ländern sich mehr und mehr auf die VKF beziehen. Zwar stehen diese Entwicklungen vielfach noch ganz am Anfang: so liegen bspw. VKF-Untersuchungen zu Ländern wie China und Indien nur vereinzelt, zu afrikanischen Ökonomien praktisch gar nicht vor. Allerdings entwickelten sich in den letzten fünf bis zehn Jahren insbesondere zu zwei „neuen“ Weltregionen empirisch reichhaltige und theoretisch dynamische Diskussionen: Mittel- und Osteuropa (MOE) sowie Lateinamerika. Die sich vollziehenden Erweiterungsprozesse lassen sich daher am treffendsten als „beginnende Globalisierung“ der VKF bezeichnen.

Diese Entwicklung ist prinzipiell begrüßenswert, da sie die oft wenig hilfreiche Trennung von Wissensfeldern aufzubrechen hilft. So kann die Anwendung etablierter Analyseperspektiven auf neue Gegenstandsbereiche und ihre Reflexion auf dieser Grundlage zur theoretischen Entwicklung und einem besseren Verständnis der weltweiten Vielgestaltigkeit kapitalistischer Organisation beitragen. Jenseits der rein akademischen Sichtweise rücken so zudem drängende politische Problematiken, welche die VKF bislang eher ignoriert hatte, in den Fokus. Dazu gehört insbesondere die Persistenz globaler sozio-ökonomischer Ungleichheitsverhältnisse, auf welche verschiedenste Forschungszweige, einschließlich der EF/TF, seit langem mit mäßigen Resultaten Antworten zu geben versuchen (Ebenau 2012: 206f). Jedoch sind die bislang entwickelten VKF-Ansätze mit Blick auf diese Chancen und Herausforderungen selbst keineswegs problemfrei, wie die folgenden Abschnitte zeigen.

Einer der Hauptmotoren der VKF-Erweiterung ist der Popularitätsschub, den diese Forschungsrichtung durch den VoC-Ansatz erfahren hat. Daher haben etliche WissenschaftlerInnen versucht, vermittels desselben ein größeres Spektrum der Vielgestaltigkeit kapitalistischer Organisation in den Blick zu nehmen. Allerdings

findet die anhaltende Kritik an Hall und Soskices theoretischem Entwurf auch in diesem Kontext Wiederhall. So entstand eine zweite Gruppe von Ansätzen, die aus einer gewissen Absetzbewegung von VoC hervorgegangen ist. Diese ist zwar in sich heterogen, lässt sich aber einigermaßen präzise als Ausdruck – und Triebkraft – einer flexiblen, neo-institutionalistischen „Post-VoC-Konvergenz“ fassen (vgl. Bruff u.a. sowie Drahoukoupil/Myant in diesem Band). Schließlich gibt es eine weitere, kleinere Gruppe von Arbeiten, welche die „beginnende Globalisierung“ der VKF unter stärkerer Bezugnahme auf explizit kritisch-materialistische Perspektiven, insbesondere Dependenzansätze und die Welt-systemtheorie, fortzuführen versuchen. Der folgende Abschnitt rekapituliert und kritisiert zunächst exemplarisch zwei Versuche zur Erweiterung der VKF-Forschungagenda, die sich direkt und affirmativ auf VoC beziehen.

2. VoC-Perspektiven auf Kapitalismus jenseits der OECD

Innerhalb der VoC-Gruppe lassen sich analytisch zwei Modi der Erweiterung unterscheiden: erstens, die Übertragung der LME/CME-Typologie auf Fälle außerhalb ihres ursprünglichen Anwendungsbereichs; und zweitens die Erweiterung der konstitutiven Dichotomie um weitere Idealtypen. Ein Beispiel für die Übertragung der VoC-Typologie, stellt die Analyse Magnus Feldmanns (2006) dar, der Estland und Slowenien als MOE-Varianten liberaler bzw. koordinierter Marktökonomien klassifiziert. Den etablierten Typen folgend, identifiziert er für diese Länder „marktförmige“ und „strategische“ Koordination als dominante Modi der Vermittlung des Handelns von Firmen und damit als maßgebliche polit-ökonomische Organisationsprinzipien. Er schlussfolgert, dass die Unterscheidung zwischen LMEs und CMEs ein geeignetes typologisches Instrument zur Charakterisierung auch der MOE-Ökonomien darstelle, wobei weitere Länder wohl entlang des Kontinuums zwischen Idealtypen anzusiedeln seien (ebd.: 850f).¹ Allerdings haben daran anschließende quantitative Studien zum

1 Expliziter wurde die Idee von „Mischformen“ im Rahmen von VoCs LME/CME-Dichotomie im Konzept „gemischter Marktökonomien“ (*mixed market economies*, MMEs) ausformuliert, das seine Ur-

weiteren postsozialistischen Kontext überaus widersprüchliche Ergebnisse bezüglich der Einordnung vieler Länder-Fälle hervorgebracht (Knell/Srholec 2007; Lane 2007a). Dies deutet darauf hin, dass die eindimensionale und zweipolige Achse des VoC-Ansatzes nicht einfach unproblematisch übertragen werden kann.

Die zweite Strategie geht, u.a. im Licht solcher typologischer Unklarheiten, konzeptionell weiter, indem sie stärker induktiv – aber nach wie vor durch Anwendung von VoCs firmenzentriertem Analyserahmen – eigenständige Idealtypen zu entwickeln versucht. Der bekannteste solche Versuch stammt vom US-amerikanischen Wirtschaftshistoriker Ben Ross Schneider und einigen Kollegen und bezieht sich auf die sogenannten „hierarchischen Marktökonomien“ (HMEs) Lateinamerikas (vgl. z.B. Schneider 2009; Schneider/Karcher 2010; Schneider u.a. 2011). Für die politischen Ökonomien der Region identifizieren diese Autoren eine charakteristische Form von „Koordination durch Hierarchie“, welche durch transnationale Konzerne (TNK) und einheimische wirtschaftliche Konglomerate ausgeübt werde. Allerdings handele es sich, so die Kritik, um einen sozio-ökonomisch nur bedingt effizienten Modus, da er oftmals keine tragfähigen Lösungen von Problemen kollektiven Handelns ermögliche. Dies schlage sich etwa in der strukturell hohen sozialen Ungleichheit in den meisten lateinamerikanischen Ländern und insbesondere in ihrer schwachen Innovationsleistung sowie Defiziten im Bereich der Bildung/Ausbildung nieder. Daher bestünden, anders als in LMEs und CMEs, „negative Komplementaritäten“, die nicht die ökonomische Effizienz, sondern lediglich die Resilienz der dysfunktionalen Institutionen erhöhten und etwaige Reformanstrengungen erschwerten (Schneider/Karcher 2010: 633, 645).

Zwischen diesen Erweiterungen des VoC-Ansatzes bestehen wichtige Unterschiede. Indem sie sich von der konstitutiven Dichotomie des Ansatzes lösen und einen eigenständigen lateinamerikanischen (Ideal)-Typus identifizieren, nehmen Schneider und Kollegen die weltweite Vielgestaltigkeit kapitalistischer Organisationsformen konzeptionell deutlich ernster. Dennoch behalten sie aber, nicht anders als Feldmann, die Zentrierung auf institutionell vermitteltes, rationales Firmenhandeln im nationalstaatli-

heber insbesondere auf die europäischen Mittelmeerländer (Spanien, Italien, Frankreich etc.) beziehen (Molina/Rhodes 2007).

chen Kontext bei. Dadurch bleiben nicht nur etliche analytische Defizite des Ansatzes unbearbeitet; sie werden zudem durch die Übertragung auf „neue“ Regionen in veränderter und zum Teil gravierenderer Form reproduziert.

Dies betrifft z.B. das defizitäre Verständnis der Entstehung und des Wandels von Institutionen, einer der Hauptkritikpunkte der (historisch-)institutionalistischen Auseinandersetzung mit VoC (vgl. Becker 2009: 4ff; Lane/Wood in diesem Band). Im Rahmen der hier verhandelten „Globalisierung“ der VKF wird die Bedeutung dieser Schwäche z.B. offensichtlich, da die Institutionen der MOE-Transitionsökonomien mit dem Kollaps des Realsozialismus, den damit verbundenen politischen Umbrüchen und nicht zuletzt der Integration ins kapitalistische Weltsystem profunde Veränderungsprozesse durchlaufen haben – und noch immer durchlaufen. Deren komplexe Verläufe und Ergebnisse kann VoC mit seinem charakteristischen Fokus auf Stabilität und Reproduktion existierender Konfigurationen nur unzureichend erfassen (Bohle/Greskovits 2007: 92f).

Weitere Probleme ergeben sich aus der Beibehaltung der strikt auf das Handeln von (großen) Firmen in der formal-kapitalistischen Ökonomie gerichteten Perspektive. Diese Fixierung ist für Länder der Peripherie wohl noch problematischer als für jene der Zentren, da periphere Produktions- und Distributionssysteme in qualitativ besonderer Weise in nicht-kapitalistische Strukturen eingebunden sind. Ein Beispiel ist die Interaktion formal-kapitalistischer Segmente mit informellen, nicht voll kommodifizierten Arbeitsformen in Sektoren wie der Landwirtschaft oder produktionsbezogenen Dienstleistungen. Diese ist für die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit führender Unternehmen, auf die VoC analytisch abzielt, oft unverzichtbar (vgl. z.B. Phillips 2011). Politisch drückt sich dieses Problem u.a. in der Verkennung der Bedeutung neopatrimonialer Beziehungen zwischen Staatseliten und Unternehmen für die ökonomische Koordination in etlichen Ländern der GUS und MOEs aus. Diese ist eine wichtige Ursache für die oben angesprochenen Probleme bei der Bildung einer konsistenten Typologie (Bluhm 2010: 200ff). Somit impliziert VoCs nahezu exklusiver Fokus auf den Bereich großer Unternehmen eine mikroökonomische Verzerrung in der Kategorisierung sowie der Analyse von Ursachen und Wirkungen bestimmter Missstände, inklusive der ihnen zugrunde liegenden Interessen.

Ein drittes Problem, das schon angesprochen wurde, aufgrund seiner Bedeutung aber gesondert analysiert werden sollte, wurzelt im theoretischen Nationalismus der VoC-Perspektive. Dieser schlägt sich am deutlichsten in der hermetischen „Spielarten“-Heuristik nieder, die die hier exemplarisch diskutierten Ansätze unverändert beibehalten. Im Fall der HME-Analyse bedeutet das z.B., dass TNK zwar als konstitutive Akteure dieses Kapitalismustyps identifiziert werden, ihr für das soziale Wohlergehen der örtlichen Bevölkerungen oft wenig förderliches Handeln aber als Resultat von (Fehl-)Anreizen, die durch nationalstaatliche Institutionen gesetzt werden, erklärt wird. Diese Annahme ist allerdings unplausibel, da die grenzüberschreitende Artikulation ihrer Aktivitäten ja gerade zum Wesen multinationaler Unternehmen gehört. Ihre Entscheidungen hängen damit immer (auch) von transnationalen Strategien ab, was den strategischen Zugriff auf die divergierende institutionelle „Ausstattung“ – z.B. das Fehlen wirksamer Arbeitsregulation – von Ländern bzw. Regionen einschließt (Dicken 2011: 221ff). Aufgrund des relativ größeren Gewichts, das TNK (und Abhängigkeitsstrukturen im Allgemeinen, s.u.) in vielen (semi-)peripheren Ländern zukommt, wird auch der theoretische Nationalismus im Kontext der „Globalisierung“ der VKF eher noch problematischer.

Der Prozess einer partiellen „Emanzipation“ der VKF von VoC, der unter anderem durch die gerade vorgetragenen Kritiken motiviert ist, schlägt sich auch in vielen Ansätzen zur geographischen Erweiterung der Forschungsagenda nieder. Der folgende Abschnitt wendet sich daher neoinstitutionalistischen Post-VoC-Arbeiten zu, die – mit gemischtem Erfolg, wie gezeigt wird – die Schwächen von VoC als Grundlage einer sich „globalisierenden“ VKF zu überwinden versuchen.

3. Die Post-VoC-Konvergenz in der Erweiterung der VKF

Im Rahmen dieser zweiten Gruppe rücken gegenüber der *Rational-Choice*-Metatheorie von VoC historische, soziologische, diskursive und staatszentrierte Varianten in den Vordergrund. Auf VoC wird sich hierbei meist kritisch, aber nicht komplett ablehnend bezogen. Ein gutes Beispiel für diese neueren Post-VoC-Perspektiven zur Vielgestaltigkeit kapitalistischer Organisation in

Ökonomien jenseits der OECD findet sich in den jüngeren Arbeiten Uwe Beckers, der seine Überlegungen zu „offenen Spielarten des Kapitalismus“ (Becker 2009) auf die Analyse institutionellen Wandels in den großen BRIC-Schwellenländern zu übertragen versucht. Becker (2012; vgl. auch Becker 2009: 61ff) nimmt den „Spielarten“-Ansatz insofern vor seinen KritikerInnen in Schutz, als dass deren Kritik teilweise erheblich über seine ursprünglichen Ansprüche hinauszielten. Er kritisiert VoC aber für dessen Vermischung von Idealtypen und konkreten empirischen Fällen sowie die daraus folgende Unfähigkeit, reale institutionelle Wandlungsprozesse zu analysieren. Demgegenüber schlägt er eine komplexere Typologie aus fünf Idealtypen – liberaler, staatszentrierter, korporatistischer, meso-kommunitaristischer und patrimonialer Kapitalismus – vor. Real existierende Kapitalismen seien nun durch ihre je spezifischen „Mischungsverhältnisse“ charakterisiert. Mit Blick auf die BRIC-Ökonomien konstatiert er bspw., dass alle in der jüngeren Vergangenheit Liberalisierungsprozesse durchlaufen hätten, wobei patrimoniale und staatliche Einflüsse aber nach wie vor von großer Bedeutung seien.²

Eine theoretisch verwandte, jedoch eigenständige Aneignung der VKF findet durch eine Gruppe lateinamerikanischer WissenschaftlerInnen um Renato R. Boschi statt. Ihnen geht es nicht so sehr um eine akademisch-typologische als um eine politisch orientierte Analyse (vgl. insb. Boschi/Gaitán 2008; 2009; Beiträge in Boschi 2011b). So nutzen sie die Instrumente der VKF vorrangig zur Untersuchung der institutionellen Erfolgsbedingungen der neo-desarrollistischen politischen Projekte, die seit einiger Zeit von Mitte-Links-Regierungen in weiten Teilen der Region verfolgt werden. Dazu greifen sie auf verschiedene Ansätze – von VoC bis hin zum durch die asiatischen „Tiger“ inspirierten staatszentrierten Institutionalismus – zurück. Aus einer klar an der gegenwärtigen brasilianischen politischen Konjunktur und den historischen Erfahrungen von Ländern wie Südkorea orientierten Perspektive

2 Theoretisch ähnliche Ansätze zur Klassifizierung der MOE- und postsowjetischen Transitionsökonomien findet sich in den jüngeren Arbeiten von Jan Drahekoupil und Martin Myant, wobei diese aber, anders als Becker, eine induktive Kategorisierung von Länder-Fällen vorlegen (vgl. den Beitrag dieser Autoren zum vorliegenden Band; weiters insb. Drahekoupil/Myant 2010).

betonen sie insbesondere die Rolle des Staates in der Konstruktion erfolgreicher desarrollistischer Allianzen. Anders als die firmenorientierten VKF-Perspektiven nehmen sie so etwa die Bedeutung (para-)staatlicher Institutionen (z.B. öffentlicher Entwicklungsbanken), makroökonomischer Steuerung und die Rolle staatlicher Regulation oder Unterstützung für bestimmte Wirtschaftssektoren in der Konstruktion „komparativer institutioneller Vorteile“ in den Blick.

Aus Perspektive einer kritischen VKF stellen diese neueren Entwicklungen zweifellos Fortschritte gegenüber der VoC-Perspektive und ihren Defiziten dar. Gemeinsam ist ihnen zunächst die größere konzeptionelle und methodologische Breite und Flexibilität. Damit wird zwar die für VoC charakteristische Parsimonie zum Teil aufgegeben. Im Gegenzug ermöglicht dies aber die von KritikerInnen geforderte präzisere kategoriale Erfassung der Organisationsformen des Kapitalismus außerhalb der OECD – z.B. mit Blick auf die anhaltende Bedeutung nicht-marktförmiger Modi ökonomischer Vermittlung oder die Rolle staatlicher Steuerung – und von Prozessen institutionellen Wandels. Damit wird das Problem übermäßiger Vereinfachung und Statik, auf das v.a. neoinstitutionalistische KritikerInnen hingewiesen hatten, in vielen Aspekten ausgeräumt.

Die anderen oben diskutierten Defizite – die mikroökonomische Verzerrung und die Überbetonung der nationalstaatlichen Ebene – werden durch die hier besprochenen Post-VoC-Perspektiven jedoch nicht behoben. So behalten sie die Idee bei, dass (makro-)ökonomischer Erfolg und soziales Wohlergehen für die Bevölkerung eines Landes im Prinzip von der Wettbewerbsfähigkeit ortsansässiger Firmen abhinge (vgl. z.B. Becker 2009: 22ff; Boschi 2011a: 13ff). Dabei wird nach wie vor unzureichend in den Blick genommen, dass unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit, wenn auch im Rahmen kapitalistischer Produktion unverzichtbar, kein „verteilungsneutraler“ Wert ist, sondern, je nachdem wie sie erreicht wird, durchaus auch auf Kosten des sozialen Wohlergehens substanzieller Bevölkerungsteile gehen kann (vgl. Bieling und Gallas in diesem Band). Konkret bedeutet dies, dass Institutionen im Kapitalismus kaum, wie etwa im Rahmen des brasilianischen VKF-Forschungsprogramms impliziert, mit Blick auf ein fiktives Gemeinwohl „entwickelt“ werden können, sondern stets zu unterschiedlichen Graden die Partikularinteressen kapitalistischer Ak-

teurInnen repräsentieren. Daraus resultieren strukturelle Grenzen für staatliches Handeln, das stets durch den Imperativ der Sicherung der bestehenden Produktionsverhältnisse konditioniert bleibt. Im Fall der lateinamerikanischen neo-desarrollistischen Projekte wird dies bspw. deutlich, indem persistent auf makroökonomische und fiskalische Disziplin hingewiesen, die Minderung der sozialen Ungleichheit an kontinuierliches Wachstum gebunden, oder das Problem hoher ökologischer Kosten externalisiert wird (vgl. z.B. Ebenau/Suau Arinci 2012; Morais/Saad-Filho 2011: 38f).

Darüber hinaus reproduzieren die hier diskutierten Post-VoC-Perspektiven die Defizite der zuvor besprochenen VoC-Erweiterungen, indem sie die Vielgestaltigkeit kapitalistischer Organisation und die mit dieser assoziierten Unterschiede bezüglich sozialer und ökonomischer Leistungsfähigkeit – analytisch wie normativ – nach wie vor vorrangig im nationalstaatlichen Rahmen begreifen (Becker 2009: 44ff; 2012; Diniz 2011: 38f). Der Anspruch, stärker als letztere die transnationale Einbettung nationaler „Spielarten“ und deren regionale Differenzierung in den Blick zu nehmen, wird nur unzureichend eingelöst. Um wiederum das brasilianische VKF-Programm als Beispiel zu nehmen: seine Insistenz auf der Bedeutung der nationalen Ebene und dem Fortbestehen staatlicher Handlungsspielräume ist zwar prinzipiell zweifellos gerechtfertigt; konkret führt sie aber zumindest zu einer groben Unterschätzung der strukturellen Unterschiede zwischen Zentrum und (Semi-)Peripherie in Bezug auf den Einfluss „externer“ Faktoren. Im Anschluss an die obige Kritik ist bspw. hervorzuheben, dass die strukturelle Abhängigkeit von (transnationalem) Kapital in der Peripherie aufgrund dessen relativer Knappheit sowie der eingeschränkten staatlichen Handlungsfähigkeit nicht nur höher ist als in den Zentren, welche die VKF traditionell in den Blick genommen hat, sondern auch im Vergleich mit Brasilien, das als großes und aufstrebendes Schwellenland zweifellos eine besondere Position einnimmt (Dicken 2011: 225ff; Ebenau/Suau Arinci 2012). Die oben ausgeführte Kritik an VoCs theoretischem Nationalismus behält, wenn auch in abgeschwächter bzw. modifizierter Weise, damit auch für die hier besprochenen Post-VoC-Perspektiven Gültigkeit.

Vor diesem Hintergrund nimmt der folgende Schlussabschnitt beispielhaft Bezug auf die Versuche einiger WissenschaftlerInnen

(den Autor eingeschlossen), explizit kritische polit-ökonomische Perspektiven in die sich „globalisierende“ VKF einzuführen. Diese erscheinen als am besten geeignet, um die Defizite von VoC- und Post-VoC-Ansätzen zu überwinden.

4. Perspektiven einer kritischen globalen VKF

Zwar existiert keine scharfe Trennlinie zwischen den eben diskutierten Post-VoC-Perspektiven und den Ansätzen einer kritischen globalen VKF, die nun im Mittelpunkt stehen. Die Besonderheit letzterer liegt aber in ihrer expliziten Hinwendung zum breiteren kritisch-materialistischen Paradigma, insbesondere in der Gestalt von Dependenz- und Weltsystemtheorien (vgl. Coates in diesem Band).

Eines der meistrezipierten Beispiele, welches hier als Diskussionsgrundlage dient, ist Andreas Nölkes und Arjan Vliegentharts (2009; Vliegenthart 2010) Versuch, die politischen Ökonomien der Länder der Visegrád-Gruppe – Polen, Ungarn, Tschechische und Slowakische Republik – vermittels des Idealtypus’ „abhängiger Marktökonomien“ (*dependent market economies*, DMEs) zu analysieren. Die Autoren zielen dabei auf die gegenseitige Ergänzung und Integration von neoinstitutionalistischen und kritisch-materialistischen Theorien: einerseits ist ihr Ansatz sowohl in Hinblick auf die Terminologie als auch auf die Heuristik der institutionellen Analyse explizit durch VoC inspiriert; andererseits bricht er aber fundamental mit dessen theoretischem Nationalismus, indem er nämlich „Abhängigkeit“ als charakteristisches ökonomisches Koordinationsprinzip der verhandelten „Spielarten“ identifiziert. Darunter verstehen Nölke und Vliegenthart die hierarchischen Strukturen innerhalb von TNK, denen wegen des Status der untersuchten Länder als von westeuropäischen Firmen dominierte und in peripherer Position in die wirtschaftlichen Kreisläufe der EU eingebundene Montage- und Exportplattformen ein entscheidender Einfluss zukomme. Eines der resultierenden Probleme sei, dass die westlichen Kapitaleigentümer in deutlich geringerem Maße als die (kaum vorhandenen) einheimischen Bourgeoisien am nachhaltigen Erfolg dieser Ökonomien und dem Wohlstand ihrer Bevölkerungen interessiert seien (Nölke/Vliegenthart 2009: 676ff, 694f). Somit hätten die Visegrád-Länder zwar ein im postsozialistischen Vergleich relativ dynamisches, auf

der (lohn-)kostengünstigen Produktion haltbarer Konsumgüter für westliche Märkte basierendes Gleichgewicht erreicht; dieses bleibe aber grundsätzlich fragil sowie in seinen sozialen Effekten unausgewogen und sei daher im Sinne klassischer Dependenzansätze als Situation „abhängiger Entwicklung“ zu charakterisieren (Vliegenthart 2010: 252).³ Insgesamt hebt die DME-Analyse damit deutlich stärker als der Standard-VoC-Ansatz (auch in Form seiner oben diskutierten HME-Erweiterung) und die neoinstitutionalistischen Post-VoC-Perspektiven die Problematik externer Abhängigkeit und die Nicht-Kongruenz zwischen Unternehmenserfolg und generellem sozio-ökonomischem Wohlergehen hervor.

Allerdings ist die mit dem Konzept der DMEs verbundene Perspektive selbst nicht problemfrei. Insbesondere wird der Begriff der Abhängigkeit gegenüber den klassischen, strukturalistisch orientierten Perspektiven, denen er entlehnt wird, sozialtheoretisch enggeführt, um in der spezifischen idealtypischen Analyse Kompatibilität mit VoCs mikroökonomisch und nationalstaatlich fokussierter Heuristik zu erreichen. Nun sind hierarchische Entscheidungsstrukturen innerhalb von TNK zweifellos ein wichtiger, aber keinesfalls der einzige Mechanismus, durch den die Abhängigkeit peripherer politischer Ökonomien (re-)produziert wird. Weitgehend unberücksichtigt bleiben dabei z.B. diejenigen Vermittlungskanäle, die mit der fortschreitenden Herausbildung einer neoliberalisierten transnationalen Staatlichkeit verbunden sind, welche sich etwa in Institutionen der Europäischen Währungsunion oder des supranationalen Handels- und Investitionsregimes kristallisiert (vgl. z.B. Gill 2001; Wade 2003). Konkret schreiben sich die genannten transnationalen Strukturen oft direkt in die durch die VKF analysierten, das Handeln von Unternehmen konditionierenden Institutionen ein. So tragen sie z.B. unmittelbar zur tendenziell abnehmenden Fähigkeit der Regierungen peripherer Staaten bei, das Handeln von TNK in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem sie die Anwendung wichtiger fiskal-, währungs- und industriepolitischer Instrumente legal oder

3 Dorothee Bohles und Béla Greskovits' Arbeiten über post-sozialistische Ökonomien stellen ein weiteres Beispiel für die Kombination neoinstitutionalistischer und kritisch-materialistischer Perspektiven dar, auch wenn diese AutorInnen dies konzeptionell nicht so stark explizieren (vgl. z.B. Bohle/Greskovits 2007).

faktisch unmöglich machen (Bieling 2007: 148ff; Dicken 2011: 181ff).

Trotz dieser Defizite der DME-Analyse erscheint grundsätzlich die komplementäre Ergänzung von neoinstitutionalistischen Ansätzen einerseits sowie Weltsystem- und Dependenzperspektiven andererseits vielversprechend für das Projekt einer globalen kritischen VKF. Mit Blick auf die Analyse der Vielgestaltigkeit kapitalistischer Organisation jenseits der OECD sind erstere durch ihre konzeptionelle Grundlagen und deren methodologische Konkretisierung besonders geeignet, die jeweiligen Besonderheiten territorial gebundener institutioneller Konfigurationen mit ihren spezifischen sozialen Grundlagen, historischen Pfadabhängigkeiten, usw. in den Blick zu nehmen. Letztere wiederum bieten das Werkzeug, um die übergreifenden Gemeinsamkeiten kapitalistischer Ökonomien jenseits der OECD, nämlich ihre (semi-)periphere Position in der Weltwirtschaft, und die Art und Weise wie diese sich in „interne“ soziale Verhältnisse und deren institutionelle Verdichtungen einschreibt, zu untersuchen (vgl. auch Bluhm 2010: 204ff).

Das Konzept „abhängiger Marktökonomien“ stellt daher für empirische Untersuchungen kapitalistischer Organisation in peripheren Kontexten einen guten ersten Ansatzpunkt dar. Allerdings bedarf es, um eine größere empirische Anwendbarkeit, konzeptionelle Schärfe und kritische Wirksamkeit zu erreichen, einer Konkretisierung und teilweisen Neubestimmung der Grundlagen des Begriffs sowie der mit ihm verbundenen Analyseperspektive. Diese bedeutet zunächst, dass das Strukturmerkmal Abhängigkeit als Phänomen, das die gesamte Breite der sozialen Produktionsbeziehungen peripherer politischer Ökonomien durchzieht, ernstzunehmen ist. Diese Forderung darf nicht mit jener nach dem bloßen Hinzufügen weiterer Dimensionen bzw. Variablen verwechselt werden. Auch steht sie einem pragmatischen Fokus auf politische und ökonomische Institutionen und ihren Einfluss auf Unternehmenshandeln keineswegs entgegen. Allerdings hat die obige Diskussion der Schwachstellen der DME-Analyse beispielhaft gezeigt, dass Abhängigkeit „integral“ zu begreifen ist, also als Verflechtung politischer, ökonomischer und kultureller Faktoren. Dabei ist jeweils konkret nachzuvollziehen, wie sich diese in die Institutionen, die im Zentrum der kritischen globalen VKF stehen, einschreiben. Sozialtheoretisch wie empirisch sollte sich diese

entstehende Forschungsperspektive also stärker als bislang an „klassischen“ Dependenzansätzen orientieren (vgl. z.B. Cardoso/Faletto 1969; für ein Beispiel Bruszt/Greskovits 2009).

Eine damit verbundene Herausforderung ist die Entwicklung eines Analyserahmens, der den Mehrebenencharakter der Institutionen des Gegenwartskapitalismus begreifbar macht. Wiederum spricht dies – je nach dem konkreten Ziel der jeweiligen Untersuchung – nicht unbedingt gegen einen pragmatischen Fokus auf die nationalstaatliche Ebene. Eine solche analytische Abstraktion ist aber nur zulässig, soweit sie nicht die für die Entwicklung der Institutionen peripherer Kapitalismusformationen oft besonders bedeutenden Einflüsse, die sich aus deren transnationaler hierarchischer Einbettung und subnationaler Fragmentierung ergeben, ignoriert (vgl. Fernández/Alfaro 2012: 77ff). Um diese in den Blick zu nehmen, bietet sich ein verstärkter Rückgriff auf polit-ökonomische Netzwerkansätze an, die die nationalstaatlich orientierte Analyse adäquat kontextualisieren und auch zwischen institutionalistischen und strukturalistischen Perspektiven vermitteln können (Ebenau 2012: 218ff; Fischer/Parnreiter 2007; vgl. für ein Anwendungsbeispiel Dobelmann 2012).

Die Herausforderung liegt für die globale kritische VKF nun in der empirischen Konkretisierung solcher Überlegungen. Angesichts der Dominanz von VoC und anderen neoinstitutionalistischen Ansätzen und der anhaltenden (Selbst-)Marginalisierung von kritischen Perspektiven in der vergleichenden Forschung im Allgemeinen steht dieses Unterfangen noch ziemlich am Anfang. Letztlich bleibt zu hoffen dass kritische Ansätze auch in der „Globalisierung“ der VKF verstärkt Wirkung entfalten und damit zum besseren Verständnis sowie mittelbar zur Abschaffung globaler Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse beitragen werden.

Teil II

Neoinstitutionalismus – Varianten und Entwicklungen

Jan Drahekoupil / Martin Myant

Institutionalismus jenseits der „Spielarten des Kapitalismus“: Transitionsökonomien in der Vergleichenden Kapitalismusforschung

Dieses Kapitel bietet einen Überblick zum Forschungsstand in der VKF, indem es die Diskussionen über „Spielarten des Kapitalismus“, sowohl für die entwickelten Ökonomien als auch außerhalb des traditionellen kapitalistischen Kerns, rekapituliert. Um typologische Theorien ökonomischer Leistung zu begründen, präsentiert es einen Ansatz zu kapitalistischer Vielfalt in Transitionsökonomien. Das Kapitel ist in seinem Fokus auf die „Spielarten“-Debatte selektiv; letztere beeinflusste die VKF der letzten zwei Jahrzehnte allerdings massiv. Wir argumentieren, dass die VKF und insbesondere der „Spielarten“-Ansatz ihrem eigenen Erfolg zum Opfer gefallen sind. Die Debatte, die letzterer ausgelöst hat, hat viele Schwachstellen offensichtlich werden lassen. Aber der Mehrwert des Paradigmas, seine ursprünglichen Ziele, sind in einer Diskussion, die den Ansatz der Nichterfüllung nie erhobener Ansprüche bezichtigt, verloren gegangen.

Allgemeiner argumentieren wir, dass die Grundannahmen der VKF für das Verständnis der Diversität ökonomischer und politischer Ergebnisse nützlich und angemessen bleiben. Viele der Annahmen des VoC-Ansatzes erwiesen sich zwar als problematisch, wobei er aber beispielhaft im Verfolgen einer klar umgrenzten Erklärungsagenda ist. Dieses Ziel ging unglücklicherweise in vielen Versuchen der Entwicklung umfassenderer Ansätze zum Verständnis von politischen Ökonomien der Gegenwart – sowohl aus VKF – als auch aus kritischen Perspektiven – verloren. Wir befürworten daher eine wohlwollendere Lesart von VoC, die versucht, seine Schwachstellen zu vermeiden, aber auf seine tragfähigen oder für eine bessere Perspektive inspirierenden Elemente zurückgreift. Insbesondere betrachten wir die Entwicklung typologischer Theorien, also die Verwendung von Typologien als Erklärungsinstrumente (vgl. George/Bennet 2005), als wichtigsten Beitrag der VKF.

Der folgende Abschnitt rekapituliert die VoC-Debatte, wobei besonders ihre Artikulation im Kontext der Transitionsökonomien betrachtet wird. Er skizziert die von uns so bezeichnete „Post-VoC-Konvergenz“ der verschiedenen VKF-Ansätze innerhalb dieser Debatte. Ironischerweise scheint diese Konvergenz, trotz Unterschieden der konzeptionellen Grammatik, einen großen Teil der „radikalen“ Kritik an der VKF aufgenommen zu haben. Der zweite Abschnitt entwickelt eine VKF-Perspektive auf kapitalistische Vielfalt in Transitionsökonomien. Diese vermeidet, das Kind mit dem Badewasser auszuschütten, indem sie die Schwächen des VoC-Ansatzes vermeidet, aber durchgehend dessen Zielstellung der Entwicklung einer typologischen Theorie ökonomischer Leistung verfolgt. Der dritte Abschnitt diskutiert dann knapp die Ausprägungen kapitalistischer Vielfalt in Transitionsökonomien, um die Logik der Typologie zu verdeutlichen.¹

1. Die Post-VoC-Konvergenz

Die VKF umfasst eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Ansätze. Gemeinsam sind ihnen drei grundlegende Annahmen über die Rolle von Institutionen in der Ko-Konstitution kapitalistischer Vielfalt (vgl. Radice 2000; Deeg/Jackson 2007): erstens sei ökonomisches Handeln soziales Handeln, das institutionell geregelt werden müsse; zweitens bestehe ein Zusammenhang zwischen Institutionen sowie Governance-Mechanismen und ökonomischen Resultaten; drittens handle es sich bei nationalen Ökonomien um interdependente Sets von Institutionen. Der Erfolg von Hall und Soskices VoC-Perspektive hat oft zur Identifikation der breiteren VKF mit dem weitaus engeren Satz von Annahmen ersterer geführt (vgl. Bruff u.a. in diesem Band). Es ist aber sinnvoll, den VoC-Ansatz ausführlicher zu betrachten, da er die Debatte innerhalb der VKF nachhaltig geprägt hat. Sein umgrenzter Erklärungsanspruch sollte letztlich das Hauptkriterium für eine Beurteilung darstellen. Zwar ist es vielfach berechtigt zu argumentieren, dass VoC seine eigenen Ansprüche nicht erfüllt habe; allerdings wurde der Ansatz oft auch für die Nichtberücksichtigung anderer (zweifellos wichtiger) polit-ökonomischer Fragen kritisiert.

1 Weitere Details und empirische Belege können Myant/Drahokoupil (2011) entnommen werden.

Hall und Soskices Ansatz zur Analyse von „Spielarten des Kapitalismus“ bringt zwei wichtige Themen zusammen: zum einen den Gedanken relativ kohärenter und stabiler institutioneller Strukturen in den am stärksten fortgeschrittenen Marktökonomien; und zum anderen den Versuch, diese Strukturen mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit – verstanden als das Erlangen einer Position von (Nahezu-)Weltmarktführerschaft in bestimmten ökonomischen Aktivitäten – in Verbindung zu bringen. Unterschiedliche institutionelle Strukturen ermöglichen spezifische Typen von Innovation und Kompetenzen, und damit ökonomischer Führung. Internationale Wettbewerbsfähigkeit, die abhängige Variable, wird so auf „komparative institutionelle Vorteile“ bezogen. Institutionen dienen also als unabhängige Variablen zur Erklärung der Existenz verschiedener Typen von Koordination und Innovation, verbunden mit unterschiedlichen Wettbewerbsvorteilen. Institutionelle Strukturen, u.a. Arbeitsbeziehungen, Kooperation zwischen Firmen, Corporate Governance und Firmenfinanzierung, bieten die besten Möglichkeiten für Unternehmen, wenn sie kohärente und komplementäre Systeme bilden.²

Die Methode der Typologie hat großen Einfluss erlangt und wird in zahlreichen sozialwissenschaftlichen Bereichen für vergleichende Arbeiten herangezogen. Die VoC-Klassifizierung wurde dabei oft unkritisch zur Bestimmung der polit-ökonomischen Charakteristika individueller westeuropäischer Länder verwendet. Auch außerhalb Westeuropas wurde sie direkt anzuwenden versucht, was sich allerdings als problematisch herausstellte. Zwar ist es möglich, wenigstens einige der zur Charakterisierung von LMEs und CMEs entwickelten Indikatoren zu folgen: so variiert z.B. die Verbreitung kollektiver Tarifverhandlungen und die Arbeitsmarktregulation zwischen Transitionsökonomien, was eine Klassifizierung einiger als LMEs und anderer als (Beinahe-)CMEs nahelegt (vgl. z.B. Buchen 2007; Feldmann 2006; Knell/Srholec 2007; Mykhnenko 2007). Dabei geraten aber wichtige Unterschiede zwischen den Transitionsökonomien einerseits und Deutschland oder den USA andererseits aus dem Blick. Zudem ist die Annahme, dass die Präsenz ähnlicher Institutionen zu den gleichen Effekten in Bezug auf die für LMEs und CMEs

2 Für einen Überblick über VoCs LME/CME-Typologie vgl. Bruff u.a., Jessop und Bieling in diesem Band.

identifizierten Koordinationsmechanismen führen würde, irreführend (Drahokoupil 2009). Es ist auch sehr klar, dass die scheinbaren Ähnlichkeiten einiger institutioneller Merkmale nicht mit vergleichbaren Niveaus von Innovationstätigkeit einhergehen, die in allen Transitionsökonomien relativ niedrig sind.

Zahlreiche AutorInnen haben sich auf andere relevante Charakteristika kapitalistischer Ökonomien – u.a. die Rolle des Staates in der Steuerung ökonomischer Entwicklung, sowie die Formen und den Umfang von Wohlfahrtsstaatlichkeit – konzentriert. So wurden zusätzliche Kapitalismustypen identifiziert, um die fortgeschrittenen Länder sowie Länder in Lateinamerika und Südostasien zu charakterisieren (vgl. z.B. Amable 2003; Anchor-doguy 2005; Becker 2009; Boyer 2005; Schmidt 2002; Schneider 2009).

Nölke und Vliegenthart (2009) haben den VoC-Ansatz an die Besonderheiten von Transitionsökonomien angepasst und eine „dritte grundlegende Spielart“, die „abhängige Marktökonomie“ (*dependent market economy*, DME), identifiziert (vgl. auch Ebe-nau in diesem Band). Als zentraler Koordinationsmechanismus werden diese durch die Hierarchie innerhalb transnationaler Konzerne (TNK) charakterisiert, was mit komparativen Vorteilen im Zusammenbau und der Produktion von relativ komplexen und haltbaren Gütern einhergeht. Die abhängige Variable wird so zu einer Form internationaler Integration, die keinerlei Form von Weltmarktführerschaft beinhaltet: Innovationen werden in dieser Spielart nicht lokal generiert, sondern durch die TNK-Hierarchien transferiert. Die unabhängige Variable ist eine institutionelle Struktur, die bestimmte, auf importierter Technologie basierende ökonomische Aktivitäten fördert. Dieses DME-Modell kann auf vier zentraleuropäische Länder angewendet werden: Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei. Nölke und Vliegenthart zufolge erklärt die Existenz kohärenter DME-Institutionen die überlegene Leistungsfähigkeit dieser Länder gegenüber dem Rest der Region. Wie wir im Folgenden ausführen bestehen allerdings weiter erklärungsbedürftige Unterschiede in den Formen internationaler Integration dieser Länder. Auch lässt das DME-Modell die Charakterisierung anderer Transitionsökonomien offen. Zudem bleibt es – was noch schwerer wiegt – eine Erklärung der internen Vorbedingungen von DME-Institutionen und der Reproduktion ihrer komparativen Vorteile schuldig (vgl.

auch Šćepanović 2011). Es kann also keinen Aufschluss über den Ursprung polit-ökonomischer Vielfalt innerhalb dieser Gruppe geben.

Manche AutorInnen haben aus anderen VKF-Perspektiven heraus den von der Idee komparativer institutioneller Vorteile suggerierten Einfluss von Institutionen auf ökonomische Spezialisierung in Frage gestellt. Becker (2009) ging so weit zu insistieren, dass von Idealtypen keine „Leistung“ im Sinne einer Theorie, die die Implikationen bestimmter institutioneller Strukturen für ökonomische Performance spezifiziert, erwartet werden könne. Andere zweifelten an der Idee starker institutioneller Komplementarität, welche die Notwendigkeit von Kohärenz zwischen Institutionen impliziert. Tatsächlich weist Evidenz zu der Vielfalt institutioneller Formen in einzelnen Ländern auf die Existenz diverser Handlungslogiken bzw. Koordinationsmechanismen innerhalb bestimmter sozialer Kontexte hin (Boyer 2007; Deeg 2007; Morgan 2007). Dies steht in Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung von Mehrebenenregulierung, welche die Zentralität nationaler Institutionen schwächt, indem sie institutionelle Inkohärenz und „Unvollständigkeit“ vergrößert (Djelic/Quack 2003). Für Osteuropa hat Bluhm (2007) gezeigt, dass TNK Vorteile aus den hybriden institutionellen Mischungen ziehen, um in mit den CMEs assoziierten Aktivitäten zu konkurrieren.

In einer politischen Ökonomie können daher verschiedene Lösungen von Koordinationsproblemen koexistieren (Äquifunktionalität). Genauer gesagt kann ein Set komplementärer Institutionen parallel mit einem anderen bestehen, ohne dass sie sich notwendigerweise gegenseitig verstärken oder aber widersprechen (Lane/Wood 2009: 540). Komplementarität kann also nicht nur die Form von Synergie, sondern auch von „Supplementarität“ – eine Institution gleicht die Schwächen der anderen aus – annehmen (Crouch 2005). Institutionelle Heterogenität und Vielfalt können sogar größere Potenziale für Innovation und Anpassung an eine sich wandelnde Umwelt bieten (ebd.; Schneiberg 2007; vgl. auch Lane/Wood 2009).

Die Diskussion hat eine große Vielfalt polit-ökonomischer Typen aufgezeigt. Dabei handelt es sich um Resultate historischer und politischer Entwicklungen ohne direkte Auswirkungen auf die ökonomische Leistung, etwa der relativen Stärkung der ArbeiterInnenbewegung in einigen Ländern. Daher ist eine Litera-

tur entstanden, die institutionelle Flexibilität und Wandel, und somit die Notwendigkeit kontextueller Analysen zur Verfolgung der Entwicklung historisch-spezifischer kapitalistischer Spielarten betont (z.B. Becker 2009; Streeck/Thelen 2005).

Die von VoC ausgelöste Debatte hat schließlich zu einer Konvergenz innerhalb der VKF bezüglich ihrer Schlussfolgerungen geführt (vgl. jüngere Debattenüberblicke, u.a. Bohle/Greskovits 2009; Deeg/Jackson 2007), die in drei Punkten zusammengefasst werden kann. Erstens sollten die in der VKF verwendeten konzeptuellen Ansätze über statische, notwendig Kohärenz suggerierende Modelle hinausgehen. Sie sollten in der Lage sein, (gradueller) institutioneller Wandel, institutionelle Hybridisierung mit oft positiven ökonomischen Effekten und die Bedeutung von Mehrebeneninstitutionalität zu berücksichtigen. Zweitens muss die politische Dimension beachtet werden, insofern AkteurInnen aktiv Institutionen umgestalten, die die relative Macht verschiedener Gruppen verkörpern und dabei sowohl Handlungsressourcen als auch -beschränkungen darstellen. Schließlich – und hier konvergieren VKF-Ansätze großteils mit ihrer „radikalen“ Kritik (z.B. Bruff 2011) – besteht die Notwendigkeit, Kapitalismus wieder verstärkt zu berücksichtigen. Auf der Mikroebene bedeutet das, durch Anerkennung des destabilisierenden Motivs von „Furcht und Gier“, das in einer kapitalistischen Gesellschaft menschliches Handeln antreibt, über Gleichgewichtsannahmen hinauszugehen (Streeck 2009). Dies beinhaltet die Realisierung des schumpeterianischen Zugangs ökonomischer AkteurInnen zu Institutionen, welcher sie dazu veranlasst, bestehende Regeln und Kompromissbildung zu umgehen und einen permanenten Veränderungsdruck mit sich bringt. Auf der Makroebene sollten vergleichende Ansätze so die asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Neuverhandlung institutioneller Kompromisse anerkennen.

Die Post-VoC-Konvergenz hat eine Reihe von Schwachstellen des für die VKF prägenden VoC-Ansatzes identifiziert. Die bedeutsamsten Kritikpunkte beziehen sich auf das Wesen komparativer (institutioneller) Vorteile. Sie können allerdings in die Grundannahmen des breiteren VKF-Feldes integriert werden. Darüber hinaus ist ein großer Teil der Kritik an VoC im Kontext der diesem Ansatz zu Grunde liegenden Zielstellungen weniger relevant. Dies trifft sowohl auf seinen Erklärungsanspruch (die

Wahl der abhängigen Variable) als auch den Erklärungsweg (die Kausalmechanismen, das Wesen der unabhängigen Variablen) zu. Für einen Ansatz sollte es daher kein allzu großes Problem sein, wenn er Wandel nicht angemessen erfassen kann, solange er bei der Erklärung der Rolle von Institutionen für die Herstellung ökonomischer Leistungsfähigkeit zufriedenstellende Dienste leistet. Die Verwendung vereinfachender Annahmen über die Natur von AkteurInnen und ihre relative Macht kann unschädlich bleiben, wenn sie nicht zu irreführenden Schlussfolgerungen bezüglich der für den spezifischen Zweck des Ansatzes zu berücksichtigenden Kausalmechanismen führt. Der im nächsten Abschnitt eingeführte VKF-Ansatz spiegelt daher eine Zahl bedeutsamer Einschränkungen der Anwendbarkeit von VoC wider, berücksichtigt aber nur diejenigen Kritikpunkte, die für das Ziel der Erklärung ökonomischer Leistung relevant sind.

2. Eine VKF-Perspektive aus Transitionsökonomien

Der hier vorgeschlagene VKF-Ansatz geht von den hauptsächlichsten Unterschieden zwischen Transitionsländern bezüglich ihrer Integration in die Weltökonomie aus. Diese Unterschiede sind mit ihren institutionellen und sonstigen Ausgangsbedingungen verbunden. Das Ziel ist daher eine Typologie kapitalistischer Vielfalt in Transitionsökonomien, die zeigt, wie die kennzeichnenden Formen internationaler Integration von internen Bedingungen abhängen. Die Analyse folgt so dem Geist von VoC, indem sie auf die Erklärung von Unterschieden in der ökonomischen Leistungsfähigkeit – verstanden als internationale Wettbewerbsfähigkeit – abzielt. Allerdings adaptiert der Ansatz bestehende Perspektiven, um ihre Schwächen zu überwinden und um die Besonderheiten der Transitionsökonomien zu reflektieren. Er kann in vier Punkten charakterisiert werden.

Der erste ist die Anpassung der „abhängigen Variable“, um einen Fokus auf breiter verstandene Formen der Integration in die globale Ökonomie einzuschließen. Die Export-Wettbewerbsfähigkeit bleibt ein Element, aber es geht nicht mehr unbedingt um Weltmarktführerschaft. Sie wird um eine Reihe weiterer Wege ergänzt, durch die Länder ein externes Gleichgewicht erreichen können, vom Export von Industriegütern und natürlichen Ressourcen über die Offenheit für private Finanzströme bis hin zur Abhän-

gigkeit von Rücküberweisungen und ausländischer Entwicklungshilfe. Zentral für den Ansatz ist daher das sektorale Mikrolevel (eine Form der Integration) anstelle des nationalen Makrolevels (vgl. Deeg 2007).

Der zweite Punkt ist die Erkenntnis, dass neben institutionellen Strukturen noch andere Faktoren die relevanten Formen internationaler Integration beeinflussen. Diese umfassen die bestehende industrielle Basis, die natürliche Ressourcenausstattung und auch die Geographie (vgl. Greskovits 2005). Institutionen treten daher in Interaktion mit solchen Faktoren als nur ein Element auf, das zur Erklärung ökonomischer Leistungsfähigkeit allein nicht ausreichend ist.

Die dritte Anpassung ist der erweiterte Begriff institutioneller Vorteile. Er unterscheidet spezifische Vorteile im Sinne von VoC und stärker generische Vorteile, wie sie die Analyse von Transitionsökonomien dominiert haben. Ein großer Teil der vergleichenden politischen Ökonomie betrachtet die grundlegenden, ungelösten Probleme in Transitionsökonomien, darunter die Bereiche staatlicher Kapazitäten, Rechtsstaatlichkeit, funktionierender Corporate-Governance- und stabiler Finanzsysteme, Klarheit in der Eigentümerschaft von Firmen und der Trennung der politischen und unternehmerischen Sphäre, als gegeben. Klientelismus, der umstrittene Charakter von Eigentumsrechten und die schwache Rechtsstaatlichkeit wurden weithin als definierende Merkmale kapitalistischer Spielarten in der ex-sowjetischen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) angesehen (King 2007; Lane 2007b; Lane/Myant 2007). Dies ist schwer in den Rahmen des VoC-Ansatz einzufügen (vgl. Becker 2009: 59ff; Nölke/Vliegenthart 2009: 695f).

Diesen Themen nachzugehen erfordert, sich auf ein Terrain zu begeben, mit dem Mainstream-Wirtschaftswissenschaften und -Politökonomie großteils unvertraut sind, insofern sie typischerweise annehmen, dass Regeln befolgt, Schulden und Kredite abgezahlt würden, dass Anleger dem Bankensystem vertrauen könnten, und dass Regierungspolitiken, einmal beschlossen, auch umgesetzt würden (vgl. aber Alston/Mueller 2005). Die institutionalistische Literatur bemerkt oftmals, dass „informelle“ ebenso wichtig wie formelle Regeln seien. Dies aber wird dem Ausmaß der Unterschiede zwischen fortgeschrittenen und Transitionsökonomien nicht gerecht. Beckers (2012) Ansatz erkennt dies an, indem

er argumentiert, dass der „patrimoniale“ Kapitalismustyp in Transitionsländern stark ausgeprägt sei. Unsere Perspektive identifiziert allerdings darüber hinaus klare Implikationen des patrimonialen Typus für ökonomische Spezialisierung und Leistungsfähigkeit.

Viertens vertreten wir einen schwächeren Begriff von Komplementarität der Elemente eines Kapitalismustyps. Wir betonen die Vielfalt innerhalb einzelner politischer Ökonomien und die Rolle von Kontingenz und Politik.

Diese Elemente bilden einen Ausgangspunkt für eine VKF-Perspektive auf Transitionsökonomien. Die Unterscheidung von Kapitalismustypen wird dabei mit einer Klassifizierung von Formen internationaler Integration verbunden. Auf Grundlage von Produktkomplexität und Beschaffenheit des Produktionsnetzwerks unterscheiden wir vier Formen der Integration: exportorientierte ausländische Direktinvestitionen (ADI) in komplexen Sektoren; exportorientierte komplexe Sektoren ohne ADI; einfache industrielle Aktivitäten im Kontext von Fremdvergabe (*subcontracting*); und Fertigung einfacher Industriegüter und Halbfabrikate. Daneben gibt es zwei Formen der finanziellen Integration: Abhängigkeit von Rücküberweisungen und Entwicklungshilfe; und Integration durch finanzielle Zuflüsse. Letzteres bietet keine Grundlage für einen spezifischen Kapitalismustyp; verbunden mit finanziellierter Entwicklung ist es ein Phänomen, das verschiedene Formen annimmt und mit etlichen Kapitalismustypen kompatibel ist (vgl. Myant/Drabokoupil 2012). Die verbleibenden fünf Integrationsformen können vor dem Hintergrund der internen Gegebenheiten einzelner Länder, ihren Vorbedingungen, betrachtet werden.

Die Integrationsformen und ihre Vorbedingungen konstituieren fünf kapitalistische Idealtypen: ADI-basierte Marktökonomien, periphere Marktökonomien, Ordnungsstaaten, oligarchische (klientelistische) Kapitalismen und rücküberweisungs- bzw. entwicklungshilfebasierte Ökonomien. Tabelle 2 liefert einen Überblick über die Bedingungen einzelner Integrationsformen in Hinblick auf staatliche Kapazitäten (Rechtsstaatlichkeit sowie Trennung von Politik und Unternehmen), Staatsätigkeit (Politiken), Unternehmensentwicklung und Finanzsystem. Der Ansatz weist auf Flexibilität in industriellen Beziehungen, Arbeitsmärkten und Wohlfahrtssystemen hin. Für keine der Integrationsformen stellen diese Aspekte sozialer Einbettung wichtige Vorbedingungen dar. Ihre Entwicklung spiegelt interne soziale Bedingungen

und politische Kräfte wider. Andererseits kann der politisch-ökonomische Kontext die Möglichkeiten für Wohlfahrtsstrategien einschränken. Komplexe Industrieproduktion scheint für höhere Wohlfahrtsausgaben am günstigsten zu sein. Empirisch geht sie mit einer Vielzahl wohlfahrtsstaatlicher Ergebnisse einher.

Wir unterbreiten also eine typologische Theorie zur Charakterisierung kapitalistischer Vielfalt in Transitionsökonomien. Individuelle interne Vorbedingungen bilden Idealtypen, die das Wesen der für das einzelne Land maßgeblichen internationalen Integration erklären. Jedes Land kombiniert dabei mehrere Integrationsformen. Es ist jedoch möglich, Ländergruppen zu identifizieren, in denen jeweils eine der Formen vorherrscht. So kann durch die Kombination von Integrationsformen sowie internen ökonomischen, politischen und institutionellen Merkmalen eine annähernde Klassifikation in fünf Typen erreicht werden. In einigen Fällen gibt es Überlappungen; keiner der Typen ist fix. In unterschiedlichem Maße durchlaufen alle Länder Wandlungsprozesse. Mit der Zeit bewegen sie sich von einem zu einem anderen Idealtypus. Die einzelnen Typen und die Bestimmung der Zugehörigkeit individueller Fälle werden im nächsten Abschnitt diskutiert (s. im Folgenden Tabelle 2).

3. Spielarten des Kapitalismus in Transitionökonomien

ADI-basierte (zweitrangige) Marktökonomien zeichnen sich durch demokratische politische Systeme, EU-Integration und zunehmend auf der Industrieproduktion ausländischer TNK gründende Exporte aus. Dieser Typ charakterisiert die Mittelosteuropäischen Länder, also die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien (MOEL). Diese Ökonomien haben komplexe Exportstrukturen herausgebildet, sind aber zweitrangig in internationalen Produktionsnetzwerken. Dennoch verfügen sie über ein beträchtliches Potential für produktive Aufwertung und Entwicklung, was diese Spielart vielversprechender macht als andere Transitionsresultate. Andere Merkmale sind flexibel und reichen von beträchtlichem ArbeitnehmerInnenschutz und sozialer Absicherung zu stärker neoliberalen Ansätzen. Obwohl diese Länder nicht über die für hochrangige Innovation notwendige Unternehmensinfrastruktur verfügen, bieten sie doch ein solides Umfeld für die sonstige Entwicklung der einheimischen Wirtschaft.

Tabelle 2: Spielarten des Kapitalismus und Integrationsformen

<i>Kapitalismustyp</i>	<i>ADI-basierte Marktökonomien</i>	<i>Periphere Marktökonomien</i>	<i>Ordnungsstaaten</i>	<i>Oligarchische Kapitalismen</i>	<i>rücküberweisungs-/entwicklungsstufabhangige Ökonomien</i>
Integrationsform	Komplexe industrielle Fertigung mit ADI	Industrielle Fertigung mit Fremdvergabe	Komplexe industrielle Fertigung ohne ADI	Fertigung einfacher Güter und Halbwaren	Rücküberweisungen
Staatliche Kapazitäten Rechtsstaatlichkeit	Benötigt stabiles Umfeld für alle Unternehmen	Benötigt stabiles Umfeld für alle Unternehmen	Benötigt Schutz nur für Schlusselunternehmen	Benötigt Schutz nur für Schlusselunternehmen	Keine Ansprüche
Trennung Politik/ Unternehmen	Absonderung von Unternehmen von direkter Abhängigkeit von der Politik	Absonderung von Unternehmen von direkter Abhängigkeit von der Politik	Enge Verbindung zwischen Schlusselunternehmen und politischer Macht	Keine Ansprüche an Absonderung der Unternehmen von Politik	Keine Ansprüche
Staatsstatigkeit	Schafft ökonomische Infrastruktur und Unterstützung für ADI	Grundlegende ökonomische Infrastruktur	Kann bestimmte Aktivitäten schützen und unterstützen, substituiert für Rechtsstaatlichkeit	Grundlegende ökonomische Infrastruktur	Keine Ansprüche

Unternehmensentwicklung	Einzige Einschränkung: keine Entwicklung neuer, innovativer Unternehmen	Benötigt unabhängige Unternehmen	Keine Ansprüche	Keine Ansprüche	Keine Ansprüche
Finanzsystem	Komplexe Finanzsysteme und Finanzmärkte unwichtig für ADI	Benötigt einige unabhängige Finanzquellen	Staatliche Direktfinanzierung möglich	Großunternehmen können staatliche Hilfe oder externe Finanzierung suchen	Keine Ansprüche
Andere Faktoren	Übertragene (komplexe) Industriestruktur	Billiges Arbeitskräfteangebot		Günstige Ressourcenausstattung	
Soziale Einbettung	Industrielle Beziehungen, Arbeitsmärkte und Wohlfahrtsysteme sind keine relevanten Vorbedingungen. Ihre Entwicklung reflektiert interne soziale Bedingungen und politische Kräfte.				

Der Export hochwertiger, in Abteilungen großer TNK gefertigter Produkte nach Westeuropa ist die sicherste und einkommensträchtigste Form internationaler Integration. Die internen Bedingungen sind anspruchsvoll. TNK benötigen ein komplexes Netzwerk mit anderen Organisationen. Sie brauchen ein wirtschaftliches Umfeld, in dem sie ihre eigenen Aktivitäten garantieren und sich ihrer Verbindung zu zahlreichen anderen Firmen sowie lokalen und nationalen Regierungsstellen versichern können. Auf den Export komplexer Industriegüter abzielende ADI benötigen daher ein hohes Niveau staatlicher Kapazität und ein entwickeltes Unternehmensumfeld. Weitgehend wurde all dies in den MOEL, den baltischen Republiken und, zunehmend, in Südosteuropa erreicht. Allerdings verfügt keines dieser Länder über ein den fortgeschrittenen Marktökonomien verfügbares Umfeld, das Zugang zu Großfinanzierungen und eine für systematische Innovation geeignete Forschungsbasis beinhalten würde.

Die TNK zog es in Länder, mit denen sie bereits früher in Kontakt gestanden hatten und die eine relativ moderne Industrie, eine gute physische Infrastruktur und Verbindungen mit Westeuropa geerbt hatten. Politische Stabilität war wichtig für Unternehmen, die langfristige Investitionen tätigten; eine hohe EU-Beitritts-wahrscheinlichkeit – im Fall von MOEL seit den frühen 1990ern – galt als nützliches Gütezeichen. Die Konzerne benötigten ein sicheres rechtliches und ökonomisches Umfeld, in dem Verträge eingehalten würden. Die Politik konnte die „strukturellen Vorteile“ beeinflussen, insofern die Erhaltung der industriellen Basis am Erwerb von Firmen aus ihren jeweiligen Sparten interessierte Investoren anzog (vgl. Greskovits 2005: 117ff; Kurth 1979: 3f; Drahekoupil 2008).

Periphere Marktökonomien besitzen demokratische politische Systeme und grundlegende rechtliche und institutionelle Bedingungen für Unternehmen, beruhen aber auf weniger stabilen Industriegüterexporten. Diese Integrationsform war bzw. ist in den frühen 1990ern in den MOEL und später in den südosteuropäischen Ländern und den baltischen Staaten von Bedeutung. Andere können hinzukommen und manche können sich zur ersten Kategorie hin bewegen. Schwach entwickelte Binnenökonomien, besonders bezüglich einheimischer Sparbestände, gehen oft mit finanzialisiertem Wachstum und Abhängigkeit von Rücküberweisungen einher. Diese Länder sind daher weniger in der Lage,

externen Schocks zu widerstehen. Ihre ökonomischen Entwicklungsformen harmonieren am besten mit hochliberalisierten Marktbedingungen, die gute Reputation in internationalen Finanzzirkeln bringen. Dies geht oft mit niedrigen sozialen Absicherungsniveaus einher. Auch sollte es geringe Hürden für die Unternehmensgründung bedeuten; allerdings waren die betreffenden Ziffern im Vergleich zu den MOEL eher niedrig. Die baltischen Republiken gehören wegen ihrer Exportstrukturen und ihrer Abhängigkeit von finanziellierter Entwicklung trotz hoher Einkommensniveaus zu dieser Gruppe.

Bekleidungs-, Schuh- und einfache Komponentenexporte hängen von der Fremdvergabe durch TNK ab, typischerweise mit sehr präzisen Anforderungen, und in einigen Fällen mit Direktinvestitionen. Auch bedarf es einer adäquaten Transport- und Kommunikationsinfrastruktur. Die Anforderungen an Fähigkeiten sind aber niedrig, da die Produktentwicklung in reicheren Ländern stattfindet, so dass niedrige Arbeitskosten die Hauptanziehung begründen. Die ererbte Industriestruktur ist ebenfalls von Bedeutung, da sie normalerweise die zur Erfüllung neuer Anforderungen rasch anpassbare Produktivstruktur und Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Corporate Governance und Privatisierungspolitiken sind weniger wichtig für die TNK. Allerdings benötigen diese ein rechtliches Regelwerk, das die Einhaltung von Verträgen hinreichend absichert.

Ordnungsstaaten sind jene GUS-Staaten, die die eingeschränktesten Reformen durchlaufen haben. Bereits ihre Klassifizierung als „kapitalistisch“ kann hinterfragt werden. Obwohl beträchtliches Staatseigentum fortbesteht, haben sie aber seit 1989 substantielle Transformationen vollzogen, wie der Grad ihrer Weltmarktintegration, die Anwendung von Preismechanismen, Preise wenigstens nahe internationaler Niveaus und die Freiheit privaten Unternehmertums anzeigen. Sie charakterisieren sich durch autoritäre politische Systeme, die auch die wichtigen ökonomischen Entscheidungen bestimmen. Ihre internationale Einbindung ist abhängig von staatlicher Unterstützung für Industriegüter oder Rohstoffe. Das Umfeld für Unternehmen von außerhalb des staatlichen Sektors ist problematisch. Staatlicher Autoritarismus und Willkür und das niedrige Niveau finanzieller Entwicklung erschweren das Wachstum neuer Unternehmen. Die soziale Absicherung steht in Kontinuität mit der Vergangenheit, was zu ho-

hen öffentlichen Ausgaben führt (vgl. Myant/Drahoukoupil 2010, Kap.10). Dies unterscheidet Ordnungsstaaten von vielen anderen GUS-Ländern, in denen die Absicherung nach den Umwälzungen der frühen 1990er drastisch reduziert wurde. Hohe Ausgaben in Ordnungsstaaten helfen bei der für das politische Überleben der autoritären Regime notwendigen Sicherung öffentlicher Unterstützung.

Das prominenteste Beispiel ist Weißrussland, wo Fahrzeugexporte auf Grundlage eines „Ordnungsstaates“ (Iwasaki 2004), mit Staatseigentum an Schlüsselunternehmen und staatlicher Kontrolle der Kreditvergabepolitiken von Banken, fortbestanden. Diese bringen finanzielle Ressourcen und höhere Niveaus von Managementstabilität als in Ländern, wo ähnliche Unternehmen privatisiert wurden. Mit dem Zugang zu modernen Technologien profitieren sie von etwas internationaler Kooperation; es gibt aber auch eine beträchtliche autonome Produktentwicklung. Letztere Produkte sind allerdings nur in weniger anforderungsreichen, nicht von TNK dominierten Märkten konkurrenzfähig. Es bleibt offen, ob dieses Modell mehr als nur vorübergehend ist. Versuche zur Förderung der Entwicklung komplexerer Sektoren, etwa in Usbekistan, erzielten weniger beeindruckende Ergebnisse.

Oligarchische oder *klientelistische Kapitalismen*³ kennzeichnen große Teile der GUS. Diese Gruppe ist durch relativ autoritäre politische Systeme und eine engere Verbindung von Unternehmen und Politik als im Falle der beiden vorigen gekennzeichnet. Der Export von Rohstoffen und Halbfabrikaten erfordert ein weniger entwickeltes Unternehmensumfeld.⁴ Dies ist kompatibel mit geringeren Niveaus staatlicher Kapazitäten sowie mit institutionellen Umgebungen, die keine Basis für sichere Beziehungen zwischen Unternehmen, und noch weniger für die Entwicklung neuerer, innovativer Firmen bieten. Themen wie Arbeits- und Unternehmensbeziehungen oder Finanzentwicklung sind daher für diese Form internationaler Integration nicht von Belang. Auf Grundlage von Unterstützung durch die politisch Mächtigen können exportierende Firmen trotz des Fehlens eines stabilen recht-

3 Keiner der Begriffe ist ideal und für unterschiedliche Länder erscheint entweder der eine oder andere zutreffender.

4 Rentenbasierte Ökonomien sind nur eines der Ergebnisse, das unter diesen Typ fällt.

lichen und wirtschaftlichen Umfelds prosperieren. Sozial- und Arbeitsplatzschutz und das Umfeld für dynamische neue Unternehmen sind allgemein sehr schwach entwickelt – nicht weil sie die dominierenden Formen internationaler Integration beeinträchtigen würden, sondern weil sie für diese und die Interessen der politischen Machthaber irrelevant sind.

Auf Grund der außerordentlich hohen Einkünfte und niedriger Beschäftigungsbedarfe von Öl- und Gasexporteuren bestehen Unterschiede zwischen diesen und den Exporteuren anderer Güter. Erstere sind daher noch besser vereinbar mit einem schwachen Umfeld für den Rest der Ökonomie. Exporteure können ihre eigene physische Infrastruktur schaffen, Kapital aus dem Ausland aufbringen und nur wenig Kontakt zu lokalen Firmen halten. Die Vorbedingungen hierfür haben daher keine direkten Implikationen für Arbeitsbeziehungen, soziale Absicherung und das Unternehmensumfeld allgemein. Öl- und Gasexport ist kompatibel mit autoritären Regimen, die gesellschaftliche Stimmen ignorieren und auf die Förderung alternativer Formen ökonomischer Entwicklung verzichten können. Diese potenzielle Beschränkung anderer Wachstumsformen bedeutet, dass die Vorherrschaft von Ressourcenexporten kein nur vorübergehendes Merkmal internationaler Integration sein muss.

Eine Reihe von armen GUS- und osteuropäischen Ländern sind schließlich als *rücküberweisungs- und entwicklungshilfebasierte Ökonomien* zu charakterisieren. Dies ist eine schwache Basis für zukünftige Entwicklung. Der Aufstieg in eine andere Gruppe – am ehesten die der peripheren Marktökonomien – hängt von einem adäquaten Unternehmensumfeld und wohl auch einer für die Fremdvergabe durch TNK attraktiven geographischen Lage und Infrastruktur ab. Hier fehlt es an vielem und ein Großteil einheimischer Wirtschaftstätigkeit bleibt auf den Kleinhandel beschränkt.

4. Schlussfolgerung

Die oben vorgestellte Typologie zielt auf die Erklärung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in Transitionsökonomien, insbesondere des Wesens ihrer internationalen Einbindung, indem sie sie mit ihren internen Bedingungen in Verbindung setzt. Letztere umfassen institutionelle wie auch andere Faktoren. Die Typolo-

gie betrachtet so die relative Bedeutung von Institutionen in der Ko-Konstitution ökonomischer Leistungsfähigkeit. Den Kern der VKF-Agenda sehen wir in der Untersuchung der – wie auch immer definierten – Performance von Institutionen. Der VoC-Ansatz unterbreitete eine typologische Theorie mit diesem Ziel. Unglücklicherweise führte die mit der Reflexion der Schwachpunkte von VoC begonnene Debatte die VKF von der Erklärung ökonomischer und sonstiger Effekte von Institutionen weg. Zur selben Zeit war sie aber durch die Identifikation der Probleme existierender Erklärungen institutioneller Performance überaus hilfreich. Dies beinhaltet die Notwendigkeit, über die nationale Ebene hinauszugehen und Komplementaritäten sowie, breiter, die Konstitution komparativer Vorteile auch auf Sektor- und Unternehmensebene zu analysieren; das Verständnis von Institutionen als kontinuierlich sich entwickelnden Formen; das weitere Verständnis von Komplementaritäten; und die Erfordernis, auch die nicht-institutionelle Konstitution komparativer Vorteile zu untersuchen. Die Schlussfolgerungen sollten es der VKF ermöglichen, bessere typologische Theorien zu formulieren.

Aus dem Englischen von Matthias Ebenau

Christian May / Andreas Nölke

Kritischer Institutionalismus in der Vergleichenden Kapitalismusforschung: Konzeptionelle Überlegungen und Forschungsprogramm

Institutionalistische Ansätze der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF), insbesondere die firmenorientierten Perspektiven in der Tradition des VoC-Ansatzes, sind in jüngster Zeit vielfach kritisiert worden, wie u.a. zahlreiche Beiträge zu diesem Band zeigen. Es scheint uns trotzdem nicht angemessen, auf institutionelle Ansätze zur vergleichenden Analyse des Kapitalismus ganz zu verzichten oder eine völlig neue institutionalistische Kapitalismusanalyse zu entwerfen, wie das etwa Wolfgang Streeck (2011) vorschlägt. Statt „das Kind mit dem Badewasser auszuschütten“ liegt es für uns vielmehr nahe, an bewährte Erkenntnisse der etablierten Institutionenforschung anzuknüpfen, diese jedoch in kritischer Absicht weiterzuentwickeln. In diesem Beitrag klären wir dazu zunächst die Grundlagen von Begriffen wie „Institutionen“ und „Institutionalismus“ (Abschnitt 1), entwerfen die Programmatik eines kritischen Institutionalismus im Rahmen der VKF (Abschnitt 2) und skizzieren knapp eine entsprechende Forschungsagenda (Abschnitt 3). Wir hoffen damit zeigen zu können, dass eine kritische VKF einen Teil der in diesem Band artikulierten Kritik berücksichtigen kann, ohne die Erkenntnisse der in den vergangenen beiden Dekaden so reichhaltig betriebenen institutionellen Vergleichsanalysen zu ignorieren. Im Gegenteil – ähnlich wie David Coates (in diesem Band) sehen wir gerade in der Kombination von institutionalistischen und kritischen Ansätzen eine besonders fruchtbare Forschungsagenda für die VKF. Die Zielsetzung unseres Beitrags ist also programmatisch – es geht uns nicht um eine bestimmte Methode, eine Theorie (im Sinne eines Geflechts falsifizierbarer Kausalaussagen) oder empirische Beschreibungen, sondern darum, welche Zeiträume, welche Län-

der, welche Institutionen und welche konkreten Fragestellungen im Rahmen eines kritischen Institutionalismus (warum) beforscht werden sollten.

1. Institutionen und Institutionalismus: Konzeptionelle Grundlagen aus kritischer Perspektive

Institutionen machen die Struktur einer bestimmten Wirtschaftsordnung greifbar. Sie ermöglichen eine konkrete Analyse der Entwicklungen im Kapitalismus, welche auf der systemischen Ebene nicht geleistet werden kann. Auch wenn Einigkeit darüber besteht, dass Konzepte wie z.B. das der „Finanzialisierung“ den Kapitalismus des frühen 21. Jahrhunderts zutreffend beschreiben, so ist häufig unklar, wodurch genau diese Konzepte in der Realität verkörpert werden (vgl. hierzu Heires/Nölke 2011). Institutionalistische Ansätze sind prinzipiell in der Lage, solche umfassenden Begriffe konkret greifbar zu machen. Da Institutionen auf grundlegende, regelmäßige Praktiken verweisen, kann eine institutionalistische Analyse zudem zwischen den Polen Struktur und Handlung vermitteln. Als typisches Konzept mittlerer Reichweite sind Institutionen zwischen Holismus und Individualismus zu verorten. Dabei stellen sie gewissermaßen Hilfskonzepte dar, mit denen eine Verbindung von grundlegenden Theorien gesellschaftlicher Ordnung und einzelfallbezogener empirischer Forschung hergestellt werden kann. Die Orientierung an institutionellen Ansätzen hat schließlich auch den Vorzug, zur kumulativen Kapitalismusforschung beizutragen und diese weiter zu entwickeln. Die in der letzten Dekade stark angewachsene Forschung in diesem Feld sollte somit auch für ein kritisches Forschungsprojekt nutzbar gemacht werden. Für dessen Etablierung ist es jedoch notwendig, etabliertes theoretisches Gepäck des vorherrschenden Institutionalismus kritisch zu überprüfen, notfalls zu verwerfen und andere Grundparameter zu entwickeln, die einem kritischen Wissenschaftsverständnis gerecht werden können.

Was sind Institutionen?

Aus unserer Sicht besteht ein Defizit eines Großteils der institutionalistischen Forschung in einer nur bruchstückhaften Theoreti-

sierung des Institutionenkonzepts. Insbesondere jüngere Arbeiten über institutionellen Wandel (z.B. Blyth 2002; Mahoney/Thelen 2010; Schmidt 2010b) behandeln Institutionen vielfach als black boxes, bestenfalls als abhängige Variablen. Insofern ist es sinnvoll, sich noch einmal die Grundlagen des Nachdenkens über Institutionen zu vergegenwärtigen.

Institutionen sind in erster Linie Problemlösungen, wobei aus kritischer Perspektive die Problemdefinition nicht von den materiellen Verhältnissen losgelöst werden kann. Die grundlegende Problematik ist dabei, aus einer Vielzahl von möglichen Handlungen eine geeignete auszuwählen. Dabei geht es nicht so sehr um Entscheidungsprobleme, welche aus Unwissenheit oder Unsicherheit resultieren, sondern vor allem auch um Probleme der Koordination in einer arbeitsteilig verfassten Gesellschaft (Berger/Luckmann 1969). Der Begriff der Arbeitsteilung verweist auf zwei fundamentale gesellschaftliche Aspekte: Zum einen sind Menschen soziale Wesen, also als Einzelpersonen kaum lebensfähig. Menschliches Handeln muss daher immer als gesellschaftliches begriffen werden. Dessen Erklärung aus individuellen Motiven heraus ist die analytische Fortsetzung jener Robinsonaden, die Marx als flankierende Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft identifizierte (Marx 1974: 615). Zum anderen liegt das Ziel der Arbeitsteilung in der Produktion und Reproduktion als „Basis aller sozialen Existenz“ (Cox 1987: 1). Als planende Wesen sind Menschen jedoch in der Lage, nicht nur ihre Reproduktion zu gewährleisten, sondern auch in die Zukunft fortzuschreiben (bspw. durch Vorratshaltung) sowie die Verbesserung ihrer Lebensumstände aktiv herbeizuführen. Institutionen gewährleisten die Stabilität dieses zyklischen und dynamischen Prozesses. Sie stellen sicher, dass Rohstoffe zur Verfügung stehen; Kredit für Investitionen bereitsteht; die Produktion gleichmäßig verläuft, weil ArbeiterInnen morgens zur Arbeit kommen, usw.

Institutionen generieren also typisches Verhalten und Menschen treten als Typen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf. Carl Icahn mag als Privatperson weder gierig noch skrupellos sein, tut aber als Investmentbanker, was ein Investmentbanker tun muss. Typisches Verhalten wird zu Institutionen, wenn diese als soziale Tatsachen, als „Konsolidation unsres eigenen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns“ (Marx 1973: 33) objektiviert werden. Indem neue Gesellschaftsmitglieder die instituti-

onellen Spielregeln erlernen, können sie sich entsprechend in die Arbeitsteilung eingliedern, ohne die Probleme zu kennen, die zu der Herausbildung der Institutionen geführt haben (Esser 2000). In den meisten Fällen werden Koordinationsprobleme durch Typisierung und Habitualisierung des Handelns gelöst. Wir kennen aber auch Situationen, in denen das Problem weniger praktischer, sondern strategischer Natur ist (ebd.). In solchen Situationen müssen unterschiedliche Handlungen explizit durch Verfahrensregeln institutionalisiert werden. Zumeist handelt es sich dabei um Dilemmasituationen, die kollektives Handeln blockieren, welches im Sinne der Arbeitsteilung vonnöten ist. Diese speziellen Formen von Institutionen können spieltheoretisch modelliert und deren „Designs“ auch hinsichtlich ihrer Effizienz beurteilt werden – was nicht heißt, dass die effizienteste Lösung auch realisiert wird (vgl. Scharpf 2000).

Wie bereits deutlich geworden ist, sehen wir die hier vertretene Variante der VKF prinzipiell in der Tradition einer gesellschaftstheoretischen Fundierung der Kritik der Politischen Ökonomie, welche in erster Linie durch Marx begründet wurde. Im Gegensatz zur damals aufkommenden liberalen Ökonomie vertrat dieser die These, dass nicht ökonomische AkteurInnen die Verhältnisse hervorbringen, sondern umgekehrt die AkteurInnen durch die Produktionsverhältnisse zu solchen gemacht werden. Dementsprechend müssen diese Produktionsverhältnisse analysiert werden, wobei Marx dabei sechs Dimensionen im Blick hatte: „Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt“ (Marx 1974: 7).¹ Diese sechs Dimensionen sind nichts anderes als die grundlegenden Institutionen bzw. institutionellen Sphären des Kapitalismus. Jener hat sich nun seit dem späten 19. Jahrhundert erheblich ausdifferenziert (vgl. Cox 1987): Unternehmen entwickelten unterschiedliche Organisationsformen, insbesondere durch die funktionale Trennung von Eigentümern und Managern. Die Great Depression verdeutlichte die wechselseitige Abhängigkeit von Kapital und Arbeit zur Aufrechterhaltung der Profitabilität und mündete in den organisierten Kapitalismus des frühen 20. Jahrhunderts. Vor allem bedurfte es der institutionellen Organisation der Produktivität – und zwar sowohl des

1 Marx selbst konnte allerdings nur die erste Dimension umfassend analysieren, und zwar im *Kapital*.

konstanten (durch technologische Innovation) als auch des variablen Kapitals (durch Ausbildung). Wir sehen also, dass die fünf etablierten institutionellen Sphären der Aufmerksamkeit der VKF – Unternehmensführung, Investitionsfinanzierung, Arbeitsbeziehungen, Innovationstransfer und Ausbildungsregime – historisch bedingte Ausdifferenzierungen dessen sind, was bei Marx bereits als „Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit“ angelegt war. Wir sehen aber auch, dass das Spektrum einer kritischen institutionellen Analyse des Kapitalismus damit nicht erschöpft ist, sondern durch die weltwirtschaftlichen und staatlichen Sphären ergänzt werden sollte (vgl. Nölke 2011b; May u.a. 2013).

Was ist Institutionalismus?

Wieso ist es überhaupt analytisch sinnvoll, den Kapitalismus in unterschiedliche institutionelle Kategorien aufzuteilen? Die Antwort ist nach den vorangegangenen Ausführungen relativ simpel: weil diese Institutionen „Antworten“ auf unterschiedliche Probleme darstellen. Institutionen haben eine ihnen jeweils eigene Wirkung. Was allerdings in einem Bereich funktioniert, muss dies nicht notwendigerweise auch in einem anderen tun. Trotzdem fügen sich Institutionen häufig in bestimmte, relativ stabile „Arrangements“ ein, weil sie funktional zueinander passen – sie sind komplementär. Komplementarität ist eine wichtige Qualität von Institutionen, da diese niemals perfekt oder völlig effizient sein können. Dies liegt daran, dass Institutionen Problemlösungen sind. Sobald das Problem „für’s Erste“, also einem pragmatischen Motiv folgend, gelöst ist, endet der Prozess der Institutionalisierung – bis sich neue Koordinationsprobleme ergeben (Berger/Luckmann 1969; Schütz/Luckmann 2003). Daraus folgt, dass Institutionen tendenziell defizitär sind und ihre regelnde Funktion davon abhängt, wie sie auf die Ordnungsleistungen anderer Institutionen zurückgreifen können.

Wie Komplementarität am besten verstanden werden kann, ist ein in der VKF heiß diskutiertes Thema (vgl. Crouch u.a. 2005). Crouch (2010) unterscheidet drei idealtypische Szenarien: Institutionen sind komplementär, wenn sie gegenseitige Defizite aufheben, wenn sie gleichförmig sind oder wenn sie sich gegenseitig verstärken. Uns erscheint es hingegen sinnvoll, den Begriff der Komplementarität für die funktionale Variante zu reservieren

und Gleichförmigkeit davon zu unterscheiden, ohne die in Ansteckungseffekten begründete Tendenz zur Homogenisierung von institutionellen Regelapparaten (Beckert 2010) zu leugnen. Was jedoch beide Formen eint, ist eine institutionalistische Logik: Institutionen haben einen vom Handeln politischer oder wirtschaftlicher Akteure relativ unabhängigen Effekt.

Der Institutionalismus unterbreitet damit ein Erklärungsangebot, welches sich von akteursorientierten Erklärungen unterscheidet – ohne zu behaupten, dass er der Königsweg zur Wahrheit ist. In seiner kritischen Version versteht er Institutionalisierung als einen Vergesellschaftungsmechanismus, der funktionale Beziehungen und Abhängigkeiten produziert, die über den Handlungshorizont von Individuen hinausweisen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die bereits von Marx identifizierten – und später weiter ausdifferenzierten – Kategorien zur Analyse der Produktionsverhältnisse sowie die Analyse möglicher Komplementaritäten zwischen den sich hier herausbildenden Institutionen.

2. Grundlagen eines kritischen Institutionalismus

Aus unserer Sicht liegt es nahe, ein Forschungsprogramm des „kritischen Institutionalismus“ zu verfolgen. Wir folgen bei der Namensgebung dem gängigen Sprachgebrauch, institutionelle Analysen als Institutionalismus zu bezeichnen, auch wenn wir damit nicht den Anspruch vertreten, eine eigenständige Gesellschaftstheorie zu entwickeln. Kritisch sollte ein solches Forschungsprogramm in zweierlei Hinsicht sein: Eine interne Kritik beschäftigt sich mit den Restriktionen existierender institutionalistischer Forschung zur VKF, insbesondere hinsichtlich ihrer temporalen, kulturellen und räumlichen Differenzierung. Eine externe Kritik beruht auf den normativen Prämissen kritischer Gesellschaftsforschung, die sich dezidiert vom liberalen Unterton des institutionalistischen Mainstreams distanziert und kapitalistische politische Ökonomien als vermachtete und asymmetrische Systeme betrachtet (vgl. Bruff u.a. in diesem Band).

Temporale Dimension: Historische Entstehung statt institutionellem Wandel

Institutionen erklären, wie oben ausgeführt, warum trotz der möglichen Vielfalt an Handlungen häufig die gleichen Praktiken gewählt werden. Diese Erklärung ist der Hauptzweck jeder institutionellen Analyse. Viele institutionalistische Analysen scheinen Gesellschaft aber nicht als Ergebnis sozialer Praktiken, sondern als Ensemble „objektiver“ Institutionen zu sehen. Durch eine solche Sichtweise werden die identifizierten institutionellen Typen gewissermaßen als Gesellschaft reifiziert – ein Vorwurf, der bereits neweberianischen Pluralisten gemacht wurde (vgl. z.B. Teschke 2007; sowie Bruff/Hartmann in diesem Band). Wenn Gesellschaft hauptsächlich aus Institutionen zu bestehen scheint, entsteht notwendig ein statisches Bild unserer Welt. Dieses ist problematisch, da es bestehende Stabilitäten universalisiert und in die Zukunft fortschreibt.

Diese Verzerrung entsteht jedoch nicht notwendigerweise durch die institutionelle Sichtweise per se, sondern durch eine vielen dieser Ansätze implizite, weitestgehend ahistorische Gesellschaftstheorie. Traditionelle institutionalistische Analysen sehen Handlungs- und Wahlmöglichkeiten außerhalb institutionell etablierter Pfade lediglich als Ergebnis von Unterbrechungen derselben. Das Problem von neueren Versuchen, „generelle“ Modelle institutionellen Wandels zu entwickeln (vgl. etwa Mahoney/Thelen 2010) – bedauerlicherweise in Abwendung von früheren Analysen zur langfristigen historischen Herausbildung von Institutionen (Thelen 2004) – ist aber, dass (radikales) politisches Handeln als „Störung“ und nicht als gesellschaftliche Praxis erscheint, welche mit (anderen) wissenschaftlichen Konzepten und Theorien verstanden werden kann und sollte. Gesellschaftliche Dynamik wird in den Sozialwissenschaften allgemein ja nicht vornehmlich mithilfe institutionalistischer Theorien erklärt, sondern mittels Machttheorien, Konflikttheorien, Handlungstheorien, Theorien der Stratifikation, etc. Im kritisierten Fall soll aber gesellschaftliche Dynamik unbedingt innerhalb des Institutionalismus erklärt werden, was tendenziell deskriptive und hermetisch geschlossene Modelle hervorbringt. Natürlich ist es unzureichend, Wandel nur über externe Schocks zu erklären. Wenn aber Wandel in institutionalistischen Ansätzen endogenisiert wird, ohne diesen Schritt

theoretisch zu begründen, dann soll damit eine institutionelle Theorie zur Gesellschaftstheorie gemacht werden, wodurch zentrale Vergesellschaftungsprozesse und die damit verbundenen Machtverhältnisse in den Hintergrund treten.

Wir plädieren daher für einen Institutionalismus, der die differenzierte Herausbildung von Institutionen wieder stärker in den Blick nimmt. Die institutionalistische Kapitalismusforschung kümmert sich bisher – ähnlich wie ihr ökonomisches Vorbild, die Institutionenökonomie – relativ wenig um die historische Entstehung von Institutionen, geschweige denn deren Entstehungsbedingungen. Vielmehr wird – in bester liberal-akteurszentrierter Manier – von kurzfristigem Wandel und ‘institutional entrepreneurs’ (Crouch 2005) gesprochen – nicht jedoch von einer regelbildenden Institutionalisierung gesellschaftlicher Praktiken. Insbesondere darf bei aller Konzentration auf Akteure im Prozess der Herausbildung von Institutionen nicht vergessen werden, dass selbige strukturelle Phänomene sind und dieser Strukturcharakter erst ein Effekt erfolgreicher Vergesellschaftung ist. Ein kritischer Institutionalismus in der VKF sollte sich daher insbesondere auch mit der historischen Konstitution spezifischer kapitalistischer Formationen beschäftigen. Dabei geht es dann nicht nur um die Herausbildung nationaler institutioneller Formationen, sondern auch um Entwicklungsstadien des Kapitalismus, die eine Vielzahl dieser nationalen Formationen beeinflussen. Neben den bekannten wirtschaftsanthropologischen Arbeiten Polanyis (1944) finden sich Anknüpfungspunkte dazu auch innerhalb der institutionell-evolutionären Ökonomie (O’Hara 2006; vgl. auch McDonough in diesem Band), der Regulationstheorie (vgl. Bieling und Becker/Jäger in diesem Band) sowie bei klassischen Theoretikern des organisierten Kapitalismus wie Hilferding, Naphtali und Sombart (vgl. Höpner 2003; Nölke 2012).

Kulturelle Dimension: Ideologie und Habitus statt Ideen und Diskursen

Aktuelle Versuche, die institutionalistische Forschung „dynamischer“ zu machen (Deeg/Jackson 2007), führen häufig einen liberalen Pluralismus ein, der nicht nur konzeptionell den Grundlagen des Institutionalismus widerspricht, sondern auch Machtverhältnisse verdecken kann (vgl. Bruff/Hartmann in diesem Band).

Diese Tendenz wird insbesondere in den jüngeren Arbeiten innerhalb des „konstruktivistischen“ oder „diskursiven“ Institutionalismus deutlich (vgl. exemplarisch Blyth 2002; Schmidt 2010b). Ähnlich wie das Forschungsprogramm zum institutionellen Wandel, werfen diese AutorInnen bisherigen institutionalistischen Ansätzen vor, zu statisch zu argumentieren und Wandel nur durch exogene Schocks erklären zu können (Schmidt 2010b: 2). Beide Stränge befassen sich aber ausschließlich mit dem Phänomen institutionellen Wandels und nicht mit Institutionen oder deren Konfigurationen als solchen. So wird Institutionen keine eigene kausale Kraft beigemessen; sie erscheinen vielmehr als neutrale Gebilde, die von politischen AkteurInnen beliebig gestaltet werden können. Ideen werden so z.B. (wie bei Blyth) auf ‘policy ideas’ oder die Ideen epistemischer Gemeinschaften – also wissenproduzierender Eliten – reduziert. In ähnlicher Weise wird Diskurs (bei Schmidt) ausschließlich habermasianisch, d.h. als transparentes Kommunikationsmedium aufgeklärter Akteure, verstanden. Colin Hay (in Bell 2011: 906) spricht mit Bezug auf diese Ansätze daher treffend von einem „voluntaristischen Idealismus“ in der VKF, der von materiellen Verhältnissen weitestgehend abstrahiert. Diese Eigenschaft macht sie aus unserer Sicht für die institutionalistische Kapitalismusforschung weitgehend ungeeignet.

Es ist aus unserer Sicht vielmehr naheliegend, Ideen und Diskurse selbst als Institutionen aufzufassen und somit in eine „echte“ institutionalistische Analyse einzubeziehen. Als Objektivierungen von Handlungen zum Zwecke der Koordination haben Institutionen die Eigenschaft, die zugrundeliegenden Zwecke unsichtbar zu machen. Diese „Verschleierung“ der institutionellen Genese, die aus einem spezifischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnis hervorging, gilt es in kritischer Absicht aufzudecken. In einer kritisch-institutionalistischen Perspektive werden Ideen und Diskurse analysiert, um die Denkmuster, Redeweisen und Weltbilder freizulegen, die in einem institutionellen Arrangement wirksam sind. Dazu gehört aber, Sprache und Ideen als gesellschaftliche Produkte zu begreifen und weniger als individuelle Handlungsressourcen. Hier sind holistischere Diskurskonzepte sowie Ideologie- und Kulturtheorien von Nutzen. Subjektive Ideen sind eben nicht „frei“, sondern spiegeln Machtverhältnisse wider (Bourdieu 1987). Ideologien und Kulturen bringen Handlungslogiken hervor, die bestimmte Pfadabhängigkeiten nach sich ziehen und dadurch eine

erhebliche Koordinationsfunktion haben. Zum Beispiel zeigt Ian Bruff (2008) in seiner Analyse des Wandels des deutschen und niederländischen Kapitalismus, wie ein bestimmter 'common sense' nur eine kleine Bandbreite wirtschaftspolitischer Optionen sinnvoll erscheinen läßt. Die Forschungsagenda des kritischen Institutionalismus kann hier vielfältig auf Inspirationen aus ideologiekritischen Ansätzen im Rahmen des historischen Materialismus zurückgreifen (vgl. Bieling, Jessop und Gallas in diesem Band).

Räumliche Dimension: Transnationale Dynamiken und „peripherer“ Kapitalismus statt Containervergleich westlicher Gesellschaften

So wenig die Annahme eines uniformen Weltkapitalismus der Realität gerecht wird, so wenig trifft aber auch die Vorstellung von Nationalökonomien als vollkommen abgeschlossene „Container“, die nur als Ganze von externen Einflüssen geschüttelt werden könnten, zu. Die kritische Kapitalismusforschung ist seit langem davon überzeugt, dass Kapitalismus ein „multi-skalares“ Gesellschaftsverhältnis darstellt. Folgerichtig muss auch die vergleichende Forschung stärker auf transnationale Dimensionen eingehen (vgl. auch Gough und Jessop in diesem Band). Besonders prononciert ist diese transnationale Durchdringung – etwa durch multinationale Unternehmen – im peripheren Kapitalismus. Deshalb gehört zu den Desideraten eines kritischen Institutionalismus auch, die Analyse nicht nur auf die kapitalistischen Zentren zu richten, sondern ebenso die institutionellen Besonderheiten des peripheren Kapitalismus einzubeziehen. Während es bis vor ein paar Jahren durchaus plausibel sein mochte, die Entwicklung des Kapitalismus durch einen relativ exklusiven Fokus auf die Triade (Westeuropa, Nordamerika, Japan) zu analysieren, ist das heute nicht mehr haltbar und muß auch zu einer Akzentverschiebung bei der Auswahl der zu untersuchenden Institutionen führen.

Ein Großteil der bisherigen institutionellen Analysen in der VKF befasste sich mit traditionellen Organisationsmechanismen in den Bereichen Unternehmensführung und industrielle Beziehungen, neuerdings auch Fertigkeiten (mit Fokus auf berufliche Bildung), mit einer insgesamt begrenzten Vielfalt institutioneller Optionen. Diese Institutionenauswahl und die entsprechende theoretisch-analytische Spezialisierung beruht nicht zuletzt auf dem

Schwerpunkt vieler vergleichender KapitalismusforscherInnen auf entwickelten Ökonomien, in denen vor allem die gegenseitige Abhängigkeit von Arbeit und Kapital zu stark organisierten Kapitalismen führte. Außerhalb der Zentren sind jedoch organisierte industrielle Beziehungen häufig nur wenig ausgeprägt. Zwar sind periphere Kapitalismen weitestgehend Marktökonomien, jedoch wird dort der Marktmechanismus von anderen Koordinationsformen flankiert oder gar überlagert. Gleiches gilt für die Rolle des Staates, die zwar auch bei der Analyse der Kapitalismen des Zentrums in manchen Ansätzen der VKF vernachlässigt wird, aber bei der Analyse der Ökonomien der Peripherie noch viel bedeutsamer ist. Auch ein sehr umfangreicher informeller Sektor spielt bei der Analyse westlicher Marktgesellschaften eine untergeordnete Rolle, ist aber für die Ökonomien der Peripherie zentral (Nölke 2011a; May u.a. 2013). Ein kritischer Institutionalismus, der dem real existierenden Kapitalismus außerhalb der traditionellen Zentren der Weltwirtschaft gerecht werden will, sollte also das Spektrum der analysierten Institutionen deutlich erweitern und deren konkrete Ausformung auch nicht als gegeben annehmen.

Nicht nur haben sich weltwirtschaftliche Gewichte verschoben: andere, durch diese Verschiebung umso sichtbarere Versäumnisse der VKF, betreffen die transnationale Dimension des modernen Kapitalismus, insbesondere die Rolle ausländischer Direktinvestitionen auf die Entwicklung nationaler kapitalistischer Institutionen (vgl. Drahoukoupil/Myant, Ebenau und Hardy in diesem Band) und die entsprechenden Auswirkungen internationaler Institutionen, ganz besonders der Europäischen Union (vgl. Lilie/Wagner und Becker/Jäger in diesem Band). Alle diese Aspekte wurden von der VKF bis vor kurzem weitestgehend ignoriert. Diese Situation spiegelt die sich über viele Dekaden herausgebildete und recht problematische binnendisziplinäre Differenzierung von Vergleichender und Globaler Politischer Ökonomie (GPÖ) wider. Im Vergleich zur VKF hat sich die GPÖ viel stärker mit der Entwicklung des Kapitalismus außerhalb der Zentren beschäftigt, mit grenzüberschreitenden Dominanzverhältnissen und mit globalen ökonomischen Institutionen. Auch hier haben sich zwar institutionalistische Studien herausgebildet, die die Entstehung und Entwicklung dieser Institutionen analysieren. Leider sind jedoch viele dieser Untersuchungen sehr staatszentriert und beschäftigen sich in erster Linie mit den Präferenzen von Regierungen und den

anschließenden Verhandlungen über internationale Institutionen, so dass nur sehr schwer Bezüge zur VKF herzustellen sind. Sinnvoller sind hier Studien der GPÖ aus transnationaler Perspektive, die sich nicht nur mit inter-gouvernementalen sondern auch mit privaten Institutionen beschäftigen. Letztere sind in den letzten Jahren vermehrt untersucht worden, doch fehlte hier der Bezug zu den Wirkungen auf nationale kapitalistische Systeme. Dementsprechend scheint uns eine Forschungsagenda, die die VKF und die GPÖ mit einem Fokus auf transnationale Beziehungen wieder zusammenführt, sinnvoll, um die entsprechende Schwäche der institutionalistischen Kapitalismusforschung zu kompensieren (Nölke 2011b).

Verteilungsgerechtigkeit statt Steuerungseffizienz

Ein Institutionalismus, der der kritischen Sozialwissenschaft verpflichtet ist, stellt sich natürlich die Relevanzfrage: Wozu und zu welchem Zwecke untersuchen wir Institutionen? Hier trennen wir uns auch konzeptionell deutlich von Grundannahmen der „Neuen Institutionellen Ökonomie“, die der gängigen VKF inhärent sind, insofern Institutionen nicht notwendig rationale Problemlösungen zur Reduktion von Transaktionskosten sein müssen. Im Gegenteil: Institutionen sind immer imperfekte Gebilde, die Ausdruck politischer Kompromisse sind (Amable 2003: 9f). Kritische Theorie versteht sich als Gegenstück zur „Problemlösungstheorie“, indem sie die Verhältnisse untersucht, unter denen bestimmte Probleme überhaupt auftreten bzw. als solche konstruiert werden können (Cox 1981). Sowohl in der Regimetheorie als auch in der Governanceforschung dominiert(e) die Vorstellung, die intelligente Gestaltung von Institutionen würde eine effiziente Steuerung ermöglichen und dadurch „Weltprobleme“ lösbar machen (vgl. kritisch Brand u.a. 2000). Auch in der VKF, besonders bei institutionenökonomisch inspirierten Perspektiven, existiert ein Optimierungsansatz, der explizit auf die Erforschung möglichst effizienter Arrangements von Institutionen ausgerichtet ist. Mit dem Fokus auf die ‘outcomes’ von Institutionen konzentriert sich der Mainstream der VKF nicht nur auf die Erfolgsgeschichten des Kapitalismus; er verallgemeinert zudem die Bewertungsgrundsätze, nach denen Formen des Kapitalismus evaluiert werden und vernachlässigt dabei Verteilungsfragen.

Eine kritische Perspektive auf Institutionen fragt daher nach dem 'cui bono' und untersucht die Kräftekonstellationen, die den Institutionen zugrundeliegen und deren Verteilungsfunktion prägen. Dieser Aspekt gehört in der kritischen Sozialwissenschaft zum Bestand der Institutionenforschung (vgl. Berger/Luckmann 1969: 127; Bourdieu 1987: 239). In der herkömmlichen VKF jedoch werden Verteilungsfragen bisher nur unzureichend thematisiert (Jackson/Deeg 2008: 693). Ein kritischer Institutionalismus bezieht daher klar normativ Stellung: Indem Institutionen bestehende Kräfteverhältnisse absichern, können sie dazu beitragen, dass soziale Ungleichheiten gefestigt bzw. verstärkt werden, was vom Standpunkt der Verteilungsgerechtigkeit zu problematisieren ist. Besonders deutlich werden diese Herausforderungen bei der Beschäftigung mit dem peripheren Kapitalismus und dessen besonders ausgeprägten Ungleichheitsverhältnissen (vgl. Nölke 2011a; Nölke/Vliegenthart 2009; auch Drahoukoupil/Myant, Ebenau und Hardy in diesem Band).

Macht und Herrschaft: Identifikation institutioneller Hierarchien statt Gleichgewichtsanalyse

Eine kritische Institutionenforschung ist ebenso machtkritisch. Entgegen dem Credo von harmonischen Gleichgewichten geht sie davon aus, dass im Kapitalismus Ressourcen – und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten – ungleich verteilt sind, etwa zwischen Kapital und Arbeit, oder zwischen den Geschlechtern (vgl. Lane/Wood 2009; sowie Lux in diesem Band). Gerade die 'stickiness', d.h. die relativ dauerhafte organisierende Wirkung ist eine Hauptfunktion von Institutionen, auch in Bezug auf diese Ungleichheiten. Weil die Herausbildung von Institutionen unter den Bedingungen von sozio-ökonomischer und politischer Ungleichheit stattfindet, existieren strukturelle Asymmetrien innerhalb und zwischen denselben. Wir gehen daher – im Anschluß an regulationstheoretische Arbeiten (Boyer 1990; Amable 2003; vgl. auch Becker/Jäger und Bieling in diesem Band) – prinzipiell davon aus, dass politische Ökonomien stets institutionelle Hierarchien aufweisen. Der historische und räumliche Vergleich zeigt darüber hinaus, dass stabile Wirtschaftsordnungen nicht notwendigerweise auf ausgewogene Institutionen angewiesen sind, da kapitalistische Verwertung nicht selten mit Macht durchgesetzt wird. Daraus

folgt, dass AkteurInnen nicht an einem vermeintlich objektiven Gut orientiert sind (z.B. Wachstum), sondern fundamentale Konfliktlinien zwischen Gruppen existieren. Bruno Amable (2003: 11f) betont hier die zentrale Rolle des 'dominant social blocs' für die Verfestigung einer bestimmten, dem Block günstigen, institutionellen Ordnung. Indem sie die Spielregeln festlegen, wirken Institutionen immer zum Vorteil einer Akteursgruppe, sie sind also vermachtet (vgl. auch den von Poulantzas geprägten Beitrag von Gallas zu diesem Band). Da sie typische Verhaltensweisen hervorbringen, tragen Institutionen erheblich dazu bei, dass das Handeln der Beherrschten kalkulierbar bleibt. Macht und Konflikte über die Verteilung von institutionellen Vorteilen müssen also in einer kritischen institutionellen Analyse stets mitbedacht werden, ohne jedoch ins andere, pluralistische Extrem zu verfallen und von einer grundlegenden Umkämpftheit von Institutionen auszugehen. Konkret heißt das, dass Institutionen sowie das Verhalten staatlicher Stellen auch von sozialen Kräfteverhältnissen bzw. Klassenbeziehungen abhängen. Für eine konkrete Analyse ist es daher notwendig, die funktionalen Einheiten der Staatsapparate zu ermitteln sowie die relevanten kapitalistischen Klassenfraktionen zu identifizieren (vgl. Nölke 2011a; 2012; May u.a. 2013).

3. Institutionen und Kapitalismusanalyse: Forschungsagenda

Die gegenwärtige Forschung zum Kapitalismusvergleich läuft Gefahr, ihren Gegenstand aus dem Auge zu verlieren (Streeck 2011). Die VKF befindet sich dabei prinzipiell eigentlich in der glücklichen Lage „das Ganze“ eindeutig bestimmen zu können: die kapitalistische Produktionsweise. Sie stellt die Gesamtordnung dar, die in jeder Institutionenanalyse im Blick behalten werden muss (Esser 2000: 48). Wie Bohle und Greskovits (2009: 373) formulieren, muss sich eine vergleichende Kapitalismusanalyse daher vor allem um eine gute Theorie des Kapitalismus bemühen. Ein Häppchen-institutionalismus, der sich nur mit einem Teilbereich (z.B. dem Ausbildungssystem) befasst, muss zumindest deutlich machen, wie sich die analysierten Institutionen zum kapitalistischen Gesamtsystem verhalten. Auch Typologien sind dabei nur analytische Mittel und sollten nicht zum Zweck selbst erhoben werden. Ob beispielsweise Deutschland in den 1990ern noch zu den koordinierten

nierten Marktökonomien im Sinne der VoC-Perspektive gezählt werden kann, ist weniger wichtig als die Tatsache, dass sich die fundamentalen Machtverhältnisse innerhalb der deutschen politischen Ökonomie verschoben haben (Höpner 2003).

Sowohl die interne als auch die externe Kritik an der VKF kann und muss daher weiter entwickelt und an entsprechende wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Diskussionen angeschlossen werden. Wir formulieren unseren abschließenden Vorschlag für eine kritische Forschungsagenda bewusst thesenhaft, um weitere Diskussionen darüber anzuregen.

Ein kritischer Institutionalismus muss relevant sein. Statt noch mehr Vergleichsstudien zu Großbritannien, Deutschland und Schweden auf der Grundlage allseits bekannter OECD-Daten plädieren wir für die Erforschung aktuell gravierender Probleme, insbesondere in transnationaler Perspektive. Dazu gehören u.a. die Arbeit zu Kapitalismen außerhalb der OECD, die Veränderungen im Finanzmarktkapitalismus nach 2007-8 sowie die Verschiebungen innerhalb des eurokapitalistischen Projektes.

Ein kritischer Institutionalismus sollte anschlussfähig sein. Es ergibt nur wenig Sinn, sich künstlich von Nachbardisziplinen abzugrenzen, wenn diese mitunter ähnliche Forschungsinteressen verfolgen. Hierzu zählen wir insbesondere die heterodoxe/evolutionäre/postkeynesianische Ökonomie, die GPÖ sowie Teile der Wirtschafts- und Finanzsoziologie. Gleichzeitig plädieren wir für eine Reorientierung hin zur klassischen Politischen Ökonomie und ihrer Kritik in der Tradition von Marx, Veblen, Sombart, Hilferding, Schumpeter, Polanyi und anderen.

Ein kritischer Institutionalismus sollte wissen, wo seine Grenzen liegen. Die „Institution“ hat keinen nennenswerten ontologischen Status, jedoch ihre konkreten Ausprägungen: Regeln, Normen, Rollen, Organisationen oder – als Beispiele institutionalistischer Kapitalismusforschung – Unternehmenskontrolle, Bankenregulierung, Mitbestimmung, Wohlfahrtsstaat etc. Damit plädieren wir auch für Theorien mittlerer Reichweite als Ergebnis kritisch-institutioneller Forschung. Institutionalismus kann und darf kein Konzept sein, mit dem alle gesellschaftlichen Phänomene erklärt werden können.

Daraus folgt, dass ein kritischer Institutionalismus darauf abzielt, die VKF wieder an eine kritische Gesellschaftstheorie zurückzubinden. Der Kapitalismus als solcher ist dabei der maß-

gebliche, zu erklärende Gegenstand. Ein kritischer Institutionalismus fungiert dabei idealerweise als „Hilfswissenschaft“, dessen grundlegende Frage lautet: „Was kann man aus dem Vergleich unterschiedlicher Kapitalismen für die Analyse des Kapitalismus als Gesellschaftsform lernen?“ Dafür erscheint es uns notwendig, dass die fundamentalen Konzepte kritischer Gesellschaftsforschung (Macht, Herrschaft, Ausbeutung, Verteilungsgerechtigkeit) in der vergleichenden Forschung (wieder) sichtbarer gemacht werden.

Christel Lane / Geoffrey Wood

Vergleichende Kapitalismusforschung und Diversität innerhalb von Kapitalismen: Das Beispiel Arbeit und Beschäftigung

Die Vergleichende Kapitalismusforschung (VKF) und insbesondere der „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz (VoC) haben den großen Wert, dass sie die Dauerhaftigkeit verschiedener Alternativmodelle zum Marktliberalismus herausstellen. Zentral für die Persistenz stärker koordinierter Marktökonomien (CMEs im Sinne von VoC) sind spezifische Produktionsregime, die durch kooperative Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen unterstützt werden und dabei erhebliche Partizipationsmöglichkeiten enthalten, eine starke Ausrichtung von Fähigkeiten auf einzelne Branchen und Firmen sowie zentralisierte Lohnverhandlungssysteme (Hall/Soskice 2001; Estévez-Abe u.a. 2001; Hancke u.a. 2007). Im Gegensatz dazu ist das liberale Marktmodell (LMEs) durch viel schwächere Gewerkschaften, dezentrale Lohnverhandlungen, schwächere Arbeitsrechte, unsichere Beschäftigungsverhältnisse sowie flexible Arbeitsmärkte charakterisiert. Diese Differenzierung ist als theoretischer Ausgangspunkt durchaus nützlich, weil sie sowohl die Einteilung verschiedener nationaler Systeme der industriellen Beziehungen als auch die Erklärung der räumlichen Konzentration verschiedener Sets von Praktiken der Arbeitsbeziehungen ermöglicht.

Obwohl der Nationalstaat eine wichtige Analyseebene bleibt, lässt sich allerdings empirisch eine viel größere Vielfalt von Praktiken sowohl innerhalb von Nationen als auch innerhalb kapitalistischer Archetypen feststellen (Lane/Wood 2009; 2012). Institutionen sind selten eng verkoppelt und weisen unterschiedliche regionale und sektorale Dynamiken auf. Außerdem können supranationale Kräfte nicht nur nationale Besonderheiten nivellieren, sondern auch Unterschiede zwischen Nationen verstärken. So unterstützen LMEs in der Praxis nicht nur hochinnovative Unternehmen, sondern auch einen großen Sektor mit geringer Wert-

schöpfung sowie schließlich auch eine nach wie vor erhebliche Zahl eher traditioneller Industriefirmen, die noch aus der fordistischen Ära des Kapitalismus stammen (Wright/Dwyer 2006). Gleichzeitig nutzen viele kleinere Firmen in koordinierten Marktökonomien Beschäftigungs- und Gewerkschaftspraktiken, die sich vom CME-Idealtyp deutlich unterscheiden (Streeck 2009). Außerdem gibt es keine empirische Evidenz dafür, dass ein Typ von Firmen oder von Produktionsparadigmen andere Typen im größeren Stil verdrängt. Aus diesen Beobachtungen ergibt sich die Frage, wodurch Diversität innerhalb institutioneller Arrangements und den damit verbundenen Arbeits- und Beschäftigungsparadigmen innerhalb nationaler Kontexte zustande kommt.

1. Regionale Unterschiede in den Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen

Bestimmte industrielle Sektoren und deren Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen können in ausgewählten Regionen aufgrund der Ausstattung mit Naturressourcen, Qualifikationspotenzialen, geografischer Verortung oder wegen identitätsbildender historischer Ereignisse besonders gut funktionieren. In dem Maße wie diese Ressourcenausstattung sich verändert, können sich diese Vorzüge verringern oder sogar völlig verschwinden (vgl. Sewell 2008). Vier Themen sind hier besonders wichtig: Erstens ist es häufig so, dass archetypische Industrien ein regionales Ökosystem von kleineren, oft scheinbar damit unverbundenen Unternehmen unterstützen. Eine verminderte Fähigkeit ersterer, Arbeitsplätze zu schaffen, wird ähnliche Effekte im Fall letzterer haben, was wiederum durch generell höhere Arbeitslosigkeit zu geringeren Löhnen und Abwanderung führen kann. Das Gegenteil wäre der Fall, falls die archetypischen Unternehmen prosperieren.

Die relative Konzentration von spezifischen Industrien, wie auch besondere regionale Traditionen, können zweitens dazu führen, dass ein besonders ausgeprägter Kollektivismus oder Individualismus zwischen den ArbeiterInnen besteht. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die relative Stärke von Gewerkschaften, die Wahrscheinlichkeit von gemeinsamen Tarifverträgen sowie die Überlebensfähigkeit spezifischer Unternehmenstypen, welche wiederum Auswirkungen auf andere Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen haben können. In manchen – wenn auch nicht in al-

len – Fällen kann dies strukturell relevant sein. Ein Beispiel wäre hier die relative Stärke von Kooperativen in bestimmten Regionen – z.B. dem Baskenland oder Teilen von Nordostengland, die auf regionalen kulturellen Traditionen und damit verbundener Solidarität basiert. Ein anders Beispiel wäre die dauerhafte Stärke von Gewerkschaften in der Provinz Eastern Cape in Südafrika, welche trotz sehr hoher Arbeitslosigkeit, auf einer besonderen politischen Geschichte aufbaut. Nach einer langen Periode kontroverser Beziehungen hat diese Geschichte dazu geführt, dass kooperative Partnerschaften mit dem Management eingegangen werden. Diese Partnerschaften haben wiederum die Transformation der regionalen Autoindustrie angeleitet: von der Produktion kleiner Serien für einen begrenzten Heimatmarkt hin zu globalen Exporterfolgen.

Drittens sind regionale Besonderheiten eng mit politischen Prozessen verbunden. Abhängig von der geografischen Basis ihrer Wähler und oftmals auch ihrer eigenen geografischen Herkunft und Verbindungen können Politiker bestimmten Regionen Ressourcen zuweisen oder vorenthalten. Ironischerweise kann letzteres aber zu einer öffentlichkeitswirksamen Gegenbewegung und/oder einem schnellen regionalen Niedergang führen, der bewirkt, dass solche Maßnahmen schnell wieder rückgängig gemacht werden (Hudson 2012). Das kann sogar dazu führen, dass Politiker, die gegenüber staatlichen Unterstützungsmaßnahmen feindselig eingestellt sind, aktive Industriepolitik bzw. regionale Strukturpolitik in solchen Regionen befürworten, was zur erneuten Entstehung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen kann (ebd.).

Auch Wahlsysteme können regionale Entwicklungen beeinflussen. In einem Mehrheitssystem orientieren sich PolitikerInnen oft an ihren direkten Unterstützern. Insofern aber Wahlen zunehmend durch ideologisch nicht festgelegte Wähler in bestimmten Bezirken entschieden werden, können es sich PolitikerInnen oft leisten, die Interessen bestimmter Klassen, vor allem der ArbeiterInnenklasse, oder sogar die Interessen spezifischer Regionen zu ignorieren (Pagano/Volpin 2005). In der Praxis führt das Mehrheitssystem oft dazu, dass die Interessen der (Immobilien-)EigentümerInnen ausschlaggebend sind. Dahingegen fehlt PolitikerInnen im System des Verhältniswahlrechts die enge räumliche Beziehung zu einer spezifischen Region. Sie sind dazu gezwungen, Koalitionen zu schmieden, die durch Kompromisse über die Klassengrenzen hinaus sowie der Berücksichtigung spezifischer regio-

nalere Interessen charakterisiert werden (ebd.). In diesen Wahlsystemen genießen Beschäftigte einerseits bessere Rechte, andererseits erstreckt sich die Kultur von Kompromiss und Koalitionen auch jenseits des politischen Bereichs und beeinflusst damit auch die Arbeitsbeziehungen in spezifischen Unternehmen (ebd.). Die Möglichkeit, breite und umfassende Koalitionen zu schmieden, reduziert die Wahrscheinlichkeit von großen Ungleichgewichten zwischen verschiedenen Regionen und Sektoren.

Viertens führen regionale Krisen mitunter zu strukturellen Veränderungen. Sollte es nicht möglich sein, allgemein zufriedenstellende Kompromisse innerhalb und zwischen Regionen herzustellen, ist ein größerer institutioneller Überlagerungsprozess möglich (Thelen 2010: 56). So hat zum Beispiel die Devolution zugunsten Schottlands, Wales' und Nordirlands in Großbritannien dazu geführt, dass die ersteren beiden (und in Ansätzen sogar die nordirische Region) eine eher sozialdemokratische Entwicklung eingeschlagen haben. Diese Prozesse haben unvermeidlich einen Einfluss auf Firmen sowie Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen in diesen Regionen.

2. Sektorale Unterschiede

Ein Großteil der internen Unterschiede in den Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen innerhalb eines nationalen Kontextes findet sich auf der Ebene verschiedener Sektoren. Ein Beispiel sind industrielle Distrikte, die besonders erfolgreich sind und trotzdem in der frühen VoC-Literatur vernachlässigt wurden. Hier können Unternehmen innerhalb eines bestimmten Sektors und einer bestimmten Region besonders enge Beziehungen miteinander eingehen. Crouch argumentiert, dass solche institutionellen Arrangements relativ flexibel sein können (Crouch/Voelzkow 2004; Crouch u.a. 2009). Innerhalb von Nationalstaaten entstehen lokale Spezialisierungen, die alternative lokale, regionale oder sektorale institutionelle Lösungen im nationalen Kontext verfügbar machen. Firmen schließen sich solchen Arrangements an, wenn nationale Institutionen sich nicht an ihren spezifischen Bedürfnissen orientieren (ebd.). Spezielle Typen von Unternehmen können deswegen in einer bestimmten subnationalen Region besonders prosperieren.

Während sektorale Unterschiede in wenig regulierten LMEs immer relativ ausgeprägt waren, können wir inzwischen auch

innerhalb der traditionell eher homogenen CMEs – wie etwa Deutschland – sektorale Regime finden, die stark divergieren. Das auf hohem Qualifikationsniveau und sicheren Beschäftigungsverhältnissen basierende Modell existiert zwar in den wichtigsten exportorientierten Industrien weiter, ist aber seit den frühen 2000er Jahren durch einen extensiven Niedriglohnsektor, insbesondere in den Dienstleistungsindustrien, ergänzt worden. In diesen Sektoren erzeugt eine Kombination aus niedrigen Qualifikationen, geringer Bezahlung und reduzierter Beschäftigungssicherheit nun ein flexibles Arbeitskrätereservoir. Diese Entwicklung wurde von einem langsamen Schrumpfungprozess des zuvor umfassenden Systems der industriellen Beziehungen und der Entstehung einer zunehmenden Anzahl individualistischer Aushandlungs- und Lohnfindungsprozesse begleitet (Streeck 2009: 93f). Obwohl Tätigkeiten in der niedrig bezahlten Ökonomie nach wie vor nur eine Minderheit darstellen, hat diese Entwicklung trotzdem zur Herausbildung eines inzwischen stark segmentierten und sogar polarisierten Arbeitsmarktes geführt, der sich aus unterschiedlichen sozialen Gruppen rekrutiert. Dementsprechend finden wir im deutschen Beschäftigungssystem inzwischen vollkommen unterschiedliche institutionelle Arrangements nebeneinander, die scheinbar voneinander durch sektorale Grenzen getrennt werden. Allerdings ist eine völlige Trennung unmöglich und wie Streeck (2009) dargestellt hat, lassen sich die desorganisierenden Effekte der Niedriglohnssektoren auch in jenen Sektoren feststellen, die sich noch am traditionellen Modell orientieren.

3. Staat und Industrie

Auch die differenzierte Rolle des Staates lässt sich nicht ohne weiteres in die Logik des VoC-Ansatzes einordnen. Zwar hat beispielsweise der Ansatz nationaler Unternehmenssysteme (*national business systems*, Whitley 2007) dem Einfluss des Staates eine größere Rolle zugesprochen; aber auch hier verhält sich der Staat nicht über alle Sektoren hinweg ähnlich. Ein besonders deutliches Beispiel ist der enorme (und objektiv nicht wettbewerbsmäßig organisierte) Militär-, Sicherheits- und Gefängniskomplex in den USA. Privatunternehmen innerhalb dieser Komplexe werden durch die undurchsichtige Vergabe von Aufträgen bevorzugt, die mehr mit politischer Patronage und persönlichen Kontakten zu tun haben

als mit der Marktrealität (Mann 2003; Hasik 2008). So hängt ein Großteil des Wettbewerbsvorteils des Hochtechnologisektors in den USA von der großzügigen Unterstützung durch Regierungsausgaben in den Bereichen der Verteidigung und Sicherheit ab (Lane/Wood 2009; Mann 2003; Hasik 2008). In Großbritannien gibt es zwar viel weniger Hinweise auf vorteilhafte Technologietransfers zwischen dem Verteidigungssektor und anderen Industrien, hier ist jedoch die pharmazeutische Industrie stark von zumindest teilweise staatlich unterstützter Forschung und Entwicklung abhängig, die innerhalb des quasi-staatlichen Universitätssektors durchgeführt wird.

Besonders auffällig ist die Rolle des Staates auch in Bezug auf den Finanzsektor. Große staatliche Rettungsaktionen haben die Finanzindustrie sowohl in den USA als auch in Großbritannien gerettet (Boyer 2010a). Das Ausmaß dieser Rettungsaktionen ist zweifellos erheblich. Gleichzeitig ist dabei deutlich geworden, dass die Unterstützung des Finanzsektors nicht von analogen Maßnahmen für andere Firmen und Arbeitskräfte begleitet wurde: diese wurden sich selbst überlassen, ganz egal wie ungünstig sich ihre Umstände entwickelt haben. Diese besondere Behandlung des Finanzsektors steht nicht nur in deutlichem Kontrast zu anderen Sektoren; sie findet auch statt, obwohl der Finanzsektor sehr sprunghaft ist, seine Arbeitsplatzschaffungseffekte begrenzt sind und somit die Finanzindustrie nicht als kohärente Basis für ein nationales Wachstumsmodell gelten kann (Wolfson 2003). Hier sind die USA deutlich vom archetypischen LME-Modell abgewichen (Weiss 2010). Zudem war die Intervention sehr spezifisch, ungleich und eng mit politischen Prozessen und Lobbyismus verbunden. Obwohl auch nicht-finanzielle Sektoren erheblich in der Krise getroffen wurden, hängt das Wirtschaftssystem insgesamt vom Überleben einer bestimmten Anzahl von Finanzunternehmen ab. Dies verweist wieder auf erhebliche Unterschiede innerhalb nationaler Kontexte, selbst wenn manche Wirtschaftsbereiche suboptimal funktionieren oder sogar negative Effekte auf andere haben.

4. Wandel durch supranationale und transnationale Akteure

Dore (2008) beobachtet, dass spezifische AkteurInnen unter bestimmten Umständen die Rolle von „Normentrepreneurs“ spielen können. Indem sie neue Praktiken einführen, fordern sie existierende Verfahrensweisen heraus, was über die Zeit zur Erosion der etablierten Ordnung führen kann. Diversität stellt allerdings nicht nur das Produkt einzelner AkteurInnen, sondern auch von supranationalen oder transnationalen Kräften dar. Zuerst müssen wir hier die Rolle supranationaler Institutionen, wie z.B. der Europäischen Union und der internationalen Finanzinstitutionen (IFI) hervorheben. Auf der einen Seite haben bestimmte europäische Institutionen, wie z.B. der europäische Gerichtshof, erheblich dazu beigetragen, Liberalisierung und individuelle Rechte zu verbreiten; auf der anderen Seite kann die EU-Strukturpolitik marginalisierte Regionen unterstützen, ohne diese notwendigerweise nationalen Normen oder einer allgemeinen neoliberalen Ordnung anzunähern. Auch die Erzwingung neoliberaler Reformprogramme durch den IWF in hilfeschendenden Ländern hat nicht notwendigerweise zu homogenen Ergebnissen geführt. So können Kürzungen bei den Regierungsausgaben dazu führen, dass die Differenzen noch verstärkt werden, insofern ökonomisch schwache Regionen und Sektoren durch einen sich selbst verstärkenden Rückstromeffekt weiter marginalisiert werden (Myrdal 1957).

Transnationale AkteurInnen können eine ähnliche Rolle in der Verstärkung interner Diversität innerhalb nationaler Kontexte spielen. Zwei Typen sind hier besonders von Bedeutung (Wood/Demirbag 2012): Der erste AkteurInnentyp sind transnationale Unternehmen (TNU), die etablierte Praktiken herausfordern. Ein typisches Beispiel ist der Effekt japanischer multinationaler Unternehmen auf Arbeitsbeziehungen: die Erosion von gewerkschaftlichen Traditionen innerhalb von Unternehmen und damit die Herausbildung erheblicher Diversität in den Praktiken gewerkschaftlicher Repräsentation. Aber statt Homogenisierung durch den Import von (wahrgenommenen) *'best practices'* aus dem Ausland voran zu treiben, variieren TNU ihre Praktiken auch je nach der spezifischen Umgebung. Sie können sich gezielt in lokale Produktionsregime integrieren, um deren Wettbewerbsvorteile zu genießen (Whitley 2010). Diese Strategie mag durch das Inter-

esse am Zugang zu billigen Arbeitskräften motiviert sein, aber sie kann auch darauf ausgerichtet sein, die Vorzüge spezifischer Fähigkeiten und Traditionen der Unternehmensmitbestimmung zu genießen. Die Auslagerung von Produktionsvorgängen kann auch dazu beitragen, etablierte Praktiken an den früheren Standorten zu unterminieren und damit auf der Basis von Kostensenkung und Unterdrückung von Gewerkschaften die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. TNU können also zwar durchaus die Rolle von Normentrepreneurs spielen, sie können aber auch lokale oder sektor-spezifische Praktiken verstärken.

Die zweite relevante transnationale AkteurInnengruppe sind die ArbeitnehmerInnen. Ein gegenwärtiges Phänomen ist die Entstehung einer Unterklasse, eines „Prekariats“, das weder beruflich noch räumlich verwurzelt ist (Standing 2011). Auch diese Entwicklung hat doppeldeutige Konsequenzen und trägt damit wiederum dazu bei, ein höheres Ausmaß an Diversität in spezifischen nationalen Kontexten zu schaffen. Auf der einen Seite gehört es zu den vielen Widersprüchen des Neoliberalismus, dass entschiedene UnterstützerInnen freier Märkte gleichzeitig auch genauso deutlich steigende Migrationsbarrieren fordern (Macewan 1999). Gestiegene Beschäftigungsunsicherheiten in entwickelten Gesellschaften haben also, durch konservative Medien und Politiker unterstützt, zu zunehmenden Aversionen gegen ImmigrantInnen und einer abnehmenden grenzüberschreitenden Mobilität geführt (Standing 2011). Auf der anderen Seite treffen diese Maßnahmen vor allem gut ausgebildete ImmigrantInnen, sowie solche, die die Grenzen über legale Routen erreichen wollen (z.B. Asylsuchende). Diejenigen, die Restriktionen für Immigration befürworten, sind häufig überaus zurückhaltend, wenn es darum geht, Arbeitsstandards umzusetzen, wo die Präsenz einer großen Anzahl illegaler ImmigrantInnen als Mechanismus für die Senkung von Löhnen sowie teilweise sogar für Zwangsarbeit genutzt wird. Solche ImmigrantInnen sind oft gefangen zwischen der Scylla des Menschenhandels und der Charybdis der Behörden, mit der konstanten Angst vor Abschiebung und den Schulden und Sanktionen der MenschenhändlerInnen, die sie im Heimatland erwarten. Unter diesen Umständen nehmen Betroffene selbst schlimmste Arbeitsbedingungen und niedrigste Löhne hin (Standing 2011; Davis 2006). Das Ergebnis all dieser Entwicklungen ist die Spaltung der Ökonomie in Sektoren, die auf der einen Seite relativ optimale

Bedingungen für qualifizierte ArbeitnehmerInnen bereitstellen (mit beschränkten Möglichkeiten für Wettbewerb durch ImmigrantInnen) und auf der anderen Seite in Bereiche mit hochgradig prekären Arbeitskräften, einschließlich einer großen Anzahl von illegalen ImmigrantInnen (Standing 2011).

5. Wandel durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen

Der Ansatz des historischen Institutionalismus unterstreicht die Spannungen zwischen Systemen, denen eine bestimmte Logik ökonomischer Handlung zu Grunde liegt und der Kreativität von AkteurInnen (Thelen 2010; Streeck 2009). Frühe institutionelle Arrangements beeinflussen sowohl spätere Arrangements als auch die Richtung des Wandels (Rehberg 2006: 211). Entscheidungen, die in den frühen Phasen der institutionellen Entwicklung getroffen wurden, werden spätere Entscheidungen beeinflussen, selbst wenn bestehende Systeme völlig auf den Kopf gestellt werden (ebd.). Der Fokus liegt hier auf Wandel, der in erster Linie über soziale Verhältnisse, anstatt über spezielle Probleme oder Auseinandersetzungen in Unternehmen entsteht. Das steht in einem gewissen Gegensatz zu frühen Werken der Regulationsschule zur Krise des Fordismus, die vorschlugen, dass dieses Regime mit einem neuen postfordistischen Produktionsparadigma ersetzt werden könnte.

Unabhängig vom theoretischen Ausgangspunkt ist jedoch klar, dass auf der gesellschaftlichen Ebene die organisierten Interessen von ArbeitnehmerInnen, insbesondere Gewerkschaften, heute vergleichsweise schwach sind. Dies gilt vor allem in liberalen Marktökonomien, wo der Prozess des institutionellen Wandels durch eine stärkere Berücksichtigung von EigentümerInnenrechten gegenüber anderen *stakeholders* in Unternehmen begleitet wurde (Dore 2000). Praktisch hat dieser Prozess dazu geführt, dass in LMEs die negativen Dimensionen früherer Arbeits- und Beschäftigungspraktiken intensiviert wurden. Er verlief ungünstiger für solche Unternehmen, die ihre Wettbewerbsvorteile eher auf kooperativen Arrangements mit ArbeiterInnen stützen als für jene, die von einer kurzfristigen Maximierung des shareholder value angetrieben werden. Wie oben dargestellt, war der Wandel in CMEs möglicherweise noch ausgeprägter, wie die Entstehung eines Niedriglohnsektors in Ländern wie Deutschland zeigt.

6. Exogener Wandel: Umweltkrise und Energietransition

Die Vergleichende Kapitalismusforschung (VKF) nennt häufig exogene Schocks als Faktor, der AkteurInnen dazu verleitet, Wandel anzustoßen (Hollingsworth 2006). Wood und Lane (2012) heben in diesem Zusammenhang hervor, dass die aktuelle wirtschaftliche Lage durch einen Energietransitionsprozess charakterisiert sei, der der ökonomischen Krise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ähnelt. Letzterer war durch einen Übergang von Kohle zu Öl charakterisiert; er stellte billigere, leicht zu transportierende und relativ effiziente Energie zur Verfügung und veränderte gleichzeitig fundamental die relative Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Industrien und Regionen sowie die Allokation von Kapital (vgl. Hackett-Fischer 1996). Genauer gesagt begann in industriellen Distrikten, die durch leicht verfügbare Kohlereserven wettbewerbsfähig waren, damals eine lange Periode des Niedergangs, die in den meisten Fällen bis heute andauert. Obwohl die Nachfrage nach Rohöl zunimmt, geht der Anteil an Öl als Teil der globalen Energiemischung seit den frühen 1970er Jahren zurück (Jenkins 1989). Solche Prozesse favorisieren die EignerInnen hochgradig fungiblen (austauschbaren) Kapitals über solche, die es in spezifische Industrien, Prozesse und Lokalitäten investiert haben (Wood und Lane 2012).

Welche Rolle spielen die ArbeiterInnen in dieser Situation? Ihre Fähigkeiten und Vorzüge sind viel weniger fungibel als das hochgradig mobile Investitionskapital. ArbeiterInnen sind häufig an einen bestimmten Sektor oder an eine bestimmte Region (Thelen 2001), viele ihrer Fähigkeiten an die breiteren kognitiven Kapazitäten einer spezifischen Firma gebunden (Aoki 2010). In dem Maße, wie die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Regionen volatiler wird, werden Firmen natürlich versuchen, einen Großteil ihres Risikos auf die ArbeiterInnen abzuwälzen. Das führt zu zunehmender Unsicherheit, obwohl die Natur und das Ausmaß dieser Unsicherheit weiterhin in verschiedenen Kontexten variieren können (vgl. Streeck 2009). Wie oben festgestellt, schließt dieser Prozess an den Aufstieg eines globalen Prekariats an, dessen große Mobilität von seiner leichten Ersetzbarkeit bedingt ist (Standing 2011; vgl. Appelbaum 2005). Das Prekariat kann also in der Lage sein, die Vorteile unerwarteter Nachfrage

nach Arbeit auszunutzen und leichter mit geringerer Nachfrage umzugehen. Systemische Krisen können also die Segmentation der Arbeitsmärkte verstärken und damit die Diversität von Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen weiter erhöhen.

An dieser Stelle ist aber eine Relativierung notwendig. Wir sind uns der Falle des Reduktionismus durchaus bewusst. Ein wichtiger Strang in der Literatur zur Neuen Politischen Ökonomie hat sich mit langen Wellen oder Zyklen der kapitalistischen Entwicklung beschäftigt (Jessop 2001; ebenfalls Polanyi 1944; Kelly 1998). Während es zweifellos Evidenz für diese Bewegungen gibt, wird die prädiktive und analytische Relevanz dieser Konzepte nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich durch die ungleiche Länge und die weiterhin bestehenden Unterschiede im ökonomischen Erfolg von Nationen vermindert. Solche langfristigen Fluktuationen hängen ohne Zweifel von komplexen Kausalitäten ab, wobei Energieverfügbarkeit nur eine Dimension darstellt. Wie Jones (2001: 822) hervorhebt, ist eine zufriedenstellende Analyse der Ursachen der aktuellen Lage nur durch eine gründliche Untersuchung der komplexen Interdependenzen zwischen den verschiedenen Komponenten solcher Zyklen oder Wellen möglich – menschliche und gesellschaftliche Entwicklung ist einfach mehr als eine Einkaufsliste von Faktoren.

Wir möchten dennoch zwei besonders hervorheben: Zum einen sind die Verfügbarkeit, die Kosten und die Verwendung von Energie eng mit technologischen Entwicklungen verbunden (Diamond 2005). Die Entstehung der Verbrennungsmethode bei Motoren hat zum Beispiel den Weg für den Übergang zum Öl geschaffen. Die andauernde Abwesenheit einer attraktiven alternativen Fortbewegungsweise macht die aktuelle Transition weg von Öl und Gas trotz abnehmender Reserven und zunehmender Kosten besonders schwierig. Zum anderen hat – wie bei jeder anderen Energiequelle und den damit verbundenen Technologien – die Verwendung großer Mengen an Öl und Gas außerdem hohe indirekte Kosten in Bezug auf Verschmutzung und globale Erwärmung, die von Einzelhaushalten und Firmen der Gemeinschaft aufgebürdet werden (Jessop 2008; Diamond 2005). Angesichts der bevorzugten Beschäftigung der modernen ökonomischen Theorie mit aktuellen kalkulierbaren Werten gegenüber abstrakteren langfristigen Kosten (Singer 1995) sowie der Aversion des menschlichen Charakters sich mit unangenehmen sozialen und ökologi-

schen Herausforderungen zu beschäftigen, ist es wahrscheinlich, dass die ökologische Katastrophe ausgelöst wird, bevor Öl und Gas durch Alternativen ersetzt werden (Jessop 2008; Diamond 2005). Wiederum werden die Kosten der Umweltkrise bei denjenigen am höchsten sein, die in spezifische Fertigkeiten investiert haben. Am ehesten profitieren werden wieder jene, die ihr Kapital bewegen können und/oder knappe allgemeine Fähigkeiten beherrschen, wobei die Verlierer zunehmend in das Prekariat getrieben werden (Standing 2011; Davis 2006).

Angesichts eines zunehmenden Konsenses über die Existenz einer großen systemischen Krise (vgl. Amable/Palombarini 2009) stellt sich die Frage, welche Form eine neue institutionelle Ordnung annehmen kann. Ein tröstender Gedanke in progressiven Zirkeln ist hier der polanyi'sche Begriff der doppelten Bewegung, nach dem Perioden von Marktexzessen eine Gegenbewegung hin zu einer stärkeren Steuerung durch den Staat folgt (Polanyi 1944). Dieser Begriff wurde mit Voraussagen eines möglichen Wiedererstarkens organisierter Arbeit (Kelly 1998) und sogar mit der möglichen Rückkehr zum goldenen Zeitalter des Wohlfahrtsstaats in Zusammenhang gebracht. Allerdings ist, wie Streck (2009) bemerkt, soziale Evolution nicht einfach auf der Linie eines schwingenden Pendels zu finden, sondern eher auf einem Seitenweg zwischen verschiedenen Formen von Dirigismus und Marktdominanz. Wie Benjamin (1978) bemerkte, hat historischer Fortschritt immer ein destruktives Element, bei dem der Engel der Geschichte einen Trümmerhaufen zurücklässt. Es kann zwar möglich sein, tatsächlich diesen Trümmerhaufen zusammenzukleben und Teile früher institutioneller Ordnungen zu revitalisieren (Boyer 2006), doch wird das Endresultat sehr verschieden von dem der Vergangenheit sein. Selbst Polanyi (1944; vgl. auch Smith 2001: 814) warnte, dass neue Initiativen für soziale Sicherheit als Folge der destruktiven Konsequenzen rücksichtsloser Märkte sich viel zu sehr an extremistischen Agenden und rechtsradikalem Autoritarismus orientieren könnten. In der Tat sind in großen Teilen von Europa rechtsextreme politische Parteien die Gewinnerinnen der aktuellen Krise, während in den USA die zuvor zur rechten Mitte orientierte Republikanische Partei ihre Position radikalisiert. Jede Doppelbewegung à la Polanyi kann dazu führen, dass im Gegensatz zu einer Auferstehung der Sozialdemokratie oder eines vergleichbaren systemischen Rebalancierens der Macht am

Arbeitsplatz die Rolle des nationalen Militär-, Sicherheits- und Strafkomplices weiter zunimmt.

7. Schlussfolgerung

Nationale Institutionen sind weder eng gekoppelt noch führen sie notwendigerweise zu kohärenten Ergebnissen. Es existiert eine große Diversität in den sozioökonomischen Beziehungen in und zwischen Unternehmen. Diese Diversität kann spezifische sektorale oder regionale Dynamiken, die ungleichen Folgen sozialer Auseinandersetzungen, oder die Parteilichkeit von Regierungen gegenüber spezifischen AkteurInnen widerspiegeln. In ihr zeigen sich auch größere Veränderungen im globalen kapitalistischen System und die ungleiche Art und Weise, in der nationale Institutionen versuchen, sich an dieses System anzupassen (Jessop 2011b). Obwohl wir möglicherweise eine Periode institutioneller Verschiebungen erreicht haben, heißt das nicht notwendigerweise, dass alle zuvor gültigen Arrangements zusammengebrochen sind oder dass der Aufstieg einer kohärenten Alternativordnung entweder global oder länderbezogen absehbar oder sogar wahrscheinlich wäre.

Was bedeutet dies für Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen? Auf der einen Seite bezieht sich die Macht des Faktors Arbeit sowohl auf leicht ersetzbare (z.B. physische Stärke) und weniger leicht ersetzbare Dimensionen (z.B. Humankapital) und damit zusammenhängende Kollektivfähigkeiten (Aoki 2010). Perioden anhaltender Krisen werden wahrscheinlich die Unterschiedlichkeit von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen sowie die Unterschiede zwischen den Positionen verschiedener Kategorien von Arbeit weiter vertiefen. Insbesondere gehört zu diesem Prozess die Marginalisierung traditioneller „guter“ Arbeit, die an eine bestimmte Fähigkeit oder einen bestimmten Beruf gebunden ist (Wright/Dwyer 2006). Wieder werden Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen gespalten: in ein desorganisiertes Prekariat, traditionelle oder modifizierte fordistische Praktiken und schließlich individualisierte, gut bezahlte Tätigkeiten bei selten nachgefragten, aber eher generellen Fähigkeiten. Dies bedeutet nicht, dass der Prozess des Wandels zu uniformen Ergebnissen führt, sondern dass bedeutende Unterschiede zwischen liberalen und koordinierten Marktökonomien weiterbestehen, auch wenn beide von einer gemeinsamen Tendenz zur Individualisierung erfasst wurden. So-

zioökonomische Beziehungen innerhalb der Firma sind mit dem größeren externen Netz von sozioökonomischen Verbindungen verbunden, die die Firma und andere Akteure einbezieht (Hancke u.a. 2007). Die internen Elemente regionaler und sektoraler Diversität sind also eng mit ihren externen Elementen verkoppelt. Beide können allerdings durch die andauernde aktuelle systemische Krise weiter erschüttert werden.

Aus dem Englischen von Andreas Nölke

Ines Wagner/Nathan Lillie

Institutionalismus und räumliche Desintegration in der Vergleichenden Kapitalismusforschung: Arbeitsbeziehungen an der EZB-Baustelle Frankfurt¹

Einleitung

In der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) wird Europäisierung oft tendenziell als eine Kraft verstanden, die, jenseits des Nationalstaats, nationale politische Ökonomien umstrukturiert. Bezogen auf die Dimension „Arbeit“ werden in der vergleichenden Tradition die Beziehungen zwischen AkteurInnen am Arbeitsplatz in insularen, nationalen Räumen verortet. Wir konzentrieren uns darauf, wie dieses Konzept einer Weltordnung, welches auf abgeschlossenen territorialen Nationalstaaten (mit relativ hoher Regulationskapazität) beruht, unser Verständnis aktueller Veränderungen im Kapitalismus behindert. In der VKF strukturieren national begrenzte Institutionen das Verhalten von AkteurInnen; so weist jedes System seine spezifischen Charakteristika auf und die Wissenschaftler der VKF mit nationalen sozioökonomischen Resultaten verknüpfen. Weil „institutionelle Komplementaritäten“ zwischen Arbeitsbeziehungen und anderen Sub-Systemen wie Ausbildung und Unternehmensführung existieren (Hall/Soskice 2001), habe das deutsche duale System, bestehend aus starken Gewerkschaften zum Zwecke kollektiver Verhandlungen und Betriebsräten für die Repräsentation in den Betrieben „Demokratie am Arbeitsplatz“ (Turner 1991) und ein Gleichgewicht aus hohen Löhnen und hohen Fertigkeiten hervorgebracht. Man könne deshalb von einem „Modell Deutschland“ sprechen, weil AkteurInnen innerhalb Deutschlands traditionell den gleichen institutionellen Opportu-

1 Diese Arbeit wurde durch einen Starting Grant #263782 des European Research Councils ermöglicht.

nitäten und Widerständen gegenüberstanden. AkteurInnen waren in ihren Abwanderungsoptionen (*Exit*) beschränkt und konzentrierten sich auf Strategien des Widerspruchs (*Voice*) sowie der Teilhabe an demokratischen Institutionen und Zivilgesellschaft, wodurch diejenigen innerhalb eines Territoriums zu einer Gesellschaft verbunden wurden (Rokkan 1999; zu den Konzepten von *Exit* und *Voice*, vgl. Hirschman 1970).

Wir stellen dem entgegen, dass die Veränderungen des europäischen Rechts territoriale Grenzen verwischt und die souveräne Regulierungsautorität angegriffen haben. Dies eröffnet neue *Exit*-Optionen für Firmen und reduziert die *Voice*-Optionen für bestimmte Segmente der Arbeiterschaft.² Wir untersuchen den Fall einer Baustelle, die in den deutschen und europäischen Kontext verschachtelt ist, um ein allgemeines Argument über den Effekt der Entflechtung von Souveränität auf Arbeitsbeziehungen zu illustrieren. Ähnliche Beispiele lassen sich auch für andere Regionen und Kontexte finden (siehe z.B. Ong 2006).

Wir beginnen mit einer Rekapitulation der VKF-Diskussionen zum Verhältnis der Artikulationsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen und den *Exit*-Anreizen für Firmen. Daran anschließend zeigen wir, wie die europäische Liberalisierung Ausstiegsoptionen für das Kapital eröffnet, jedoch die Rechte von Gewerkschaften, Betriebsräten und entsandten Arbeitern einschränkt. Drittens illustrieren wir die territoriale Desintegration und deren Auswirkungen auf die Repräsentation von Arbeitern anhand einer Untersuchung der Arbeitsbeziehungen auf der Baustelle des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am Main. Wir untersuchen einen deutschen Fall, weil Deutschland gemeinhin als Archetyp des „rheinischen“ Modells bzw. der koordinierten Marktökonomie gilt (vgl. z.B. Albert 1992; Hall/Soskice 2001; sowie die Einleitung zu diesem Band von Bruff u.a.). Die Anfechtung territorialer Integrität, so ist anzunehmen, zeigt sich besonders offensichtlich in institutionell verdichteten Systemen, die stark auf kollektiven Artikulationen beruhen. Das Baugewerbe ist besonders relevant, weil dort die kurzfristige Jobmobilität in der EU am fortgeschrittensten ist, so dass Entsendung von Arbeitern ein üblicher Weg ist, nationale Systeme zu verlassen und Zugang zu günstiger, unregulierter Arbeitskraft zu gewähr-

2 Dem Gegenstand angemessen, wird im Text, soweit es um die empirische Fallanalyse geht, von männlichen Arbeitern gesprochen.

leisten (Menz 2005). Wir kommen zum Schluss, dass transnationale Arbeit sowie die Rekonfiguration der Regulierung jenseits nationaler Grenzen die Exit- gegenüber den Voice-Optionen im deutschen institutionellen System stärken.

1. Organisierter Kapitalismus, territoriale Kohäsion und kollektive Güter

Der territoriale Nationalstaat ist derart grundlegend für eine moderne Konzeption von Gesellschaft, dass er selten infrage gestellt wird. Eine Schlüsselannahme einiger führender institutionalistischer Ansätze ist, dass AkteurInnen vornehmlich in territorial eingegrenzten Beziehungen eingebettet seien. Im bekannten „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz (VoC) werden Staaten in eine Taxonomie von zwei (oder mehr) idealtypischen Regulationsmodellen klassifiziert (Hall/Soskice 2001). VoC ist ein firmenzentrierter Ansatz, in dem jedes Modell eine Ordnung institutionell vermittelter Kooperationsanreize darstellt, welche über Zeit Pfadabhängigkeiten entwickeln. Whitleys Ansatz der „nationalen Unternehmenssysteme“ ist der VoC-Perspektive sehr ähnlich, indem er die interne Organisation von Firmen beleuchtet, um die Verbindungen zwischen der Regulierung und Koordination von Institutionen zu untersuchen (Whitley 2007). Auch hier ist der Staat die zentrale Untersuchungseinheit, denn „solange der Nationalstaat nicht nur der vorherrschende Einfluss auf die Institutionen des Arbeitsmarktes ist, sondern auch politischen Wettbewerb, Legitimität und private Eigentumsrechte gewährleistet, werden viele Merkmale von Unternehmenssystemen weiterhin international variieren“ (ebd.: 56). Andere institutionalistische Ansätze konzentrieren sich auf verschiedene AkteurInnentypen und Logiken: Hollingsworth und Boyer analysieren beispielsweise „soziale Produktionssysteme“, womit sie gesellschaftliche Strukturen und Politiken bezeichnen, welche die Reproduktion von Arbeit in einem Land unterstützen (Hollingsworth/Boyer 1997). Forsander (2004) stellt heraus, dass die Funktionsfähigkeit dieser Systeme von der In- und Exklusion von Individuen abhängt, die auf einer Verbindung von Territorium, Staat und Bürgerrechten beruht. Hinter diesen Strukturen stecken implizite Annahmen über Territorialität und Begrenztheit.

Nicht alle institutionalistischen Analysen betonen Stabilität und Pfadabhängigkeit. Einige heben den institutionellen Wandel

hervor, der entweder durch interne Veränderungen und intensivierte Wettbewerb zur Konvergenz auf marktförmige Institutionen (Streeck/Thelen 2005) oder durch globalen Druck angetrieben bzw. hervorgerufen wird (Thelen/Wijnbergen 2003). Ob nun Konvergenz oder Unterschiede, Wandel oder Stabilität hervorgehoben wird: solche Analysen besagen allesamt, dass Wirtschaftssysteme national organisiert und Institutionen innerhalb eines territorial begrenzten Nationalstaates verortet seien. Der regulierende Rahmen innerhalb jedes nationalen „Containers“ erscheint als kohärent, wobei die neoliberale Ordnung nur unterschiedlich stark inkorporiert werde (Brenner u.a. 2010; Peck/Theodore 2007). Wir bedienen uns in unserer Analyse des CME-Konzepts, weil der VoC-Ansatz lange Zeit „beinahe hegemonisch“ im Bereich der VKF war (Howell 2003; Deeg/Jackson 2007) und weil der Typus des CME passend für die Phänomene dichter regulatorischer Institutionen auf nationaler Ebene ist.

Eine grundlegende Unterscheidung, die der VoC-Ansatz zwischen CMEs und LMEs trifft, liegt in der Bereitstellung kollektiver Güter. ArbeitgeberInnen in CMEs unterstützten tendenziell komplementäre Institutionen der Arbeitsbeziehungen inner- und außerhalb des Arbeitsplatzes, wie z.B. sektorale Lohnmoderation und firmeninterne Mitbestimmung (Thelen 2001). Lange Betriebszugehörigkeiten komplizierten *Exit*-Maßnahmen, böten aber Raum für *Voice*, um die Beziehungen zu reparieren oder zu verbessern (Hirschman 1970). ArbeitnehmerInnen verfügten über *Voice* im Betrieb, weil sie entweder das Management zwingen, zuzuhören, oder weil es deren Mitsprache als essentiell für die Verringerung der ArbeitnehmerInnenfluktuation (dem *Exit* der Arbeiter) ansieht. Während CMEs institutionelle Artikulationsmöglichkeiten bereitstellten, um verschiedene Gruppen unter einen Hut zu bringen, tendierten LMEs zu konflikthafter Betriebsbeziehungen (Hall/Soskice 2001).

Institutionelle Arrangements, die wie CMEs auf der *Voice*-Logik beruhen, bedürfen territorialer Kohärenz. Räumliche Grenzen bestimmen, welche AkteurInnen Teil eines bestehenden Systems sind und welche nicht. Nationale Institutionen stellen durch Anreizstrukturen kooperative Normen her, nach denen TeilnehmerInnen belohnt und Abtrünnige bestraft werden. In begrenzten Nationalstaaten war die „Einschließung“ wirtschaftlicher und sozialer AkteurInnen möglich, die im Gegenzug ihren Unmut in na-

tionalen Institutionen äußerten. Trans- und Supranationalismus stellen diesen territorialen Raum des Kapitalismus infrage. Wir sehen in der Europäisierung eine Erweiterung von *Exit*-Optionen und einen Angriff auf territorial begrenzte kollektive Lösungen, insbesondere der Kontrolle durch Nationalstaaten.

Dies ist etwas anderes als die exogene Herausforderung durch globalen Wettbewerb. Systeminterne Lösungen, die aus pfadabhängiger Evolution hervorgehen (Thelen/Wijnbergen 2003), können solche „Angriffe“ von außen verarbeiten. Bei externen Schocks sind KapitalbesitzerInnen in LMEs geneigt, sich aus Bereichen mit schwacher Performance zurückzuziehen und Profit anderswo zu erwirtschaften und damit Konflikte zwischen Kapital und Arbeit anzuzetteln. Im Gegensatz dazu werden sie in CMEs eher Koalitionen mit der Arbeitsseite gegen AkteurInnen mit rivalisierenden Präferenzen formieren, um existierende Institutionen zu schützen (Hall/Gingerich 2004). Selbst angesichts externer Angriffe wird die territoriale Begrenztheit durch die Etablierung systeminterner Lösungen gestärkt. ForscherInnen der VKF setzen Europäisierung oft mit grenzüberschreitenden Bewegungen gleich und festigen damit das Verständnis von Staaten als Container, in denen regulatorische Praktiken über das gesamte Gebiet gleich verteilt sind (Macartney 2010; Brenner u.a. 2010).

Die europäische Politik der Arbeitermobilität durchkreuzt und verbindet nationale Regulierungssysteme untereinander, wodurch Regulierung deterritorialisiert wird. Deterritorialisierung und Entkopplung beschreiben neue Praxen der Souveränität. Sie sind problematisch für Systeme, die entlang nationaler Grenzen organisiert sind: die Durchlässigkeit der Grenzen erlaubt kurzfristig *Exit*-Strategien, Adaption von anderen Systemen sowie hybride Lösungen; sie kann langfristig jedoch die Bereitstellung kollektiver Güter mindern. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit dem Ende des Nationalstaates (Sassen 2008). Staatliche Grenzregime bleiben grundlegende Elemente des Systems, doch die Art und Weise, wie transnationale Firmen deterritoriale Souveränität kreieren und nutzen, verringert die Fähigkeit von Staaten, in ihrem Gebiet regulierend zu wirken (Sassen 2005). Hier zeigt sich ein Widerspruch: das Kapital als solches bedarf territorialer Staatlichkeit für die Bereitstellung kollektiver Güter, einzelne Firmen versuchen jedoch, diese Systeme zu umgehen. Die beschriebene Entkopplung – von Ong (2006) als *'variegated sovereignty'* be-

zeichnet – ermöglicht ihnen dies in zunehmendem Maße. Da der Zugang zu Rechten (meistens) über nationale Systeme geschieht, erlaubt diese Abkopplung die Errichtung von Zonen alternativer Regulierung innerhalb existierender souveräner Gebiete. Indem es diese Zonen strategisch nutzen kann, ist das Kapital in der Lage, spezifische Arbeitsplätze, Kontexte und Gruppen vom Schutz auszuschließen, den sie normalerweise innerhalb von souveränen Staaten genießen würden.

2. Mechanismen zur Öffnung des europäischen Raums

Die europäische Integration schafft feste territoriale Grenzen auf ökonomischem und rechtlichem Gebiet ab und erhöht damit die *Exit*-Möglichkeiten (Bartolini 2007). Im Kontext der EU haben supranationale AkteurInnen den Transnationalisierungsprozess befördert, um dadurch Spill-Over-Effekte und höhere Effizienzerträge zu realisieren (Tömmel 2011). Während die Logik des EU-Supranationalismus die territoriale Konstruktion auf einer höheren Ebene reproduziert, ist die Förderung von Transnationalität eher doppelbödig. Freizügigkeit innerhalb der EU und eine entsprechende Rechtsprechung wirken auf die Öffnung nationaler Systeme für Außenstehende hin. Dies macht die Systeme weniger exklusiv, kann aber auch zu einer geringeren Unterstützung inklusiver nationaler Institutionen führen (Hurrelmann 2011). Zur gleichen Zeit ermöglicht die Supranationalisierung in der EU das Potenzial eines geschlossenen Europäischen Raumes, auch wenn dieses Potenzial nicht voll realisiert wurde (Flora 1999: 89ff).

Die Unterstützung der Freizügigkeit im europäischen Recht entspringt einer ökonomischen Logik, nach der Arbeiter als Produktionsfaktoren in ihrer Mobilität bestärkt werden sollen. Arbeitsmobilität kann jedoch nicht isoliert von anderen Politiken bleiben: mobile wie nicht-mobile Arbeiter benötigen Schutzbestimmungen. Hier zeigen sich Spill-Over-Effekte, da Arbeiter auch jenseits ihres Heimatlandes durch europäisches Recht geschützt werden. Das rechtliche Migrationsregime jedoch geht davon aus, dass MigrantInnen als Individuen wandern. Dies ist zunehmend nicht der Fall: ein Großteil der Mobilität fällt nicht unter die Freizügigkeit von Arbeit, sondern unter die Prämisse des freien Dienstleistungsverkehrs (Dølvik/Visser 2010). Viele Arbei-

ter wandern als entsandte Arbeitnehmer, d.h. innerhalb transnationaler Firmen als abhängig Beschäftigte. Gastarbeit ist beileibe kein neues Phänomen, jedoch ist die Art, in der UnternehmerInnen dazu angeregt werden, Gastarbeiterschaft und transnationales Subunternehmertum zu kombinieren, im EU-Kontext einzigartig.

Der Hauptgrund für den Einsatz entsandter Arbeiter (anstelle individuelle Gastarbeiter oder Einheimischer) liegt im Kostenvorteil, der durch die Verweigerung des Zugangs zu den ArbeitnehmerInnenrechten im Zielland entsteht. Das Freizügigkeitsrecht sichert die Firmen diesbezüglich ab. Das Recht der EU räumt dem Recht auf freie Bewegung von Unternehmen höhere Priorität ein als den Rechten mobiler ArbeitnehmerInnen (Lillie 2010). Natürlich sind Gastarbeiter auch innerhalb national begrenzter Regime schlecht behandelt worden. Jedoch hatten individuelle Gastarbeiter – zumindest formal – Zugang zu den gleichen Arbeitsrechten wie einheimische Arbeiter. Dies änderte sich für entsandte Arbeitskräfte, weil die Interpretation des Verhältnisses von Europäischer und nationaler Regulierung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) es Firmen erlaubt, regulatorische Sonderzonen zu kreieren, in denen den Angestelltenverhältnissen in transnationalen Subunternehmen in vielen (wenn auch nicht allen) Bereichen extraterritorialer Status eingeräumt wird. Transnationale Unterauftragsvergabe ermöglicht es Firmen, Niedriglöhner mit Höherverdienenden in Konkurrenz zu setzen und dabei nationale Herkunft als Basis für den unterschiedlichen Genuss von Arbeitsschutz und -rechten heranzuziehen (ebd.). Der beschränkte Zugang zu Arbeitsrechten für mobile Arbeiter geht mit der Praxis von UnternehmerInnen einher, flexible Formen des Produktionsmanagements zu nutzen, um Kategorien für prekäre Angestellte zu schaffen, für die diese keine Verantwortung übernehmen müssen (Meardi u.a. 2012). Das Verhältnis von entsandten Arbeitern zum Zielland ist durch das Angestelltenverhältnis bestimmt, d.h. durch das Unternehmen im Entsendeland. In dieser neuen Konfiguration wirkt Arbeit oft als Entfremdung von den Gesellschaften im Zielland. Dies ist eine beabsichtigte Folge der Entscheidungen des EuGH zum Verhältnis von nationalen Arbeitsbeziehungen und europäischer Freizügigkeit. Diese Tendenz der europäischen Rechtsprechung ist gewissermaßen eine Ausweitung der Regimekonkurrenz, die seit langem eine Folge des freien Warenverkehrs ist (Streeck 1992). Diese „ältere“ Regimekonkurrenz fand jedoch zwischen klar defi-

nierten Nationalstaaten statt und war dementsprechend durch nationale Institutionen vermittelt. Die Entsendung abhängig Beschäftigter als „Dienstleistung“ verringert diese geographische Bindung und marginalisiert den regulativen Einfluss des Ziellandes durch die Einführung alternativer Regulierungspraktiken. Diese rechtliche Konstruktion ähnelt dem *'offshoring'*; sie wird sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas genutzt, um regulative Regimes zu umgehen bzw. strategisch auszuwählen (Lillie 2010).

3. Das Bauprojekt der EZB

Das „Modell Deutschland“ ist bekannt für seine institutionelle Infrastruktur in Sachen Ausbildung, kollektiver und betrieblicher ArbeitnehmerInnenvertretung, kooperative Zuliefererbeziehungen und langfristige Finanzierung (Hall/Soskice 2001). Die Integrität dieses Systems wird durch Europäisierung zunehmend angegriffen. Wir nehmen an, dass alle Charakteristika einen (expliziten oder impliziten) Effekt auf die Arbeitsbeziehungen haben, beschränken uns jedoch auf die Aspekte der Ausbildung, kollektiven Vertretung sowie Betriebsräte. Das deutsche Baugewerbe weist traditionell eine hohe Regulierungsdichte auf, eröffnet nun aber Räume, in denen national spezifische Formen der ArbeitnehmerInnenrepräsentation marginalisiert sind. Anhand von Interviews mit Managern, Gewerkschaftern, Betriebsräten und Arbeitern, sowie teilnehmender Beobachtung und Feldnotizen zeigen wir exemplarisch, wie sich diese Deterritorialisierung auf die Arbeitsbeziehungen am neuen Betriebsgelände der EZB in Frankfurt am Main auswirken.

Der Neubau der EZB ist besonders interessant, weil er ein Megaprojekt darstellt, in dem die arbeitsintensiven Baumaßnahmen ausschließlich von ausländischen Werkvertragsarbeitern verrichtet werden. Das Beispiel zeigt zudem, wie mobile ArbeitnehmerInnen dreifach von den üblichen deutschen Institutionen der Arbeitsbeziehungen ausgeschlossen werden: Erstens führt transnationale Fremdvergabe zum Rückzug aus dem Ausbildungsregime. Indem Gewerkschaften der Zugang zur Baustelle verwehrt wird, führt sie zweitens zum *Exit* aus kollektiven Verhandlungsarrangements. Drittens behindert Unterauftragsvergabe die Funktion des Betriebsratssystems. Entsandte Arbeitnehmer arbeiten zwar auf deutschem Grund, sind jedoch von den dort geltenden arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen ausgeschlossen.

Die Tätigkeit von Gastarbeitern im deutschen Baugewerbe hat eine lange Tradition. Auch wenn die Gleichheit der ArbeitnehmerInnenschaft nicht immer praktisch realisiert wurde, galten die Rahmenbestimmungen für einheimische wie ausländische ArbeitnehmerInnen gleichermaßen (Castles/Kosack 1973). Arbeitgeber hatten zumindest keine legale Möglichkeit, sich dem Lohnsystem zu entziehen. Dies änderte sich mit der Liberalisierung des Dienstleistungssektors in der EU und wurde im Zuge der Osterweiterung noch bedeutsamer. Seit 1993, dem Jahr der Einführung der „vier Freiheiten“, stieg die Entsendung mobiler Arbeitskräfte durch ausländische Subunternehmen dramatisch an (Menz 2001). Das deutsche Entsendegesetz stellt sicher, dass bestimmte Mindeststandards auch für mobile Arbeiter gelten. In Abwesenheit eines generellen Mindestlohns war es nötig, sich auf einen allgemeingültigen Mindestlohn im Baugewerbe zu einigen. Um Sozialdumping zu entgehen, verabredeten die Sozialpartner in den üblichen Lohnverhandlungen einen Lohnkorridor für alle Arbeiter auf deutschen Baustellen. Der Arbeitgeberverband BDA verweigerte jedoch seine Zustimmung, bis die Untergrenze deutlich gesenkt wurde, wodurch eine faktische Kluft zwischen der Entlohnung einheimischer und ausländischer Arbeiter entstand (Eichhorst 2000). Diese Neuregelung gesteht ArbeitgeberInnen weiterhin den Raum zu, Lohndifferenzen auszunutzen, indem sie die unterste Lohnschwelle statt voller Löhne zahlen (Interview IG BAU 3, 2011). Häufig wird argumentiert, dass UnternehmerInnen in CMEs die Strategie der „diversifizierten Qualitätsfertigung“, mit entsprechend hohen Löhnen und einer egalitären Lohnstruktur, verteidigen würden (Streeck 1992). Auf die deutsche Baubranche tritt dies jedoch nicht zu, weil die Deterritorialisierung der Arbeitsbeziehungen Löhne zum ausschlaggebenden Wettbewerbsfaktor gemacht hat.

Am EZB-Neubau ist die Unterauftragsvergabe weit verbreitet. Speziell arbeitsintensive Tätigkeiten werden hauptsächlich an osteuropäische Subunternehmer vergeben, wodurch das geltende Lohnniveau unterschritten und das Ausbildungsregime unterminiert wird. Eine der am Bau beteiligten Firmen hat ihre Arbeiten am Rohbau an ca. 20 transnationale Subunternehmer ausgelagert, die vornehmlich ausländische Arbeiter beschäftigen. Von den ca. 1000 Arbeitern am EZB-Neubau (Stand Mai 2012) sind lediglich 20 bis 25 (allesamt Manager) Kernbeschäftigte der auslagernden

Firma (Betriebsrat 1, 2011). Entsandte Arbeiter leben und arbeiten in national homogenen Gruppen. Unterschiedliche Nationalitäten üben verschiedene Jobs aus: Arbeiter aus Mazedonien sind üblicherweise für die Stahlbefestigungen zuständig, danach übernehmen polnische Arbeiter die Gussformen (IG BAU 2, 2011).

Die deutsche Bauindustrie beruht normalerweise auf einem durchgehenden beruflichen Ausbildungssystem auf allen Ebenen, welches auf hoher Qualifikation und hohen Löhnen basiert (Bosch/Zühlke-Robinet 2003), doch nichts davon steht den Gastarbeitern am EZB-Neubau zur Verfügung. Während die Betriebsräte des Hauptarbeitgebers sicherstellen, dass die Kernbelegschaft Weiterbildungen erhält, wurde keinem der entsandten Arbeiter zusätzliche Trainings oder Aufstiegsmöglichkeiten während ihrer Arbeit in Deutschland angeboten (Betriebsrat 1, 2011). Stattdessen werden sie oft angehalten, Tätigkeiten durchzuführen, für die sie nicht ausgebildet sind. Arbeiter in großen deutschen Betrieben genießen noch immer die Vorzüge der deutschen Arbeitsbeziehungen, während ausgelagerte Arbeiter von diesem System isoliert sind.

Im deutschen Zusammenhang ist Mitsprache durch das „duale System“ firmeninterner Betriebsräte und sektoral organisierte Gewerkschaften, die in kollektive Absprachen eingebunden sind, geregelt (Müller-Jentsch 1995). Die IG BAU (Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt) vertritt alle Berufe im Baugewerbe. Wie gezeigt, können sich auslagernde Unternehmen diesem System zunehmend entziehen. Die IG BAU versuchte, die zunehmende Anzahl entsandter Arbeiter zu organisieren und zu vertreten, bisher aber mit begrenztem Erfolg. Ein Aspekt dieser Bemühungen war die Gründung des Europäischen Vereins für Wanderarbeiter (EVW), welche transnationale Strukturen annehmen sollte, um Arbeiter auch in ihren Heimatländern vertreten zu können (IG BAU 1, 2011). Der EVW konnte jedoch aufgrund fehlender Unterstützung seitens der Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern sowie organisatorischer Mängel keine unabhängige Rolle einnehmen. Sie wurde schließlich in die IG BAU integriert (Greer u.a. 2013). Obwohl die Idee einer unabhängigen Gastarbeitergewerkschaft aufgegeben wurde, bleibt die IG BAU bei ihrer Strategie, entsandte Arbeiter zu vertreten.

Das Management der EZB lehnt hingegen die Repräsentation von Arbeitern durch Gewerkschaften ab. Zu Beginn der Bauarbeiten verweigerte es den Gewerkschaften Zugang zur Baustelle (IG

BAU 3, 2011). Normalerweise verlassen sich deutsche Gewerkschaften, einer Klausel in der nationalen Kollektivvereinbarung folgend, auf ungehinderten Zugang zu Betriebsgeländen (IG BAU 3, 2011). Die EZB hingegen begründet ihre Weigerung auf einer Einigung zwischen der EU und der deutschen Regierung aus dem Jahre 1998, die der EZB extraterritorialen Status einräumt (Art. 2 und Art. 5, 1998). Obwohl dieses Gesetz lediglich die bestehende Zentrale der EZB abdeckt, ist das Management der EZB der Meinung, dass dies auch für die Baustelle des Neubaus zutrifft (IG BAU 3, 2011). Wenn die Gewerkschaft allerdings nur nach offizieller Rücksprache Zutritt erhält, werden die Unternehmer, nach Aussage eines Gewerkschaftsfunktionärs, „alles aufräumen...und den Angestellten sagen, wie sie unsere Fragen zu beantworten haben.“ (IG BAU 3, 2011) Die Überwachung der Arbeitsstandards auf dem neuen EZB-Betriebsgelände werde durch diese Einschränkung „massiv behindert“ (IG BAU 3, 2011).

Eine anderer Kanal für Mitsprache (sowie Zugang zur Baustelle für die IG BAU) wäre der Betriebsrat des federführenden Bauunternehmens. Die Interessensvertretung auf Betriebsebene ist jedoch stark rückläufig. Betriebsräte existieren zwar in den federführenden Firmen, üblicherweise jedoch nicht in den kleineren Betrieben am unteren Ende der Auslagerungskette. Nur 4 % der Bauunternehmen in Deutschland, welche ca. ein Fünftel der Beschäftigten im Bausektor vereinen, verfügen über einen Betriebsrat (Bosch u.a. 2011). Indem das Gewerbe zunehmend nicht mehr durch mittelständische Unternehmen, sondern von hierarchischen Beziehungen zwischen Auftraggebern und Subunternehmern gekennzeichnet ist, werden Interessen tendenziell gar nicht mehr durch Betriebsräte vertreten (Bosch/Zühlke-Robinet 2003). ArbeitnehmerInnenvertreter im Hauptunternehmen dürfen nicht für Arbeiter in den Subunternehmen sprechen (Betriebsrat 1, 2011). Die einzig mögliche Kommunikation mit entsandten Arbeitern läuft über deren Bauleiter. Der Standardweg, um sie über eine Verletzung der Gesundheits- bzw. Sicherheitsbestimmungen zu informieren, ist „den Mangel festzustellen und dem Bauleiter mitzuteilen, der dies an die Arbeiter weitergibt“ (ebd.). Es gibt jedoch keinen direkten Kontakt zu den Arbeitern, geschweige denn eine echte Interessensvertretung.

Das bekommen die Arbeiter mittelbar zu spüren. Sie sind sich nämlich meistens nicht bewusst, dass Gesundheits- und Sicherheitsstandards auf der Baustelle überprüft werden. Einige Arbeiter

äußerten, dass sie sich selbst um diese Standards kümmern müssen und sonst niemand dafür zuständig sei. Im Allgemeinen wissen die meisten Arbeiter nicht, an wen sie sich mit Problemen wenden sollten. Kein interviewter Arbeiter wurde je über seine Arbeitsrechte informiert. Die einzige Option besteht darin, ihre Klagen direkt an den Bauleiter zu richten. Wenn ein Arbeiter Beschwerden anbringt, so die vorherrschende Meinung der Interviewten, kann er realistischerweise nur kündigen.

4. Diskussion und Resümee

Unsere Analyse der Produktionsbeziehungen auf der EZB-Bau- stelle zeigt, wie sich die Veränderungen zwischen souveränen Staaten und deren Territorium in den Praktiken von Arbeitern und Unternehmen manifestieren. Arbeitnehmer und -geber sind dort, wie auch in anderen, ähnlichen Fällen in Europa (vgl. Lillie/Sip- pola 2011, Lillie u.a. 2011) nicht mehr mit einem räumlich klar definierten Regulationsrahmen konfrontiert, sondern mit einer Reihe regulativer Kontexte, zwischen denen sie wählen und entsprechende Strategien entwickeln können.

Der EZB-Fall zeigt, dass Gewerkschaften und Betriebsräte nicht länger die Instrumente teilhabender Demokratie am Arbeitsplatz sind, die sie einst waren. In Abwesenheit effektiver kollektiver Organisation funktionieren die Kanäle für *Voice* seitens der Arbeitnehmer nicht für entsandte Arbeiter. Stattdessen sind sie von der institutionellen Struktur getrennt, die die Mitsprache der Arbeiter in Deutschland absichert. Wegen ihrer starken Firmenausrichtung und angesichts der Rivalität zwischen Firmen innerhalb dieser Auslagerungsindustrie sind Betriebsräte immer weniger in der Lage, Solidarität auf Betriebsebene zu organisieren. Betriebsräte existieren zwar in auftraggebenden Firmen, doch vertreten sie nicht die Arbeiter der Unterauftragnehmer. In anderen Branchen wählen UnternehmerInnen das Mittel der Untervergabe, um diese Dynamik zu nutzen (Doellgast/Greer 2007). Im Baugewerbe bekommt dieser Trend eine transnationale Dimension. Gewerkschaften sind nicht in der Lage, einen Fuß in die Tür der EZB zu bekommen, da sie über deren Zugang nur die deutschen Arbeiter organisieren können, nicht jedoch die viel zahlreicheren Ausländer. Da ihnen der Zugang verwehrt wird, können sie Arbeiter zudem nicht zum Beitritt mobilisieren.

Arbeitsbeziehungen über alternative Souveränitäten zu regulieren, ist eine sehr effektive Strategie, diese zu individualisieren und die kollektive Organisation der Arbeiterschaft zu unterminieren. Dies gilt generell für entsandte Arbeiter, wird aber im Fall der EZB besonders deutlich. Abgesehen von den eingestellten Bemühungen zum Aufbau einer transnationalen Gastarbeitergewerkschaft gibt es nur vereinzelte Fälle kollektiven Widerstandes von entsandten Arbeitern in Deutschland – allerdings nur in kleinem Rahmen und nur anlässlich konkreter Probleme (IG BAU, 2011). Daraus gingen jedoch keine eigenständigen Organisationen hervor, was vermutlich auch so bleiben wird. Entsandte Arbeiter reagieren auf schlechte Behandlung mit Mobilität: sie haben eine geringe Bindung zur Firma oder zur Baustelle und sind bereit, beim geringsten Anlass neue Möglichkeiten zu suchen. Dieser marktbasierter, individualisierter Weg des Widerstands bietet jedoch wenig Perspektive für den Aufbau langfristiger, struktureller Arbeitermacht gegenüber dem Kapital in der europäischen Bauindustrie.

Firmen nutzen Untervergabe nicht nur als Option, sich den Beziehungen mit Gewerkschaften und Betriebsräten zu entziehen, sondern auch, um andere territoriale Regulierungsrahmen zu nutzen. Die polnischen Arbeiter am EZB-Neubau arbeiten für einen polnischen Arbeitgeber auf Grundlage polnischer Verträge. Ihr Arbeitsumfeld, Steuerrecht, ihre Sozialversicherung – kurzum: alles, was mit ihrer Tätigkeit zu tun hat, verweist auf einen polnischen Kontext. Ihr Arbeitgeber hat Polen zwar geografisch verlassen, nimmt aber die polnische Regulierung mit. Rokkan (1999) betonte die Fähigkeit nationaler Räume, *Exit* zu einer teuren Option zu machen, um dadurch die AkteurInnen zu ermuntern, in demokratische bzw. zivilgesellschaftliche Mitsprache zu investieren. Angesichts poröser Grenzen kann *Exit* nicht mehr nennenswert „bestraft“ werden, was wiederum die Institutionen der Mitsprache unterminiert. In diesem Fall ist die Funktion dieser Institutionen im deutschen Kapitalismus stark eingeschränkt.

Im Gegensatz zu verbreiteten Annahmen des VoC-Ansatzes können wir weder eine Konvergenz auf das LME-System feststellen, noch sehen wir eine effektive Vermittlung externer Herausforderungen durch nationale Systeme. Stattdessen weisen wir auf den variierten Prozess marktgetriebener Re-Regulierung hin, welcher Räume produziert, in denen die institutionelle Infrastruktur der CME nur bestimmte Gruppen von Arbeitern betrifft, während

andere Räume innerhalb derselben CME spezifische Segmente der Arbeiterschaft teilweise oder völlig ausschließen. In LME, wo der institutionelle Rahmen weniger dicht als in CME ist, sieht das womöglich anders aus.

Aus dem Englischen von Christian May

Teil III

Jenseits des Neuen Institutionalismus –
Radikale Alternativen und neue Ansätze

Julia Lux

Wie „genderbar“ ist der Varieties of Capitalism-Ansatz? Vergleichende Kapitalismusforschung aus einer Geschlechter-Perspektive

Die Konzeptualisierung von Geschlechterverhältnissen in der politikwissenschaftlichen Forschung wirft auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch viele Probleme auf. Obwohl sich einige Arbeiten mit den geschlechterspezifischen Auswirkungen bestimmter Politiken beschäftigen, bleibt die konstitutive Bedeutung von Geschlechterverhältnissen für politische Formationen meist unterbelichtet. Dies ist ein schwerwiegender Mangel, besonders wenn es um die Analyse umfassender Phänomene geht, mit denen sich beispielsweise die Vergleichende Kapitalismusforschung (VKF) beschäftigt. Daher sollten auch polit-ökonomische Theorien nicht nur geschlechtersensibilisiert werden, damit sie auch auf die Situation von Frauen angewendet werden können. An Stelle dieses begrenzten Fokus auf die Auswirkungen von ökonomischen Prozessen und Politiken auf die Geschlechter ist es vielmehr notwendig, die Analyse auf die gegenseitige Beziehung zwischen Geschlechterordnung und Kapitalismus zu richten (vgl. van Staveren 2010: 19).

Einen wichtigen Referenzpunkt der jüngeren Kapitalismusdiskussion bildet der „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz (VoC; vgl. Hall/Soskice 2001). Die Stärken und Schwächen dieses Ansatzes sind schon vielfältig thematisiert worden (vgl. Bruff u.a., Jessop, Drahokoupil/Myant und Bieling in diesem Band; auch Hancké u.a. 2007; Bohle/Greskovits 2009; Bruff 2011; Bruff/Horn 2012), so dass in einigen Teilen der VKF bereits die Diskussion über eine „Post-VoC-Konvergenz“ begonnen hat. Aus verschiedenen Gründen halte ich es für gerechtfertigt und wichtig, den VoC-Ansatz aus einer Geschlechter- bzw. *Gender*-Perspektive zu kritisieren. Zum einen hat er einen sehr umfassenden theoretischen Anspruch¹ und

1 Dies verdeutlichen schon der umfassende Titel des Ansatzes und die thematischen Breite der Beiträge des maßgeblichen *Varieties of Capi-*

es gibt Arbeiten, die versuchen, VoC zu „gendern“, d.h., ihm eine geschlechteranalytische Dimension zu geben. Zum anderen ist es allgemein wichtig, theoretische polit-ökonomische Analyserahmen geschlechtersensibel zu machen. Die Probleme des VoC-Ansatzes aus der Geschlechter-Perspektive können als exemplarisch für das weitere Feld der VKF gelten, auch wenn einige aus den VoC-spezifischen Elementen erwachsen.

In diesem Artikel möchte ich also die Grundzüge einer geschlechtersensiblen Analyseperspektive umreißen, um dann die Möglichkeiten einer Integration der Geschlechter-Perspektive in den VoC-Ansatz auszuloten. Mein Hauptargument hierzu lautet, dass VoC bisher nicht zufriedenstellend geschlechtersensibilisiert wurde und dies auch nicht möglich ist, wenn die zentralen Charakteristika des VoC-Bezugssystems beibehalten werden sollen. In der Erläuterung dieser These werde ich nachfolgend zunächst die Grundzüge einer geschlechtersensiblen Analyseperspektive skizzieren (Abschnitt 1) und dann die Arbeiten des „*Gendering VoC*“-Projekts (2) vorstellen. Darauf aufbauend soll die Kritik an diesen Arbeiten weitergetrieben werden, um die Grundprobleme (3) der Geschlechter-VoC-Forschung herauszuarbeiten und mögliche Ansatzpunkte einer feministischen polit-ökonomischen Analyseperspektive zu umreißen.

1. Grundzüge einer geschlechtersensiblen Analyseperspektive

Existierende (Mainstream-)Theorien zu evaluieren und für die Geschlechter-Analyse fruchtbar zu machen – das heißt, diese zu transformieren anstatt alternative Konzepte zu entwickeln sofern dies möglich ist (vgl. Waylen 1998: 12) – hat mindestens zwei Vorteile: Zum einen verstärkt die Integration der Analysekategorie *Gender* in Mainstreamtheorien die Rezeption und somit den Einfluss von Geschlechter-Perspektiven auf akademisches Denken. Zum anderen eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, Argumente aus unterschiedlichen Strömungen des Feminismus zusammen zu bringen.² Es ist

talism-Bandes von 2001, sowie die verschiedensten Forschungsarbeiten, die dieser Ansatz seitdem inspiriert hat.

2 Allerdings scheinen bisher nur „die ForscherInnen, die sich schon mit Geschlechterfragen auseinandersetzen, davon überzeugt zu sein, dass

daher wünschenswert, ein Konzept zur Analyse verschiedener Kapitalismusmodelle zu entwickeln, das von Anfang an ein Bewusstsein für geschlechterspezifische Fragestellungen hat oder ein bestehendes weiter zu entwickeln, das diesem Anspruch gerecht wird. Auch ist es ein Ziel feministischer Forschung, Handlungsoptionen zur aktiven Forderung und Förderung von Geschlechtergerechtigkeit zu identifizieren und zu bewerten (vgl. Power 2004). Zahlen zur Aufteilung unbezahlter Arbeit im Haushalt oder zur Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern (*gender pay gap*) weisen z.B. auf einen deutlichen Handlungsbedarf hin (vgl. OECD 2011).

Die zentrale Analysekategorie der feministischen Forschung ist *Gender* – ein vielschichtiger Begriff, der mehrere Dimensionen umfasst. Zu allererst beschreibt *Gender* das sozial konstruierte Geschlecht, das über die biologischen Charakteristika des Geschlechts (*Sex*) hinausgeht. In der polit-ökonomischen Analyse hilft *Gender* nicht nur, die Unterschiede bei Lohn und Beschäftigung zwischen Männern und Frauen aufzudecken, sondern lenkt den analytischen Fokus auch auf weitere Aspekte: einen unterschiedlichen Zugang zu und Kontrolle über Ressourcen (etwa Einkommen und Bildung), eine Beeinflussung von Entscheidungen (z.B. in Bezug auf Berufswahl, Teilzeitarbeit etc.) und eine Geschlechter-Unterscheidung als inhärenter Teil makroökonomischer Trends (etwa in Fluktuationen weiblicher Arbeitsmarktbeteiligung) (vgl. van Staveren 2010: 25). All dies ermöglicht es, ein Bewusstsein für Geschlechter-Fragestellungen zu entwickeln und diese zugleich im Kontext polit-ökonomischer Analysen zu reflektieren, die wichtige und umfassendere Einblicke in die Funktionsweisen des Kapitalismus bzw. verschiedener Kapitalismusmodelle eröffnen.

In der Entwicklung der Kapitalismusmodelle gewinnt der Geschlechterfokus umso mehr an Bedeutung, als in den meisten Industrienationen Frauen inzwischen fast die Hälfte der Arbeitskraft ausmachen (vgl. Tomlinson 2007: 402). Da trotz dieser inkrementellen Angleichung aber geschlechterspezifische Unterschiede in der Beschäftigungsstruktur fortbestehen, ist deren Einbeziehung in die Analyse von Marktwirtschaften unerlässlich. So sind zum Beispiel Pflege- und Hausarbeit sowie Kinderbetreuung und -erziehung wichtige Bestandteile ökonomischer Systeme und sollten

Geschlechterfragen ein zentrales Anliegen der Internationalen Politischen Ökonomie sind oder seien sollten“ (Griffin 2007: 734).

deshalb schon von Beginn an in die Analyse inkorporiert werden (vgl. Power 2004: 4). Auch die Geschlechterrollen und -normen, die sich oft nur langsam verändern, wirken auf die Organisation und Funktionsweise der Kapitalismen konstitutiv ein. So wird z.B. das Verhältnis zwischen Beschäftigungsstruktur und Wohlfahrtsarrangements mitunter erheblich durch die Veränderungen in der Familienstruktur und der familiären Aufgabenteilung beeinflusst (vgl. Hassel 2001: 146).

Für AutorInnen, die unter der Dachbezeichnung *Feminist Economics* arbeiten, gibt es vor allem drei Ansatzpunkte zur feministischen Kritik und Weiterentwicklung polit-ökonomischer Forschung: die Forschung zur Care-Ökonomie, die Kritik am Androzentrismus in den Konzepten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und die Analyse geschlechter-differenzierter Auswirkungen von Politiken in verschiedenen Bereichen, etwa Wirtschafts-, Fiskal-, Arbeits- oder Sozialpolitik (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010).

Die *Care*-Ökonomie beschreibt, was Donath (2000) als „die andere Wirtschaft“ bezeichnet. Diese umfasst Pflegearbeit und weitere unbezahlte Arbeit – in der Regel im Haushalt –, die meist von Frauen geleistet wird. Die offizielle und die „andere“ Wirtschaft sind untrennbar miteinander verflochten, indem z.B. die Institution Familie die Kosten der Reproduktion von Arbeitskraft massiv verringert (vgl. ebd.: 117; Pierson 1998: 67). Diese Verflechtungen noch stärker herauszuarbeiten, ist Teil einer feministischen Forschungsagenda. Dies gilt nicht nur für die Diskussionen mit einem umfassenderen Theorieanspruch, sondern auch für den firmenzentrierten VoC-Ansatz. Schließlich sorgen Frauen mit ihrer unbezahlten Arbeit im Haushalt für eine Verminderung der Reproduktionskosten von Arbeitskraft und ermöglichen die Reproduktion von Arbeitskraft überhaupt.

Frauen bilden außerdem die so genannte „latente Arbeitsmarktreserve“ (vgl. Pierson 1998: 68), d.h. in Zeiten starker Nachfrage kann auf inaktive Frauen zurückgegriffen werden. Der Grad an Qualifikation in dieser Arbeitsmarktreserve ist dabei auch ein Faktor für den Wettbewerbsvorteil eines Landes. Zusätzlich können mit der Feminisierung von Berufsbranchen und generell mit der Einstellung von Frauen – die (wegen Karriereunterbrechungen, statistischer Diskriminierung etc.) häufig weniger Lohn bekommen und oft schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren

– die Lohnkosten niedrig gehalten werden (vgl. Burchell/Rubery 1994: 82). Die Geschlechtertrennung ist also für die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in mehreren Dimensionen ein Justierungsinstrument.

Die Einbeziehung von anderen wichtigen Faktoren wie der Rolle des Staates, vor allem des Wohlfahrtsstaates, in der Ergänzung und Kompensation der Marktwirtschaft sowie als Faktor der Familienstruktur³ wurde schon erwähnt. Auch gesellschaftliche Normen sind für die Erklärung der Arbeitsmarkt- und gesellschaftlichen wie privaten Situation von Frauen wichtig; dies fällt aber durch das Kosten-Nutzen-Kalkül-Raster des *homo oeconomicus* (vgl. Pfau-Effinger 1998). So sind beispielsweise gesellschaftlich verschiedene Rollenzuweisungen bei der Kindererziehung relevant für die tatsächliche Rollenverteilung und damit verbundene Karrierehemmnisse von Eltern. Auch konstruieren gesellschaftliche Normen bestimmte Bedürfnisse, die sich für Frauen und Männer unterschiedlich darstellen. Allgemein interessiert sich die geschlechtersensible politökonomische Forschung für folgende Fragen:

1. Welche Auswirkungen haben kapitalistische Strukturen und Institutionen auf die gesellschaftliche Situation von Frauen (und Männern)?
2. Welche Auswirkungen und welche Funktion hat die sozioökonomische Unterteilung in Geschlechterrollen und die damit zusammenhängende Ungleichheit für die kapitalistische Entwicklung?

Um das System der Produktion und Reproduktion in einem Wechselspiel zu denken, bedarf es eines breiter angelegten Bezugsrahmens. Dieses Wechselspiel folgt nicht immer klaren kausalen Zusammenhängen oder passt genau – etwa im Sinne institutioneller Komplementaritäten – ineinander. Aus diesem Grund muss ein neues Bezugssystem Raum lassen für soziale Kämpfe und Kompromisse und dadurch auch für Veränderungen und eventuelle Fehlanpassungen, die ebenso Charakteristika eines Kapitalismusmodells ausmachen können. Dies ist nicht nur für ein umfassenderes und damit besseres Verständnis von wirtschaftlichen

3 Dies bezieht sich beispielsweise auf die Konstitution eines männlichen Brotverdiener-Modells, eines *Dual-Earner/Dual-Carer*-Modells, oder eines Eineinhalb-Brotverdiener-Modells (vgl. Lewis 2001).

Zusammenhängen notwendig, sondern auch, um mögliche Handlungsoptionen zu identifizieren.

Zusammenfassend lässt sich für eine geschlechtersensible VKF also festhalten, dass eine Konzeptualisierung über die bloße Arbeitsmarktanalyse hinausgehen muss. Vielmehr sollten der Wohlfahrtsstaat ebenso wie die gesellschaftlichen Strukturen und Normen mitgedacht werden, wenn es um die konkrete Beschreibung und Erklärung polit-ökonomischer Unterschiede zwischen den Kapitalismusmodellen geht. In welchem Ausmaß die Geschlechtertrennung von konstituierendem Charakter für polit-ökonomische Praxen und Institutionen ist, muss dabei noch stärker erforscht werden. Inwiefern die Arbeiten zu „*Gendering VoC*“ diesem Anspruch gerecht werden, möchte ich im Folgenden diskutieren.

2. Forschungsstand des „*Gendering VoC*“-Projekts

Die zentralen Arbeiten des Projekts „*Gendering VoC*“ stammen von Margarita Estévez-Abe, die schon im ersten VoC-Band (Hall/Soskice 2001) – gemeinsam mit Ko-Autoren – einen Beitrag mit Geschlechter-Perspektive veröffentlicht und seitdem weiter damit gearbeitet hat. Sowohl Estévez-Abe (u.a. 2001; 2006; 2009) als auch David Soskice (2005) untersuchen die geschlechtsspezifische Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen als abhängige Variable, während die LME/CME-Klassifizierung die unabhängige Variable bildet. Als intervenierende Variable betrachten sie dabei die Logik der Fähigkeitsartenregime und der Kündigungsgesetze im jeweiligen Kapitalismusmodell. Daraus werden dann im Umkehrschluss Aussagen über die Geschlechterneutralität oder den Geschlechterbias des jeweiligen Kapitalismusmodells abgeleitet. Die grundlegenden Argumente dieser Arbeiten werden nachfolgend zusammengefasst.

Estévez-Abe und auch Soskice konzentrieren sich vornehmlich auf die geschlechterspezifischen Auswirkungen der „Spielarten des Kapitalismus“, indem sie unterschiedliche berufliche Fähigkeitsartenregime (*skill type regimes*) identifizieren. Wenn Frauen in spezialisierte Fähigkeiten (*specific skills*) investieren, möchten sie vorher sichergehen können, dass potenzielle Karriereunterbrechungen auf Grund von Schwangerschaft und/oder Pflege nicht zu Entlassung oder Lohnminderung führen (vgl. Estévez-Abe u.a.

2001: 18). In Regimen mit dem Schwerpunkt auf firmenspezifischen Fähigkeiten (*firm-specific skill regimes*) ist dies schwieriger, da spezialisierte Fähigkeiten oft mit einer hohen Verfallsrate verbunden sind. Diese Fähigkeiten müssen regelmäßig aktualisiert und benutzt werden, weshalb sich Arbeitsunterbrechungen oft negativ auf die Karriere auswirken (vgl. Estévez-Abe 2006: 144). Aber es ist nicht nur riskant für Frauen, in diese stark spezialisierten Fähigkeiten zu investieren (vgl. Estévez-Abe u.a. 2001: 150); dies ist auch mit Kosten für den/die ArbeitgeberIn verbunden, für den/die es schwierig ist, im Bedarfsfall geeigneten Ersatz zu finden (vgl. ebd.: 159).

Die geschlechtsspezifische Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen (*sex segregation*) wird, wie oben erläutert, mit der Geschlechterkluft bei erworbenen Fähigkeiten (*gender skill gap*) erklärt. Als Folge der Präferenzen der Beschäftigten und der ArbeitgeberInnen ist diese *gender skill gap* in koordinierten Marktwirtschaften größer. Deshalb sind die stärker an spezifischen Qualifikationen orientierten koordinierten Marktwirtschaften (CMEs) auf dem Arbeitsmarkt auch stärker nach Geschlechtern segmentiert als die liberalen Marktwirtschaften (LMEs) (vgl. Estévez-Abe 2006: 148).

Aus Estévez-Abes Sicht wird die geschlechtsspezifische Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen außerdem durch die Gesetze zum Kündigungsschutz beeinflusst: Wenn diese Gesetze sehr streng und stark sind, dann ist es für ArbeitgeberInnen weniger lukrativ, Frauen einzustellen, da diese im Durchschnitt mehr Karriereunterbrechungen haben als Männer (vgl. ebd.: 152). Dies ist ein weiterer Punkt, der die Geschlechterneutralität von LMEs, in denen die Gesetze zum Kündigungsschutz in der Regel schwächer sind, unterstreicht. CMEs mit ihrem System von Kollektivvertragsverhandlungen und einem stärkeren Kündigungsschutz weisen dagegen eine größere Geschlechter-Verzerrung auf (vgl. Soskice 2005: 174).

Im weiteren Verlauf der Arbeit mit VoC hat Estévez-Abe (2009) bereits einige Probleme der eigenen Forschung benannt, beispielsweise dass die LME/CME-Unterscheidung nicht mit verschiedenen Genderregimen korreliert, dass einige Staaten Geschlechterungleichheiten im Privatsektor über Beschäftigung im öffentlichen Sektor kompensieren (können), und dass die geschlechtsspezifische Trennung nach Wirtschaftszweigen und Be-

rufen nicht das einzige Maß für Geschlechterungleichheit ist. In der Konsequenz sieht sie eine Möglichkeit zur Verbesserung des „*Gendering VoC*“-Projekts darin, die Politiken zu untersuchen, die die Situation von Frauen im Arbeitsmarkt besonders prägen (vgl. ebd.: 189). In diesem Sinne haben bereits andere AutorInnen aus dem VoC-Umfeld die Erklärungsvariablen von Estévez-Abe weiter ergänzt (vgl. Iversen u.a. 2005; Iversen/Rosenbluth 2006; 2010). Sie betonen die kompensierende Funktion des öffentlichen Sektors, der die Arbeitsmarkt-beteiligung von Frauen in den durch spezialisierte Fähigkeiten geprägten Systemen ausbalancieren kann. Außerdem haben sie den Zusammenhang zwischen Scheidungs-raten und der Arbeitsmarkt-beteiligung von Frauen untersucht und diese Aspekte als Erklärungsvariablen für die geschlechterspezifischen Unterschiede im Wahlverhalten herangezogen. Ansonsten sind diese Studien aber stark empirisch-deskriptiv ausgelegt und erwähnen den VoC-Ansatz und die beiden Idealtypen LME und CME entweder nur kurz oder gar nicht. Auch arbeiten sie nicht mit der Firmenperspektive – ein zentrales Charakteristikum des ursprünglichen VoC-Ansatzes – sondern richten den Blick auf andere Dimensionen der Mikro- (Haushalte, Frauen und Männer in der Ehe oder zusammenlebenden Partnerschaft, Religiosität) oder aber Makro-Ebene (Arbeitsmarktpolitik, Größe des öffentlichen Sektors, Scheidungsgesetze, Spezifität der beruflichen Qualifikationen oder Anteil der Teilzeitarbeit).

Letztlich bestehen die Gemeinsamkeiten dieser Forschungsarbeiten mit dem VoC-Ansatz eigentlich nur noch in ihrer *Rational-Choice*-Epistemologie und der Betrachtung der spezifischen Qualifikationsmerkmale als einem Faktor unter vielen. Die Situation von Frauen in der Marktwirtschaft als abhängige Variable wird ebenfalls beibehalten, allerdings in der Form von Arbeitsmarkt-beteiligung anstatt der geschlechtsspezifischen Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen. Die empirische Demonstration, dass Erklärungsfaktoren außerhalb des VoC-Bezugssystems mit einbezogen werden müssen, hat bislang allerdings keine Rückwirkung auf die VoC-Theorie selbst gehabt. In der bisher vorliegenden Kritik am „*gegenderten* VoC wurden diese Arbeiten nicht berücksichtigt; auch in meinen weiteren Ausführungen zur „*Genderbarkeit*“ des Ansatzes werden sie deshalb vernachlässigt.

3. Probleme des „gegenderten“ VoC

Die kritische feministische Diskussion des VoC-Ansatzes ist nicht besonders umfangreich. Gleichwohl lassen sich inzwischen einige Dimensionen und Schwerpunkte identifizieren, die nachfolgend kurz erläutert werden.

Zunächst sind ontologisch-konzeptionelle Probleme erkennbar, die vor allem die Fähigkeitsartenregime (*skill type regimes*) betreffen. Zum einen gibt es nicht nur zwei, sondern mehrere Fähigkeitsartenregime (vgl. Rubery 2009: 196). Zum anderen sind diese nicht durch eine unveränderliche „institutionelle Komplementarität“ gekennzeichnet (vgl. Busemeyer 2009: 384). In Ergänzung hierzu wird insofern auf methodische Probleme verwiesen, als den AkteurInnen eine alles prägende ökonomische Rationalität zugeschrieben wird (vgl. Rubery 2009: 200). Tatsächlich ist es jedoch zweifelhaft, dass junge Frauen auf der Suche nach einer geeigneten Berufsqualifizierung Kosten-Nutzen-Kalküle über spätere Karriereunterbrechungen und Lohnminderungen anstellen. Dieser Punkt weist auch darauf hin, dass eine Geschlechter-Analyse nicht erst bei der Berufsausbildung einsetzen sollte, da Geschlechternormen schon viel früher eine Festlegung auf bestimmte Fähigkeiten nahelegen (vgl. Shire/Gottschall 2007: 32). Zudem wird kritisiert, dass die geschlechterspezifischen Nachteile für Frauen in spezialisierten Fähigkeiten-Regimen nur für mittel bis höher qualifizierte Frauen gelten, was auf eine Klassen- oder Schichtdimension verweist, welche Estévez-Abe aber ignoriert (vgl. Mandel/Shalev 2009: 167). Aus normativer Sicht werden vor allem die Politikimplikationen der Ergebnisse kritisiert. So suggeriert die These, nach der ein hohes Kündigungsschutzniveau geschlechterspezifisch diskriminierend wirkt, eine gleichstellungsbedingte Deregulierung des Kündigungsschutzes, was wiederum als fragwürdig bzw. „deprimierend“ eingeordnet wird (vgl. Rubery 2009: 199). Mehr noch, in Verbindung mit den anderen Kritikpunkten erscheinen diese Politikimplikationen nicht nur „deprimierend“, sondern schlicht als kontraproduktiv.

Letztlich werden zentrale Probleme des VoC-Ansatzes durch dessen Subkomplexität erzeugt oder zumindest verstärkt. So bleibt unklar, warum die VoC-AutorInnen sich nur auf einen Teilaspekt der Aus- und Weiterbildung, also auf die Spezifität der Qualifikationen, konzentrieren, anstatt alle fünf von VoC hervorgehobe-

nen institutionellen Sphären (industrielle Beziehungen, berufliche Aus- und Weiterbildung, *Corporate Governance*, Beziehungen zwischen den Unternehmen, Beziehungen zu den eigenen Beschäftigten) auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen hin zu untersuchen. Zudem blendet die Konzentration des VoC-Ansatzes auf den Produktionssektor die geschlechtsspezifische Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen tendenziell aus. Dabei würde eine Erweiterung des VoC-Ansatzes, die den öffentlichen und den Dienstleistungssektor konzeptualisiert und außerdem eine tiefergehende Perspektive auf den geschlechterspezifischen Einfluss der verschiedenen Fähigkeiten- und Lohnstrukturen beinhaltet, vermutlich weiter helfen (vgl. ebd.: 195).⁴

Weiterhin ist fragwürdig, dass die Arbeitsmarkteteiligung von Frauen als ein wichtiger Faktor der sozialen Ungleichheit bei Estévez-Abe quasi nicht vorkommt (vgl. Mandel/Shalev 2009: 175). Dies ist vor allem insofern ein Problem, als ein gewisser *trade-off* zwischen der Höhe der weiblichen Arbeitsmarkteteiligung und der Stärke der geschlechtsspezifischen Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen beobachtet werden kann (vgl. Daly 2000: 480). Eine Analyse, die nur einen dieser zwei Aspekte von Geschlechterungerechtigkeit beleuchtet, kann somit kein umfassendes Bild der geschlechtsspezifischen Implikationen unterschiedlicher Kapitalismusmodelle geben, zumal die Struktur des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsverhältnisse für deren Verständnis zentral ist.

Die Bedeutung der Analyse beider Dimensionen – der Arbeitsmarkteteiligung und der geschlechtsspezifischen Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen – tritt nicht zuletzt dann hervor, wenn z.B. die Feminisierung von Teilzeitarbeit in den Blick genommen wird. Diese ist maßgeblich auch dadurch bedingt, dass familiäre Probleme bei der Kinderbetreuung und/oder Pflegeverantwortung bestehen und häufig zu Lasten der Frauen „gelöst“ werden. So ist etwa die Möglichkeit, einen Beruf auch in Teilzeit ausüben zu können, vermutlich Teil der Erklärung dafür, dass Frauen verstärkt im öffentlichen Dienst arbeiten.

Empirisch-statistisch hätte eine genauere Analyse von Teilzeitarbeit außerdem den Effekt, dass die generelle Arbeitsmarktbei-

4 Dies gilt besonders angesichts der essenziellen Bedeutung des Dienstleistungssektors in den meisten westlichen Marktwirtschaften.

ligung von Frauen systematischer und kritischer beleuchtet würde. Über eine Angabe der Arbeitsmarktbeteiligung in Vollzeitäquivalenten⁵ ließe sich z.B. viel besser erfassen, inwiefern Frauen im Vergleich zu Männern in verschiedenen Ländern wirklich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Dabei ist das Ausmaß von Teilzeitarbeit und anderer atypischer Beschäftigung für die verschiedenen Kapitalismusmodelle und Wohlfahrtsstaaten in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Dass der allgemeine VoC-Ansatz hierzu keine Aussagen macht, unterstreicht die enge Fokussierung des Ansatzes auf den Produktionssektor und auf männliche Vollzeitarbeit. Auch in den Arbeiten, die aus der VoC-Perspektive Geschlechter-Aspekte untersuchen, spielt Teilzeitarbeit von Frauen kaum eine (Estévez-Abe 2001; 2005; 2006; Soskice 2005) oder allenfalls eine nebensächliche Rolle (Iversen u.a. 2005; 2006).

Tabelle 3: Teilzeitarbeit in Deutschland, Großbritannien und Frankreich

	<i>Deutschland</i>	<i>Großbritannien</i>	<i>Frankreich</i>
<i>VoC-Typologisierung</i>	<i>CME</i>	<i>LME</i>	<i>CME/ gemischt</i>
Teilzeitarbeit als Anteil aller Beschäftigung (2011)	25,7%	25,5%	17,6%
Teilzeitarbeit von Frauen als Anteil aller Teilzeitarbeit (2011)	81,2%	77,1%	80,6%
Frauen in Beschäftigung als Vollzeitäquivalent (2009)	50,7%	51,3%	53,3%
Männer in Beschäftigung als Vollzeitäquivalent (2009)	72,2%	70,6%	67%

Quelle: eigene Zusammenstellung und Berechnung, Grundlage eurostat, Europäische Kommission (2010).

5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) reflektieren die Arbeitsmarktbeteiligung, wenn man Teilzeitbeschäftigung u.ä. miteinbezieht. Eine Vollzeitstelle ist dabei 1, während eine 50%-Teilzeitstelle beispielsweise als 0,5 VZÄ zählt (vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Full-time_equivalence_%28FTE%29/de).

Die Zahlen in Tabelle 3 verdeutlichen unter anderem, dass die Unterscheidung in LMEs und CMEs in Bezug auf Teilzeitarbeit nicht aussagekräftig ist, da in allen drei betrachteten Ländern Teilzeitarbeit ähnlich feminisiert ist. Zusätzlich hat in Frankreich – im Gegensatz zu Deutschland und Großbritannien – die Teilzeitarbeit weniger Anteil an der gesamten Beschäftigung, was ebenfalls der VoC-Interpretationsfolie nicht entspricht. Auch die Aussagen über den Geschlechterbias von CMEs im Gegensatz zu LMEs können unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen und Männern in Vollzeitäquivalenten nicht so bestehen bleiben.

Die bisher aufgeführte Kritik ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie empirische oder konzeptionelle Widersprüche und Auslassungen bei der Erklärung der geschlechterspezifischen Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen herausarbeitet. Nicht berücksichtigt wird hingegen der konstitutive Charakter, den die Beziehungen zwischen den Geschlechtern für die kapitalistischen Entwicklungsmodelle haben. Die einzige bisher vorgebrachte Kritik in dieser Hinsicht stammt von Nancy Folbre (2009). Sie weist unter anderem darauf hin, dass weder CMEs noch LMEs pure Marktwirtschaften sind (vgl. ebd.: 205) und dementsprechend ein umfassenderer Ansatz unerlässlich ist. So kritisiert sie beispielsweise, dass der Wohlfahrtsstaat meist nur in dem Sinne integriert wird, als er dem Bedarf und der Effizienz der Marktwirtschaft dient, allerdings reguliert der Wohlfahrtsstaat auch das Familienleben und prägt somit den Prozess der Reproduktion (vgl. ebd.: 205f). Daher fordert Folbre, nicht nur die Organisation des kapitalistischen Arbeitsplatzes zu betrachten sondern in einer breiteren Analyse Produktion und Reproduktion als integriertes System zu erfassen (vgl. ebd.: 208). Grundlegende Charakteristika der Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation erwachsen nicht nur aus den kapitalistischen Produktionsmodi, sondern aus den patriarchal strukturierten Mustern der kapitalistischen (Re-)Produktion. Dieses setzt letztlich ein komplexeres Verständnis von Kapitalismus voraus, das über die marktwirtschaftliche Ordnung hinaus auch soziale Komponenten und sich überlagernde gesellschaftliche Machtverhältnisse als Kapitalismus-inhärent begreift.

Was bedeutet dies nun für das von Estévez-Abe (u.a. 2001; 2006; 2009) entwickelte Analyseraster der geschlechtsspezifischen Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen? In erster

Linie scheint es nicht in der Lage, wichtige geschlechtersensible Einsichten zu generieren. Stellenweise fehlt ihm bereits ein Bewusstsein dafür, dass weitere Faktoren (nämlich die Implikationen bestimmter Politiken, des Wohlfahrtsstaates und auch gesellschaftliche Normen) die Arbeitsmarktsituation von Frauen prägen und sich im Ergreifen eines bestimmten Berufes eben nicht nur die Kosten-Nutzen-Kalküle der Frauen und der ArbeitgeberInnen reflektieren oder die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht nur aus einem spezifischen Fähigkeitenregime abgeleitet werden kann. Darüber hinaus fehlt ein Bewusstsein dahingehend, dass in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern auch spezifische Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck kommen, weshalb ein Mikro-Level-Erklärungsansatz an vielen Punkten zu kurz greift. Und schließlich ist es fragwürdig von dem Phänomen der geschlechtsspezifischen Trennung nach Wirtschaftszweigen und Berufen generelle Rückschlüsse auf die Eigenschaften (Geschlechterbias) bestimmter Kapitalismusmodelle zu ziehen; schließlich sind diese Unterschiede vielfach nur graduell und fügen sich demzufolge auch nicht sehr gut in eine dichotome Idealtypisierung ein.

Die hier resümierte Kritik verdichtet sich in zwei allgemeine Schlussfolgerungen: Zum einen weist der letztgenannte Aspekt darauf hin, dass das Augenmerk des VoC-Ansatzes zu stark auf den Unterschieden zwischen den Kapitalismusmodellen liegt. Dies ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass der Ansatz in Reaktion auf die Globalisierungsdebatte entstanden ist, ändert aber nichts daran, dass Gemeinsamkeiten der kapitalistischen Produktionsweisen und gesellschaftlichen Formationen bei der Analyse politökonomischer Zusammenhängen nicht zu vernachlässigen sind. Die Gefahr, Unterschiede zu stark zu betonen, besteht freilich nicht nur für den VoC-Ansatz, sondern für die VKF allgemein.

Eine zweite Schlussfolgerung ergibt sich aus den Schwierigkeiten von Estévez-Abe (u.a. 2001; 2006; 2009), das selbstgesteckte Ziel des „*Gendering VoC*“ erfolgreich umzusetzen. Dieses Vorhaben leidet offenkundig sehr stark darunter, dass mit Hilfe einer *top-down*-Analyse nur – und dies oft auch noch sehr eng und verzerrt – die genderspezifischen Folgen kapitalistischer Arbeitsmarktsysteme beleuchtet werden. Tatsächlich sollte ein geschlechtersensibler Zugriff aber umfassender angelegt sein und ebenso *bottom-up* die konstitutive Bedeutung der geschlechtlichen Arbeitsteilung für kapitalistische Entwicklungsmodelle heraus-

arbeiten. Ziel eines solchen Projektes sollte es außerdem sein, ein erweitertes geschlechtersensibles VoC-Bezugssystem zu entwerfen.

4. Schlussfolgerungen

Bislang ist es weder Estévez-Abe noch anderen AutorInnen gelungen, den VoC-Ansatz überzeugend geschlechtersensibilisiert zu rekonzeptualisieren. Eigentlich haben sie den VoC-Ansatz nur dazu verwendet, potenziell relevante Institutionen zu identifizieren und einige spezifische Hypothesen zu Geschlechter-Fragestellungen abzuleiten. Eine Rückkopplung im Sinne einer geschlechtersensiblen Erweiterung oder Reformulierung und damit eine Aufhebung der Geschlechter-Blindheit des VoC-Bezugssystems ist dabei allerdings nicht erfolgt. Die konzeptionelle Begrenztheit des Ansatzes bleibt insofern bestehen, als die mit seiner Hilfe generierten Hypothesen in der Geschlechterforschung deutlich zu kurz greifen und keine umfassendere Analyseperspektive erlauben (vgl. Folbre 2009).

Selbst ein konsequentes „Gendern“ des VoC-Ansatzes bleibt problematisch. Dieses müsste sich – über die Arbeits- und Fähigkeitsregime hinaus – auf alle fünf, die unterschiedlichen Kapitalismusmodelle prägenden Sphären erstrecken und dabei zugleich die Relevanz und Wirkungsweise der einzelnen Sphären spezifizieren. Ob ein solches Vorgehen jedoch zur geschlechterbezogenen Sensibilisierung des VoC-Ansatzes ausreicht, indem sie es diesem ermöglicht, über eine Ableitung von Hypothesen zu empirischen Geschlechter-Befunden hinauszugehen und das eigentliche Theoriekonstrukt geschlechterbewusster zu machen, ohne die zentralen Charakteristika des Ansatzes aufzugeben, scheint zweifelhaft. Schließlich müsste nicht nur der Firmenzentrismus überwunden, sondern zugleich auch der unterkomplexe, allein das Zusammenspiel von Märkten und Institutionen fokussierende Kapitalismusbegriff.

Die skizzierten Probleme bei der Analyse der Geschlechterbeziehungen sind nicht unbedingt nur VoC-spezifisch. Wenn sich die VKF nun langsam – im Sinne einer „Post-VoC-Konvergenz“ – von VoC emanzipiert, bedeutet dies nicht, dass damit alle Probleme aus dem Weg geräumt wären. Vielmehr können viele der hier diskutierten Schwierigkeiten als exemplarisch für das weitere Feld der institutionalistisch-komparativen, zum Teil aber auch der

kritischen polit-ökonomischen Kapitalismusforschung gesehen werden. Deshalb ist die ausgeführte feministische Kritik auch für die zukünftige Forschung relevant und sollte über die Kritik und Distanzierung von VoC in weiterführende Theorien integriert werden.

Um nicht nur die unterschiedlichen Auswirkungen verschiedener Institutionen auf Männer und Frauen zu untersuchen, sondern auch die Wechselwirkung zwischen den Auswirkungen dieser Institutionen und der Rolle von Frauen in Reproduktion und Produktion zu analysieren, benötigen wir ein komplexeres Theoriegebilde. Die oben aufgeworfenen zentralen Fragen können dabei helfen, die Geschlechtersensibilität von Theorien zu untersuchen. Dabei sollte vor allem die Frage nach der konstitutiven Bedeutung der Geschlechterordnung für polit-ökonomische Strukturen nach ganz oben auf einer feministisch inspirierten polit-ökonomischen Forschungsagenda rücken.

Joachim Becker / Johannes Jäger

Regulationstheorie und Vergleichende Kapitalismusforschung: Die Europäische Union in der Wirtschaftskrise¹

Die aktuelle Wirtschaftskrise in Europa zeigt die Problematik von in der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) weit verbreiteten Zugängen, wie etwa dem Varieties of Capitalism Ansatz. Die in dieser Forschung übliche Orientierung an unterschiedlichen, als beharrungstark wahrgenommenen Typen macht es schwierig, dynamische Umbruchprozesse zu erfassen. Dies zeigt sich insbesondere bei dem sich wandelnden Verhältnis der asymmetrischen Interaktion zwischen unterschiedlichen nationalen Ökonomien. In diesem Beitrag wird daher ein alternativer Ansatz vorgestellt, der es erlaubt, die angesprochenen Schwachstellen zu überwinden. Dabei handelt es sich um einen regulationstheoretischen Zugang, der aus der Tradition der kritischen politischen Ökonomie stammt. In der Regulationstheorie steht traditionell die Frage nach den Ursachen für dynamische und krisenhafte Entwicklung kapitalistischer Ökonomien im Zentrum des Interesses. Heute finden sich unter dem Titel der Regulationstheorie jedoch oft auch Zugänge, bei denen das marxistische Erbe nun etwas mehr durchscheint und die eher der institutionalistischen Wirtschaftstheorie zugeordnet werden können (vgl. Neilson 2011). Wir zeigen jedoch in der Folge, warum eine Rückbesinnung auf die marxistischen Wurzeln der Regulationstheorie zentral ist, um die tieferen Ursachen der Krise in Europa offenzulegen. Weiterhin argumentieren wir, dass die bei vielen regulationstheoretisch inspirierten Zugängen vorhandene konzeptionelle Fixierung auf den Nationalstaat für die Analyse der Krise hinderlich ist und durch ein entsprechend modifiziertes Raumverständnis ersetzt werden muss. Eine

1 Dieser Artikel entstand im Rahmen eines vom OeNB Jubiläumsfonds unter der Nr. 13621 finanzierten Projektes. Teile des Beitrags beruhen auf Becker/Jäger (2012).

veränderte Raumkonzeption ist unerlässlich, um Prozesse ungleicher Entwicklung auf makroregionaler oder globaler Ebene zu verstehen. Im unmittelbar folgenden Teil werden diese theoretischen Argumente näher ausgeführt und ein entsprechend adaptierter regulationstheoretischer Ansatz vorgestellt. Im Anschluss daran wird anhand einer knappen Analyse der Krise in Europa gezeigt, welche Erkenntnisse durch diesen Ansatz gewonnen werden können und welche Schlussfolgerungen sich daraus ergeben.

1. Regulationstheorie als kritischer politökonomischer Zugang

Der regulationstheoretische Ansatz entstand in den 1970er Jahren in Frankreich, als neue Strömung in der kritischen Politischen Ökonomie. Das Werk von Michel Aglietta (1982) gilt gemeinhin als der zentrale Ausgangspunkt für die regulationstheoretische Theoriebildung. Angesichts der Krise in den 1970er Jahren wurde die Frage gestellt, was denn die Ursachen für die dynamische und stabile Kapitalakkumulation und das damit verbundene hohe Wachstum in der Nachkriegsperiode bis zu den 1970er Jahren – dem sogenannten Fordismus – waren. Basierend auf einer politökonomischen Zugangsweise gingen die frühen regulationstheoretischen Arbeiten von der Prämisse aus, dass weniger die Instabilität im Kapitalismus, sondern vielmehr seine Stabilität erklärungsbedürftig sei. Dies vor allem deshalb, weil in marxistischer Tradition Kapitalismus als eine von Widersprüchen durchzogene Produktionsweise verstanden wurde. Die Widersprüche können nicht gelöst, sondern nur temporär eingegrenzt werden. Entstehende strukturelle und institutionelle Formen bzw. ein kohärentes Ensemble derselben, also eine Regulationsweise, werden als zentral für die Bearbeitung von Widersprüchen in der kapitalistischen Produktionsweise erachtet. Diese strukturellen Formen sind Ergebnis von Klassenauseinandersetzungen, die innerhalb spezifischer historischer Produktionsverhältnisse stattfinden (ebd.: 16). Aglietta (ebd.) hat ursprünglich drei solcher struktureller Formen unterschieden, die für die temporäre Stabilisierung kapitalistischer Produktionsweisen zentral sind. Dazu gehört erstens das sogenannte Lohnverhältnis, in dem sich der Klassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital spiegelt, was auch als vertikale gesellschaftliche Konfliktlinie bezeichnet werden kann. Im Rahmen des Lohnverhältnisses werden Konflikte über die

Arbeitszeit, die Lohnhöhe oder auch die soziale Sicherheit bearbeitet. Hierbei geht es also nicht nur um das Verhältnis innerhalb eines Betriebes oder die Rolle von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften, sondern es spielt auch der Staat eine zentrale Rolle. So ist es nur verständlich, warum die ArbeiterInnenbewegung traditionell versucht hat, über Parteien direkten Einfluss auf staatliche Politik zu nehmen, insbesondere was die Ausgestaltung des Lohnverhältnisses in Form von sozialstaatlicher dekommodifizierter Absicherung betrifft. Als zweite strukturelle Form wird von Aglietta der Wettbewerb bzw. das Konkurrenzverhältnis ausgemacht. Dabei hat er zunächst nur auf die Konkurrenz zwischen Einzelkapitalen abgestellt (ebd.: 187). Konkurrenzverhältnisse gibt es jedoch auch in anderen sozialen Klassen, beispielsweise konkurrieren Lohnabhängige um Arbeitsplätze. Hierbei werden Konfliktlinien, wie Ethnizität oder Religionszugehörigkeit, politisiert. Daher schlägt Becker (2002: 159) vor, nicht nur Konkurrenzverhältnisse innerhalb des Kapitals, sondern auch innerhalb anderer sozialer Klassen unter diese strukturelle Form zu fassen. Aus einer solchen Sicht bezieht sich das Lohnverhältnisse auf vertikale Konfliktlinien – Klassenkonflikte – und das Konkurrenzverhältnis auf Konfliktlinien, die quer zu den Klassenkonflikten liegen, und damit als horizontale gesellschaftliche Konfliktlinien bezeichnet werden können. Als dritte strukturelle Form identifizierte Aglietta (1982) die „monetäre Restriktion“. Denn Geld steht am Anfang und Ende des Akkumulationsprozesses. Waren müssen nicht nur produziert, sondern auch verkauft werden. Der Zugang zu Kredit ist von großer Bedeutung für die Akkumulation. Allerdings läuft nicht nur die Akkumulation über das Geld, auch die Reproduktion der Arbeitskräfte ist monetär vermittelt. Inflation und Deflation haben auf den Verwertungsprozess und die Verteilungsverhältnisse grundlegenden Einfluss. Aufgrund der Internationalisierung der kapitalistischen Akkumulation ist das Verhältnis zwischen nationalen Währungen – und damit die internationale Dimension – ebenso ein zentraler Bestandteil der Geldbeschränkung. Byé und de Bernis (1987: 870) weisen darauf hin, dass diese internationale Dimension des Geldverhältnisses dazu beiträgt, ungleiche Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie zu etablieren und zu verfestigen.

Die Rolle des Staates wird bei der Widerspruchsbearbeitung als zentral erachtet. Obwohl Lipietz (1992a) den Staat als Garanten der anderen strukturellen Formen sieht, schlägt er vor, ihn selbst

– letztlich auf derselben Ebene – als eine weitere strukturelle Form zu begreifen. Aus seiner Sicht dient der Staat dazu, als separate Organisation zu verhindern, dass sich verschiedene Klassen und Klassenfraktionen in endlosen Kämpfen aufreiben. Er sorgt somit für Kohärenz. Staat und Zivilgesellschaft sind die Plätze an denen gesellschaftliche Kompromisse etabliert werden (ebd.: 184). Becker (2002: 122) geht jedoch davon aus, dass der Staat sich qualitativ von anderen strukturellen Formen unterscheidet und schlägt daher vor, Staatsförmigkeit und Warenförmigkeit als gesellschaftliche Grundformen im Kapitalismus zu begreifen, da beide in allen strukturellen Formen präsent sind. Aus einer gramscianischen Perspektive können Zivilgesellschaft und Staat als eng verwobenes Terrain für soziale Auseinandersetzungen begriffen werden. In der Zivilgesellschaft treffen unterschiedliche Klassenfraktionen und Interessengruppen aufeinander und ringen um die Etablierung jeweils von ihnen präferierter staatlicher Politik und Normensetzung. Aber auch die institutionelle Konfiguration des Staates oder die Rekrutierungsmuster verschiedener staatlicher Agenturen geben gesellschaftlichen Akteuren unterschiedlichen Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren. Die „strategische Selektivität“ des Staates (Jessop 2002: 40) ist mithin umkämpft. Strukturell gibt es dabei einen Einflussüberhang der Kapitalseite, da der Staat über die Steuereinnahmen abhängig vom guten Gang der Geschäfte ist (Becker 2002: 127).

Die Kapitalseite versucht über entsprechende Muster der Regulation ihre jeweiligen Akkumulationsstrategien abzusichern, den Lohnabhängigen geht es hingegen um die Absicherung ihrer Reproduktion. Hierin sind grundlegende Konflikte angelegt. Aber selbst die Kapitalseite ist nicht homogen in ihren Akkumulationsinteressen. Bezogen auf die Analyse der Dynamiken der Akkumulation können in der Regulationstheorie drei verschiedene Achsen unterschieden werden. Erstens die Achse produktive vs. finanzialisierte Akkumulation, zweitens extensive vs. intensive Akkumulation und drittens introvertierte vs. extrovertierte Akkumulation (ebd.: 67).

Die Unterscheidung zwischen produktiver und finanzialisierter Akkumulation ist grundlegend. Im Fall dominant produktiver Akkumulation sind die produktiven Sektoren einer Ökonomie im Zentrum ihrer Dynamik. Das bedeutet, dass die Investitionen in diesem Sektor konzentriert sind. Im Gegensatz dazu stehen

bei dominant finanziellierter Akkumulation Finanzvermögen im Zentrum der Ökonomie. Innerhalb der finanziellierten Akkumulation können wiederum zwei Hauptformen unterschieden werden: erstens die Akkumulation von fiktivem Kapital, d.h. von Wertpapieren wie beispielsweise Aktien (Marx 1979: 487, 510), und zweitens die Akkumulation von zinstragendem Kapital (Becker u.a. 2010: 228). Fiktives Kapital boomt vor allem in Phasen stagnierender produktiver Akkumulation, da die Unsicherheit steigt und Finanzanlageformen als vergleichsweise liquider gelten. Ein solcher Boom drückt sich in einer hohen Inflation bei Finanzaktiva aus (Lordon 2008: 97). Deren Preise steigen schneller als das allgemeine Preisniveau, aber auch als die Profitmasse. Damit kommt es einerseits zu einer Zweiteilung des Preissystems und andererseits zu massiven Disproportionen zwischen den Preisen der Finanzaktiva und den Dividenden. Dieses zweite Missverhältnis führt an einem bestimmten Punkt zur Umkehrung der Erwartungen und damit zum Zusammenfallen der Finanzblase. Damit ist diese Form der Akkumulation inhärent extrem instabil und krisenanfällig. Wenn Finanzialisierung vor allem auf zinstragendem Kapital aufbaut, so zeigt sich dies in einem starken Wachstum der Kredite. Diese zweite Form der finanziellierten Akkumulation findet sich vor allem in der (Semi-)Peripherie (Becker u.a. 2010). Darüber hinaus ist es sinnvoll, je nach sozialer Reichweite zwischen elitenbasierter und massenbasierter Finanzialisierung zu unterscheiden (Erturk u.a. 2008: 15; Becker u.a. 2010: 230). Im Fall der massenbasierten Finanzialisierung werden Lohnabhängige über Konsumentenkredite bzw. über die Privatisierung der Alterssicherung in Finanzialisierungsprozesse – oft zwangsweise – integriert.

Extensive und intensive Akkumulation können für den Fall von produktiver Akkumulation unterschieden werden. Extensive Akkumulation basiert auf einer Ausdehnung des Arbeitstags oder einer Erhöhung der Intensität der Arbeit. Bei intensiver Akkumulation erfolgt eine Erhöhung des relativen Mehrwerts durch die Verbilligung der Lohngüter (Becker 2002: 67). Akkumulation kann binnen- oder auch außenorientiert sein. Im Falle einer starken Außenorientierung, die auf Export von Waren und Kapital basiert, kann von einer aktiven Extraversion gesprochen werden. Hingegen wird eine Außenorientierung, die durch hohe Importabhängigkeit charakterisiert ist, als passive Extraversion

bezeichnet (Becker 2006: 14). Passive Extraversion ist in der Regel für (semi-)periphere Ökonomien kennzeichnend. Ein Überblick zu den unterschiedlichen Typologisierungen von Akkumulationsmustern wird in folgender Tabelle 4 gegeben.

Tabelle 4: Typologisierung von Akkumulationsmustern

<i>Produktive Akkumulation</i>	extensiv vs. intensiv		binnenorientiert vs. außenorientiert (aktive vs. passive Extraversion)
<i>Fiktive Akkumulation</i>	Fiktives Kapital vs. zinstragendes Kapital	massenbasiert vs. elitenbasiert	binnen- vs. außenorientiert

Bezogen auf die Räumlichkeit wurde zunächst implizit (Aglietta 1982) und später auch explizit (Lipietz 1992a) davon ausgegangen, dass der Nationalstaat die zentrale Ebene sei. Entsprechend wurde das internationale Regime (Vidal 2002) als weitere strukturelle Form begriffen, um die Einbettung nationalstaatlicher Entwicklung zu diskutieren. Diese Ausrichtung unterscheidet sich jedoch vom Zugang der Grenobler Schule, bei der nicht der Nationalstaat, sondern das Konzept des Produktivsystems im Zentrum steht. Dieses erstreckt sich über nationale Grenzen und umfasst einen Raum, in dem sich Akkumulation und Regulation decken. Von Becker (2002) wurde vorgeschlagen, von der Annahme der räumlichen Deckung von Akkumulation und Regulation, sei es jetzt im Rahmen eines Produktivsystems oder in einem Nationalstaat, abzugehen. Der Verflechtungsraum verdichteter Waren- und Kapitalströme und die zentrale territoriale Ebene der Regulation können, müssen sich aber aus seiner Sicht, nicht decken. Die Ausdehnung der Akkumulation ist in beträchtlichem Maße, vor allem durch Grenzregime (Zölle, Kapitalverkehrskontrollen etc.) politisch vermittelt. Die räumlichen Ebenen der Regulation – lokaler Staat, mikroregionale Gliederungen, Nationalstaat, regionale Formen der Staatlichkeit (beispielsweise die EU), globale Organisationen – bieten unterschiedlichen Akteuren unterschiedliche Zugriffsmöglichkeiten. Ihre Kompetenzverteilung ist damit umkämpft. Eine Analyse der Veränderung der Territorialität der Regulierung kann regulationstheoretisch und gramscianisch inspiriert mit dem Rückgriff auf das raumpolitische Handeln unter-

schiedlicher Akteure erfasst werden, etwa mittels des Konzepts der „Politics of Scale“ (Gough 2004a). Dabei wird insbesondere darauf abgestellt, welche aktive Rolle unterschiedliche Klassenfraktionen bei der Verschiebung von Elementen struktureller Formen auf eine höhere oder niedrigere räumliche Ebene – etwa von nationaler Ebene auf die europäische Ebene – einnehmen. Eine Veränderung der Territorialität der Regulation kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Vielmehr ist diese dialektisch mit einer sich verändernden Akkumulation verknüpft.

Der hier skizzierte regulationstheoretische Ansatz bietet Konzepte für die Analyse kapitalistischer Entwicklung auf mittlerer Abstraktionsebene an. Auf dieser Ebene unterscheidet er sich vom Anspruch und im Herangehen sowohl von der institutionalistischen Richtung der Regulationstheorie, die zunehmend auf die Regelmäßigkeiten zeitlich begrenzter nationaler Entwicklungsmodelle oder Kapitalismen abstellt (vgl. Boyer 2004), aber auch vom Varieties of Capitalism (VoC)-Ansatz, der bestimmte langfristige nationale Grundkonfigurationen von Kapitalismus-Varianten in den Fokus seines Ansatzes stellt. Hierbei ist beispielsweise bei Boyer (2011) als führendem Vertreter einer institutionalistisch geprägten Interpretation der Regulationstheorie eine klare normative Präferenz für kontinentaleuropäische (möglichst sozialdemokratisch geprägte) Kapitalismus-Modelle gegenüber den angelsächsischen Varianten erkennbar. Die für den Kapitalismus grundlegenden Widersprüche geraten so aus dem Blickfeld. Zudem ist beiden Ansätzen gemein, dass sie sehr stark auf die nationalstaatliche Ebene abstellen und damit sowohl die politischen Grenzen überschreitenden Verflechtungsräume der Akkumulation, als auch die Interaktion von verschiedenen räumlichen Ebenen der Staatlichkeit aus dem Blick geraten. Wie Bruff (2011) argumentiert, kann bei VoC-Ansätzen von einem institutionellen Reduktionismus gesprochen werden. Damit werden gesellschaftliche Widersprüche, wie sie in politökonomischen Zugängen als konstitutiv für das Verständnis von Ökonomie und Politik erachtet werden, ausgeblendet. Basierend auf VoC-Ansätzen bleiben daher gesellschaftliche Verteilungs- und Machtfragen in der Regel ausgeblendet (siehe auch Drahoukoupil/Myant in diesem Band). Damit wird in der Regel implizit Wirtschaftswachstum als im allgemeinen Interesse stehend erachtet und gefragt, welche Institutionen dem zu- bzw. abträglich sind. Die Frage nach den

Akteuren in Form unterschiedlicher und wesentlich auch antagonistischer Klasseninteressen wird nicht gestellt, vielmehr steht die Kohärenz von Institutionen im Mittelpunkt der Erklärung von (unterschiedlichen) Wachstumsmodellen. Aber auch Kapitalinteressen sind heterogen und nicht nur an Akkumulation, sondern wesentlich auch an der Aufrechterhaltung bzw. Ausweitung der grundlegenden kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, interessiert. Diese werden in regulationstheoretischer Perspektive als zentral erachtet, um das Handeln der Akteure und ihr Hinwirken auf die Ausgestaltung von Institutionen zu verstehen. Damit bestehen bei VoC-Ansätzen auch Defizite bei der Analyse von Krisendynamiken. Insbesondere in der Analyse der aktuellen Krise in Europa zeigt sich hingegen, wie im Rahmen eines adaptierten regulationstheoretischen Zugangs die Ursachen der Krise im Kern und in ihrer gesellschaftlichen Dimension erfasst werden können. Die VoC-Literatur greift unserer Ansicht nach daher zu kurz.

2. Akkumulationsmodelle, ungleiche Entwicklung und die Krise in Europa

Die Europäische Integration fußt seit spätestens Mitte der 1980er Jahre auf neo-liberalen Vorstellungen (Cafruny/Ryner 2007; van Apeldoorn u.a. 2008). Im Rahmen der oben skizzierten regulationstheoretischen Perspektive kann dies als eine Veränderung der Akkumulationsmuster, einer stärker marktformigen Regulation, sowie als eine veränderte Territorialität der Regulation begriffen werden.

Schematisch dargestellt kann für Europa in den drei Jahrzehnten bis zur Krise 2008 die Entfaltung einer asymmetrischen Arbeitsteilung zweier unterschiedlicher Formen von Akkumulationsregimen ausgemacht werden. Den Kern einer Gruppe aktiv extravertierter Ökonomien bildete Deutschland. Die deutsche Extraversion zeichnete sich durch eine starke industrielle Exportorientierung und durch eine zunehmende Involvierung in Finanzialisierungsprozesse im Ausland mittels Kapitalexport aus. Direkt in das deutsche produktive System integriert waren beispielsweise die Benelux-Staaten und die österreichische Ökonomie, ab den 1990er Jahren aber auch die Visegrád-Länder und Slowenien. Die starke industrielle Exportorientierung war gerade auch deshalb möglich, weil sich in der Peripherie Europas, wie

in Irland, Spanien oder Griechenland, verschiedene Formen von import-orientierten und finanzierten Akkumulationsmustern durchgesetzt hatten. Diese Art der Arbeitsteilung wurde durch die Einführung des Euro zementiert. Wie Bellofiore u.a. (2010a: 141) hervorheben, diente die Währungsunion neben der Profilierung des Euro als internationale Reservewährung auch der Stabilisierung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Denn den anderen Euro-Zonen-Ländern wurde so die Möglichkeit der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit über Währungsabwertungen genommen. Im Gegenzug gewannen sie die Möglichkeit, sich zu niedrigeren Zinsen zu verschulden. In Südeuropa wurden über die Währungsunion Deindustrialisierungsprozesse, die bereits mit Wegfall von Protektionsmöglichkeiten und Optionen der Industriepolitik im Rahmen des EU-Beitritts in den 1980er Jahren in Gang gekommen waren, verfestigt (vgl. López/Rodríguez 2010, Becker 2012). In den damals neuen südeuropäischen EU-Mitgliedsländern verschob sich die Kapitalakkumulation in Tourismus, Immobilien und Bauwirtschaft. Zum Teil verlagerten Kapitalgruppen ihre Aktivitäten von der industriellen Produktion zum Import (Fouskas 2012: 34). Im Baltikum und in Südosteuropa hatte die Etablierung von Regimen fixer Wechselkurse eine ähnliche Wirkung (Becker 2007). Speziell die rot-grüne Regierung förderte durch eine Politik der Lohndeflation über Hartz IV und die Förderung eines Niedriglohnssektors, also über eine Veränderung des Lohnverhältnisses, die preisliche Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie. Mit der bundesdeutschen Exportindustrie eng verbundene westeuropäische Länder, wie Österreich oder die Niederlande, gingen einen ähnlichen Weg. In Südeuropa und Teilen Osteuropas stiegen die Handels- und Leistungsbilanzdefizite stark an. Sie wurden über Kredite aus den westeuropäischen Ländern finanziert. Die Finanzialisierung ermöglichte eine im historischen Vergleich ungewöhnlich starke Expansion der Leistungsbilanzdefizite und der Auslandsverschuldung. Letztere alimentierte letztlich in großen Teilen der europäischen Peripherie eine massenbasierte Finanzialisierung, die über den kreditfinanzierten Konsum den deutschen Export stimulierte. Die Entwicklungsweisen in Europa waren räumlich wie sozial polarisiert. Kapital fand keine ausreichende produktive Anlage mehr und floss zunehmend in Finanzanlagen. Diese führten einerseits in vielen Ländern zur Inflation bei Finanzaktiva und Immobilien und

andererseits zur Ausweitung der Konsumentenkredite. Mit den Konsumentenkrediten wurde in den intern hoch finanzialisierten Ökonomien ein Konsumniveau finanziert, das nicht mit den laufenden Lohneinkommen korrespondierte. Diese Phänomene haben Tendenzen der Überakkumulation und Überproduktion verdeckt. In den Ländern der finanzialisierten Peripherie überdeckte die grenzüberschreitende Kreditvergabe sich abzeichnende Zahlungsbilanzkrisen. Diese Widersprüche entluden sich jedoch ab 2008 heftig in der Krise (Becker/Jäger 2010).

Die aktuelle Krise lässt die asymmetrische Interaktion der Akkumulationsmodelle in Europa und den tiefen Graben zwischen Zentrum und Peripherie deutlich zu Tage treten. Das aktiv-extravertierte Zentrum der EU war zu Beginn vor allem von einem generellen Einbruch der Exporte betroffen. Vor der Krise hatten die Leistungsbilanzdefizite in der Peripherie, denen Leistungsbilanzüberschüsse in den Zentren gegenüberstanden, noch über internationale Verschuldung finanziert werden können, da das Währungs- und Ausfallsrisiko praktisch als nicht existierend eingeschätzt worden war. Dies galt auch für Länder außerhalb der Eurozone. Osteuropäische Peripherieländer, wie speziell das Baltikum, Ungarn und Rumänien, wurden insbesondere durch ein Austrocknen der finanziellen Zuflüsse ab 2008 hart getroffen. Dem wurde mit zum Teil extremer Sparpolitik und Lohnsenkungspolitik – teilweise im Rahmen von IWF/EU Paketen – entgegengetreten. Diese verschärften die Rezession noch – in Lettland ging das BIP allein 2009 um 18% zurück (Becker 2010).

Die südliche Peripherie der Eurozone war zunächst noch nicht von der vollen Wucht der Turbulenzen im internationalen Kapitalverkehr betroffen. Erst ab 2010 wurde allen voran Griechenland über den Kreditkanal ganz massiv von der Krise erfasst. Aufgrund der vergleichsweise hohen öffentlichen Schulden kamen griechische Staatsschuldenentitel als erste in der Eurozone ins Visier spekulativen Finanzkapitals. Einhergehend mit Herabstufungen seitens der Ratinginstitutionen erhöhte sich der Risikoaufschlag für griechische Anleihen drastisch. Spanien hingegen wies vor dem Ausbruch der Krise eine vergleichsweise geringe Staatsschuldung auf. Dort hatte Finanzialisierung vor allem die Form rapider Zunahme privater Verschuldung im Kontext hoher Leistungsbilanzdefizite angenommen. Erst durch die Krise drehte der Budgetüberschuss in ein Defizit und die Staatsschuldenquote begann rasch zu stei-

gen. Auch hier erhöhten sich die Risikoaufschläge, was den Schuldendienst deutlich verteuerte.

3. Maßnahmen in der Krise und Veränderung der Regulation

In der Krise erhöhten die Regierungen der ökonomischen Zentrumsstaaten in Europa gemeinsam mit der Europäischen Kommission den Druck auf die peripheren Eurostaaten, damit letztere Sparpolitiken implementierten. Wie erwartet führte diese zu einer Reduktion der internen Nachfrage und einer Vertiefung der rezessiven Tendenzen sowie zu einer Erhöhung der Schuldenquote (Becker/Lesay 2012).

Im Unterschied dazu konnte sich das produktive Zentrum rund um Deutschland – zumindest vorübergehend – relativ rasch stabilisieren. Hier spielten vor allem steigende Exporte nach China – welches seine Ökonomie durch massive nachfrageseitige Maßnahmen angesichts der weltweiten Krise stabilisiert hatte – eine wichtige Rolle. Dennoch sind trotz abnehmender Tendenz Exporte Deutschlands in die EU-27 nach wie vor sehr wichtig und machen noch rund knapp 60% der gesamten Exporte aus (Goldberg 2011: 25). Angesichts von Stagnation und Krise in der europäischen Peripherie bleibt es daher fraglich, inwieweit außereuropäische Exporte für das extravertierte Akkumulationsmodell des produktiven Zentrums Europas eine ausreichende Grundlage für weiteres Wachstum darstellen können (vgl. Lehdorff 2011). Außer Zweifel steht jedenfalls, dass finanzialisierte Akkumulationsmodelle in der Europäischen Peripherie an ihre Grenzen gestoßen sind. Alternativen sind noch nicht in Sicht.

Binnen zum Teil weniger Tage beschlossene Rettungspakete zielten vor allem auf die Stabilisierung der jeweiligen nationalen Finanzsektoren. Diese Pakete zeichneten sich trotz einer gewissen Diversität durch sehr günstige Bedingungen für den Finanzsektor aus (Weber/Schmitz 2010). Im Falle jener Länder Zentral- und Osteuropas, die durch abhängige Finanzialisierung gekennzeichnet waren, wurde seitens der EU anstelle von Konjunkturpaketen jedoch sofort eine Sparpolitik gefordert. Zentrales Ziel war es, den Wechselkurs zu stabilisieren, was im Interesse der dort aktiven westeuropäischen Banken war. Denn angesichts eines hohen Fremdwährungskreditanteils waren Abwertungen immer

auch gleichbedeutend mit Kreditausfällen und Abschreibungen. Es wurde daher eine sogenannte interne Abwertung propagiert. Löhne im öffentlichen Sektor wurden ebenso wie Sozialausgaben gekürzt und sollten dazu beitragen, die Nachfrage zu dämpfen, um damit die Importnachfrage zu reduzieren und die kurzfristige Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten (Becker 2010: 530). Diese Politikmuster wurden später auch auf die Peripherie der Eurozone übertragen. Hier wurden die Maßnahmenpakete angesichts spekulativer Attacken und stark steigender Zinsen für Staatsschulden ergriffen. Die Pakete reflektierten primär die Interessen der großen Finanzgruppen. Sie konnten so ihr Engagement in der Peripherie reduzieren und potenzielle Verluste sozialisieren. Die Maßnahmen betrafen allerdings allein die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, nicht die Überschussländer. Damit wurde das neo-merkantilistische Modell Deutschlands nicht offen in Frage gestellt, obgleich die Sparpolitik dämpfende Wirkung für den deutschen Export in die betroffenen Peripherieländer hat. Insbesondere Deutschland setzte sich dafür ein, dass in diese Rettungspakete der IWF eingebunden wurde (Mazzochi 2010: 282). Bei all diesen Rettungspaketen wurde, beginnend mit Griechenland, der Fokus auf Sparpolitik und Lohnsenkungen gelegt. Die Krise in Irland hatte sich hier nicht in einem hohen Leistungsbilanzdefizit gespiegelt, sondern war wesentlich aufgrund des Bankenzusammenbruchs im Zuge eines höchst finanzierten Modells erfolgt. Trotzdem ähnelten die ergriffenen Maßnahmen jenen Griechenlands und Portugals (Rodrigues/Reis 2012). Die Schuldenprobleme wurden aufgrund der Rezession noch verschärft (Becker 2011; Becker/Lesay 2012).

Die somit etablierten Muster für Rettungsprogramme wurden zunächst temporär auf europäischer Ebene eingeführt und sollen nun langfristig institutionalisiert werden. Es kommt somit zu einer Veränderung der strukturellen Formen. Insbesondere das Lohnverhältnis ist betroffen. Dieses war bislang noch weitgehend auf nationaler Ebene verankert, wird aber im Zuge der Maßnahmen teilweise auf die europäische Ebene gehoben, womit eine partielle Veränderung der Territorialität der Regulation einhergeht. Die Schuldenkrise scheint dabei nur ein Vorwand zu sein, um eine Radikalisierung neoliberaler Politik voranzutreiben. Konkret heißt dies, dass im Lohnverhältnis durch Maßnahmen, die auf die De-regulierung des Arbeitsmarkts und den Abbau von Wohlfahrtsstaatlichkeit und damit eine strategische Schwächung der Arbei-

Tabelle 5: *Akkumulationsstrategien in Europa und Maßnahmen in der Krise*

		<i>Akkumulationsstrategien</i>	<i>Maßnahmen in der Krise</i>
Zentrum	Deutschland im Kern und verbundene Ökonomien	Aktive Extraversion und produktive Akkumulationsstrategie	Rettung des Finanzsektors und anfänglich nachfrageseitige Maßnahmen zur Stabilisierung des produktiven Sektors
Peripherie	Südeuropa, Teile Osteuropas	Passive Extraversion und Finanzialisierungsprozesse	Rettung des Finanzsektors und anti-keynesiansische Sparpolitik

terInnenbewegung setzen, stärkere Warenförmigkeit Einzug hält. Ein wichtiger Schritt zu dieser Veränderung des Lohnverhältnisses war die Einführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) im Mai 2010, der permanent verankert werden soll. Seine Inanspruchnahme soll an harte Auflagen gebunden werden. Weiterhin wurden in einem Re-Regulierungspaket, dem sogenannten Six-Pack, verschiedene Eingriffsmöglichkeiten der EU in die nationalstaatliche Budget- und Lohnpolitik geschaffen (vgl. Klatzer/Schlager 2011, 2012). Die bislang jüngste Initiative dieser Art ist der Europäische Fiskalpakt (European Council 2012). Dieser sieht unter anderem die Einführung von Schuldenbremsen in die Rechtsordnung der Unterzeichnerländer vor, möglichst im Verfassungsrang. Hierfür stand das deutsche Modell der Schuldenbremse Pate (Eicker-Wolf/Himpele 2011). Durch die massiv verstärkte Regelbindung wird in der Umsetzung die Fachbürokratie gestärkt. Die Re-Regulierung entmachtet die Parlamente und schwächt damit gesellschaftliche Akteure, wie beispielsweise Gewerkschaften, für die Parlamente einen wichtigen Kanal für die politische Einflussnahme darstellen. Dies lässt sich als Tendenz zur Herstellung einer technokratisch-autoritären Staatlichkeit kennzeichnen. Die Veränderungen insbesondere im Lohnverhältnis führen jedenfalls zu einer Veränderung der strategischen Selektivität des Staates, die noch stärker zugunsten des Kapitals ausfällt.

Oberflächlich wurden die Maßnahmen in der Krise vor allem von Deutschland – dem Zentrum des produktiven Akkumulationsmodells in Europa – vorangetrieben. Aber auch die EU-Kom-

mission machte sich für die erfolgten Veränderungen stark. Auch wurden die Interessen des Finanzsektors – insbesondere der Banken im produktiven Zentrum der EU, die ja wichtige Gläubiger für periphere Staaten waren und sind – bislang erfolgreich verteidigt. Die Last der Krisenbewältigung wurde weitgehend auf Lohnabhängige abgewälzt. Es ist daher in gramscianischer Perspektive angebracht, nach den hinter diesen Veränderungen liegenden gesellschaftlichen Kräften bzw. Klassenfraktionen zu fragen. Jüngere Untersuchungen deuten etwa darauf hin, dass produktives Kapital, aber auch Finanzkonglomerate in Deutschland durch die Krise gestärkt wurden und ihr Einfluss gestiegen zu sein scheint (vgl. van der Pijl u.a. 2011). Overbeek (2012: 45) hebt hervor, dass die Krise und Form der Krisenbearbeitung auch dazu beigetragen haben, deutsches exportorientiertes Kapital gegenüber der asiatischen und amerikanischen Konkurrenz zu stärken. Dennoch fehlen bislang detaillierte empirische Studien. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die mit diesen strukturellen Veränderungen verbundene Radikalisierung des Neoliberalismus vom neuen Typus des Finanzkapitals unterstützt wird. Duménil und Lévy (2004: 207) haben den Begriff verwendet, um das Amalgam von großem produktiven Kapital und Finanzkapital zu bezeichnen, welches heute in seiner Anlagepolitik durch einen vergleichsweise kurzen Zeithorizont charakterisiert ist. Das kann konkret als Allianz zwischen dominanten exportorientierten produktiven Kapitalfraktionen in Deutschland mit Kapitalgruppen, die an Finanzialisierungsprozessen beteiligt sind, betrachtet werden. Für diese Interpretation spricht, dass die Veränderung der Regulation und die damit verbundene Vertiefung der Krise vor allem Lohnabhängige gegenüber Kapital schwächt. Während das Lohnverhältnis bislang partiell verändert wurde, hat sich im Zuge der Krise im Geldverhältnis wie im Konkurrenzverhältnis nichts Wesentliches geändert. Neo-liberale, d.h. marktförmige Regulierungsformen haben sich weder generell noch für den Finanzsektor substantiell verändert (vgl. Buch-Hansen/Wigger 2011) und bevorzugen damit tendenziell große bzw. stärkere Kapitalien. Überdies führte die Krise dazu, dass kleinere und weniger wettbewerbsfähige Kapitalien geschwächt oder zerstört werden, was einem weiteren Konzentrationsprozess des Kapitals Vorschub leistet. Es steht außer Zweifel, dass dadurch die Überakkumulationskrise und Zahlungsbilanzkrisen nicht gelöst werden (vgl. Overbeek 2012; Becker/Jäger 2012).

4. Schlussfolgerungen

Ein adaptierter regulationstheoretischer Zugang, der die Verschränkung unterschiedlicher Akkumulationsregime in den Vordergrund stellt, ermöglicht es – im Unterschied zu den weit verbreiteten VoC-Ansätzen – die tieferliegenden Ursachen der Krisendynamik in der EU zu analysieren. Diese sind je nach Akkumulationsregime und dessen Stellung in der europäischen Arbeitsteilung sehr ungleich. Abhängig finanzialisierte Ökonomien sind am stärksten von der Krise betroffen. In ihnen ist eine Wiederherstellung des Vorkrisenmodells nicht denkbar, während die dominanten politischen Kräfte in den Kernländern, vor allem Deutschland, auf eine Fortsetzung von Kernbestandteilen des Vorkrisenmodells bei gleichzeitiger Verschärfung neo-liberaler Politikmuster setzen. Diese Kräfte prägen die politische Dynamik der Krisenbearbeitung, die in Richtung auf eine Verschiebung der strategischen Selektivität der Staatlichkeit zu Gunsten großer Kapitalgruppen und zu Ungunsten der Lohnabhängigen (aber in der Tendenz auch von kleinerem Kapital) geht. Die Veränderung der Regulation im Rahmen der Krise manifestiert sich in der Veränderung des Lohnverhältnisses und dessen partieller territorialer Verschiebung auf EU-Ebene. Paradoxe Weise läuft die Stärkung von regelgebundener Wirtschaftspolitik stark über die EU-Ebene, während gleichzeitig die Kohäsion der EU einer sichtbaren Erosion ausgesetzt ist. Ökonomische und politische Krise tendieren derzeit zu einer Verstärkung der Desintegrationstendenzen.

Hans-Jürgen Bieling

Vergleichende Kapitalismusanalyse aus der Perspektive einer neo-gramscianisch erweiterten Regulationstheorie

Seit einiger Zeit wird in der wissenschaftlichen – und auch politischen – Diskussion das Wort „Kapitalismus“ wieder recht unverkrampft in den Mund genommen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Sie liegen zum Teil in der Entwicklung des Gegenstandsbereichs der Globalen Politischen Ökonomie (GPÖ) und in der öffentlichen Debatte über die Ursachen und Implikationen der Finanzkrise; zum anderen aber auch darin, dass mit dem Kapitalismus-Begriff nicht mehr automatisch eine gesellschafts- und systemkritische, so z.B. marxistische Analyseperspektive – in Verbindung mit einem sozialistischen Wirtschaftsprogramm – assoziiert wird. So haben sich viele AutorInnen in den letzten Jahren – mehr oder minder explizit – auf den „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz (*Varieties of Capitalism*, VoC) bezogen (vgl. Hall/Soskice 2001). Dabei handelt es sich um eine Analyseperspektive, die nicht a priori als kapitalismuskritisch einzustufen ist, sondern die die Existenz unterschiedlicher nationaler Kapitalismusmodelle als grundsätzlich gegeben, wenngleich auch als institutionell und regulativ gestaltbar ansieht, sofern hierdurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird.

Der Vorbehalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit weist darauf hin, dass der VoC-Ansatz zwar maßgeblich dazu beigetragen hat, die kapitalismustheoretische Diskussion zu beleben, unter dem Primat der Performanz zugleich aber nur sehr bedingt in der Lage ist, die Ausbeutungsmechanismen, Machtbeziehungen, Herrschaftsverhältnisse oder Widersprüche und Konflikte, kurzum: den sozialen Charakter spezifischer kapitalistischer Formationen zu erfassen. Dies gilt umso mehr, als der VoC-Ansatz durch ein sehr „schlankes“, gesellschaftstheoretisch und politökonomisch aber defizitäres Analyseraster gekennzeichnet ist. Vor allem geraten diejenigen Dimensionen, die den nationalen

Kapitalismusmodellen gemeinsam sind (vgl. Streeck 2010; Bruff 2011), oder die transnationalen Reproduktionsmuster, die die Entwicklung der nationalen Modelle strukturieren oder miteinander verzahnen (vgl. Bohle/Greskovits 2009; Bellofiore u.a. 2010b) nur unzureichend in den Blick. In diesem Sinne hat sich mittlerweile denn auch eine „Post-VoC-Diskussion“ entfaltet, die über das statische Design und den methodologischen Nationalismus einer in strengem Sinne komparativ ausgerichteten institutionalistischen Kapitalismus-Diskussion hinausweist (vgl. die Beiträge im zweiten Teil dieses Bandes, insb. Drahekoupil/Myant).

Ungeachtet der erweiterten Forschungsagenda ist die Post-VoC-Diskussion aufgrund fortbestehender institutionalistischer Verengungen bislang aber kaum in der Lage, wichtige polit-ökonomische und gesellschaftstheoretische Themen und Fragestellungen zu bearbeiten. Zumeist bleiben Aussagen zur zeitdiagnostischen Charakterisierung des derzeitigen Kapitalismus, zu den Ursachen und zum Verlauf der ihm eigenen Krisendynamik, zu den asymmetrischen Formen der internationalen Vernetzung oder auch zu den prägenden transnationalen Macht- und Herrschaftsbeziehungen recht blass oder willkürlich. Um diese fortbestehenden Defizite zu überwinden, wird hier eine Analyseperspektive in Anschlag gebracht, die sich als eine regulationstheoretisch basierte, zugleich aber neo-gramscianisch erweiterte GPÖ bezeichnen lässt. Bevor deren zentrale Überlegungen – die grundlegenden regulationstheoretischen Annahmen (Abschnitt 2) und deren neo-gramscianische Erweiterung und Reformulierung (Abschnitt 3) – dargelegt werden, geht es nachfolgend zunächst allerdings darum, die Entwicklung und den Stand der vergleichend-institutionalistischen Kapitalismus-Diskussion zu skizzieren (Abschnitt 1).

1. Entwicklungslinien der vergleichenden institutionalistischen Kapitalismusanalyse: vom VoC-Ansatz zur Post-VoC-Diskussion

Der VoC-Ansatz thematisiert den Sachverhalt, dass sich ungeachtet der Globalisierung nach wie vor unterschiedliche nationale Kapitalismusmodelle reproduzieren. Die Ursprünge dieser „Modelle“ reichen bis weit in die Vergangenheit zurück. Ihre zentralen Merkmale waren maßgeblich durch den Zeitpunkt und Verlauf der Industrialisierung und diese begleitende politisch-institutio-

nelle Konflikte geprägt (vgl. Fulcher 2007: 83ff). So überrascht es nicht, dass sich bereits in früheren Zeiten spezifische Konzeptionen der Vergleichenden Politischen Ökonomie entwickelt haben. Wie in Überblicksartikeln häufig dargelegt (vgl. Lütz 2006: 27ff), kann die VoC-Diskussion auf eine reichhaltige und anregende Vorgeschichte zurückblicken. Letztlich war es aber vor allem die Untersuchung von Michel Albert (1992), an dessen Idealtypen – d.h. dem „rheinischen“ und „neo-amerikanischen“ Kapitalismusmodell – sich der VoC-Ansatz sehr stark orientiert. Peter Hall und David Soskice (2001) übernehmen von Albert im Prinzip die idealtypische Zweiteilung von Kapitalismusmodellen, abstrahieren dabei aber von der konkreten räumlichen Verortung der verschiedenen Varianten. Sie sprechen allgemeiner von ‘*Coordinated*’ und ‘*Liberal Market Economies*’ (CMEs/LMEs).

Im Kern handelt es sich beim VoC-Ansatz in zweifacher Hinsicht um eine firmenzentrierte Perspektive: Zum einen wird polit-ökonomischer Wandel maßgeblich als Produkt betrieblicher Investitions-, Innovations- und Modernisierungskonzepte betrachtet; und zum anderen wird das Set spezifischer institutioneller Arrangements vornehmlich mit Blick auf eben diese betrieblichen Entwicklungspotenziale analysiert. Dies unterstreichen auch die fünf Bereiche, die aus der Sicht des VoC-Ansatzes die Spezifik der nationalen Kapitalismusmodelle und deren komparative Leistungsfähigkeit in besonderem Maße bestimmen (vgl. Hall/Soskice 2001: 7): die industriellen Beziehungen, die Systeme der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Systeme der *Corporate Governance* (d.h. die Strukturen, Institutionen und Mechanismen der Unternehmensverfassung), die Beziehungen zwischen den Unternehmen, insbesondere zwischen den Konzernen, ihren Zulieferern und den Vertriebsfirmen, sowie die Formen der Einbindung und Belohnung der eigenen Beschäftigten. Die aufgeführten Bereiche verdeutlichen, dass der VoC-Ansatz vor allem die institutionellen Voraussetzungen und Kontextbedingungen betriebswirtschaftlicher Prozesse thematisiert. Der Institutionenbegriff ist dabei sehr umfassend angelegt. Er umschließt im Prinzip alle, d.h. nicht nur die formellen, sondern auch die informellen Regeln, Konventionen und Praktiken der gesellschaftlichen Reproduktion. Das oftmals sehr enge Verständnis von politischer Ökonomie als das Zusammenspiel von Märkten und Staaten wird hierdurch zweifelsohne aufgebrochen und erweitert; und zwar in dem Maße,

wie berücksichtigt wird, dass in Ergänzung zum marktbasierten Wettbewerb und zur staatlichen Regulierung auch vielfältige andere Kooperationsformen – unternehmensspezifische Organisationsstrukturen, korporatistische Verhandlungssysteme und zivilgesellschaftliche Netzwerke – auf die nationale und internationale politische Ökonomie einwirken.

Letztlich wird das Potenzial dieser Erweiterung jedoch nicht ausgeschöpft. Dies liegt allgemein daran, dass sich der VoC-Ansatz primär in der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeits-Diskussion verortet. Dabei kommt ihm zweifelsohne das Verdienst zu, die modernisierungstheoretische Annahme eines einzigen überlegenen Entwicklungspfads oder eines Modells „bester Praxis“, an dem sich alle anderen Modelle mehr oder weniger zu orientieren haben, in Frage zu stellen und die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass die Leistungsfähigkeit einer nationalen Kapitalismusvariante durch das Zusammenspiel – eine möglichst große Kohärenz – der unterschiedlichen Bereiche oder institutionellen Arrangements definiert wird. Indem hierbei aber viele andere Dimensionen und Aspekte, die sich nicht als Momente der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit fassen lassen, ausgeklammert werden, greift die VoC-Diskussion deutlich zu kurz. Dies bringen auch einige Kritiken zum Ausdruck, in denen etliche Defizite und Probleme klar benannt worden sind (vgl. bereits Radice 2000; oder jüngst Streeck 2010: 27ff): so z.B. eine funktionalistische Verzerrung (vgl. Becker 2007: 268f); ein unterkomplexes Verständnis des gesellschaftlichen Wandels (vgl. Kang 2006: 15f); ein nur halbherziger Bruch mit der neoklassischen Ökonomie; eine firmenzentrierte und tendenziell rationalistische Interpretation des Handelns zentraler Akteure (vgl. Bruff 2011); eine extrem stilisierte Unterscheidung der LME-bzw. CME-Idealtypen, die für das Verständnis der bestehenden Varianz unterschiedlicher Kapitalismusmodelle oft wenig hilfreich ist; und eine methodologisch-nationalistische Komparatistik, die nicht in der Lage ist, die trans- oder supranationalen institutionellen Arrangements als konstitutive Elemente kapitalistischer Entwicklungsmodelle zu denken (vgl. Peck/Theodore 2007; Bohle/Greskovits 2009).

Die aufgeführten Kritikpunkte sind in den letzten Jahren auch innerhalb der VoC-Diskussion thematisiert, produktiv aufgenommen, durch konzeptuelle Innovationen abgeschwächt oder zurückgewiesen worden. So wurde der Funktionalismus-

Vorwurf insofern entkräftet, als der VoC-Ansatz nur noch den Anspruch erhebt, durch die Effekte der institutionellen Arrangements deren aktuelle gesellschaftliche Unterstützung, nicht aber deren ursprüngliche Entstehung erklären zu wollen (vgl. Hall/Thelen 2009: 14); und auch in Bezug auf die Konzeptualisierung gesellschaftlichen und institutionellen Wandels wurde deutlich gemacht, dass durch eine größere Gewichtung von sozialen Kräfteverhältnissen, gesellschaftlichen Konflikten und informellen Institutionalisierungsaspekten manche Veränderungsdynamiken inzwischen differenzierter erfasst werden können (vgl. Hancké u.a. 2007; Deeg/Jackson 2007; Hall/Thelen 2009: 17ff). Überdies hat die wachsende Kritik am methodologischen Nationalismus der VoC-Perspektive dazu geführt, auch die gemeinsamen oder übergreifenden Elemente eines gleichsam globalen Kapitalismus stärker zur Kenntnis zu nehmen. Was dies für die institutionalistische Kapitalismusforschung theoretisch-konzeptionell konkret bedeutet, ist allerdings noch unterbestimmt. Bislang ist in der „Post-VoC-Diskussion“ die Aufgabe, die statische Vergleichsperspektive zu dynamisieren und auch nationalstaatsübergreifende Kapitalismusphänomene in die Betrachtung mit einzubeziehen, allenfalls ansatzweise umgesetzt worden.

2. Theorie und Kritik der politischen Ökonomie: die französische Regulationsschule

Eine Theorieperspektive, die in diese Richtung weist und dazu beitragen kann, einige Probleme der (Post-)VoC-Diskussion zu überwinden, stellt die französische Regulationsschule dar (vgl. auch Becker/Jäger in diesem Band). Obwohl ihre Entwicklung bis in die 1970er Jahre zurück reicht und seitdem eine Vielzahl komparativer regulationstheoretischer Analysen vorgelegt wurden, kommt ihr in der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) bislang keine prominente Bedeutung zu. Möglicherweise liegt dies an ihrem kapitalismuskritischen Impuls, der einer am *status quo* orientierten institutionalistischen Kapitalismusanalyse Unbehagen verursacht. Allerdings ist dieser Impuls innerhalb der Regulationstheorie unterschiedlich stark ausgeprägt. So verfolgen einige Repräsentanten wie z.B. Robert Boyer (2005) oder Bruno Amable (2003) im Prinzip die gleiche Frage wie der VoC-Ansatz, sind also primär – allerdings unter Berücksichtigung makroöko-

nomischer Konstellationen – an der komparativen Leistungsfähigkeit spezifischer nationaler Kapitalismusmodelle interessiert. In anderen regulationstheoretischen Untersuchungen – dies gilt vor allem für die frühen Arbeiten von Alain Lipietz (1992b) und Michel Aglietta (1979) – spielt diese Problemlösungs- bzw. Leistungsfähigkeitsperspektive hingegen eine geringere Rolle. Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse ist hier insofern anders gelagert, als sich die Aufmerksamkeit in erster Linie auf (sozio-)ökonomische Umbrüche und Krisenprozesse, auf die Artikulation gesellschaftlicher Konflikte und Widersprüche sowie auf die institutionell-regulative Bearbeitung dieser Aspekte konzentriert. In diesem Sinne sind viele VertreterInnen der Regulationstheorie insbesondere daran interessiert zu ergründen, wie und warum sich kapitalistische Gesellschaftsformationen trotz ihrer inhärenten Widersprüche und Krisenmomente bislang als vergleichsweise stabilisierungs- und wandlungsfähig erwiesen haben.

Die hierauf gefundene Antwort lautet allgemein, dass kapitalistische Formationen nicht allein durch die ökonomische Akkumulationsdynamik gekennzeichnet sind, sondern immer auch durch nicht-ökonomische, institutionell abgesicherte Regulationsformen, deren Operationsweise – nicht nur, aber auch – darauf zielt, der Krisenanfälligkeit und strukturellen Instabilität der kapitalistischen Akkumulation entgegenzuwirken. Die beiden wechselseitig aufeinander bezogenen Schlüsselkategorien der Regulationstheorie sind denn auch das „Akkumulationsregime“ und die „Regulationsweise“. Das Akkumulationsregime beschreibt nach Lipietz (1985: 120) den makroökonomischen Modus einer systematischen „Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen [...] und den veränderten Bedingungen des Endverbrauchs [...] herstellt.“ Die konstitutive Bedeutung, die nicht-ökonomische, d.h. soziale, institutionelle und politische Gegebenheiten für den Prozess der kapitalistischen Reproduktion haben, ist hierin mit eingeschlossen. Zugleich bilden diese Aspekte des Akkumulationsprozesses ein spezifisches – institutionell stabilisiertes – Gefüge der gesellschaftlichen Regulation, im Rahmen dessen die dem kapitalistischen Verwertungsprozess eingeschriebenen Widersprüche und Konflikte bearbeitet werden. Das Konzept der Regulation ist demzufolge sehr umfassend angelegt. Es

bezieht sich auf das Lohnverhältnis (Reproduktion der Arbeitskraft, soziale Sicherung, Familienbeziehungen, Schule, Lebensstile, Konsumformen und -normen), auf die Unternehmensform (Reallokation des Kapitals, die Formen der Konkurrenz und Kooperation, Formen der internen Organisation), auf die Geld- und Kreditbeziehungen (Bedeutung und Operationsweise der Wertpapier-, Kredit- und Versicherungsmärkte) und umschließt auch die rechtlichen, ideologischen und ökonomischen Dimensionen der Staatsintervention wie auch internationale Regime.

In Ergänzung zum Akkumulationsregime und zur Regulationsweise werden von VertreterInnen des Regulationsansatzes zuweilen noch zwei weitere analytische Konzepte erwähnt. Bei dem einen Konzept handelt es sich um das „technologisches“ oder „industrielle“ Paradigma. Dieses lenkt den Blick auf die konkreten stofflichen Dimensionen der kapitalistischen Akkumulation, nicht zuletzt auf die – durch bestimmte Schlüsseltechnologien geprägten – Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation. Die Entwicklung und Ausgestaltung der Produktions- und Arbeitsorganisation wird als das Produkt konkurrierender Interessen, Vorstellungen, kurzum: sozialer Konflikte und Machtbeziehungen betrachtet. Zugleich haben die Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation auch selbst gesellschaftsstrukturelle Implikationen, prägen also ihrerseits ganz maßgeblich die gesellschaftlichen Sozialstrukturen und Handlungsressourcen unterschiedlicher politischer Akteure. Welche Allianzen sich dabei herausbilden, wird mit der Konzeption des „hegemonialen Blocks“ erfasst. Diese Konzeption weist darauf hin, dass sich innerhalb des „historischen Blocks“, also der gesamten, historisch spezifischen kapitalistischen Gesellschaftsformation, in der Vermittlung zwischen dem Akkumulationsregime und der Regulationsweise, oder allgemeiner formuliert: zwischen den ökonomischen und den politisch-institutionellen Dimensionen kapitalistischer Vergesellschaftung soziale Netzwerke, zivilgesellschaftliche Koalitionen konstituieren, die ihrerseits die Prozesse der politischen Konsensgenerierung und Kompromissfindung organisieren.

Die skizzierten analytischen Konzeptionen unterstreichen, dass es zwischen der Regulationstheorie und der (Post-)VoC-Debatte einige Schnittfelder und Berührungspunkte gibt. Zugleich sollten aber auch die Differenzen nicht übergangen werden: Erstens ist die Regulationstheorie im Vergleich zum VoC-Ansatz gesellschafts-

theoretisch insofern anspruchsvoller, als sich der analytische Blick zunächst auf die Dynamik und das Zusammenspiel unterschiedlicher – sozialer, politischer, kultureller etc. – gesellschaftlicher Strukturdimensionen richtet und erst in zweiter Linie auf die institutionellen Arrangements, über die sich die gesellschaftlichen Strukturen reproduzieren oder aber verändern. Im Unterschied zur akteurszentrierten und rationalistischen Orientierung des VoC-Ansatzes geht es der Regulationstheorie auch um die gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die ihrerseits durch politisch-kulturelle und politisch-ideologische (Hegemonie-)Kämpfe in der Zivilgesellschaft diskursiv abgesichert oder aber in Frage gestellt werden.

Zweitens liegt den regulationstheoretischen Arbeiten ein Ökonomie-Begriff zugrunde, der in der Kritik betriebszentrierter und gleichgewichtstheoretischer Konzepte durch eine makroökonomische Perspektive gekennzeichnet ist, die keynesianisch oder neo-marxistisch ausgefüllt wird. So werden die Produktionsbeziehungen als Formen spezifischer sozialer Macht- und Aneignungsverhältnisse begriffen. Zuweilen wird explizit an Überlegungen von Nicos Poulantzas (1975: 21ff) angeknüpft, der die konkrete kapitalistische Gesellschaftsformation als das Ensemble unterschiedlicher, auch nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die jedoch kapitalistisch dominiert sind, betrachtete; und der durch die Annahme eines Primats der Produktionsverhältnisse gegenüber den Produktivkräften den vermeintlich neutralen Charakter technologischer Innovationen in Frage stellte.

Schließlich zeichnet sich die Regulationstheorie drittens durch eine doppelte Vergleichsperspektive aus. Im Unterschied zum VoC-Ansatz, der unterschiedliche Kapitalismusmodelle eigentlich nur im Raum, d.h. im internationalen Vergleich, analysiert, interessieren sich regulationstheoretische Arbeiten auch für intertemporale Vergleichsaspekte. In der historischen Zeit werden jedenfalls unterschiedliche Kapitalismusmodelle – Fordismus, High-Tech-Kapitalismus oder Finanzmarktkapitalismus – differenziert, die jeweils durch spezifische Muster der kapitalistischen Akkumulation und Regulation geprägt sind (vgl. Grahl/Teague 2000; Aglietta u.a. 2002).

Gerade der letztgenannte Aspekt verdeutlicht, dass die Regulationstheorie in dem Maße, wie sie die gesellschaftsstrukturellen Effekte der kapitalistischen Akkumulation, Produktion und

Arbeitsorganisation fokussiert, die Post-VoC-Diskussion weitertreibt: So stellt sie ein Analyse- und Interpretationsraster zur Verfügung, das die Entwicklungsdynamik und damit den Wandel von Kapitalismusmodellen endogenisiert und in der Lage ist, die Variante eines sozialen Wandels innerhalb formal unveränderter institutioneller Settings zu denken. Letzteres schließt mit ein, auch den sozialen Charakter spezifischer institutioneller Arrangements expliziter zu thematisieren, bis hin zu dem Punkt, dass sich im Kontrast zum VoC-Ansatz die Differenzierung unterschiedlicher Kapitalismusmodelle nicht auf zwei Varianten beschränkt, sondern – selbst auf den europäischen Raum begrenzt – eine Vielzahl spezifischer Varianten umschließt (vgl. Amable 2003).

Trotz dieser prinzipiell vorteilhaften Optionen bleiben einige Schwierigkeiten und Probleme jedoch bestehen. So sind auch die regulationstheoretischen Arbeiten insofern durch einen impliziten Funktionalismus gekennzeichnet, als die Regulationsweise primär unter dem Aspekt der Stabilisierung des Akkumulationsregimes betrachtet wird. Diese Tendenz ist freilich umso ausgeprägter, je stärker den einzelnen Arbeiten eine sozialtechnologisch-regulative Problemlösungskonzeption zugrunde liegt und kaum mehr danach gefragt wird, wie sich gesellschaftliche Widersprüche und Krisen zuspitzen und in ihnen spezifische Machtverhältnisse und Konflikte artikulieren. Doch nicht nur mit Blick auf eine funktionalistische Engführung liegen die Regulationstheorie und der VoC-Ansatz mitunter recht nahe beieinander. Sie teilen auch das Problem, dass ihre Analyseperspektiven ontologisch durch eine Nationalstaat-Weltmarkt-Dichotomie geprägt sind (vgl. Bieling/Deppe 1996a: 487; oder auch die Beiträge in Brand/Raza 2003)¹, es ihnen also zumindest schwer fällt, die inter- und transnationalen Dynamiken der kapitalistischen Entwicklung, die im Kontext der Globalisierung zweifelsohne an Bedeutung gewonnen haben, theoretisch-konzeptionell zu erfassen.

1 Das Problem einer dichotomischen Konzeptualisierung des Verhältnisses von Nationalstaat und Weltmarkt-betrifft allerdings nicht alle regulationstheoretischen Ansätze gleichermaßen. Die weniger bekannte Grenobler Schule hat z.B. schon früh auf die spezifische räumliche Verzweigung unterschiedlicher Produktionssysteme aufmerksam gemacht (vgl. Becker 2009).

3. Nationale Entwicklungspfade aus der Perspektive der neo-gramscianischen GPÖ

Um dieses Problem, das zum Teil durch den historischen Entstehungskontext der Regulationstheorie bedingt ist, zu überwinden, bietet es sich an, die regulationstheoretische Perspektive mit Hilfe der neo-gramscianischen GPÖ zu erweitern, vor allem zu transnationalisieren. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass auch die neo-gramscianische GPÖ keine klar umrissene, in sich geschlossene Theorie darstellt, sondern eher ein Ensemble aufeinander abgestimmter oder zumindest miteinander kombinierbarer Theoriefragmente. Sehr grob lässt sich die neo-gramscianische GPÖ in drei Stränge untergliedern (vgl. Bieling 2011): in die kritisch-realistische Perspektive von Robert Cox; in die transnationale Perspektive der sogenannten „Amsterdamer Schule“; sowie die konstitutionalistische Perspektive, die vor allem von Stephen Gill entwickelt wurde. Wie der Name schon sagt, adressiert die neo-gramscianische GPÖ vornehmlich Fragen der Globalen und allenfalls nachgelagert auch Fragen der Vergleichenden Politischen Ökonomie. Der Neo-Gramscianismus kann demzufolge einige Aspekte in die Diskussion mit einbringen, die von der Regulationstheorie weitgehend ausgeklammert werden. Nicht zuletzt können neo-gramscianische Konzepte dazu beitragen, die zuletzt genannten Schwächen oder Gefahren in der regulationstheoretischen Diskussion, d.h. ihren zuweilen aufscheinenden funktionalistischen Problemlösungsbias und die Nationalstaat-Weltmarkt-Dichotomie, produktiv zu bearbeiten.

Um den potenziellen Ertrag dieser Bearbeitung zu ermessen, ist es zunächst erforderlich, sich der Grundgedanken der neo-gramscianischen GPÖ zu vergewissern (Bieling/Deppe 1996b; Bieler/Morton 2006). Diese stützt sich zwar auf die Überlegungen vieler Klassiker – so z.B. von Karl Marx, Fernand Braudel, Karl Polanyi oder Max Weber –, in besonderem Maße jedoch auf die theoretischen Reflexionen und Kategorien des italienischen Politikers und Philosophen Antonio Gramsci. Einige der von diesem entwickelten Konzeptionen – wie z.B. die der „Hegemonie“, des „historischen Blocks“, der „Zivilgesellschaft“ oder der „passiven Revolution“ – bilden wichtige Eckpunkte eines Forschungsprogramms, dessen analytische Perspektive durch spezifische Merkmale gekennzeichnet ist:

Ein erstes Merkmal besteht in dem umfassenden, historisch und gesellschaftstheoretisch anspruchsvoll angelegten Verständnis von inter- oder transnationaler Hegemonie. So begreift die neo-gramscianische GPÖ Hegemonie als einen konsensual abgestützten Modus transnationaler Vergesellschaftung, der über die Beziehungen zwischen den Staaten hinaus weist (Cox 1983: 171f). Dabei geraten nicht nur die Prozesse der ökonomischen Durchdringung und Interdependenz, sondern auch die transnationalen Dimensionen der Sozialbeziehungen, einschließlich der mit diesen korrespondierenden Formen der diskursiven, kulturellen und politisch institutionellen Herrschafts- und Konsensorganisation in den Blick.

Ein zweitens Merkmal der neo-gramscianischen GPÖ besteht in einem besonderen Staatsverständnis. Der Staat bildet danach eine spezifisch institutionalisierte Arena sozialer (Klassen-) Kämpfe (vgl. Cox 1987: 19), deren Operationsweise an gesellschaftliche Macht- und Kräfteverhältnisse und die Strukturen der sozioökonomischen, kulturellen und ideologischen Reproduktion rückgebunden ist. Der Zusammenhang zwischen der Regierungspraxis der offiziellen Staatsapparate und deren alltagsweltlicher Legitimation stützt sich in diesem Sinne auch auf die Prozesse der zivilgesellschaftlichen Konsensgenerierung und Kompromissfindung. Um dies zu unterstreichen, spricht die neo-gramscianische GPÖ vielfach von Staats-Zivilgesellschafts-Komplexen.

Die Tragfähigkeit von inter- und transnationalen hegemonialen Strukturen ist drittens jedoch nicht nur das Produkt staatlich-zivilgesellschaftlicher Interaktionsprozesse. In gewisser Weise sind die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure selbst noch als das Produkt der gegebenen sozioökonomischen (Re-)Produktionsbedingungen zu begreifen. Mehr noch, die Ausstrahlungsfähigkeit und – partielle – internationale Verallgemeinerbarkeit eines kapitalistischen Entwicklungsmodells gründet sich immer auch auf die den sozioökonomischen (Re-)Produktionsbedingungen eingeschriebenen produktiven Potenziale. In der Begrifflichkeit der neo-gramscianischen GPÖ kann ein solches Entwicklungsmodell im nationalen oder transnationalen Rahmen als (trans-)nationaler „historischer Block“ identifiziert werden. Ein solcher Block ist dann gegeben, wenn innerhalb einer historischen Konstellation ein – mehrere nationale Gesellschaftsräume übergreifendes – relativ kohärentes Zusammenspiel von ökonomischer Akkumulation,

politisch-institutioneller Regulation und zivilgesellschaftlichen Diskursen erkennbar ist.

Viertens ist die Herausbildung von nationalen oder transnationalen „historischen Blöcken“ insofern kontingent, als dieser Prozess vor allem auf der Fähigkeit sozialer und politischer AkteurInnen beruht, ihre Interessen in der Form allgemein akzeptierter Ideen, Normen, Regeln und Institutionen zu universalisieren. In der neo-gramscianischen GPÖ wird dieser Prozess der Ausbreitung und Verallgemeinerung von Hegemonie oft als „passive Revolution“ beschrieben (vgl. Morton 2010). Hierunter ist eine „von außen“ und/oder „von oben“ eingeleitete Transformation gesellschaftlicher Strukturen, also um eine Umwälzung zu verstehen, die sich ohne eine wirkliche, „von unten“ realisierte Revolution vollzieht.

Schließlich besteht ein fünftes Merkmal darin, dass sich die neo-gramscianische GPÖ gerne explizit – und in Abgrenzung von sog. „Problemlösungstheorien“ – als „kritische Theorie“ bezeichnet (vgl. Cox 1981: 128f). Ihr geht es vor allem darum, die Widersprüche, die den gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen eingeschrieben sind, zu identifizieren und die Prozesse ihrer gesellschaftspolitischen Artikulation zu betrachten. Von besonderer Bedeutung sind hierbei – ähnlich wie für die Regulationstheorie – gesellschaftliche Krisenprozesse und Phasen des Umbruchs, da diese zumindest die Option der gesellschaftlichen Neuordnung eröffnen. Ob und wie derartige (Hegemonie-)Krisen bearbeitet werden, ob emanzipatorisch, nationalistisch, autoritär-repressiv etc. (vgl. auch Polanyi 1944), ist tendenziell offen. Krisen markieren oft Wendepunkte, an denen unterschiedliche Formen der Kritik artikuliert und – unter Berücksichtigung aller Konzessionen an die tradierten polit-ökonomischen, institutionellen und soziokulturellen Gegebenheiten – in der politischen Praxis umgesetzt werden.

Die skizzierten Merkmale weisen darauf hin, dass zwischen der Regulationstheorie und der neo-gramscianischen GPÖ eine gewisse Wahlverwandtschaft besteht, die in einem ähnlichen Verständnis des Zusammenspiels von Ökonomie, Politik und Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Einige Hinweise mögen dies knapp illustrieren:

Erstens beruht die kapitalistische Ökonomie in beiden Perspektiven maßgeblich auf sozialen Produktionsbeziehungen, die über ein Ensemble externer Marktbeziehungen miteinander verknüpft sind. Das besondere an dem Begriff der sozialen Produktionsbe-

ziehungen besteht darin, dass die Ökonomie selbst als ein soziales Kräftefeld, d.h. als ein Terrain der gesellschaftlichen Auseinandersetzung begriffen wird, das auch politischen, institutionellen und kulturellen Einflüssen ausgesetzt und in vielfacher Hinsicht vermachet ist.

Zweitens gehen sowohl die Regulationstheorie als auch die neo-gramscianische GPÖ davon aus, dass die kapitalistische Entwicklung durch jeweils spezifische – nationale und internationale – Reproduktionsmuster gekennzeichnet ist, die ihrerseits durch Krisen- und Umbruchphasen unterbrochen und in Frage gestellt werden. Im Gegensatz zur Regulationstheorie richtet sich der neo-gramscianische Fokus hierbei eher auf den internationalen Kontext. Für sie sind die – fortgeschrittenen – nationalen Kapitalismusmodelle zugleich allerdings insofern von Interesse, als sie den Prozess der trans- und internationalen Hegemoniebildung begünstigen (vgl. Cox 1987).

Drittens ähneln sich beide Theorieperspektiven in der Betrachtung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Deren Charakter ist maßgeblich durch die Widersprüche der kapitalistischen Verwertung im engeren Sinne, also durch die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit bestimmt, erschöpft sich jedoch keineswegs hierin. Auch andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse – etwa zwischen den Geschlechtern oder Ethnien – haben eine konstitutive Bedeutung; und zwar sowohl für den Prozess der kapitalistischen Akkumulation selbst, da sie auf die Kapital-Arbeit-Beziehungen einwirken, als auch für die Hegemoniekämpfe, da sie sich mit Blick auf konkrete politische Projekte in den Arenen der Zivilgesellschaft jeweils spezifisch artikulieren.

Die skizzierten Gemeinsamkeiten, zumindest komplementären Sichtweisen, machen es möglich, die regulationstheoretischen Defizite mit Hilfe der neo-gramscianischen GPÖ zu korrigieren. Letztere kann vor allem dadurch, dass sie die gesellschaftlichen Widersprüche, Verteilungskonflikte und hegemonialen Kämpfe akzentuiert, den impliziten Funktionalismus und den Problemlösungsbias regulationstheoretischer Betrachtungen abschwächen. Darüber hinaus liefert die neo-gramscianische GPÖ mit dem Konzept des „transnationalen historischen Blocks“ einen Theoriebaustein, mit Hilfe dessen die Nationalstaatsfixierung der Regulationstheorie aufgebrochen und überwunden werden kann. Dieses unterstellt keineswegs, dass die Vorstellung spezifischer

nationaler kapitalistischer Entwicklungsmodelle einfach überholt ist, da diese im internationalen Raum nicht einfach miteinander verschmelzen. Es weist jedoch darauf hin, dass die nationalen Entwicklungsmodelle durch inter- und transnationale Vergesellschaftungselemente – angefangen von Handels-, Produktions- und Kreditbeziehungen über deren institutionelle und rechtliche Gestaltung bis hin zu transnationalen zivilgesellschaftlichen Diskussionen und Kooperationsbeziehungen – überformt und zum Teil wesentlich konstituiert werden (vgl. Beckmann u.a. 2003; Becker/Jäger 2012; auch Becker/Jäger in diesem Band).

Die nationalen Kapitalismusmodelle sind in dem Maße externen Einflüssen ausgesetzt, wie sie sich im Kontext regionaler und globaler Integrationsdynamiken reproduzieren. So verweist die neo-gramscianischen GPÖ zwar einerseits auf die übergreifenden Prozesse, berücksichtigt andererseits aber auch die Fortexistenz national spezifischer kapitalistischer Entwicklungspfade. In Bezug auf national spezifische kapitalistische Entwicklungspfade wird idealtypisch etwa zwischen den liberal orientierten Staaten des Locke'schen *'heartlands'* und den sogenannten Hobbes'schen *'contender states'* (van der Pijl 2006: 6ff) oder zwischen *'hyperliberal forms of state'* und „staatskapitalistischen“ Reorganisationsmodellen differenziert (Cox 1987: 286ff). Innerhalb der idealtypischen „Grob-Differenzierung“ werden die Organisationsmuster der bestehenden Kapitalismusmodelle dann empirisch weiter spezifiziert. Die tatsächliche Varianz kapitalistischer Entwicklungspfade kann hierdurch konzeptionell aber nur unzureichend erfasst werden. So drängt sich die Option auf, nicht nur die regulationstheoretischen Konzepte durch die neo-gramscianische GPÖ zu erweitern, sondern auch andersherum die neo-gramscianische GPÖ regulationstheoretisch zu unterfüttern: Zum einen schärft die Konzeption des Akkumulationsregimes den Blick für die makroökonomischen Regelmäßigkeiten – wie auch der Krisenpotenziale – und der hierauf bezogenen wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Regulationsformen; und zum anderen ist die Konzeption der Regulationsweise geeignet, die institutionellen Spezifika von transnational überformten, letztlich aber auch stets national besonders umgesetzten Reorganisationsprozessen zu erfassen.

4. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die in diesem Beitrag entwickelten Überlegungen sollten deutlich gemacht haben, dass eine neo-gramscianisch erweiterte und partiell reformulierte Regulationstheorie dazu beitragen kann, die Defizite der – im Kontext der (Post-)VoC-Diskussion entfalteten – VKF zu überwinden. Die institutionalistisch verengte, zumeist sehr statische und methodologisch nationalistische Vergleichsperspektive kann mit ihr mehrfach aufgebrochen werden: durch die Analyse der materiellen, diskursiven und institutionellen Macht- und Herrschaftsverhältnisse; durch eine doppelte Vergleichsperspektive, die mit Blick auf gesellschaftliche Widersprüche, Krisen und Konflikte, also Prozesse des Wandels und der Transformation nicht nur im „Raum“, sondern auch in der „Zeit“ unterschiedliche kapitalistische Entwicklungsmodelle zu identifizieren vermag; und durch die Berücksichtigung supra- und transnationaler Dynamiken, die die Entwicklung und Ausprägung der nationalen Modelle gleichsam überformen und strukturieren. Die genannten Impulse tragen allesamt dazu bei, die vergleichende Kapitalismusanalyse dynamischer zu fassen sowie international und gesellschaftlich zu kontextualisieren. Der letztgenannte Aspekt schließt mit ein, dass auch herrschafts- und kapitalismuskritische Fragestellungen und Konzepte wieder stärker in die vergleichende Diskussion eingebracht werden.

Die kritische Erweiterung und Komplexitätssteigerung der Analyseperspektive wirft letztlich aber auch neue Probleme auf. Diese ergeben sich nicht zuletzt aus der eher holistischen Analyseperspektive, die allenfalls eine grobe „Anleitung“ dafür liefert, wie die charakteristischen Merkmale und Interaktionsmuster zwischen Ökonomie, Politik und Gesellschaft – einschließlich die darin eingelagerten Macht- und Herrschaftsverhältnisse – empirisch zu entschlüsseln sind. Durch die „Dehnbarkeit“ der gramscianischen Kategorien wird dieses Problem einerseits noch verstärkt, andererseits möglicherweise aber auch überwunden. Denn letztlich weist die Dehnbarkeit darauf hin, dass die gramscianischen Kategorien fast immer einer kontextabhängigen Spezifizierung bedürfen und mit Blick auf den konkreten Untersuchungsgegenstand operationalisiert werden müssen. Wie dies im Kontext der europäischen Integration erfolgen kann, ist in der komparativen Analyse der Arbeitsbeziehungen, Arbeitsmärkte

und Wohlfahrtsstaaten oder der öffentlichen Infrastruktur zumindest ansatzweise dargelegt worden (vgl. u.a. Beckmann 2007; Bieling/Deppe 1997; Bieling u.a. 2008). Allerdings verdeutlichen die bislang vorliegenden Untersuchungen auch die Schwierigkeiten, eine neo-gramscianisch erweiterte regulationstheoretische Perspektive forschungspraktisch umzusetzen. So lassen sich die supra- und transnationalen Einflüsse auf die nationalen Kapitalismusmodelle, sofern es sich um ökonomische, institutionelle und rechtliche Prozesse handelt, noch relativ gut erfassen, indessen die diskursiv-ideologischen sowie macht- und herrschaftssoziologischen Aspekte, also zentrale Aspekte einer neo-gramscianischen Analyseperspektive sehr viel schwieriger empirisch zu untersuchen sind. Diese Schwierigkeiten sind – je nach Untersuchungsgegenstand und Fragestellung – mitunter sehr beträchtlich. Letztlich bleibt all denjenigen, denen an einer zeitgemäßen und kritischen – komparativen – Kapitalismusanalyse gelegen ist, jedoch keine andere Wahl, als nach Wegen der zu suchen, die angesprochenen Herausforderungen zu überwinden.

Jane Hardy

Ungleiche und kombinierte Entwicklung als Grundlage der Vergleichenden Kapitalismusforschung: Räumlichkeit, Arbeit und institutionelle Konfigurationen

In Anlehnung an das Forschungsprogramm des „Spielarten des Kapitalismus“ (VoC)-Ansatzes (Crouch u.a. 2009; Hall/Soskice 2001) haben sich in den vergangenen Jahren zahlreiche AutorInnen mit der Frage beschäftigt, welche Spielart des Kapitalismus sich in den postkommunistischen Ökonomien seit 1990 herausgebildet hat. Während auf der einen Seite argumentiert wurde, dass der konzeptionelle Rahmen des VoC-Ansatzes in leicht modifizierter Form für die Analyse von Mittel- und Osteuropa fruchtbar gemacht werden könne (Feldmann 2006; King 2007), haben andere ihre Kritik deutlicher formuliert und behauptet, dass dieser Ansatz nicht dafür geeignet sei, die Dynamiken von Wirtschaftssystemen im Umbruch zu erfassen (Bohle u.a. 2007; Lane 2007a). Die wohl anspruchsvollste Typologie postkommunistischer Ökonomien haben Drahekoupil und Myant (2011, vgl. auch den Beitrag dieser Autoren im vorliegenden Band) vorgelegt. Sie kombinieren unterschiedliche Formen der Einbindung in die Weltwirtschaft mit internen ökonomischen, politischen und institutionellen Faktoren und entwickeln daraus fünf Typen postkommunistischer Ökonomien. Zwar stellt eine solche Typologie eine nützliche Kategorisierung dar, allerdings lässt sich daraus kein überzeugender theoretischer Rahmen entwickeln, um die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Institutionen darzulegen und ihren kausalen Zusammenhang mit der jeweiligen Wirtschaftsleistung zu erklären. Während VoC-Ansätze nach länderspezifischen institutionellen und strukturellen Regelmäßigkeiten suchen, um die Transformation von und Krisen in diesen Ökonomien zu erklären, wird in diesem Beitrag eine andere Perspektive verfolgt. Er lenkt unter Rückgriff auf die Theorie der

kombinierten und ungleichen Entwicklung den Fokus auf diejenigen Prozesse, die der Entwicklung und den Wechselbeziehungen kapitalistischer Wirtschaftsordnungen im Allgemeinen zugrunde liegen, und verdeutlicht dies exemplarisch an den mittel- und osteuropäischen Ländern.

In einem ersten Schritt wird zunächst die Theorie der kombinierten und ungleichen Entwicklung rekonstruiert. Diese unterbreitet ein erweitertes Verständnis bisheriger Ansätze, indem sie die Begriffe der Räumlichkeit, der Arbeit und der Institutionen erneuert. Vor dem Hintergrund dieses theoretischen Rahmens wird in den Abschnitten drei und vier ein Überblick über Transformation und Wendungen der Krise in den mittel- und osteuropäischen Ländern gegeben.

1. Theorie der kombinierten und ungleichen Entwicklung

Der Begriff der kombinierten und ungleichen Entwicklung geht auf Trotzki's *Geschichte der Russischen Revolution* (1930-1933/2010) zurück. Smith (2006: 182) weist darauf hin, dass das analytische Potential des Ansatzes dadurch verwässert worden war, dass er als Rechtfertigung für unterschiedlichste politische Positionen erhalten musste und teilweise behauptet wurde, dass „alles in der Welt“ dadurch zu erklären sei. So bezeichnete beispielsweise Novack (1972: 82) den Ansatz als „eines der grundlegenden Gesetze menschlicher Geschichte“ und als ein „wissenschaftliches Gesetz mit der weitestgehenden Anwendung auf den historischen Prozess“. Demgegenüber merkte Elster (1986: 56) an, dass die Theorie nicht „mit ausreichend Präzision und Allgemeingültigkeit [ausgestattet ist], um ihre Erklärungskraft beurteilen zu können“. Dennoch wurde die Debatte um kombinierte und ungleiche Entwicklung in jüngerer Zeit wieder aufgegriffen und neu belebt (vgl. Anievas 2010; Dunn/Radice 2006). Die Unvollständigkeit und Mehrdeutigkeit von Trotzki's Ansatz und den nachfolgenden Konzepten sowie die Herausforderungen eines fortgeschrittenen Kapitalismus haben für eine umfassende und konsequente Weiterentwicklung der Theorie – ausgehend von Marx' Untersuchung der grundlegenden Funktionsweise des Kapitalismus – Raum gelassen. Die Darlegung der Theorie in diesem Beitrag konzentriert sich auf den spezifischen Zusammenhang zwischen 'kombinierter'

und 'ungleicher' Entwicklung, auf die Frage, inwiefern eines der beiden Konzepte zu bevorzugen ist, auf das Verhältnis von Räumlichkeit und Arbeit sowie auf institutionelle Konfigurationen.

*Kombinierte und ungleiche Entwicklung
(oder ungleiche und kombinierte Entwicklung)*

Trotzki bezog unter Rückgriff auf Lenin (1964) den Begriff der ungleichen Entwicklung auf drei Dimensionen (Davidson 2010). Erstens spiegele sich die ungleiche Entwicklung von Industriebranchen, einzelnen Unternehmen und Ländern im weiteren Sinne in der strukturierten Ungleichheit des Weltsystems wider. Zweitens existiere eine permanente Rivalität zwischen Großmächten, im Kampf um die Vorherrschaft, „aufzuholen und [sich gegenseitig] zu überholen“. Drittens behaupteten entwickelte imperialistische Staaten kollektiv, aber zugleich in Konkurrenz zueinander, ihre Dominanz sowohl gegenüber Kolonien als auch gegenüber „unterschiedlichen Formen abhängiger Länder, die politisch zwar formell unabhängig sind, aber tatsächlich in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeiten verstrickt sind“ (ebd.: 184). Dies wird an folgendem, häufig angeführten Zitat von Trotzki deutlich:

Die geschichtliche Gesetzmäßigkeit hat nichts gemein mit pedantischem Schematismus. Die Ungleichmäßigkeit, das allgemeinste Gesetz des historischen Prozesses, enthüllt sich am krassesten und am verwickeltesten am Schicksal verspäteter Länder. Unter der Knute äußerer Notwendigkeit ist die Rückständigkeit gezwungen, Sprünge zu machen. Aus dem universellen Gesetz der Ungleichmäßigkeit ergibt sich ein anderes Gesetz, das man mangels passenderer Bezeichnung das Gesetz der kombinierten Entwicklung nennen kann, im Sinne der Annäherung verschiedener Wegetappen, Verquickung einzelner Stadien, des Amalgams archaischer und neuzeitiger Formen. [...] Ein rückständiges Land eignet sich die materiellen und geistigen Eroberungen fortgeschrittener Länder an. [...] Gezwungen, den fortgeschrittenen Ländern nachzueifern, hält das rückständige Land die Reihenfolge nicht ein: das Privileg der historischen Verspätung [...] zwingt, sich das Fertige vor der bestimmten Zeit anzueignen, eine Reihe Zwischenetappen zu überspringen. (Trotzki 2010: 8f)

Allerdings ist Trotzki selbst nicht auf die der Ungleichheit zugrunde liegenden Triebkräfte und Ursachen eingegangen. Ein angemessenes Verständnis des Begriffs der „Knute äußerer Notwendigkeit“ kann nur über die Kenntnis der grundlegenden Funktionsweise des Kapitalismus ausgehend von Marx' Wertgesetz

erfolgen. Dieses beruht auf dem wesentlichen Widerspruch zwischen der konstanten Tendenz zur Differenzierung – basierend auf der Teilung der Arbeit und der Organisation der Produktion – sowie der gegenläufigen Tendenz zur Universalisierung, die sich in der tendenziellen Angleichung der Profitrate widerspiegelt (Smith 2006). Diese entscheidende Dynamik des Kapitalismus enthält ein räumliches Element, welches sich ganz konkret darin manifestiert, dass das Kapital an genau die Orte fließt, an denen höhere Profite erzielt oder rückläufige Gewinne wieder ausgeglichen werden können. Die Widersprüchlichkeit zwischen diesen beiden gegensätzlichen Tendenzen besteht darin, dass einerseits eine radikale Differenzierung und andererseits eine wettbewerbliche Angleichung der Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion stattfindet.

In der Praxis löst sich dieser der Logik der Kapitalakkumulation inhärente Widerspruch in ungleicher geografischer Entwicklung auf, die einerseits voneinander abgegrenzte eigenständige Orte hervorbringt und gleichzeitig diese Orte grenzüberschreitend in eine einheitliche Form zwingt. [...] Diese Tendenz der Nivellierung des Kapitalismus nagt permanent an der radikalen Differenzierung der Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskraft. Und dennoch unterläuft die zerstörerische Teilung der Arbeit gleichfalls unaufhörlich diese „Ver-nichtung von Raum durch Zeit“. (ebd.: 190)

Anders ausgedrückt führt der Wettbewerb um Märkte zwischen Unternehmen der gleichen Branche sowie der Ab- und Zufluss von Kapital aus weniger profitablen hin zu profitableren Sektoren zur Bildung einer allgemeinen Profitrate. Wettbewerb stellt somit eine ausgleichende Kraft dar. Allerdings bringen technologischer und institutioneller Wandel sowie die Gegenwehr der ArbeiterInnen permanent neue Ungleichheit hervor. Das Resultat ist ein doppelter Prozess der Angleichung und Differenzierung, da Kapital immer auf die Realisierung zusätzlicher Gewinne durch die Steigerung der Produktivität und die Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft im eigenen Unternehmen ausgerichtet ist (Ashman 2006).

Obwohl Ungleichheit in sämtlichen Epochen und innerhalb unterschiedlicher Produktionsweisen existierte, ist die Ungleichheit im Kapitalismus bedingt und hervorgebracht von systemimmanenten Zwängen – nämlich Wettbewerb, abstrakter Arbeit und dem Wertgesetz. Diese Triebkräfte bringen Bestimmungen

zweiter Ordnung wie Exporte, Handel, Investitionen und die Finanzwirtschaft hervor, die wiederum die Teilung der Arbeit innerhalb und zwischen den Ländern prägen.

Der kombinierte Charakter von Entwicklung war deutlich umstrittener. Mit der Begründung, dass sich Trotzki speziell auf die internen Auswirkungen ungleicher Entwicklung bezog, schlägt Davidson (2010) vor, die ursprüngliche Reihenfolge von „ungleicher“ vor „kombinierter“ Entwicklung beizubehalten, weil letztere eine logische Konsequenz ersterer sei. So argumentiert er, dass „ungleiche und kombinierte Entwicklung zwar ein Resultat der weltwirtschaftlichen Ordnung ist, sich aber erst innerhalb der einzelnen Komponenten des Staatensystems entfaltet; die territorialen Grenzen dieser Staaten sind der Punkt, an dem die spezifischen Kombinationen zustande kommen“ (ebd.: 193).

Dies wirft eine entscheidende Frage nach der Theoretisierung des Verhältnisses von nationalen Staatsformationen und den Interdependenzen des Weltmarktes auf. Die Annahme, die hier vertreten wird, schließt an Barker (2006) an, der einen erweiterten Begriff „kombinierter“ Entwicklung vorschlägt, welcher in Trotzki's Schriften implizit mitschwingt.

Der Kapitalismus bringt die einzelnen Länder einander wirtschaftlich näher und gleicht ihre Entwicklungsstufen einander an. Er tut dies jedoch mit *'seinen eigenen'* (*Hv. im Original*), d.h. anarchistischen Methoden, die ständig sein eigenes Werk untergraben, ein Land dem anderen und einen Industriezweig dem anderen entgegenstellen, die Entwicklung einiger Teile der Weltwirtschaft fördern und gleichzeitig die Entwicklung anderer Teile hemmen und zurückwerfen. Nur das Zusammenwirken dieser beiden Grundtendenzen, [...] der Angleichung und des Auseinanderstrebens, die sich beide aus dem Wesen des Kapitalismus ergeben, vermag uns das lebendige Gewebe des historischen Prozesses zu erklären. (Trotzki 1993: 39)

Dies unterstreicht das widersprüchliche Wesen des Kapitalismus, dem der gleichzeitige Antrieb hin zu Angleichung und Ungleichheit zugrunde liegt, betont aber auch den expansiven Charakter und die Wechselbeziehungen innerhalb des Systems. Die allgemeine Behauptung, dass die Entwicklungsstufe einer Gesellschaft oder Ökonomie – im Positiven wie im Negativen – eine Bedingung für die Entwicklungsstufe anderer Gesellschaften und Ökonomien darstellt, gewinnt im fortgeschrittenen Kapitalismus an Relevanz. Ungleichheit beinhaltet Differenz und Hierarchie, aber gleichzeitig auch eine Totalität, in der Ungleichheit überhaupt

erst auftreten kann; „[eine] einzelne untergliederte Einheit, die systematische Ungleichheiten zwischen ihren jeweiligen Teilen erzeugt“ (Ashman 2006: 93). Anstatt die Weltwirtschaft also als eine Ansammlung von unterschiedlichen Kapitalismen zu betrachten, muss Kapitalismus als ein System verstanden werden, welches die Welt in einem einheitlichen, interaktiven Produktionszusammenhang unter der Dominanz des Kapitals vereinigt.

Räumlichkeit und Arbeit

Aktuelle Debatten über kombinierte und ungleiche Entwicklung sind – explizit oder implizit – in der Disziplin der Internationalen Beziehungen angesiedelt (Anievas 2010; Dunn/Radicce 2006). Durch ihren Fokus auf die Analyseeinheit des Nationalstaates und die Begriffe der Klasse und der Arbeit drehen sie sich größtenteils um eine Reihe von allgemeinen und auf der Makroebene angesiedelten Diskussionen auf hohem Abstraktionsniveau (Ashman 2010; Callinicos/Rosenberg 2010; Davidson 2010). Diese historisch-soziologische Metaanalyse hat sich unter Bezugnahme auf die Koexistenz von unterschiedlichen Produktionsweisen innerhalb einzelner Länder im „Globalen Süden“ im Wesentlichen auf das Verhältnis von imperialistischen Mächten und abhängigen, „rückständigen“ Ökonomien konzentriert. Ein solch breit angelegter Ansatz und das Festhalten am Nationalstaat als zentraler analytischer Kategorie spielen jedoch das Potential des Konzepts der kombinierten und ungleichen Entwicklung für das Verständnis der Dynamiken zwischen vergleichsweise fortgeschrittenen Ökonomien, die durch wachsende und zunehmend komplexere Interdependenzen charakterisiert sind, herunter. Insbesondere der Begriff des „Globalen Südens“ ist problematisch, da er äußerst unterschiedliche Kombinationen von Fortschritt und „Rückständigkeit“ umfasst und somit sein Potential als analytische Kategorie verliert. So lassen sich beispielsweise die postkommunistischen Ökonomien, die nach 1990 entstanden sind, nur schlecht in die Kategorien des „Globalen Nordens“ oder des „Globalen Südens“ einordnen.

GeografInnen haben sehr detailliert herausgearbeitet, wie die grundlegende Funktionsweise und die Mikrofundierung des Systems die dem Kapitalismus inhärente räumliche Ungleichheit produzieren (Harvey 2006; McGrath-Champ u.a. 2010; Smith 2008).

Andere haben – sowohl aus marxistischer als auch nicht-marxistischer Perspektive – untersucht, wie Ungleichheit durch die Komplexitäten globaler Wertschöpfungsketten hervorgebracht wird (Coe 2008; Rainnie u.a. 2011; Starosta 2010). Insbesondere die Notwendigkeit, eine Analyse von Ungleichheit und Räumlichkeit durch eine Untersuchung der Rolle von Arbeit zu untermauern, wurde stark vernachlässigt. In der VoC-Literatur erscheint Arbeit entweder als passive Größe im Rahmen nationaler Regime industrieller Beziehungen oder als eine Komponente in einem ganzen Bündel an Faktoren, die die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen (Drahokoupil/Myant 2011).

Die für das Verständnis von Ungleichheit und Räumlichkeit ausschlaggebende Rolle von Arbeit muss grob auf zwei Ebenen angesetzt werden. Erstens bildet Arbeitskraft als die alleinige Quelle von Wert, der durch die für die Produktion einer Ware notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die Grundlage für Marx' komplettes Theoriegebäude. Im Rahmen einer auf Wettbewerb beruhenden Akkumulation bemühen sich UnternehmerInnen um eine Vergrößerung des Mehrwerts (oder der Rate der Ausbeutung), indem sie den Arbeitstag ausdehnen, die Arbeit intensivieren oder Löhne absenken. Dies bedeutet konkret, dass die das Kapital repräsentierende Klasse unzählige Strategien in Bezug auf die Löhne und die Arbeitsorganisation anwendet, wogegen sich wiederum in unterschiedlichem Ausmaß die ArbeiterInnen – individuell und kollektiv – wehren (Starosta 2010: 442). Zweitens sind die Produktionsbedingungen in einem weiter gefassten Sinn durch den Kampf rivalisierender Fraktionen von Kapital und Arbeit geprägt (Herod 2006; Rainnie u.a. 2011). Dieser Widerspruch bringt Bestimmungen zweiter Ordnung hervor, die in institutionellen Formationen wie internationalen und nationalen Regulationsregimen, branchenspezifischen Besonderheiten, strukturellen Machtverhältnissen (Selwyn 2007) und der Machtverschiebung zwischen organisierten ArbeiterInnen und Kapital fassbar werden. Innerhalb dieses konzeptionellen Rahmens nimmt die gegenständliche und potentielle Rolle von Arbeit eine entscheidende Stellung ein. Der subjektive Charakter von Arbeit und die Verwirklichung der Arbeitskraft im Kampf mit dem Kapital am Ort der Produktion ist somit das Ergebnis komplexer und kontingenter Faktoren.

Institutionelle Konfigurationen

Wenn dem VoC-Ansatz vorgeworfen werden kann, in seiner Behauptung, dass Institutionen ökonomische Prozesse und die Wirtschaftsleistung innerhalb nationaler Territorien prägen, völkerrassistisch zu sein, könnte die Theorie der kombinierten und ungleichen Entwicklung als deterministisch angesehen werden, da sie dem Kapital und dem Akkumulationsprozess einen so großen Stellenwert bei der Formierung der Räume der Produktion einräumt. Obwohl die Welt in zunehmendem Maße in einen einheitlichen Weltmarkt integriert wird, stellt sie kein homogenes kapitalistisches Milieu dar (Barker 2006) und die soliden institutionellen Fundierungen, die ungleicher Entwicklung zugrunde liegen, wurden in der Analyse bisher vernachlässigt. Institutionen werden hier im weitesten Sinn verstanden und beinhalten nicht einfach nur die unterschiedlichen Verbindungen zwischen lokalen Zuständen, Kapital und ArbeiterInnenschaft, sondern auch das komplette politische und kulturelle Netz gesellschaftlicher Verhältnisse, in das sie eingebettet sind, sowie die entsprechenden lokalen Formen der Zivilgesellschaft (ebd.).

Myrdal (1957) argumentierte, dass ein „rückständiges“ Land über ausreichende institutionelle und kulturelle Kapazitäten verfügen muss, um sich fortschrittliche Technologien anzueignen. Obwohl Technologien gebrauchsfertig in einem Land ankommen können, wird dadurch nicht zwangsläufig das Vermächtnis alter Denkweisen überwunden, mit dem diese zumindest für einige Zeit koexistieren können. Die Nachahmung von und Angleichung an Elemente fortschrittlicher Kultur und Technologie ist grundsätzlich selektiv. Das bedeutet, dass ein „rückständiges“ Land einzelne Elemente einer fortschrittlichen Kultur importieren kann, während gleichzeitig alte Elemente eigener institutioneller Formen beibehalten werden. Mit anderen Worten, innerhalb der eigenen internen Strukturen kann ein Land moderne und archaische Bestandteile kombinieren und dadurch eine neue spezifische Mischform hervorbringen, durch die es sich von konkurrierenden Ländern unterscheidet. Allerdings sind nationale Eigenheiten nicht einfach nur eine Funktion ursprünglicher Differenzen, die bereits vorher existierten, sondern ein Produkt des Weltsystems, insofern es sich in jedem eigenständigen Staat spezifisch ausdrückt (Barker 2006). Jedes Land ist somit Teil eines größeren Ganzen und steht

in einem bestimmten, sich permanent verändernden Geflecht von Beziehungen mit anderen Teilen und der übergeordneten Gesamtheit. Gleichzeitig ist es geprägt von der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der eigenen Grenzen und zahlreichen Formen von ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Austauschbeziehungen über eben diese Grenzen hinweg (ebd.).

Weltwirtschaft und Nationalstaaten sind somit keine dichotomen Einheiten, wobei sich die Zwänge der Wertgesetze in Erstem entfalten und den Letzteren aufgebürdet werden. Vielmehr bedingen sie sich gegenseitig in einem Prozess, in dem Nationalstaaten zwar eingeschränkt und geprägt werden von den Vorgaben der weltwirtschaftlichen Akkumulationsprozesse, gleichzeitig jedoch die Strategien von Nationalstaaten und des Kapitals die weltwirtschaftlichen Akkumulationsprozesse umgestalten und neue Parameter und Dynamiken hervorbringen. Deshalb wird hier an dem Begriff der kombinierten und ungleichen Entwicklung als dem bevorzugten Ausdruck festgehalten, um dieses erweiterte Verständnis von Ansätzen zu unterscheiden, die Ungleichmäßigkeit vor Kombination den Vorrang geben. Vor dem Hintergrund dieses soeben entwickelten konzeptionellen Rahmens sollen nun Transformation und Wendungen der Krise in den mittel- und osteuropäischen Ländern geschildert werden.

2. Kombinierte, ungleiche und komprimierte Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Die Transformation mittel- und osteuropäischer Länder kann in dem Sinn als eine *kombinierte* Entwicklung bezeichnet werden, als dass Wachstum, Stagnation und letztendlicher Zerfall der kommunistischen Ökonomien sowie die daran anschließende Wiedereingliederung in den Kapitalismus im Kontext weltwirtschaftlicher Dynamiken verstanden werden müssen (Hardy/Rainnie 1996). Die Tatsache, dass diese Ökonomien nach 1990 durch schocktherapeutische Maßnahmen dem globalen Wettbewerb ausgesetzt wurden, entfesselte in unterschiedlichem Maße einen Prozess der kreativen Zerstörung, was die Ungleichheit zwischen und innerhalb der postkommunistischen Ökonomien verstärkte.

Neoliberale Beschreibungen der Restrukturierung der mittel- und osteuropäischen Ökonomien haben die Transformation von

einer kommunistischen Planwirtschaft zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft als einen linearen Prozess charakterisiert (Lip-ton/Sachs 1990). Im Gegensatz dazu haben evolutionäre und institutionelle Ansätze ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung als schrittweise Rekombination von ehemaligen und neuen Institutionen interpretiert (Grabher/Stark 1997). Anstatt jedoch den Wandel als stufenweise und vorhersehbar zu begreifen, sollte die Weltmarktintegration Mittel- und Osteuropas ab 1990 als ein Sprung verstanden werden, der zeitlich *komprimierte* Veränderungen (teilweise oder vollständig) beinhaltet hat. Während westeuropäische kapitalistische Ökonomien seit der Krise Mitte der 1970er Jahre einen ausgedehnten Zeitraum zur Restrukturierung ihrer Ökonomien zur Verfügung hatten, wurden diese Veränderungen in der Anfangsphase der Transformation postkommunistischer Ökonomien auf ein paar Jahre komprimiert.

Der Begriff des „Sprungs“ muss hinsichtlich der Art und Weise verstanden werden, wie mittel- und osteuropäische Ökonomien ehemals dem Stand der Technik und der Produktivität im Vergleich zu den fortschrittlichen Zentrumsländern hinterherhinkten. Ab 1990 boten die verstärkte weltwirtschaftliche Integration durch Handel und ausländische Investitionen sowie die beschleunigte finanzielle Zirkulation die Möglichkeit, technische und organisatorische Verbesserungen deutlich schneller zu erlangen. Dadurch wurden einzelne Aspekte eines fortgeschrittenen Kapitalismus in die Ökonomien Mittel- und Osteuropas auf ihrem damaligen Stand importiert und versetzten diese in die Lage, Wandel viel drastischer und rapider durchzuführen. Einen entscheidenden Anteil an diesem Prozess hatten die ausländischen Investitionen transnationaler Konzerne, deren Netzwerke inländisches Kapital aus Mittel- und Osteuropa entweder an sich banden oder ausschlossen (Hardy 1998). Gleichbedeutend war allerdings auch der Import einer ganzen Bandbreite an Fachwissen über die unterschiedlichsten Bereiche betriebswirtschaftlicher Führungsaufgaben, die einen Fundus an neuen diskursiven und materiellen Praktiken einführten (Hardy 2006). In den internationalen Handel wurden die mittel- und osteuropäischen Länder als Ökonomien mit einem niedrigen technologischen Stand dahingehend miteingeschlossen, dass sie Rohstoffe und einzelne Komponenten für die fortschrittlichen europäischen Ökonomien (insbesondere Deutschland) mit nur wenigen Innovationsinseln

bereitstellten (Hardy 2007). Dies führte zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Disparitäten in der Region.

Die Ökonomien Mittel- und Osteuropas haben eine Vielfalt an institutionellen Arrangements entwickelt, die von den Modellen des Designer-Kapitalismus und den Blaupausen, die ihnen in der Anfangszeit der Transformation aufgedrängt worden waren, abweichen. Somit sind die spezifischen und sich kontinuierlich entwickelnden Konfigurationen der postkommunistischen Ökonomien anhand ihrer zusammengesetzten, kombinierten oder gemischten Merkmale zu charakterisieren, die jedoch nicht als einzelne Entwicklungsstufen innerhalb eines linearen Prozesses von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft angesehen werden können.

Auch kommunistische Ökonomien waren nicht homogen und einer einzigen Logik unterworfen, was den Kurs, den sie bei der Umstrukturierung und Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft nahmen, beeinflusste. Erstens lassen sich unterschiedliche Ausgangspunkte und Anfangsbedingungen dieser Ökonomien feststellen, was die Vermächtnisse ihrer industriellen Strukturen, den Charakter und die Tiefe der Krise in den 1980er Jahren und den Grad ihrer Eingliederung in den Westen angeht. Ein zweiter Unterschied bezieht sich auf die Frage, wie die herrschende Klasse auf die wirtschaftliche Stagnation in den späten 1960er Jahren reagierte (Maddison 1991). Ein dritter Faktor, der die national unterschiedliche Pfadstruktur der Transformation nach 1989 beeinflusst hat, ist schließlich das Gleichgewicht politischer Kräfteverhältnisse sowie die spezifischen politischen und ökonomischen Routen, die eingeschlagen wurden. So waren ArbeiterInnen in Polen beispielsweise in der Lage, erheblichen Einfluss auf die Art der Privatisierung und die Umstrukturierung einzelner Firmen zu nehmen (Hardy 2009; Hardy/Rainnie 1996).

Darüber hinaus haben sich neue Muster der Kapitalakkumulation nicht in einem institutionellen Vakuum entfaltet. So war eine drastische Umstrukturierung von Institutionen notwendig, um die mittel- und osteuropäischen Ökonomien in die Weltwirtschaft zu integrieren. Dem Staat kam dabei eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Durchsetzung neuer Strukturen zu, die in Einklang mit und notwendig für den Neoliberalismus waren. Dementsprechend musste eine Reihe von Aufgaben wie beispielsweise die Regulierung des Wettbewerbs, die Vermittlung zwischen

ausländischem und inländischem Kapital und die Neuzuweisung von Eigentumsrechten bewerkstelligt werden.

War die erste Stufe der Transformation noch ein ziemlich chaotischer und umstrittener Versuch der Integration in einen zunehmend liberalisierten Weltmarkt, kann die Europäische Integration als eine systematische Konsolidierung dieses Ziels betrachtet werden (Bieler 2002; Bohle 2006). Die Strategie der Europäischen Union (EU) zielte darauf ab, neoliberale Reformen und den Einfluss des europäischen transnationalen Kapitals durch die Liberalisierung und Deregulierung Mittel- und Osteuropas voranzutreiben (Holman 2004; Shields 2004). Mit dem Anreiz der Mitgliedschaft ausgestattet, drängte die EU die mittel- und osteuropäischen Ökonomien dazu, ein spezifisches neoliberales Reformmodell zu übernehmen, welches häufig eine deutlich radikalere Variante als die Fassung, die in den bestehenden Mitgliedsstaaten betrieben wurde, darstellte. Unter dem Konformitätsdruck der EU-Regelungen im Hinblick auf staatliche Beihilfen und namentlich die Bestimmungen der Wettbewerbspolitik wurden diese Länder so eng an die Liberalisierung von Handel und Investitionen gebunden, dass es schwierig wurde, auf jedwede Forderungen von Mitgliedern der herrschenden Klasse nach Schutz oder Rückzug einzugehen (Bieler 2002).

Dabei war die Anpassung nationaler Politiken und Organisationen ab 1990 kein geradliniger Prozess, in dem der Staat die Anforderungen des globalen Kapitalismus in direkter oder gebrochener Form auf nationalstaatlicher Ebene umsetzte. Die konkurrierenden Interessen unterschiedlicher Fraktionen der herrschenden Klasse sowie die Kämpfe der organisierten ArbeiterInnenschaft verzögerten den Prozess und führten im Ergebnis zu einem politischen Kompromiss, insbesondere in Bezug auf Privatisierung und Wohlfahrt. Aus diesem Grund war die Umstrukturierung des Staates deutlich komplexer, als einfach nur die Bedingungen für die Funktionsweise des transnationalen Kapitals zu garantieren.

3. Die Wendungen der Krise in Mittel- und Osteuropa

Die Integration der mittel- und osteuropäischen Ökonomien in den europäischen und weltweiten Markt hat zwar den Charakter ihrer Krisenanfälligkeit geprägt, aber in gleicher Weise, wie sich die Krise in West- und Südeuropa unterschiedlich entfaltet hat,

variieren Art und Umfang der Krise in den ehemaligen kommunistischen Ländern der EU. Zwei spezifische Projekte, die das neoliberale Projekt konsolidiert und auf Mittel- und Osteuropa ausgeweitet haben, schufen die Voraussetzungen für die Art und Weise, wie diese Länder von der Krise getroffen wurden.

Das erste Projekt war die Schaffung eines Europäischen Binnenmarktes als einem populären Symbol, das zur Wiederaufnahme der Europäischen Integration Mitte der 1980er Jahre genutzt und 1992 verwirklicht wurde. Ein solcher gemeinsamer Markt öffnete die Ökonomien und brach vormals geschützte Sektoren auf (so zum Beispiel geschehen in den Dienstleistungs-, Versorgungs- und Telekommunikationssektoren). Das zweite Projekt war die Begründung der Währungsunion mit einer Europäischen Zentralbank und einer einheitlichen Währung. Dieses kann deshalb als Konsolidierung des Binnenmarktes bezeichnet werden, weil die Bildung eines einheitlichen Terrains, auf dem das Kapital operieren konnte, für große Unternehmen Hindernisse entfernte und Kosten reduzierte. Ein weiterer Effekt war, dass die Währungsunion durch eine restriktive Währungspolitik innerhalb der Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes Kapital und ganz besonders öffentliche Ausgaben disziplinierte.

Außerdem wurde die Währungsintegration in der EU auch von der Erfordernis vorangetrieben, die untergliederten und eigentümlichen Finanzsysteme der einzelnen europäischen Staaten zu überwinden, um „einen riesigen liquiden, von Euro-Wertpapieren dominierten Markt zu kreieren, der sich aus der materiellen Notwendigkeit heraus ergibt, mit den USA zu konkurrieren“ – im Einklang mit dem selbsterklärten Ziel der EU, „der kostengünstigste und einfachste Standort der Welt für die Tätigkeit von Geschäften [zu werden]“ (Grahl 2005: 293). Die Ökonomien in Westeuropa (insbesondere in Großbritannien) und den USA waren darauf angewiesen, neue Märkte zu erschließen, in denen ihre größten und profitabelsten Finanzunternehmen operieren konnten. Das Ergebnis dieses Gerangels um Kapitalanlagen spiegelt sich in der großen Menge an ausländischem Kapital wider, das den Finanzsektor in Mittel- und Osteuropa dominiert. So machten ausländische Investitionen in diesen Ländern zwischen 60 und 90 Prozent der Gesamtanlagen aus, im Vergleich zu einem Anteil zwischen 5 und 15 Prozent in Großbritannien, den USA, Frankreich und Deutschland (Raiffeisen Research 2012: 12).

Zusammengenommen haben diese beiden Projekte zwei Kanäle für die Übertragung der Krise eröffnet. Erstens wurde, in der Sprache der Weltbank, „globaler Schuldenabbau“ (eine massive Verknappung der Kreditvergabe) in „erschütterten heimatlichen Finanzmärkten“ (Finanzinstitute, deren marode Schuldscheine nicht mehr bedient werden) ausgelöst, was zusammen mit dem „Abwickeln des Immobilienbooms“ (dem Absturz der Immobilienpreise) in einigen Investitionsländern die Bereitschaft der Finanzmärkte zur Finanzierung von Staatsschulden reduzierte (Mitra u.a. 2010: 4). Zweitens verringerte die anschließende Rezession die Nachfrage nach Exporten in Westeuropa, was Produktion und Beschäftigung in kleineren Ökonomien wie in Tschechien, der Slowakei, Estland und Ungarn, wo im Jahr 2008 Exporte 70 bis 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachten, negativ beeinflusste. Das Gleiche gilt in geringerem Ausmaß auch für größere Ökonomien wie Polen (40 Prozent) und Rumänien (33 Prozent) (World Bank Database 2012).

Die weitestgehende Dominanz der mittel- und osteuropäischen Bankensysteme durch west- und nordeuropäische sowie US-amerikanische Banken und Finanzgesellschaften bedeutete, dass der Kapitalzufluss in Mittel- und Osteuropa während der Krise stärker fiel. Tatsächlich wurde somit das Risiko von westeuropäischen Muttergesellschaften auf Tochtergesellschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Form von grenzüberschreitenden Anleihen übertragen. Der Zuwachs bei der Kreditvergabe wurde durch die Aufnahme von Krediten durch private Haushalte zur Erhöhung des eigenen Lebensstandards vorangetrieben und durch die Möglichkeit, Kredite in fremder Währung mit einem niedrigeren Zinssatz und einer längeren Amortisationszeit als bei lokalen Finanzgeschäften aufzunehmen, zusätzlich verstärkt. Entsprechend wuchs zwischen 2003 und 2008 das Volumen der Kreditvergabe an private Haushalte in Ungarn um 21 Prozent und in Litauen um bis zu 59 Prozent. Im gleichen Zeitraum betrug der Anteil von Wohnungsbaukrediten an den Gesamtausgaben privater Haushalte in Polen 30 Prozent und in Estland 78 Prozent (Mitra u.a. 2010: 50).

Polen und Tschechien wurden von der Wirtschaftskrise am wenigsten getroffen. So wurden in Polen die Auswirkungen der Krise und der Rezession zumindest zu einem gewissen Grad durch mehrere Faktoren abgefedert. Zum einen bewirkte ein flexibler Wech-

selkurs, dass der *Złoty* zwischen August 2008 und 2009 gegenüber dem Euro um 30 Prozent verlor, was Polen einen Vorteil gegenüber konkurrierenden Staaten verschaffte, deren Währung an einen festen Wechselkurs gebunden war (vor allem die baltischen Staaten und die Slowakei). Zum anderen waren Polen und Tschechien im Gegensatz zu den baltischen Staaten und Ungarn nicht von einer durch ausländische Banken aufgebauchten Immobilienblase betroffen. Überdies war ihr Fremdwährungsengagement mit 8 Prozent in Tschechien und 30 Prozent in Polen deutlich geringer als in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas (ebd.). Obwohl beide Länder anfällig für die Folgen der Rezession in anderen Teilen Europas waren, war Polen dieser aufgrund seiner geringeren Exportabhängigkeit weniger ausgesetzt als Tschechien.

Die drakonischen Austeritätsmaßnahmen, die innerhalb der Region umgesetzt wurden, haben zu den größten sozialen Unruhen und Protesten seit dem Fall der Berliner Mauer geführt. So kam es im Januar 2009 in Lettland zu den heftigsten Unruhen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als 10.000 Menschen in Riga protestierten. Zur gleichen Zeit schlossen sich die drei Gewerkschaftsverbände in Litauen zum ersten Mal seit 1990 zusammen und stellten gemeinsam eine Reihe an Forderungen auf (Woolfson 2010). Zudem gab es in einem halben Dutzend Städte große Demonstrationen, an die sich grenzüberschreitende Protestaktionen anschlossen, die gleichzeitig in Vilnius und Riga stattfanden und deren Parolen an die Klassensolidarität appellierten: „Unsere Stärke ist die Einheit! Für die Rechte der Arbeiter!“ (ebd.: 497).

Zu weiteren sporadischen Protesten kam es im Februar 2010 in Litauen gegen die Erhöhung der Strompreise um das Vierfache. Im Mai 2009 demonstrierten 30.000 GewerkschafterInnen in Prag dagegen, wie Unternehmen die Rezession als Vorwand nutzten, um Gehälter und andere Leistungen zu kürzen. In Bukarest kam es im Mai 2010 zu einer der größten Demonstrationen seit der rumänischen Revolution, als zehntausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst gegen Pläne protestierten, ihre Löhne und Renten zu kürzen. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft rief die RumänInnen dabei auf, sich zusammenzuschließen „wie damals 1989, als wir die Diktatur [von Ceausescu] gestürzt haben“ (BBC News 2010). Im Januar 2012 folgte darauf eine Reihe an weiteren Unruhen gegen die Privatisierung des Gesundheitssystems. Auch wenn die Proteste sich nicht in eine dauerhafte Bewegung gegen

die Austeritätspolitik übersetzen ließen, dienen sie dennoch als Erinnerung daran, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse noch weit vom Ende ihrer Kräfte entfernt ist.

4. Fazit

Der VoC-Ansatz und andere Ansätze der vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) wie jener von Drahokoupil und Myant stellen nützliche, statische Kategorisierungen von Bestimmungen zweiter Ordnung zur Verfügung (Auslandsinvestitionen, Handel, Gewerkschaften). Allerdings geben sie keinen bestimmten Institutionen Vorrang und berücksichtigen weder das Verhältnis zwischen diesen noch die Prozesse, die ihnen zugrunde liegen. Anstatt sich auf die Auswirkungen einer „globalen“ Dimension auf die nationale Ökonomie zu fokussieren, was den Kern von VoC und VKF ausmacht, betrachtet der Ansatz der kombinierten und ungleichen Entwicklung die Dimensionen „global“ und „national“ als sich wechselseitig bedingend und ermöglicht somit einen umfassenderen und dynamischeren Blick sowohl auf wirtschaftliche Entwicklung als auch auf die Übertragung der Krise. Politisch impliziert der Ansatz überdies, dass das Potential nationaler Institutionen, ein Bollwerk gegen die kapitalistische Weltwirtschaft zu bilden, eingeschränkt ist.

Der Begriff des gesellschaftlichen „Sprungs“ steht im Kontrast zu evolutionären und institutionellen Ansätzen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel als stufenweisen Prozess betrachten, ebenso wie zu Ansätzen, die Wandel als einen Prozess von zeitlich aufeinander folgenden Phasen begreifen. Er impliziert einen deutlich instabileren Kapitalismus mit verschärftem Wettbewerb, in dem die Vorteile nationaler (und subnationaler) Kapitale und Staaten nur vorübergehend sein können, da sich andere Länder sehr schnell Technologien, Fähigkeiten und organisatorische Innovationen aneignen können.

Unter Rückgriff auf Bond (1999) liegt die Bedeutung des Konzepts darin, dass es die Erforschung systematischer Ungleichheit in den Sphären der Produktion, der sozialen Reproduktion und menschlicher Herrschaft entlang der Achsen von Klasse, Geschlecht und Ethnizität ermöglicht und damit den gesellschaftlichen Schaden betont, der mit ungleicher kapitalistischer Entwicklung einhergeht. Darüber hinaus ist die Theorie der kombinierten

und ungleichen Entwicklung in dem Sinne emanzipatorisch, als dass der Gedanke der Ungleichheit und der Kombination von fortschrittlichen und weniger fortschrittlichen Ökonomien und Regionen im Gegensatz zu Handlungsanweisungen für politischen Wandel und Protest die Möglichkeit zur fundamentalen politischen Auseinandersetzung berücksichtigt. Anstatt Arbeit als eine Institution unter vielen anderen zu begreifen, lässt das Konzept der kombinierten und ungleichen Entwicklung ihrem Potential, tief gehenden sozialen Wandel anzustoßen, mehr Beachtung zukommen.

Aus dem Englischen von Andreas Meyerhöfer

Terrence McDonough

Soziale Strukturen der Akkumulation: Zur Aktualität marxistischer Stadienanalysen des Kapitalismus für die Vergleichende Kapitalismusforschung

In diesem Artikel soll untersucht werden, inwieweit die marxistische Stadienanalyse dazu dienen kann, einige Schwächen der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) aufzuzeigen. Bruff (2011: 482) charakterisiert die Literatur der VKF als eine „Wissenssammlung aus Beiträgen, welche verschiedene Institutionen und die nationalen politischen Ökonomien als ihren Ausgangspunkt betrachten“. Deeg und Jackson (2007: 152f) identifizieren hierbei drei analytische Annahmen: Erstens, dass wirtschaftliches Handeln notwendigerweise in soziale Institutionen eingebettet ist. Zweitens, dass eine Untersuchung der Beziehungen zwischen unterschiedlichen institutionellen Strukturen und differenziellen wirtschaftlichen Ergebnissen zu Theorien über komparative institutionelle Vorteile führt. Und drittens, dass Institutionen zielgerichtete, ineinandergreifende Ensemble sind, die einer speziellen Logik wirtschaftlichen Handelns folgen, wobei diese Ensemble in verschiedene Typologien münden können.

Die Einwände gegen die Vergleichende Kapitalismusforschung haben sich im Allgemeinen in drei Hauptargumentationslinien verdichtet: Die erste Hauptkritik lautet, dass sich die Vergleichende Kapitalismusforschung eher auf der Annahme von Stabilität als auf jener von Dynamik begründet (Deeg/Jackson 2006: 150; Bohle/Greskovits 2009: 368), wobei diese Ausrichtung in einem gewissen Maße allen institutionellen Herangehensweisen gemein ist (vgl. auch May/Nölke in diesem Band). Institutionelle Theorien postulieren, dass das menschliche Verhalten durch institutionelle Zwänge geleitet wird. Diese Institutionen umfassen politische Strukturen, ideologische Orientierungen und ökonomische Einrichtungen, weshalb sie einen wichtigen Anteil der Gesellschaft darstellen. Daher ist es auch schwierig auszumachen,

auf welcher Grundlage institutionelle Transformation stattfinden kann. In der Theorie über die Spielarten des Kapitalismus von Hall und Soskice (VoC) wird dies noch erschwert durch die Inklusion von mikroökonomischen Grundlagen. Hierbei gehen Handlungen hauptsächlich von Firmen aus, die als rationale Nutzenmaximierer der neoklassischen mikroökonomischen Theorie agieren. Wenn Firmen einer liberalen Marktwirtschaft (LME) gegenüber treten, welche marktübliche Transaktionen fördert, ist es von diesen nur rational, in die Entwicklung von Fähigkeiten zu investieren, welche zu Erfolg in solch einem Umfeld führen. Haben Firmen in diesen Bereichen investiert, werden sie logischerweise Entwicklungen hin zu einem neuen institutionellen Umfeld ablehnen und nur Veränderungen unterstützen, die einer weiteren Liberalisierung dienlich sind. Eine ähnliche Logik trifft auch zu, wenn Firmen mit einer koordinierten Marktwirtschaft (CME) konfrontiert sind. Auch hier werden Firmen jeweils Pfadabhängigkeiten entwickeln, bei denen zukünftige Entscheidungen durch bereits getroffene determiniert werden. Weiterhin können die gegensätzlichen Merkmale von Institutionen innerhalb dieser beiden marktwirtschaftlichen Systeme bedeuten, dass dazwischenliegende institutionelle Rahmenwerke, welche die institutionellen Elemente beider Systeme kombinieren, den Vorteil der Komplementarität verlieren. Aus diesem Grund werden Staaten, die Elemente der beiden Systeme verbinden, ökonomisch schlechter agieren als Staaten, die nur eines der beiden marktwirtschaftlichen Systeme verfolgen. Zudem ist es schwierig, sich einen erfolgreichen Übergang zwischen den beiden Systemen ohne einen vollständigen Zusammenbruch der Institutionen vorzustellen. Bohle und Greskovits (2009: 370) beschreiben dieses Dilemma wie folgt:

Von eben dem Moment an, in dem faktorenbasierte und spezifische wertbasierte Modelle in die Geschichte eingeführt werden, wird ein „Perpetuum Mobile“ systemischer Logiken in Gang gesetzt, welche es dann LMEs und CMEs erlauben, als klare Alternativen Weltkriege, Weltwirtschaftskrisen und politischen Umwälzungen zu überstehen.

Die zweite Hauptkritik an der VKF folgt in Teilen der ersten. So stellen die Beobachter umfassenden institutionellen Wandels insbesondere beim VoC-Ansatz die begrenzte Anzahl von Typen in Frage. Tatsächlich weisen empirische Untersuchungen eine Vielzahl verschiedener institutioneller Konstellationen nach (Deeg/Jackson 2006: 157).

Die dritte Hauptkritik an der VKF bemängelt, dass diese die Umbrüche, welche die Globalisierung mit sich bringt, nicht genügend berücksichtigt. Hier zeigen die Kritiker einige Entwicklungen auf, die insbesondere die VoC-Theorie vor Probleme stellen. Die Entwicklung des Multi-Level-Governance-Ansatzes hebt hervor, dass Regierungstätigkeit nicht mehr nur auf die nationale oder subnationale Ebene beschränkt ist. Vielmehr gewinnen regionale Organisationen wie die Europäische Union oder das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) an Einfluss und auch oberhalb dieser regionalen Organisationen haben sich globale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) etabliert. Während es in der Nachkriegszeit möglich war, die Interaktion von Staaten als separate *internationale* Arenen zu begreifen, sind in der heutigen Zeit *transnationale* Institutionen zunehmend einflussreicher geworden. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Raum für nationale institutionelle Variationen verdrängt wurde. Tatsächlich verlangt es in einem gewissen Umfang auch nach nationaler Variation, denn wenn die Welt homogen wäre, wäre kein Beweggrund für die Transnationalisierung des Investments gegeben. Dennoch sollte das transnationale Umfeld einen weitreichenden Einfluss auf die Entwicklung nationaler institutionellen Strukturen haben.

Schließlich hat sich noch eine vierte, grundlegendere Kritik etabliert. Diese besteht darin, dass die VKF so fasziniert ist von ihrer Entdeckung, dass sie den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Bohle und Greskovits (2009: 382) fassen ihre Kritik dazu wie folgt zusammen:

Grundsätzlich legt die Instabilität des gegenwärtigen Kapitalismus in allen seinen Varianten eine Rückkehr zu den alten Schriften und Debatten, welche entscheidende Erkenntnisse über die expansive Natur, spezifische Schwachstellen, destruktive und irrationale Tendenzen und die aktuelle Krise hatten, nahe: Das heißt, dass die Merkmale des Kapitalismus *tout court* (Hv. im Original) durch die umfassende Untersuchung seiner Spielarten abhandengekommen sind.

Dieses Zitat bringt die Anliegen des Marxismus auf den Punkt. Bruff (2011: 486) argumentiert, dass es wichtig ist, die institutionellen Spielarten des Kapitalismus als Spielarten *im* Kapitalismus zu begreifen, da die Existenzgrundlagen dieser Institutionen im Kapitalismus verankert sind. Daher ist es notwendig, die Bedeutung von Institutionen „*innerhalb* und nicht außerhalb oder

getrennt vom Kapitalismus“ (Hervorh. i.O.) zu suchen. Radice (2000: 736) unterstreicht, dass der „Kapitalismus historisch bedingt auf der Trennung von Arbeitern und Eigentum sowie dem Anteil an den Produktionsmitteln beruht“, das heißt, dass sich „ökonomische und politische Institutionen und Praktiken auf die Kerndynamiken von Wettbewerb sowie Akkumulation und Reproduktion des historischen Kapitalismus stützen“. Genauer ausgeführt wird dies in der historischen Stadienanalyse des Kapitalismus, welche primär in der marxistischen Tradition steht.

1. Marxistische Stadienanalyse

Von Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart gibt es eine kontinuierliche Weiterentwicklung der marxistischen Stadienanalyse, begonnen mit dem Wegbereiter Rudolf Hilferding, der 1910 über das Finanzkapital schrieb, über Nicolai Bukharin, der 1915 zur Weltökonomie publizierte, bis hin zu Lenin und seiner Imperialismustheorie im Jahr 1918. Alle drei argumentierten, dass die kapitalistische Wirtschaft mit dem Aufkommen des Monopolkapitalismus eine neue, höhere Stufe erreicht hatte. Die zweite Welle der Theoriebildung in der marxistischen Stadienanalyse begann sich nach Ende des zweiten Weltkriegs. Ernest Mandels Theorie der Langen Wellen, der Analyserahmen der Sozialstruktur der Akkumulation (SSA) sowie der Regulationsansatz (RA) analysierten die Stagflation in den kapitalistischen Staaten, die auf die lange Welle des Wachstums nach Ende des Krieges folgte. Diese lange Welle der Akkumulation¹ wurde durch die Entstehung einer neuen Phase des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg untermauert, die eine ähnliche Umstrukturierung mit sich brachte wie einst die Entstehung des Monopolkapitals zur Jahrhundertwende. Da dieses neue Stadium die Krise des Monopolkapitalismus ablöste, waren die Theoretiker der neuen Schulen vorsichtig, die Nicht-Lösung der damals aktuellen Krise vorherzusagen, womit

1 Innerhalb des marxistischen Kontexts wird Akkumulation nicht nur als Akkumulation physischen Kapitals verstanden, sondern auch als Ausweitung der kapitalistischen sozialen Beziehungen. Dennoch wird der Begriff häufig synonym mit Reinvestition und Wachstum verwendet.

sie die Möglichkeit der Konzeptualisierung zukünftiger Entwicklungsstadien des Kapitalismus eröffneten.

Ende der 1970er Jahre veröffentlichte David Gordon (1978; 1980) zwei Artikel, welche die Theorie der langen Zyklen mit der Theorie der marxistischen Stadienanalyse verbanden. In diesem Deutungszusammenhang fällt der Beginn der Phase des Monopolkapitalismus auf das Ende einer langen Welle und den Beginn einer neuen expansiven Welle, welche mit der großen Depression der 1930er Jahre endete. Das Zusammendenken dieser beiden Theorien führte jedoch zu der Frage, ob die Expansion der Nachkriegszeit mit einem ähnlichen Wandel einer Vielzahl von Institutionen verbunden war. Gordon (1978) beantwortete diese Frage, indem er eine Reihe von Institutionen vorstellte, deren Etablierung die lange Phase des Nachkriegswohlstands begründeten. Diese Institutionen umfassten u.a. multinationale Unternehmensstrukturen, duale Arbeitsmärkte mit pragmatischen Industriegewerkschaften, eine internationale wirtschaftliche und militärische US-Hegemonie, leichten Zugang zu Kredit, konservative keynesianische Staatspolitik und bürokratische Kontrolle der Arbeitnehmer. In dieser Weise konnte Gordon eine Reihe von Institutionen nachweisen, die den Aufschwung der Nachkriegswirtschaft bedingten, ähnlich wie einst Hilferding, Bukharin und Lenin eine Reihe von Institutionen nachgewiesen hatten, die die Wende zu Beginn des Jahrhunderts bedingt hatten.

Das Wiederaufgreifen dieser Erklärung führte zu der Frage, ob die Errichtung eben solcher Institutionenensemble generell als Basis einer umfassenden Stadienanalyse des Kapitalismus verstanden werden könnte. Gordon (ebd.; 1980) beantwortete diese Frage damit, dass sowohl die Institutionen des Monopolkapitals als auch jene, die die soziale Nachkriegsordnung maßgeblich prägten, als Beispiele für Sozialstrukturen der Akkumulation angesehen werden können. Der Aufbau einer neuen SSA stellt somit die Grundlage für eine neue Phase des Kapitalismus dar, der Zerfall der Institutionen hingegen markiert das Ende einer Phase. Seine endgültige Form erhielt der SSA-Ansatz mit der Publikation von Gordons, Edwards und Reichs *Segmented Work, Divided Workers* (1982). Die Veröffentlichung nutzte Gordons SSA-Ansatz zur Stadienanalyse des Kapitalismus und spezifizierte hiermit die früheren Analysen der Autoren zur Geschichte der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit in den USA.

In dieser Ausführung nimmt die Stadienanalyse eine intermediäre Analyseebene ein, da sie Zeiträume unterschiedlicher Länge zwischen Konjunkturphasen und der gesamten kapitalistischen Geschichte identifiziert. Diese Analyseebene ist auf der Annahme begründet, dass alle Volkswirtschaften in einem Ensemble verschiedener sozialer Institutionen eingebettet sind und dies besonders in der kapitalistischen Ära wichtig ist, wegen dessen konfliktreichem Charakter, der auf der Spaltung der Klassen und kapitalistischem Wettbewerb fußt. Damit die Akkumulation jedoch reibungslos verlaufen kann, soll diesen Quellen der Instabilität mit einer Reihe stabiler wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Institutionen begegnet werden. Die Errichtung solcher sozialer Strukturen stabilisiert die Profitrate und schafft sichere Perspektiven, die langfristige Investitionen erst möglich machen. Doch obwohl die Akkumulation fortgeführt wird, darf nicht vergessen werden, dass Institutionen von Klassenkonflikten, kapitalistischer Wettbewerbslogik und der Akkumulation selbst unterhöhlt werden. Diese Kräfte und die Interdependenz der Institutionen mit ihnen können zu einem Zusammenbruch des Institutionengebildes und der Akkumulation sowie zu fallenden Profitraten und somit zu einer Phase der Krise führen, die nur durch die Etablierung eines neuen Institutionsensembles überwunden werden kann. Folglich werden die Stadien des Kapitalismus durch die voneinander abhängigen Institutionenensembles begründet, bestehend aus wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Institutionen.²

2. Der SSA-Analyserahmen und der Regulationsansatz

Der Zusammenhang zwischen dem Regulationsansatz und der SSA-Perspektive wurde bereits früh erkannt. So bezeichnet etwa Bob Jessop den SSA-Ansatz als eine seiner sieben Schulen des RA (Jessop 1990a). Die immer noch am häufigsten zitierte Quelle für die Theorie der SSA ist das 1994 erschienene Buch *Social Structures of Accumulation: The Political Economy of Growth and Crisis* (Kotz u.a. 1994), in welchem Kotz einen Vergleich zwischen

2 Für weitere Artikel zur Erklärung und Anwendung des SSA-Ansatzes vgl. Kotz u.a. (1994) und McDonough u.a. (2010).

dem SSA-Ansatz und der Regulationstheorie durchführt (Kotz 1994). Hierbei identifiziert er zahlreiche Gemeinsamkeiten der beiden Ansätze. So versuchen beide Theorien, langfristige Muster der Kapitalakkumulation auszumachen, indem sie die Beziehungen zwischen dem Akkumulationsprozess und den sozialen Institutionen, welche darauf regulierend wirken, untersuchen. Die Dynamik des Akkumulationsprozesses über einen relativ langen Zeitraum hängt hierbei maßgeblich vom Erfolg oder Misserfolg der Institutionen ab, die Bedingungen für Rentabilität, Reinvestition und Wachstum schaffen. Kotz stellt weiterhin fest, dass der SSA-Ansatz einige Verbindungen zu den Begrifflichkeiten der Regulationstheorie, wie etwa des „Akkumulationsregimes“ oder des „Regulationsmodus“ hat. Beide Schulen sehen zudem den Kapitalismus als „eine Reihe von Stadien, geprägt durch eine spezifische Form des Akkumulationsprozesses, eingebettet in ein bestimmtes Set von Institutionen“ (ebd.: 86) an. Die Stadien enden jeweils in einer langfristigen strukturellen Krise, die eine signifikante Verringerung der Akkumulationsgeschwindigkeit über einen längeren Zeitraum mit sich bringt. Strukturelle Krisen ergeben sich aus dem Versagen der Institutionen, die Bedingungen für eine sichere Akkumulation zu wahren. Diese Krisen enden, wenn ein neues erfolgreiches Institutionsensemble geschaffen wird. Nach Kotz bieten beide Theorien „ein intermediäres Reflexionsniveau, allgemeiner und abstrakter als die historische Darstellung der kapitalistischen Entwicklung, aber spezifischer und konkreter als die übliche abstrakte Theorie des Kapitalismus im Allgemeinen“ (ebd.: 87).

Als wichtige Unterschiede der beiden Theorien identifiziert Kotz folgende: Der RA hält eine engere Verbindung zum marxischen Ansatz der Produktionsverhältnisse und der Einkommensverteilung der Klassen in den „Akkumulationsregimen“ wohingegen der SSA-Ansatz eher den keynesianischen Ansatz zu Determinanten der kapitalistischen Investitionsentscheidungen betont. Der RA sieht den Ursprung von langfristigen Krisen zudem innerhalb des Akkumulationsregimes, die SSA-Perspektive hingegen lokalisiert den Ursprung von Krisen in dem Zusammenbruch der Institutionen der SSA (ähnlich dem „Regulationsmodus“ im RA). Mit Besinnung auf seine Wurzeln in der althusserschen Theorie liegt die Betonung des RA primär auf Strukturen, während die SSA-Schule mehr Gewicht auf Akteurshandeln und den Klas-

senkampf legt. Im Folgenden werden wir die Unterschiede der beiden Ansätze im Kontext ihrer jeweiligen Entwicklung betrachten.

Klassenbeziehungen, die im Produktionsprozess verankert sind, waren der SSA nie fremd. So beschäftigt sich etwa Gordons Artikel in *Segmented Work. Divided Workers* (Gordon u.a. 1982) mit der historischen Entwicklung der kapitalistischen Strategien zur Kontrolle der Arbeiter innerhalb des Arbeitsprozesses. Dieser Aspekt ist auch in neueren Werken immer wieder aufgegriffen worden und behandelt hier primär den Ansatz der „Verräumlichung“ (*spatialization*), der als neue Form der Arbeitskontrolle einen wichtigen institutionellen Faktor zur Entwicklung der aktuellen SSA in den USA darstellt (Grant/Wallace 1994; Brady/Wallace 2000; Wallace/Brady 2010). In seiner 1997 erschienenen Retrospektive und Prospektive auf die SSA-Analyse beschreibt Michael Reich (1997: 4) die frühen theoretischen Beobachtungen als verwurzelt in „marxistischen Erkenntnissen über Klassenkonflikte, Produktion und Verteilung am Arbeitsplatz und der politischen Sphäre, sowie in marxistischen und keynesianischen makroökonomischen“ Analysen. Studien über den historischen Hintergrund des SSA-Ansatzes geben zudem Aufschluss über dessen explizit marxistischen Hintergrund (McDonough 1995; 1999).

Während die SSA-Perspektive ihre marxistischen Wurzeln betonte, fand in einigen Teilen des RA das Gegenteil statt, wie die Gründung der Pariser Schule beweist. Besonders die Publikation von Boyer und Saillard (2000 [1995]) *Regulation Theory: The State of the Art* weist auf die Entstehung zweier unterschiedlicher Schulen innerhalb des RA hin. Während Henri Nadel (2000: 28) in einem einleitenden Artikel von einem „klaren marxistischen Projekt“ sprach, zeigen sich andere Autoren weniger überzeugt. So ließen Boyer und Saillard (2002b: 46) in einer Diskussion über die Verbindung von Lohn und Arbeit die Katze aus dem Sack:

... ihr Ausgangspunkt war kein anderer als die der marxistischen Theorie der Ausbeutung, die heute aber längst nicht mehr ihren Hauptbezugspunkt darstellt. Stattdessen konzentriert sich die Theorie auf die Beziehung zwischen Macht, Lohnkompromissen und den institutionellen Determinanten der Lohn- Gewinn-Verteilung.

Viele andere Beiträge diskutieren den RA als eine Spielart des Institutionalismus. Dieser Trend wurde vielleicht am deutlichsten von Aglietta (1998) artikuliert, der in einem Nachwort zur Wiederauflage von *A Theory of Capitalist Regulation* die Thematik in einer

eindeutig nicht-marxistischen Herangehensweise diskutierte. Im Buch von Boyer und Saillard macht Olivier Favereau (2002: 315) eine hilfreiche Unterscheidung zwischen der Regulationstheorie 1 (RT1) als eine an die „marxistische Analyse der kapitalistischen Produktionsweise“ angelehnte Theorie und der RT2 als eine Theorie „getrennt von eben dieser Analyse, die sich auf die dynamische Aspekte der institutionellen Formen“ stützt. Der marxistische Strang dominiert bis heute die Arbeiten radikaler Soziologie und Geografie im anglophonen Raum.

Interessanterweise hat die Ausrichtung des RA hin zum Institutionalismus einige der von Kotz identifizierten Differenzen verringert. So wird nun der Rolle von Institutionen (innerhalb des Regulationsmodus) eine größere Bedeutung, sowohl hinsichtlich einer erfolgreichen Regulierung als auch bei der Entstehung von Krisen, zugestanden. Des Weiteren beschäftigt sich der RA vermehrt mit der Frage nach dem Verhältnis von Handeln und Struktur. Innerhalb der anglophonen RA-Tradition wird dieser Trend durch Jessops (2002: 34ff) Eintreten für einen „strategisch-rationalen Ansatz“ repräsentiert; dieser umfasst die Fähigkeit von Akteuren, Kämpfe zu führen, welche über strukturelle Formen hinausgehen. Der Dialog zwischen den beiden Traditionen dauert an (Boyer 2010b).

3. Marxistische Stadienanalyse und Vergleichende Kapitalismusforschung

Die marxistische Stadienanalyse, insbesondere der SSA-Ansatz, hat das Potential, viele der zuvor genannten Probleme der VKF zu lösen. Die grundsätzliche Kritik an der VKF besagt, dass die institutionelle Analyse in den Dynamiken des Kapitalismus verwurzelt sein muss. Diese Dynamiken sind in der Tat der Ausgangspunkt der Stadienanalyse sowie des SSA-Rahmens. Gordon u.a. (1982: 18) definieren den Kapitalismus hierbei als „Lohnarbeitssystem der Warenproduktion für den Profit“. Als solches hat der Kapitalismus daher fünf Haupttendenzen (ebd.: 19f):

1. Die kapitalistische Akkumulation ist stets bemüht, die Grenzen des kapitalistischen Systems *auszuweiten* ...
2. Die kapitalistische Akkumulation vermehrt stetig die Anzahl großer Konzerne und *bündelt* Kontrolle und Produktionsmittel in den Händen weniger ...

3. Die Kapitalakkumulation *verbreitet Lohnarbeit* als das vorherrschende Produktionssystem, bringt einen großen Anteil der Bevölkerung in die Abhängigkeit der Lohnarbeit und stockt die *Reservearmee* an Arbeitskräften auf...
4. Kapitalistische Akkumulation *verändert den Arbeitsprozess* ständig...
5. Um sich gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Akkumulation zu verteidigen, reagieren die Arbeiter mit ihren eigenen Kämpfen ... (Hervorh. i.O.)

Darüber hinaus haben diese Tendenzen institutionelle Voraussetzungen und der Kapitalismus beinhaltet viele Arten von Konflikten, Instabilitäten und Krisen. Diese können jedoch durch institutionelle Mittel kanalisiert werden. Gleichzeitig neigt die Kapitalakkumulation dazu, ihre eigenen institutionellen Voraussetzungen zu untergraben. Daraus ergibt sich die historische Dynamik von Erfolg und Misserfolg der Kapitalakkumulation, sowie von wechselnden Phasen aus Wachstums- und Krisentendenzen. Es ist die Betonung der kapitalistischen Krisentendenzen, die es der Stadienanalyse erlaubt, einer ersten Kritik an der VKF zu entgehen, nämlich die Prognose von Stillstand und einer Unfähigkeit des Übergangs zwischen verschiedenen institutionellen Regimen. Der SSA-Rahmen sagt genau gegenteilige Entwicklungen voraus: dem Kapitalismus eigene Widersprüche treten hierbei zunehmend in den Vordergrund, höhlen die institutionellen Voraussetzungen kapitalistischer Akkumulation aus und führen eine Krise herbei. Konflikte im Rahmen der sich entwickelnden Krise führen zu einer weiteren Erosion der Institutionen. Diese Stagnation kann nur durch die Errichtung einer neuen SSA überwunden werden. Im Gegensatz zur Stabilitätsannahme der VKF unterscheidet sich die neue SSA also grundsätzlich von der alten SSA.

Wolfson und Kotz (2010: 81ff) entwickeln eine Alternative zu Hall und Soskices (2001) Konzeptualisierung von LMEs und CMEs, indem sie die Konzepte einer liberalen und einer regulierten SSA entwickeln. Eine liberale SSA neigt wegen der Fähigkeit des Kapitals, Arbeit zu dominieren, dazu, Löhne stagnieren zu lassen und entsprechend unzureichender Nachfrage zu Krisen. Diese liberalen Krisen werden meist durch die Stärkung der Arbeiter, einer begrenzten Umverteilung des Einkommens, eine Regulierung der Nachfrage und der Finanzen überwunden und führen somit zur Gründung einer regulierten SSA. Regulierte SSA hingegen sind aufgrund von steigenden Löhnen und der For-

derung nach staatlicher Intervention in den Märkten anfällig für 'Profit-Squeeze'-Krisen, wobei diese meist durch eine Stärkung der Dominanz des Kapitals gegenüber der Arbeit und die Förderung der Deregulierung sowie durch die Schaffung einer liberalen SSA gelöst werden. Daher ist die Entwicklung genau gegenteilig zu den Vermutungen der Theorie der Spielarten des Kapitalismus. Die verschiedenen Arten des Kapitalismus werden also mittelfristig nicht intern reproduziert. Vielmehr geraten sie in die Krise und lösen einander ab. Eine Analyse erfordert auch keine Reinheit der beiden Arten der SSA. Der Schwerpunkt liegt auf den konkreten historischen Hintergründen der SSAs im Kontext der vorausgegangenen Krisen. Weiterhin bedeutet die Einbeziehung von politischen, kulturellen und ideologischen Institutionen, dass – zumindest vor dem Aufkommen der globalen neoliberalen SSA in den 1980ern – die SSA als primär nationale Institutionen geschaffen wurden. Daher kann eine große Anzahl institutioneller Regime als SSA verortet werden (vgl. z.B. Hamilton 1994; Jeong 1997; Mihail 1993; Melendez 1994; Harriss-White 2003; Heintz 2010; Salas 2010; Pfeiffer 2010). Die zweite große Kritik an der VoC-Theorie, jene einer zu geringen Vielfalt, kann daher ebensowenig auf den SSA Rahmen angewendet werden.

Die dritte Kritik, dass der nationale Fokus der VKF es schwierig macht, transnationale Formen der Regulierung zu erfassen, greift ebenfalls nicht. Zunächst teilt auch der SSA-Rahmen den Fokus auf die nationale Ebene. Dass die Grenzen von SSA als zusammenhängend mit den Grenzen von Nationalstaaten verstanden werden, ergibt sich durch die Grundstruktur der Theorie. McDonough (1994b: 79) leitet diese anfängliche Präferenz für die national- basierte Analyse wie folgt her:

Da die politischen und ideologischen Institutionen ein wichtiger Bestandteil jeder SSA sind, und Politik und Ideologie häufig charakteristisch für eine bestimmte Region oder Nationen sind, scheint es angemessen, die SSA eher als nationale oder regionale Phänomene zu begreifen, anstatt als solche, die die ganze kapitalistische Welt umfassen.

Internationale Institutionen bestehen innerhalb dieser Gefüge, werden aber als gemeinsame Aspekte der verschiedenen nationalen SSAs verstanden. Allerdings muss diese Form der Analyse einer Revision unterzogen werden, um die Entstehung von globalen und transnationalen (im Gegensatz zu nationalen und internati-

onalen) Produktions- und Konsummustern zu konzeptualisieren. Diese Überarbeitung ist notwendig, da die SSA-Theorie ursprünglich, und zu Recht, länderspezifische Fälle artikuliert. Aktuelle Entwicklungen zeigen jedoch, dass zunehmend grundlegende Elemente des nationalen Kapitalismus (Klassenbeziehungen, Produktion Handel, Finanzen) die Grenzen der nationalen Institutionen überschreiten. Dementsprechend hat sich der „inter“-nationale ökonomische Rahmen, welcher die ökonomischen und politischen Aktivitäten zwischen Nationalstaaten regelte, über die bisherigen Grenzen hinaus entwickelt. Eine neue globale SSA kann daher auch nicht mehr angemessen als Anhäufung nationaler SSAs mit ihren individuellen Akkumulationslogiken theoretisiert werden. Diese globalen Entwicklungen bildeten seit den frühen 1980er Jahren zusammen mit der Verbreitung des Neoliberalismus den Kern jener SSA, die das fordistische Nachkriegsstadium des Kapitalismus erfolgreich überwinden.

Die neue SSA gründet auf der Transnationalisierung der Klassenbeziehungen. Eine globalisierte kapitalistische Klasse ist aus den Verflechtungen der bisherigen nationalen Bourgeoisien entstanden. Die Auseinandersetzung mit dieser transnationalen Kapitalistenklasse hat eine wirklich transnationale Arbeiterklasse ins Leben gerufen. Die Internationalisierung der Klassenverhältnisse umfasst auch die Internationalisierung der Staaten. Da sich die nationalen Klassen zunehmend durchdringen, wird der Ruf nach staatlichen Strukturen, die diese Entwicklungen aufgreifen, laut. So haben sich transnationale Staatsapparate wie die Europäische Union, die Welthandelsorganisation und die internationalen Finanzinstitutionen entwickelt (Robinson 2001; Nardone/McDonough 2010). Die transnationale SSA ist jedoch über die nationalen Grenzen hinweg nicht homogen und in ihrer Reichweite insgesamt begrenzt. Sie ist im Wesentlichen auf eine Liberalisierung des Kapital- und Warenverkehrs über nationale Grenzen hinweg beschränkt. Die bisher begrenzten Aufgabenbereiche transnationaler Regierungsführung ermöglichen die Generierung nationaler Unterschiede, welche es dem Kapital möglich machen, den Akkumulationsprozess an den lukrativsten Standorten zu platzieren. Wenn also aktuell staatliche Maßnahmen auf nationaler Ebene analysiert werden, sind Unterschiede immer noch sehr deutlich, allerdings hat sich die Bedeutung dieser Unterschiede gewandelt. Das Ensemble aus Politik und Institutionen kann als

Auswahl an Instrumenten gesehen werden, die selber Teil der globalen SSA sind und über Produktion, Wettbewerb, Regulation und Konsum im nationalen und im globalen Raum entscheiden. Weitere wichtige Merkmale der globalen neoliberalen SSA umfassen die rückläufige ökonomische und politische Stärke der Arbeiterklasse genauso wie eine zunehmende Finanzialisierung. In den Zeiten der Globalisierung hat das Kapital seine Mobilität im Verhältnis zur Arbeit erhöht. Die Verlagerung von Arbeit, oder auch deren Androhung, hat sich als zentrale Strategie zur Aufhebung der Errungenschaften der Arbeiterbewegung etabliert. Deregulierung und zunehmende Mobilität des Finanzkapitals haben einen Beitrag zur wachsenden Bedeutung des Finanzwesens geleistet.

Wenn man die Zeit seit den frühen 1980er Jahren als die Zeit einer Konsolidierung des neoliberalen Stadiums des Kapitalismus versteht, wirft dies ein neues Licht auf die aktuelle Krise. Es ist nicht nur eine Krise im Kapitalismus und auch mehr als eine einfache Finanzkrise. Vielmehr ist es eine historische Krise des Institutionsensembles, das das aktuelle Stadium des Kapitalismus begründet. Dementsprechend ist es unwahrscheinlich, dass die Krise in absehbarer Zeit gelöst werden kann, da hierzu eine umfassende Transformation der institutionellen Grundlagen des Kapitalakkumulationsprozesses nötig wäre.

4. Fazit

Ein Großteil der wissenschaftlichen Literatur zur Bedeutung von Institutionen innerhalb der kapitalistischen Ökonomien hat unter der traditionellen Arbeitsteilung der Sozialwissenschaften gelitten. Die Wirtschaftswissenschaft hat den Kapitalismus im Großen und Ganzen als System angesehen, welches von den Einflüssen der restlichen Gesellschaft abgekoppelt ist. Soziologische Traditionen hingegen leiden weniger an einer Unfähigkeit, die Bedeutung institutioneller Setzungen für die Wirtschaft zu erkennen, haben aber die Tendenz, Arbeiten zur grundsätzlichen Natur des Kapitalismus als System zu ignorieren. Um diese Restriktionen zu überwinden, fordern Bruff und Horn (2012: 163) eine Abkehr von den „institutionalisierten Theorien des Kapitalismus“ hin zu den „kapitalistischen Theorien der Institutionen“. Die marxistische Theorie hat eine umfassende Theorie der kapitalistischen Geschichte entwickelt, welche politische, ideologische und kulturelle Belange

mit einschließt. Dennoch hat auch hier die akademische Arbeitsteilung die vollständige Integration politischer und ideologischer Institutionen in die grundlegende Theorie der Kapitalakkumulation zu verhindern gesucht.

Obwohl die Theorie der marxistischen Stadienanalyse weniger bekannt und bedeutend ist als die marxische Kapitalismustheorie (oder -theorien), beinhaltet sie doch eine entscheidende Lösung zur Überwindung der genannten Schwachstellen der VKF. Die moderne Form der marxistischen Stadienanalyse findet Ausdruck in den Fortsetzungen der frühen marxistischen Regulations-theorien und im SSA-Rahmen. Dieser Rahmen entwickelt eine historische Analyse der kapitalistischen Stadien, welche jeweils konkrete Abschnitte in der kapitalistischen Geschichte darstellen und sich voneinander durch die Eigenschaften der Institutionen unterscheiden, welche die Bedingungen der kapitalistischen Reproduktion und des Akkumulationsprozesses bestimmen. An dieser Stelle kreuzen sich auch die Wege des SSA-Rahmens mit jenen der VoC-Theorie. Wichtig ist jedoch, dass das SSA-Gerüst nicht die grundlegenden Dynamiken des Kapitalismus aus den Augen verliert. Neben den Perioden einer relativ „gesunden“ Kapitalakkumulation erfährt die kapitalistische Gesellschaftsform immer wieder auch Zeiten tiefgreifender Krisen. Die Überwindung der Krisentendenzen der vorausgegangenen Stadien verlangt, dass eine neue Krisenlösung auf einer neuen und anderen institutionellen Grundlage basiert. Die Entdeckung dieser Grundlage ist das Ergebnis von Klassenkämpfen innerhalb von Krisenzeiten, wobei es keine Beschränkungen der Vielzahl möglicher institutioneller Korrelationen gibt. In dieser Perspektive verspricht das SSA-Gerüst, viele der Kritikpunkte der VKF zu überwinden.

Aus dem Englischen von Inga Jensen

Tabelle 6: VKF und marxistische Stadienanalyse

	<i>Vergleichende Kapitalismusforschung</i>	<i>Kapitalistische Stadien</i>
Rolle von Institutionen für wirtschaftliche Ergebnisse	zentral	zentral
Komplementarität und Interdependenz von Institutionen	wichtig	wichtig
Stabilität von Institutionen	kurz- und langfristig stabil	kurz-, aber nicht langfristig stabil
Anzahl von Typen institutioneller Strukturen	begrenzt	unbegrenzt
Bedeutung allgemeiner kapitalistischer Dynamiken	nicht zentral	zentral
Quellen des Wandels	begrenzt	strukturelle Widersprüche und Klassenkonflikte
Klassenbeziehungen	eng als industrielle Beziehungen gefasst	grundlegend für kapitalistische Dynamiken
Möglichkeit von Krisen	begrenzt	zentral

Alexander Gallas

Stillschweigen in puncto Klassenherrschaft: eine Kritik kritischer Vergleichender Kapitalismusforschung zum britischen Staat

Die vorherrschenden Forschungsansätze in den Sozialwissenschaften allgemein und in der Vergleichenden Kapitalismusforschung (VKF) ignorieren kritische Perspektiven tendenziell. Entsprechend war in den letzten drei Jahrzehnten selten zu hören, dass es ohne kapitalistischen Staat keinen Kapitalismus gibt, und dass kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse von Klassenherrschaft durchzogen sind. Angesichts der Staatseingriffe im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der vielbeschworenen Vormachtstellung von einem über 99% Prozent der Bevölkerung scheint es sinnvoll, sich erneut mit dem Staat und den Klassenverhältnissen zu befassen. Es zeigt sich dann, dass die Ignoranz der VKF gegenüber diesen Fragestellungen mit ihrer Weigerung zusammen hängt, den Kapitalismus als strukturiertes Ganzes in den Blick zu nehmen (vgl. dazu Coates, Bruff/Hartmann, Jessop und Bieling in diesem Band).

Eine gewisse Ausnahme bilden die „ganzheitlichen“ Analysen von kritischen PolitikwissenschaftlerInnen zu Großbritannien (insbesondere von Gamble 1988; Hay 1996; Howell 2005). Obwohl diese Arbeiten in wichtigen Teilen bereits über die in der Mainstream-VKF bestimmenden Perspektiven – wie etwa den „Spielarten“- bzw. VoC-Ansatz – hinausgehen, ist eine weitergehende Auseinandersetzung mit ihnen für die im vorliegenden Band verfolgten Fragestellungen von großer Bedeutung. Schließlich wird Großbritannien von den verschiedenen Strömungen der VKF als Paradebeispiel für eine „liberale“ bzw. „finanzgetriebene“ Marktwirtschaft angesehen (Biernacki 1995: 255ff; Streeck/Crouch 1997: 6; Hall/Soskice 2001: 19). Die besondere Leistung der drei genannten Autoren besteht darin zu zeigen, dass der Staat eine Schlüsselrolle in der neoliberalen Umstrukturierung des Landes gespielt hat. Ihre Beiträge ähneln jedoch denen der Main-

stream-VKF im Hinblick auf bestimmte Defizite in der Analyse. So betonen sie die Wichtigkeit von Institutionen, nicht aber deren spezifisch *kapitalistische* Verfasstheit. Es ist folglich nötig, die Analyse des (britischen) Staats auf eine neue Grundlage zu stellen und die von ihm ausgehenden Klasseneffekte herauszuarbeiten.

Entsprechend entwickle ich in diesem Artikel eine Metakritik der Arbeiten dieser drei Autoren. Diese basiert auf einer „sympptomalen Lektüre“ in der Tradition Louis Althusers, die gewisse Fehleinschätzungen hinsichtlich der Dynamik des Kapitalismus und der Effekte von Staatseingriffen und Klassenauseinandersetzungen freilegt. Vor diesem Hintergrund entwerfe ich einen alternativen, auf die Arbeiten von Nicos Poulantzas zurückgehenden Analyseansatz, der sich auf den Begriff der „kapitalistischen Klassenherrschaft“ stützt. Abschließend mache ich mich für eine erneute Auseinandersetzung mit materialistischer Staatstheorie stark und setze mich mit den politischen Implikationen der kritisierten Ansätze auseinander.

1. Kritik und kritische Politikwissenschaft

Ich verstehe unter „kritischer Politikwissenschaft“ die Überprüfung des normativen, theoretischen und empirischen Gehalts der Methoden und Begriffe, die in Forschungen über politische Prozesse und Institutionen Verwendung finden (vgl. Burawoy 2005: 10). Was also bedeutet es, sich kritisch mit Analysen des britischen Staats aus der Perspektive kritischer Politikwissenschaft auseinanderzusetzen? In den Sozialwissenschaften werden oft „oberlehrerhafte“ Formen der Kritik verwandt, die die Defizite eines Textes auf das Versagen seiner Autorin bzw. seines Autors zurückführen. Entsprechend ignorieren sie den aus bestimmten ontologischen und epistemologischen Grundannahmen bestehenden intellektuellen Kontext, innerhalb dessen ein Text produziert worden ist. Zudem führen sie Strategien zur Überwindung der freigelegten Defizite von außen an den Text heran, was auch bedeutet, dass dem Text innewohnende Potenziale für eine Überarbeitung der Argumentationslinie bzw. für die Lösung von Problemen übersehen werden. Althusser arbeitet einen alternativen Kritikansatz aus. Er führt die Mängel eines Textes auf die fraglichen Grundannahmen zurück und zeigt, wie man durch deren Verschiebung die Beschränkungen einer Argumentationslinie durchbrechen kann.

Nach Althusser (1968: 27) werden intellektuelle Produktionen von einer „Problematik“ angeleitet, die bestimmt, was für ihre UrheberInnen sichtbar ist, und was nicht. Innerhalb eines Text lassen sich die Grenzen dieser Problematik durch „symptomale Lektüre“ (ebd.: 32, Übers. angepasst) herausarbeiten. Es geht dabei um die Bestimmung „kritischer“ Probleme (ebd.: 27), die in Auslassungen und Widersprüchen innerhalb eines Textes bestehen und symptomatisch für die Beschränkungen des von der Problematik erzeugten Sichtfelds sind. Gleichzeitig weisen diese Probleme in ihrer Mangelhaftigkeit auf eine neue, anwesend-abwesende Problematik hin, auf deren Grundlage sich Widersprüche auflösen und Argumentationslücken schließen lassen. Insgesamt ist die symptomale Lektüre also ein dreistufiger Prozess: Erst geht es um die Herausarbeitung der Probleme eines Textes, dann darum, sie auf eine zugrunde liegende Problematik zurückzuführen, und schließlich um die Verschiebung der gesamten Argumentationslinie auf ein neues Terrain. Das Gesamtziel besteht darin, den Inhalt eines Texts auf Grundlage einer neuen Problematik zu rekonstruieren (vgl. ebd.: 26ff).

2. Eine symptomale Lektüre kritischer Analysen Großbritanniens

Ich konzentriere mich im Folgenden auf je ein Buch der drei fraglichen Autoren, das sich auf die Ära Thatcher bezieht. In ihr ereignet sich ein geschichtlicher Bruch, dessen Deutung große Bedeutung für das Gesamtverständnis des Kapitalismus in der VKF hat. Die politischen Ereignisse in Großbritannien werden für gewöhnlich entweder als „natürliche“ Auswirkungen der Globalisierung auf eine „liberale Marktwirtschaft“ (z.B. in Hall/Soskice 2001: 59) oder als Ausdruck einer Wende hin zu einer auf dem „freien Markt“ beruhenden Wirtschaftsordnung (z.B. in Streeck/Crouch 1997: 4) dargestellt. In Absetzung von diesen Auffassungen verstehe ich sie als Ausdruck einer Offensive der Kapitalistenklasse und einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen. Dies arbeite ich heraus, indem ich folgende Arbeitsschritte vornehme: erst gehe ich die drei Texte durch, decke kritische Probleme auf und beziehe sie auf die jeweilige zu Grunde liegende Problematik; dann arbeite ich die in allen drei Texten anwesend-abwesende Problematik heraus, die sich, wie bereits angedeutet, mit dem Begriff der „kapitalistischen Klassenherrschaft“ beschreiben lässt.

Eine „ideologistische“ Auffassung von Ideologie:
Andrew Gamble

Gegenstand von Gambles Buch *The Free Economy and the Strong State* ist die „Doktrin“ des Thatcherismus als „hegemoniales Projekt“ (1988: 28). Grundlage dieser Doktrin ist die im Titel beschriebene Gesellschaftsordnung. Gamble betont, dass „[d]ie Vorstellung einer freien Wirtschaft und eines starken Staats ein *Paradoxon*“ (ebd., eigene Hervorh.) beinhaltet. Die Verwendung des Begriffs „Paradox“ ist bemerkenswert – zunächst auf Grund seiner Implikationen für die VKF. Einerseits ist er mit der Grundannahme des VoC-Ansatzes, dass Volkswirtschaften durch miteinander verschränkte institutionelle Konfigurationen, Marktstrukturen und Muster politischer Entscheidungsfindung zusammengehalten werden, kompatibel (Hall/Soskice 2001: 17ff). Andererseits unterstreicht er, dass marktbasierete und nicht-marktbasierete Elemente einer Wirtschaftsordnung zwar analytisch getrennt werden können, real aber im Hinblick auf ihren Inhalt und ihre Ausrichtung miteinander verknüpft sind. Theoretisch zeigt sich hier, wie kritische Politikwissenschaften die Begrenztheit des Mainstreams der VKF in seiner Annahme, dass Markt und Staat immer schon getrennte, in sich geschlossene Einheiten seien, überwinden kann (vgl. Streeck 2011).

Darüber hinaus lohnt sich ein genauer Blick auf Gambles Formulierung. Natürlich wäre es paradox, einen gleichzeitig „schwachen“ und „starken“ Staat, oder eine „freie“ und zugleich „eingegrenzte“ Wirtschaft zu fordern. Aber gilt das auch für „eine freie Wirtschaft und einen starken Staat“? Wo genau ist das Paradox? Gamble (1988: 28) erläutert seine Ausgangsaussage im folgenden Satz: „Der Staat soll gleichzeitig aus- und zurückgebaut werden“. Nun scheint er tatsächlich eine paradoxe Aussage zu getroffen zu haben. Diese verwandelt sich aber gleich im nächsten Satz wieder in eine nicht-paradoxe Aussage. Hier erklärt Gamble: „Manche Sektoren des Staats sollen nicht eingreifen und dezentralisiert bleiben, andere sollen im großen Stil eingreifen und zentralisiert werden“ (ebd.).

Gamble produziert in dieser Passage ein Pseudoparadox bzw. einen Scheinwiderspruch: Er behauptet zunächst, dass in einer nicht-widersprüchlichen Formulierung ein Widerspruch vorliege. Dann trifft er eine Aussage, die widersprüchlich scheint, weil sie Informa-

tionen vorenthält, die zum Verständnis des beschriebenen Sachverhalts von zentraler Bedeutung sind. Schließlich führt er die fehlenden Informationen doch an, und zwar in einer getrennten Aussage.

Die Bedeutung dieses Ausgangsproblems erweist sich, wenn man berücksichtigt, was Gamble ein paar Seiten zuvor feststellt: „Das Hauptproblem der Analyse des Thatcherismus besteht darin festzustellen, worauf seine *Kohärenz* zurückzuführen ist.“ (ebd.: 23, eigene Hervorh.) Gambles gesamtes Buch widmet sich also der Auflösung eines Rätsels, das an das Pseudoparadox anknüpft: Wie kann es sein, dass der Thatcherismus ein in sich stabiles politisches Projekt ist, wenn er doch auf einer widersprüchlichen Forderung beruht? Gambles Lösung ist eher simpel: Der Thatcherismus habe Wurzeln in Konservatismus und Liberalismus; es mag sich dabei zwar um zwei widerstreitende Ideologien handeln, aber „gewisse Stränge“ (ebd.: 54) sind miteinander verknüpft: beide richten sich gegen den Kollektivismus und sehen Privateigentum als wichtig an. Ein schnelles Ende der Verhandlung: die Schnittmenge der Ideologien erklärt die Kohärenz des Thatcherismus.

Diese Feststellung zieht bald weitere kritische Probleme nach sich. Gamble argumentiert beispielsweise, dass der Thatcherismus von „Zweideutigkeit“ (ebd.: 28) geprägt sei: „die neue Rechte kann abwechselnd als libertäre und autoritäre, als populistische und elitäre Kraft auftreten“. Es handelt sich hier offensichtlich um die Fortschreibung des Arguments, dass der Thatcherismus Wurzeln in zwei unterschiedlichen Traditionen hat: Er verschmilzt autoritär/elitäre (konservative) und libertär/populistische (liberale) Ideen. Diesem Raster zufolge müsste es eigentlich möglich sein, für den Thatcherismus politisch prägende Maßnahmen einer der beiden Traditionslinien zuzuordnen.

Aber wie macht man das konkret, z.B. im Fall des Angriffs von Thatcher & Co auf die Gewerkschaftsbewegung? Einerseits hatte die Bekämpfung der Gewerkschaften breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Die Regierung trat insofern als „populistische“ Kraft auf. Andererseits ging ihre Politik auf Kosten der Lohnabhängigen und diente Geschäftsinteressen, weshalb sie sich *gleichzeitig* auch als „elitäre“ Formation gab. Schließlich stellte die Regierung die Gewerkschaften als „Besitzstandswahrer“ und Feinde des freien Marktes und der freien Gesellschaft dar. Insofern erschien sie auch als „libertäre“ Kraft. Sie untergrub im Zuge dessen jedoch die Möglichkeiten der ArbeiterInnen zum Agieren im Kollektiv,

weshalb sie auch „Autoritarismus“ verkörperte. Der Angriff auf die Gewerkschaften lässt sich also nicht umstandslos auf eine der beiden „Stammideologien“ zurückführen, wohl aber auf die unterschiedlichen Standpunkte seiner BetrachterInnen im Gesellschaftsgefüge: Für viele GewerkschafterInnen trat die Regierung als „autoritäre“, für viele Geschäftsleute als „libertäre“ Kraft auf. Das weist darauf hin, dass die „Zweideutigkeit“ des Thatcherismus nicht ein Produkt von in seinem „Inneren“ angelegten ideologischen Spannungen war, sondern von Unterschieden in seiner öffentlichen Wahrnehmung, die aus seinen asymmetrischen Auswirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen erwuchsen.

Es zeigt sich somit eine Lücke in Gambles Argumentationslinie. Er ist blind für die Tatsache, dass materielle Faktoren, insbesondere strukturell verankerte soziale Ungleichheit, eine Schlüsselrolle bei der Konstitution ideologischer Zweideutigkeiten innerhalb von hegemonialen Projekten spielen (vgl. Poulantzas 1967: 67). Statt das Zusammenspiel von ideologischen und materiellen Faktoren in der Entstehung des Thatcherismus zu analysieren produziert Gamble also ein Pseudoparadox. Unter Rückgriff auf Althusser lässt sich vermuten, dass diese Vorgehensweise mit seiner Problematik und dem von ihr beschränkten „Sichtfeld“ zusammenhängt. Diese Vermutung wird durch Gambles Darstellung des historischen Kontexts bestätigt, innerhalb dessen der Thatcherismus entstand. Seiner Meinung nach kam es in den 1970er Jahren zu einer internationalen „Hegemoniekrise“ (1988: 1ff). Dabei waren ökonomische und politische Faktoren offensichtlich kaum mehr als „exogene Schocks“, die die bereits bestehende Schwäche der herrschenden Ideologie verstärkten:

Die Institutionen und politischen Strategien der Sozialdemokratie wurden fast überall angegriffen. Anfechtungen wurden innerhalb von ideologischen Debatten wie auch durch neue politische Programme und Bewegungen vorgebracht. Viele dieser Anfechtungen traten auf, *bevor* die globale Akkumulations- und Hegemoniekrise auftrat. Aber sie wurden wesentlich stärker, sobald das politische und ökonomische Fundament der Nachkriegsordnung untergraben worden war (1988: 11, eigene Hervorh.).

Entsprechend beginnt Gambles Buch nicht nur mit einem Kapitel über die Entstehung der Ideologie des Thatcherismus, sondern es endet auch mit einer Abhandlung über die ideologischen Schwächen des Thatcherismus. Ideologie ist also Ein- und Ausstiegs-

punkt seiner Argumentationslinie. Gambles Problematik kreist also um die Produktion, Reproduktion und Transformationen von Ideologien, die politische Herrschaft stützen. In diesem Prozess spielen materielle Faktoren keine Rolle, zumindest nicht in erster oder letzter Instanz. „Der Ideologismus geht durch“, um mit Karl Marx zu sprechen (1861: 207).

Gamble benutzt eine Reihe von Begriffen, die, wie etwa „Akumulation“, „Hegemonie“ und „Fordismus“, der marxischen bzw. der gramscianischen Tradition entstammen. Dies unterstreicht seinen gesellschaftskritischen Anspruch. Wie sein Ideologismus zeigt, macht er sich allerdings nicht die ontologischen und epistemologischen Grundannahmen von Marx und Antonio Gramsci zu eigen, insbesondere nicht deren Materialismus. Er schafft es somit letztlich nicht, dass Potenzial seiner Annahme zu nutzen, dass politische Projekte widersprüchlich sind.

Insgesamt erweckt Gamble den Eindruck, als lege er eine umfassende Analyse des Kapitalismus in Großbritannien vor; tatsächlich konzentriert er sich aber auf lediglich eine Ebene seines Gegenstands (vgl. Bruff/Hartmann in diesem Band). Die Analyse des Thatcherismus in seinem ökonomischen und politischen Zusammenhang steht hinter der Analyse der thatcheristischen Ideologie zurück. Im Handumdrehen schiebt Gamble die Betrachtung des Kapitalismus als strukturiertes Ganzes beiseite. In dieser Hinsicht ähnelt sein Buch vielen Beiträgen aus dem Bereich der VKF (z.B. Schmidts (2002) Auseinandersetzung mit der Frage des Diskurses). Es kann somit als anspruchsvoller, aber von Mängeln gekennzeichnete Vorläufer einer Welle von ähnlichen Arbeiten innerhalb der VKF ab Anfang der 1990er Jahre gelten.

Ein leerer Staatsbegriff: Colin Hay

Colin Hay beansprucht in seinem Buch *Re-Stating Social and Political Change*, zumindest ein Stück weit an „marxistische und neomarxistische Staatskonzeptionen“ anzuknüpfen (1996: 8). Insbesondere hebt er in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Bob Jessop hervor. Nach Jessop, so Hay (ebd.), enthält

der Kern des Staatsapparats (...) 'ein eigenständiges Ensemble von Institutionen und Organisationen, dessen gesellschaftlich akzeptierte Funktion es ist, im Namen des Allgemeininteresses oder des Allgemeinwillens kollektiv bindende Entscheidungen zu definieren

und gegenüber den Gesellschaftsmitgliedern durchzusetzen' (Jessop 1990b: 341). Die Stärke dieser Definition ist es, die Widersprüche und Dilemmas des Staats ins Zentrum der Analyse zu rücken.

An dieser Passage ist erstens bemerkenswert, dass sie eine Definition des Staats liefert, die weder die Besonderheiten der materialistischen Staatstheorie noch die von Jessops Ansatz einfängt. Die Vorstellung, dass Politik in der Produktion „bindender Entscheidungen“ besteht, ist eine Standardaussage von Mainstreamforschung zu politischen Systemen (vgl. z.B. Easton 1953: 133; Parsons 1971: 15ff). Darüber hinaus gibt es auch nicht-marxistische Staatsbegriffe, die betonen, dass dem Staat Widersprüche und Dilemmas innewohnen (z.B. Luhmann 2000: 20). Entsprechendes gilt es beispielsweise auch für jene Strömung der VKF, die die Wichtigkeit des Staats betont (Levy 2006; Boschi/Santana 2012). Zweitens steht im angeführten Zitat von Jessop nicht das, was Hay aus ihm ableitet. Jessop erwähnt keine Widersprüche oder Dilemmas. Drittens ist die Passage von Hay und sein Buch insgesamt von einer unbehaglichen Stille bezüglich der Klassenfrage durchzogen – „unbehaglich“ deshalb, weil Hays Argumentation ausdrücklich auf Gramsci, Poulantzas und Stuart Hall aufbaut, die allesamt Klassenherrschaft „ins Zentrum der Analyse“ rücken (Gramsci 1930-32: 495ff; Poulantzas 1975; Hall u.a. 1978: 195ff).

Aber inwiefern ist diese Passage ein Symptom für eine zugrunde liegende Problematik? Das wird an Hand von Hays eigener Staatskonzeption deutlich. Ihm zufolge „kann die grundsätzliche Wandelbarkeit des Staats als charakteristische oder sogar bestimmende Eigenschaft des Staats angesehen werden – also seine dynamische Natur als eine Verdichtung von Machtverhältnissen in der Gesellschaft“ (1996: 9). Hay verwendet hier den poulantzasianischen Begriff der „Verdichtung“. Poulantzas (1978: 159; vgl. Bretthauer 2006) spricht von „materieller Verdichtung“, um zu betonen, dass der kapitalistische Staat sowohl Feld als auch Reflexion des Klassenkampfes ist, wie auch ein Gefüge, das die Reproduktion der Klassenherrschaft begünstigt (s.u.). Das alles aber erklärt Hay nicht. Er erschleicht sich das Erbe Poulantzas', indem er den Anschein erweckt, dass der Begriff der „Verdichtung“ ausschließlich die dynamische Natur des Staats beschreibt. Im Kern verwendet Hay einen leeren Staatsbegriff, denn prinzipiell sind alle gesellschaftlichen Konfigurationen wandelbar – ob Produktionsweisen, Identitäten, Interaktionsmuster oder eben Staatsformen.

Die Leere von Hays Staatsbegriff zeigt sich auch anhand seiner Analyse des Thatcherismus, den er als „Staats- und Hegemonieprojekt“ ansieht (1996: 17). Sein Einstiegspunkt ist der *‘Winter of Discontent’* [Winter der Unzufriedenheit], eine Streikwelle im öffentlichen Sektor im Winter 1978/79. Hay zufolge führte die „Konstruktion“ der Ereignisse als „Krise eines ‘überfrachteten’ Staats, der von Gewerkschaften erpresst wurde, zur symbolischen Zerschlagung der Nachkriegsarrangements“ (1996: 120). Er fügt hinzu: „In diesem merkwürdigen Grenz- bzw. Übergangsmoment hat sich der Thatcherismus als Staatsprojekt die Staatsmacht gesichert“ (ebd.). Diese Passage legt eine konstruktivistische Perspektive auf den Staat und eine „ideologistische“ Problematik frei, die jener Gambles ähnelt. In letzter Instanz beruht die Konstruktion machtvoller Staatsprojekte auf der Fähigkeit politischer AnführerInnen, eine Deutung des politischen Status Quo und der näheren Zukunft vorzugeben, die Zustimmung in der Bevölkerung findet. Hay folgend war es im Fall des Thatcherismus nicht maßgeblich, ob diese Interpretation einen Wahrheitsgehalt hatte oder nicht; entscheidend war, dass die Leute sie überzeugend fanden, weil sie „flexibel“ und „einfach“ war (101; Hervorh. i.O.). Hier zeigt sich, worauf Hays leerer Staatsbegriff zurückgeht: Wenn sich die Ideologie verändert, verändert sich auch der Staat. Folglich kann Hay nicht viel über den kapitalistischen Staat in seiner Allgemeinheit sagen – ein grundlegender Mangel, der sich auch in aktuellen Debatten der VKF und in der staatszentrierten Literatur zeigt, die vielen der neuen Beiträge zu Grunde liegt (z.B. Evans u.a. 1985).

Es ist nicht weiter überraschend, dass Hays Analyse des Thatcherismus im Prinzip nicht mehr als ein Aufguss von Gamble ist. Auch Hay zufolge handelt es sich bei ihm um eine paradoxe Mischung aus Neoliberalismus und Neokonservatismus (1996: 130, 135f), deren Einheit im Sinne eines hegemoniales Projekt sich daraus ergibt, dass sich die politischen Instinkte der beiden Lager zum Teil überlagern. Wie im Fall Gambles führt diese Annahme auch bei Hay schnell zum Auftreten von weiteren kritischen Problemen, z.B. einer impliziten Frage, die unbeantwortet bleibt. Bezüglich der Widersprüchlichkeit des Thatcherismus beobachtet Hay folgendes (1996: 135):

Es wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass die Politik der Thatcher-Jahre von ständigen Kämpfen zwischen neoliberalen und neokonservativen Tendenzen geprägt ist. Tatsächlich waren aber offene ideolo-

gische Auseinandersetzungen selten (...). Im Hinblick auf viele Kernbestände des thatcheristischen [politischen] 'Instinkts' überschneiden sich Neoliberalismus und Neokonservatismus.

Zwei Ideologien, von denen Hay zunächst annahm, dass sie auf „gegenteiligen Prinzipien“ (ebd.) beruhen, kommen also auf wundersame Weise zusammen. Wieder haben wir es mit einem Pseudoparadox zu tun – und mit einem kritischen Politologen, der durch seinen „Ideologismus“ daran gehindert wird, die Zweideutigkeit des Thatcherismus als Standpunktproblem bzw. als Produkt von strukturell verankerter Ungleichheit zu sehen.

Insgesamt verbirgt Hay seine konstruktivistische Problematik, indem er eine marxistische Terminologie verwendet und gleichzeitig deren Verknüpfung mit einer materialistischen Ontologie und Epistemologie kappt. Die Terminologie wird somit zum Feigenblatt, das den kritischen Anspruch der Analyse unterstreicht und die Defizite des Konstruktivismus und Ideologismus überdeckt. Dem entspricht eine aktuelle Entwicklung in der VKF, wo der Begriff des „Kapitalismus“ wieder in die Diskussion gebracht wird – allerdings ohne von den vor 2007 entwickelten theoretischen Grundannahmen abzurücken (vgl. Streeck 2011).

Staatsmacht gegen Klassenmacht: Chris Howell

In seinem Buch *Trade Unions and the State* legt Chris Howell eine Analyse des britischen Staats vor, die auf der Regulationstheorie beruht (2005: 22, 31ff; vgl. Becker/Jäger sowie Bieling in diesem Band). Im Gegensatz zu Gamble und Hay stimmt er ausdrücklich der Auffassung zu, dass der Kapitalismus mit Klassenkämpfen einhergeht (ebd.: 23). Gegen die in der britischen Forschung vorherrschende „voluntaristische“ bzw. „liberal-kollektivistische“ Tradition argumentiert er, dass dem Staat eine Schlüsselrolle bei der Konstruktion von Systemen industrieller Beziehungen zukommt (ebd.: 2). Seiner Auffassung zufolge gab es seit Beginn der Industrialisierung in Großbritannien drei solche Systeme: „kollektives Laissez-Faire“ (1890-1940), „Dezentralisierung“ (1940-1979) und „Entkollektivierung“ (1979-1997) (ebd.: 15f).

Vor diesem Hintergrund lässt sich Howells Problematik vergleichsweise einfach identifizieren: es geht um die Reproduktion kapitalistischer Klassenbeziehungen, die sich über verschiedene Perioden der Klassenauseinandersetzung vollzieht, innerhalb von

durch den Staat erzeugten Institutionen (vgl. ebd.: 37). Entsprechend sieht Howell den Thatcherismus als Staatsprojekt (ebd.: 143) und betont, dass die Regierung den rechtlichen Rahmen der industriellen Beziehungen veränderte und politisch-ökonomische Bedingungen schuf, die es für Gewerkschaften immer schwieriger machten, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten (ebd.: 6). Howell benutzt den Ausdruck „Entkollektivierung“, um diesen Prozess zu beschreiben (ebd.: 132).

Er liefert somit eine im Großen und Ganzen zutreffende *Beschreibung* der Auswirkungen des Thatcherismus. Aber es bleibt die Frage, wie die fraglichen Entwicklungen *erklärt* werden können. Howells Hauptklärung für den Aufstieg des Thatcherismus ist die Krise des Fordismus in der gesamten westlichen Welt, die durch spezifische Schwächen der britischen Wirtschaft verstärkt wurde. Ihm zufolge gab dort ohnehin nur eine „mangelhafte“ Form der fordistischen Massenproduktion. Außerdem führt er die gescheiterten Versuche an, durch die Ausdehnung industrieller Demokratie einen alternativen Regulationsrahmen für die britische Wirtschaft zu schaffen (ebd.: 136), sowie die vorherrschende Deutung der Arbeitskämpfe in den 1970s, die sich um „Vorstellung von übermächtigen Gewerkschaften“ drehten (ebd.: 143).

Was aber war der Antrieb hinter den Versuchen staatlicher AkteurInnen, die industriellen Beziehungen grundsätzlich umzustrukturieren? Folgen wir Howell, waren es die ArbeitgeberInnen. Er bemerkt: „eine immer größere Anzahl [von ArbeitgeberInnen] versuchten industrielle Beziehungen aufzubauen, die nicht nur die Gewerkschaften und Tarifverhandlungen mieden, sondern kollektive Repräsentation und kollektive Regulation gleich welcher Art umgingen.“ (ebd.: 133) An diesem Punkt ist Howells Erklärungsansatz instrumentalistisch: „Der Staat spielte eine zentrale Rolle bei diesem Prozess der institutionellen Umstrukturierung“ (ebd.: 134). Howell zufolge diente er also den ArbeitgeberInnen als Waffe, mit deren Hilfe sie die Beschäftigten in ein neues System zwangen.

Wenig später erweist sich die Frage des Antriebs als kritisches Problem. Nun merkt Howell an, dass der Staat „die ArbeitgeberInnen darin bestärkte, über die Kappung der bestehenden Beziehungen zu den Beschäftigten und die Umstrukturierung der Institutionen am Arbeitsplatz nachzudenken“ (ebd.: 134). Plötzlich ähnelt der Staat der Kavallerie in einem alten Western: er kommt

zur Hilfe, wenn es Probleme gibt. Somit stellt er nicht länger ein Werkzeug dar, sondern ein Subjekt mit eigenständigen Fähigkeiten. Howells Analyse des Thatcherismus beruht also auf zwei widersprüchlichen Erklärungen für die Fähigkeit des Staates, Institutionen umzustrukturieren bzw. neu zu schaffen. In bestimmten Zusammenhängen erklärt er institutionellen Wandel durch die Mobilisierung der Staatsmacht von Seiten der ArbeitgeberInnen; anderswo nimmt er an, dass der Staat eine autonome Instanz sei, die von allein Veränderungen anstoßen kann. Im Ergebnis liegt Howells Analyse eine widersprüchliche Auffassung des kapitalistischen Staats zugrunde, die aus seiner Unfähigkeit hervorgeht, Klassen- und Staatsmacht miteinander in Einklang zu bringen. Je nach inhaltlicher Schwerpunktsetzung in einer bestimmten Passage erklärt er also Veränderung in den industriellen Beziehungen unter Bezugnahme auf Staatsmacht oder auf Klassenmacht.

Das zeigt sich beispielsweise, wenn Howell *'New Labour'* analysiert. Plötzlich ist nicht länger von Klassenmacht, sondern nur noch von Staatsmacht die Rede – möglicherweise auch deshalb, weil Howell so der politischen unbequemen Frage ausweichen kann, welche Klasseninteressen hinter New Labour standen. Howell hat sicherlich Recht, dass New Labour das thatcheristische System industrieller Beziehungen konsolidierte (ebd. 189). Seine Schlussfolgerung aber, dass es einen „neuen Konsens“ gab (ebd.), und dass „sowohl die Arbeiterbewegung als auch die Arbeitgeberverbände im Großen und Ganzen mit dem Arrangement der industriellen Beziehungen zufrieden waren“, ist weit weniger überzeugend. Da er Klassenmacht in dieser Passage nicht in die Betrachtung einbezieht, diskutiert er nicht einmal, dass das Stillhalten der Gewerkschaften in der New-Labour-Ära das Resultat von strategischen Kalkulationen in einer Situation der Schwäche sein könnte – und nicht der aktiven Unterstützung des Regierungskurses. Der Aufstieg des *'awkward squad'* [unbehaglichen Trupps] linker Gewerkschaftsführer in den frühen 2000er Jahren (vgl. Murray 2003) legt nahe, dass es zumindest in Teilen der britischen Gewerkschaftsbewegung große Unzufriedenheit gab.

In Bezug auf New Labour beschreibt Howell die organisierte Arbeiterschaft also als passive „Empfängerin“ des sozioökonomischen Wandels. Seine Argumentationslinie ähnelt jener der VKF-Debatte über „Bündnisse für Wettbewerbsfähigkeit“ in verschiedenen europäischen Ländern, die zumeist positiv eingeschätzt

werden. Auch hier wird davon ausgegangen, dass die organisierte Arbeiterschaft keine aktive Rolle mehr spielt und deshalb mit den durch die Bündnisse erzielten Konzessionen zufrieden sein sollte (vgl. Bruff 2011). Außerdem entspricht Howells Auffassung auch insofern der einschlägigen Literatur, als auch dort der Staat gleichzeitig als eigenständiger Akteur und als Instanz dargestellt wird, die die Interessen der ArbeitgeberInnen befördert (vgl. z.B. Scharpf/Schmidt 2000a; 2000b).

Anders als Gamble und Hay ist Howell kein „Ideologist“: er ist nicht von Blindheit geschlagen, was die Auswirkungen strukturell verankerter Ungleichheit auf politische Projekte anbelangt. Wie die beiden anderen Autoren ist er allerdings nicht in der Lage, eine systematische Erklärung für das Verhältnis von Kapitalismus, Klasse und Staat zu geben, was sich an Hand der Widersprüche in seiner Analyse zeigt.

3. Die anwesend-abwesende Problematik: kapitalistische Klassenherrschaft

Die drei diskutierten Analysen ähneln sich dahingehend, dass sie sich schwer damit tun, den Zusammenhang zwischen staatlichen Aktivitäten und strukturell verankerter Ungleichheit auf den Begriff zu bringen. Alle drei Ansätze bedürfen also einer Verschiebung hin zu einer anwesend-abwesenden Problematik. Meiner Auffassung nach wird diese vom Begriff „kapitalistische Klassenherrschaft“ eingefangen. Dieser verweist auf die systemischen Gründe für die Existenz von Ungleichheit im Kapitalismus und auf ihre spezifische Verknüpfung mit dem kapitalistischen Staat.

Meines Erachtens operiert Poulantzas *auf Grundlage* dieser Problematik – und nicht wie Gamble, Hay und Howell *um sie herum*. Seine Darstellung des kapitalistischen Staats im Buch *Staatstheorie* beginnt mit folgender Frage (1978: 40; vgl. auch Pashukanis 1978: 139): „Warum greift die Bourgeoisie im Allgemeinen in ihrer Herrschaft auf diesen nationalen Volksstaat zurück, diesen modernen Repräsentativ-Staat mit seinen spezifischen Institutionen?“ Poulantzas beantwortet sie, indem er die kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter die Lupe nimmt (1978: 42). Diese bestehen im Privateigentum an Produktionsmitteln und der Existenz von Lohnarbeit: die Kapitalisten besitzen die Produktionsmittel, die ArbeiterInnen nichts als ihre Arbeitskraft, die sie ver-

kaufen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Diese Ausgangslage ruft Klassenkämpfe hervor, weil es zunächst unbestimmt ist, wo die Grenzen des Verbrauchs der Arbeitskraft durch die Kapitalisten liegen. Im Kampf konstituieren sich Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse als Kollektivakteure. Darüber hinaus bringen die Produktionsverhältnisse eine „relative Trennung“ (55) zwischen Wirtschaft und Staat bzw. zwischen ökonomischer und politischer Herrschaft hervor. Schließlich existiert das Privateigentum an Produktionsmitteln und die mit ihm einhergehende ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse nur, wenn es ein Rechtssystem und einen es garantierenden Staat gibt, die auf Distanz zur Wirtschaft operieren. Das Rechtssystem und der Staat sind also gerade auf Grund dieser Distanz in den Produktionsverhältnissen „konstitutiv präsent“. Dies ist ein wichtiger Unterschied zum Mainstream der VKF, wo sich der Staat in einer vollständig von der Wirtschaft getrennten „politischen“ Sphäre befindet und schlicht auf Grund seines institutionellen Aufbaus in der Lage ist, „Macht zu konzentrieren“ (Hall/Soskice 2001: 49; kritisch Poulantzas 1978: 178f).

Die relative Distanz des Staats zur Kapitalistenklasse wird dadurch erreicht, dass Staatsapparate bis zu einem gewissen Maß auch RepräsentantInnen der Arbeiterklasse offenstehen. Wichtig sind dabei beispielsweise die Mechanismen demokratischer Willensbildung. Gleichzeitig gibt es aber auch enge Verbindungen zwischen dem Staat und der Kapitalistenklasse, die sich aus der „Selektivität“ (1978: 165) ergeben, die der Funktionsweise des Staats zu Grunde liegt. Zum Beispiel ist der Staat auf Steuereinnahmen angewiesen, was die institutionelle Begünstigung von politischen Strategien zur Folge hat, die auf die Absicherung und den Ausbau der bestehenden Wirtschaftsordnung hinaus laufen. Insgesamt kann der Staat also als Ausdruck des gegenwärtigen Stands der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen („Verdichtung“) wie auch als Apparateensemble mit einer Ausrichtung, die die Kapitalistenklasse begünstigt („Materialität“), gesehen werden.

Mit Poulantzas' Konzeption ist es möglich, die angesprochenen kritischen Probleme anzugehen. Wenn Staatsapparate als unebene Kampffelder angesehen werden, die kapitalistische Klassenherrschaft begünstigen, lassen sich politische Ideologien in Bezug auf ihre Klasseneffekte untersuchen. Eine „marktwirtschaftliche“ Wirtschaftsordnung, in der die Staatsapparate den Arbeitsmarkt

liberalisieren, hat durchaus unterschiedliche Auswirkungen auf die Freiheit bzw. Unfreiheit von KapitalistInnen und ArbeiterInnen.

Mit Hilfe dieser Einsichten ist es möglich, den Ideologismus von Gamble und Hay zu überwinden. Die Forderung nach „einer freien Wirtschaft und einem starken Staat“ weist kein Paradox und keine „Zweideutigkeit“ auf, die aus der Kombination zuwiderlaufender Ideologien entsteht. Vielmehr ist ihre „Zweigliedrigkeit“ Ausdruck der ungleichmäßigen Klasseneffekte der entsprechenden politischen Maßnahmen. Entsprechend war die Bekämpfung der organisierten Arbeiterschaft durch staatliche Repression ein unabdingbarer Bestandteil des thatcheristischen Vorstoßes in Richtung ökonomischer Liberalisierung. Und die Einheit des thatcheristischen „Staats- und Hegemonieprojekts“ war nicht das Produkt sich überschneidender Elemente konservativer und liberaler Ideologie, sondern seiner klassenpolitischen Kohärenz: Er war ein Projekt, das der Wiederherstellung einer stabilen Form kapitalistischer Klassenherrschaft gewidmet war – *‘the right to manage’* [das Recht auf Unternehmensführung], wie es Thatcher & Co ausdrückten.

Im Gegensatz zu Howell liefert Poulantzas zudem eine kohärente Ausarbeitung des Verhältnisses von Klassen- und Staatsmacht: Staatsmacht ist nie einfach da, d.h. sie existiert nicht abgetrennt von Klassenmacht; die Funktionsweise des Staats hat dennoch unabhängige Effekte auf die Klassenverhältnisse und die Strategien der Klassenakteure (ebd.). Der Thatcherismus war also weder eine einfache Widerspiegelung kapitalistischer Klassenmacht, noch eine bestimmte Verfahrensweise des britischen Staats, die diese Klassenmacht von außen verstärkte. Vielmehr kann er als politisches Projekt gesehen werden, das auf der Ebene der Regierung einen offensiven Schritt der Kapitalistenklasse koordinierte, welcher wiederum zur Festigung der kapitalistischen Klassenherrschaft im Land führte.

4. Fazit

Die drei diskutierten Autoren machen sich Problematiken zu eigen, die zu einem Stillschweigen in puncto Klassenherrschaft und einer widersprüchlichen und unvollständigen Analyse des Thatcherismus sowie des Kapitalismus im Allgemeinen führen. Die

Konsequenzen dieser Einsicht für die VKF sind bedeutsam. Wünschenswert wäre eine Debatte, in der dieses Stillschweigen zum Thema wird. Eine offenere Diskussion der Klassenfrage würde auch zu einer genaueren Betrachtung des Staats beitragen. Das ist umso wichtiger, als sich derzeit viele Beiträge innerhalb der VKF „nicht-marktförmigen“ Institutionen widmen, um die *Antworten* der Regierungen auf die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise zu untersuchen. Außen vor bleibt die Untersuchung der Krisenursachen und des Beitrag des kapitalistischen Staats zu ihrer Produktion. Ignoriert wird auch die Verschärfung des Klassenkampfes von oben im Zuge der politischen Bearbeitung der Krise (vgl. Bruff/Horn 2012). Es ist also nötiger denn je, dass sich die VKF sich mit den Einsichten der materialistischen Staatstheorie befasst.

Zweifelsohne gibt es keine Einzelanalyse des Thatcherismus, die komplett und fehlerlos ist. Insofern ist es nicht erstaunlich, dass bestimmte Mängel in der Darstellung dieses Gegenstands auftreten. Aber das Stillschweigen in puncto Klassenherrschaft ist kein rein akademisches Problem. Hays Argumentationslinie spiegelt auf wissenschaftlicher Ebene den Diskurs von New Labour, der zur Zeit des Erscheinens seines Buches entstand. Dieser Diskurs ignorierte die Klassenfrage und trug so zur Stabilisierung der sozialen Ungleichheit auf dem hohem Niveau bei, auf das sie in den Zeiten des Thatcherismus angestiegen war. Weiterhin begünstigt das Stillschweigen eine immer wieder auftretende, strategische Fehleinschätzung der britischen Linken. Diese hat von Regierungsseite koordinierte Angriffe auf die Arbeiterklasse oft als inkohärente und zum Scheitern verurteilte Versuche abgetan, die vorhandenen politischen Institutionen zu reformieren. Da die Regierung Cameron gerade dabei ist, im Zuge umfassender Kürzungsmaßnahmen vielen Lohnabhängigen die Existenzgrundlage zu entziehen, erweist sich die Aktualität dieser Problemstellung. Rücken wir Klassenherrschaft ins Zentrum der Analyse und lassen wir den Thatcherismus noch einmal Revue passieren, können wir lernen, dass die fehlende Abstimmung politischer Eingriffe und eine zerstrittene Regierungspartei nicht bedeuten, dass der Regierung ein klassenpolitisch eindeutiges Projekt fehlt.

Jamie Gough

Marxistische Geographie statt Vergleichender Kapitalismusforschung: Der Unterschied von lokalem und nationalem Kapitalismus und wieso lokale Kapitalismen sich unterscheiden

Die Vergleichende Kapitalismusforschung (VKF) richtet sich meist auf die Unterschiede zwischen Nationen oder Ländergruppen. Aber ein kurzer Blick auf jede größere Nation legt nahe, dass es innerhalb dieser Kapitalismen wichtige Unterschiede zwischen Orten (ländlichen Gegenden, Klein- und Großstädten) und zwischen Regionen innerhalb derselben Nation gibt (fortan mit „Lokalitäten“ bezeichnet). Lokalitäten unterscheiden sich oft voneinander hinsichtlich ihrer dominanten Wirtschaftssektoren, ihrer Kapitalformen, der Beziehungen zwischen Firmen, ihrer Systeme technologischen Wandels, ihrer Arbeitskräfte und deren Beziehungen zu den Arbeitgebern, sowie der Rolle des lokalen Staates. Darüber hinaus unterscheiden sich Lokalitäten innerhalb eines Landes oft anhand ihrer sozialen Sphären, welche u.a. die Geschlechterteilung in Haus- und Pflegearbeit, verschiedene Haushaltsformen, Wohnsystemen, Wohlfahrtsleistungen beinhalten.

Inzwischen gibt es eine umfangreiche Kritik an der VKF und deren Tendenz, nationale Kapitalismen von internationalen Prozessen zu abstrahieren (vgl. z.B. Radice 2000; auch Bieling, Hardy und Jessop in diesem Band). Aber obwohl einige Autoren die lokale Ebene für analysierenswert halten, existiert keine Arbeit, die eine systematische Theoretisierung der Signifikanz der lokalen Ebene für die VKF und einen Vergleich lokaler Kapitalismen innerhalb einer Nation vornimmt. Dieses Kapitel ist eine vorläufige Exploration dieser Frage und benutzt dabei einen räumlich-marxistischen Ansatz. Er greift auf den umfangreichen Bestand radikaler Forschung zu Städten und Regionen in den letzten 40 Jahren zurück. Um dies tun zu können, entwickle ich eine Theorie kapitalistischer Lokalität als Gesamtheit. Dies ermöglicht zu

verdeutlichen, was der signifikante Unterschied zwischen Lokalitäten ist und wie diese Unterschiede entstehen. Es ermöglicht uns ebenfalls die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen lokalen beziehungsweise nationalen Kapitalismen zu verstehen. Dies ist eine besonders wichtige Aufgabe, da die VKF so stark auf Nationen fokussiert ist. Die Grundfrage lautet daher: Was für einen Unterschied macht „Raum“ für den Kapitalismus? Durch das gesamte Kapitel beschäftige ich mich dann mit zwei Typen des Unterschieds: der „horizontalen Differenz“ zwischen lokalen Kapitalismen und der „vertikalen Differenz“ zwischen lokalem und nationalem Kapitalismus.

1. Räumlicher Kapitalismus, Struktur und Widerspruch

Um die Unterschiede innerhalb des Kapitalismus zu verstehen, statt diese nur zu beschreiben, benötigt man eine Theoretisierung des Kapitalismus – welche wiederum eng verbunden mit den politischen Ansichten des Betrachtenden ist. Diese banale Prämisse kritischer Theorie wurde in der VKF meist nicht berücksichtigt: Unstimmigkeiten lassen sich in den meisten Fällen direkt vom jeweiligen Kapitalismusverständnis der Autoren ableiten, insbesondere zwischen verschiedenen Strängen des Institutionalismus, der alten und neuen Regulationstheorie und diversen marxistischen Ansätzen. Diese Abhängigkeit wird aber oft nicht explizit benannt und führt zu unergiebigem Disputen (Radice 2000). Daher lege ich im Folgenden kurz meine theoretischen Annahmen über den Kapitalismus dar. Ich nehme an, dass Raum (also Gebiet, Entfernung und die Verhältnisse zwischen räumlichen Ebenen) den Kapitalismus nicht nur zufällig, sondern fundamental bestimmt (Cox 1991; Gough 1991).

Ich folge einem marxistischen Ansatz, der Kapitalismus nicht bloß als eine „Ökonomie“, sondern auch als Gesellschaft betrachtet. Dieser Gesellschaft liegt ein Set sozialer Beziehungen zugrunde, wobei jene von Klasse, Geschlecht und Ethnizität zentral sind. Das Kapital organisiert die Produktion durch Löhne mittels der Ausbeutung von Arbeitskräften mit dem Ziel, Kapital in Form von Wert zu akkumulieren. Arbeitskraft wird in der „sozialen Sphäre“ durch ein komplexes System produziert, welches unbezahlte Arbeit innerhalb von Haushalten durch die Beziehungen

zwischen Geschlecht und Alter, Gütern und Dienstleistungen organisiert. Während Produktion und soziale Sphären unter unterschiedlicher Kontrolle stehen und diese in unterschiedlichen Räumen stattfinden, sind sie doch Teile der allgemeinen Reproduktion der Klassen.

Mein Fokus auf soziale Reproduktion suggeriert vielleicht ein reibungslos funktionierendes System. Viele fundamentale soziale Prozesse sind jedoch widersprüchlich. Sie beinhalten sozusagen Elemente, die sich gegenseitig konstituieren und zur gleichen Zeit im Konflikt stehen: Zusammenbruch und Wandel sind der kapitalistischen Gesellschaft inhärent. Ein Resultat ist, dass der Staat innerhalb des Kapitalismus wegen der unzähligen Instabilitäten der Produktion und des sozialen Lebens existiert, die durch deren Widersprüche hervorgerufen werden. Er ist daher im Wesentlichen keine eigenständige Institution mit eigenen Dynamiken, sondern viel eher ein Moment in den Widersprüchen der Ökonomie und der Lebenswelt (Clarke 1991).

Diese abstrakten Strukturen sind allen kapitalistischen Gesellschaften gemeinsam. Wie können wir dann empirische Unterschiede innerhalb des Kapitalismus verstehen? Der Weg vom Abstrakten zum Konkreten kann auf drei verschiedene Arten beschrieben werden. Die erste ist, zusätzliche soziale Konzepte in das Bild zu mischen. So könnte die Produktion nach dem verwendeten Typ der Produktionstechnologie oder den produzierten Produkten differenziert werden. Die zweite ist die Beziehungen zwischen vorher eigenständigen Einheiten diachron oder synchron zu untersuchen. So generiert die Interaktion von Produktion und Reproduktion innerhalb einer Lokalität Geschlechterbeziehungen, die wiederum Unterschiede und Wandel in beiden Sphären hervorrufen. Diese zwei Arten machen die Beschreibung zunehmend komplex, indem sie verschiedene Themenstränge verweben, die bezüglich Raum und Zeit immer spezifischer werden.

Die dritte Art, Unterschiede zu theorisieren, wird weniger oft benutzt: Zu untersuchen, wie Widersprüche innerhalb einer sozialen Entität zu Differenzierung führen (Ollman 1993). Die Reproduktion des Kapitalismus hängt beispielsweise sowohl von der unbezahlten Hausarbeit der Frauen als auch von ihrer Ausbeutung innerhalb der Produktion ab. Der Widerspruch zwischen diesen Rollen hat unterschiedliche Auswirkungen in den Langzeitentwicklungen unterschiedlicher Territorien. Räumliche, so-

ziale oder individuelle Unterschiede in den jeweiligen Rollen von Frauen im Haushalt und in der Lohnarbeit sind nicht bloß ein Resultat von Komplexität, sondern von den widersprüchlichen Geschlechterbeziehungen im Kapitalismus. Oder nehmen wir ein anderes bekanntes Beispiel, nämlich den Unterschied zwischen den industriellen Beziehungen in Großbritannien und Deutschland. Erstere sind distanziert oder diszipliniert, letztere kooperativ. Dies kann zum Teil durch die komplexe Geschichte der jeweiligen Kapitalismen erklärt werden. Aber diesen Entwicklungen liegt der Widerspruch der Kapital-Arbeit-Beziehungen zu allen Zeiten und an allen Orten zugrunde, zwischen der Notwendigkeit kapitalistischer Disziplin, um die Extraktion des Mehrwertes sicherzustellen, und der Notwendigkeit eines gewissen Grades an Kooperation und Initiative von Seiten der Arbeiterschaft. Diese Bedürfnisse sind komplementär, stehen aber ebenfalls in einem Spannungsverhältnis (Friedman 1977; Burawoy 1985). Großbritannien und Deutschland kamen letztlich zu unterschiedlichen Schwerpunkten in dieser „Balance“; der zugrundeliegende Widerspruch aber ist in beiden Ländern allgegenwärtig.

Unterschiedliche territoriale Kapitalismen entwickeln sich durch ungleiche und kombinierte Entwicklung (Trotsky 2004; Smith 1984; vgl. auch Hardy in diesem Band): „ungleich“, da jedes Territorium spezifische soziale Beziehungen und dauerhafte Ressourcen entwickelt; „kombiniert“, da die Entwicklung von Territorien von den Waren-, Geld- und Produktivkapitalströmen zwischen diesen abhängig ist und umgekehrt den Druck für diese Ströme erzeugt. Der fundamentale Widerspruch ist, dass Kapital und Arbeit jeweils gute Gründe sowohl für Beständigkeit innerhalb von, also auch für Mobilität zwischen Territorien haben (Harvey 1989, Kap.5; Cox 1997; Swyngedouw 1992).

Beständigkeit wird von Ressourcen mit langer Umschlagsdauer und von Akteursbeziehungen, in denen sich kollektives Lernen sowie gegenseitiges Wissen und Vertrauen entwickeln kann, unterstützt. Dadurch werden Produktivität und Innovation verbessert. Im Gegensatz dazu ermöglicht es Mobilität produktivem Kapital, den Territorien zu entfliehen, in denen soziale Beziehungen problematisch und die Profitabilität unzureichend geworden sind. Mobiles Kapital kann das Medium territorialer Umstellungen sein (vgl. auch Lillie/Wagner in diesem Band). Ungleiche und kombinierte Entwicklung sowie das Verhältnis von Beständigkeit und Mobili-

tät sind die Grundlagen für die Entwicklung von Staatsstrukturen und staatlichem Handeln in unterschiedlichen Räumen.

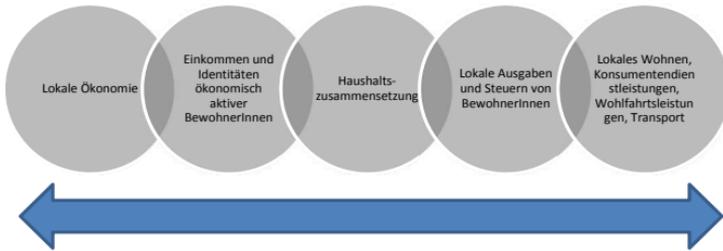
Die enge Verbindung zwischen Gesellschaftstheorie und politischer Perspektive wird in der Literatur über Unterschiede im Kapitalismus deutlich: Autoren, welche die neue institutionalistische Theorie benutzen, tun dies wegen ihres politischen Projektes, die Wettbewerbsfähigkeit von Firmen und territorialen Ökonomien zu erhöhen; Autoren, die den alten Institutionalismus und die neue Regulationstheorie benutzen, sind mit der Erschaffung „guter“, gerechter Ökonomien beschäftigt; Autoren der alten Regulationstheorie wollen Kapitalismen fördern, die für eine bestimmte Periode kapitalistische Krisentendenzen unterdrücken können. Im Gegensatz dazu ist für die meisten nicht-regulationstheoretischen Marxisten die zentrale Frage, wie die Arbeiter und die Unterdrückten gegen das Kapital ankämpfen können und diese eventuell verdrängen können. Dies erklärt die Zentralität des Widerspruchs im Marxismus, da nicht nur die Allgegenwart sozialer Konflikte gezeigt wird, sondern auch, wie der Kapitalismus sich selbst zerrütet und daraus Möglichkeiten einer Revolution resultieren. Die nächsten drei Abschnitte behandeln die Konstruktion lokaler Kapitalismen hinsichtlich des „vertikalen Unterschieds“ zwischen dem lokalen und dem nationalen Ausmaß und dem „horizontalen Unterschied“ zwischen Lokalitäten.

2. Lokale Ökonomie, soziales Leben und Kultur

Die Besonderheit der lokalen gegenüber der nationalen Ökonomie ist, dass die meisten Tätigkeiten, die für die Selbstreproduktion nötig sind – zur Arbeit oder Schule gehen, Konsum- und Sozialdienstleistungen in Anspruch nehmen, Freunde treffen – innerhalb der Lokalität stattfinden. Daraus folgt, dass Arbeitsstätten den Großteil ihrer Arbeitskräfte aus der lokalen Umgebung beziehen. Dies erzeugt eine starke gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Ökonomie, den Arbeitskräften, den Bewohnern, und den lokal bereitgestellten Konsumgütern und Dienstleistungen eines Gebiets (Abbildung 1). Jobs in der lokalen Ökonomie weisen bestimmte Eigenschaften wie z.B. notwendige Fähigkeiten, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszeiten, Löhne und Abmachungen auf. Diese bestimmen wiederum die Einkommen sowie die Kultur der Arbeiter, Rentner und deren Haushalte. Die Einkommen

und Kulturen von Einwohnern hingegen bestimmen größtenteils (kumulativ über Jahrzehnte hinweg) den Wohnbestand, die Bewohner, sowie Sozialleistungen und lokale Transportmöglichkeiten. Umgekehrt beeinflussen die Wohn-, Transport- und Sozialleistungsqualitäten die Qualität der lokalen Arbeitskräfte. Der Pool von Arbeitskräften, der über die Zeit hinweg innerhalb der Lokalität reproduziert wird, aber auch durch Ein- und Abwanderung entsteht, beeinflusst dann wiederum die Qualität und Profitabilität der Produktion. Mittelfristig beeinflusst dies den Anstieg und den Abbau kapitalistischer Investitionen in der Lokalität. Innerhalb der Lokalität determinieren sich dann Beschäftigung, Arbeitskräfte, bebaute Umwelt und Dienstleistungen für die Bevölkerung gegenseitig. Harvey (1989, Kap.5) hat dieses Ganze die „strukturierte Kohärenz“ der Lokalität genannt, während Gough (2001) es als den „lokalen sozio-ökonomischen Nexus“ bezeichnet. Diese Kohärenz ist bezeichnend für die lokale Ebene.

Abbildung 1: Der lokale sozio-ökonomische Nexus



Lokal spezifische soziale Produktionsbeziehungen bedingen die wechselseitigen Beziehungen zwischen lokaler Ökonomie *sowie* den Einkommen und Identitäten ökonomisch aktiver BewohnerInnen.

Lokal spezifische soziale Hausarbeits- und Konsumbeziehungen bedingen die wechselseitigen Beziehungen zwischen lokalem Wohnen, Konsumentendienstleistungen, Wohlfahrtsleistungen und Transport *sowie* lokalen Ausgaben und Steuern von BewohnerInnen.

Wir können diesen Nexus erweitern, indem wir die „lokale Kultur“, d.h. eine spezielle Lebensart und Gefühlsstruktur, einfügen. Die „Lebensart“ ist eine Gesamtheit sozialen und wirtschaftlichen Lebens; ihre sozialen Beziehungen bauen und ruhen auf dem Bewusstsein, also „Gefühlsstrukturen“. „Lokale Kulturen“ sind offensichtlich intern differenziert (besonders durch Klasse, Ge-

schlecht, Sexualität, Ethnie und Alter), können aber auch räumlich spezifisch sein (Jackson 1989; Hetherington/Robinson 1988). Wir können daher bereits folgern, dass Räumlichkeit einen Unterschied in der Form der sozio-ökonomisch-kulturellen Kohärenz innerhalb eines Territoriums macht. Es gibt dementsprechend lokale Kapitalismen.

Richten wir unsere Aufmerksamkeit von „vertikalen“ zu „horizontalen“ Unterschieden, stellt sich die Frage, wie sich lokale sozio-ökonomische Konfigurationen unterscheiden? Ausschlaggebend sind hier Unterschiede in der lokalen Ökonomie: Wandel ist fundamental für die kapitalistische Produktion, aber nicht für die Sphäre der Reproduktion (Abschnitt 2), zudem variiert die Produktion räumlich stärker (Abschnitt 6). Lokal erbrachte Dienstleistungen und Güter sind hingegen durch den Konsum lokaler Bewohner und Unternehmen bestimmt und daher keine Initiatoren von horizontalen Unterschieden. Es sind vielmehr die Sektoren, die ihre Güter und Dienstleistungen außerhalb der Lokalität verkaufen, welche als solche Antrieber fungieren. Diese werden „lokale Exportsektoren“ genannt.

Differenzierungen zwischen solchen Lokalitäten entstehen dadurch, dass bestimmte Sektoren Profitvorteile aus der lokalen Agglomeration erzielen, so dass der lokale Exportteil einer oder mehrerer Lokalitäten in diesem Sektor reicher wird. Diese sektoralen Agglomerationsvorteile wurden z.B. als industrielle Distrikte im neuen Regionalismus ausgiebig erforscht (für einen Überblick, vgl. Cumbers/MacKinnon 2006). Lokale Agglomerationsvorteile können sich z.B. in Verbindungen zwischen Arbeitsstätten und Firmen in einem Sektor, Finanz- oder Handelskapital mit lokalen Beziehungen und Fachwissen, sektorspezifisches Fachwissen und Gebräuche, geeignete Kommunikationsinfrastrukturen, oder lokale Arbeitskräfte mit geeignete Fähigkeiten, Arbeitsgebräuchen und Berufsaussichten äußern. Diese Verbindungen basieren nicht nur auf kurzfristigen Preisen und Verträgen, sondern auf langfristigen, nicht-marktbasierten Beziehungen. Aber während die neue Regulationstheorie oft impliziert, dass diese Agglomerationsökonomien auf die meisten lokalen Exportsektoren der heutigen Welt zutreffen (Storper 1991), sind diese tatsächlich in vielen Sektoren und Teilprozessen schwach oder gar nicht ausgeprägt; Arbeitsplätze in solchen Sektoren sind nur schwach mit ihren lokalen Ökonomien verbunden und können deswegen ein-

fach verlagert werden. Schließlich kann sich eine sektorale Einbettung von der lokalen physischen Geografie ableiten: Bergbau, Landwirtschaft, Teile des Tourismus oder Altersruhesitze. Die physische Geografie stellt allerdings nur eine notwendige, aber keine (ökonomisch) hinreichende Bindung einer solchen Industrie an die Lokalität dar.

Auf dieser Basis kann man drei Idealtypen lokaler Ökonomien bestimmen: (1) solche, die durch Produkttypen spezialisiert sind („industrielle Sektoren“ im herkömmlichen Sinn); (2) solche, die durch Produktions- und Arbeitsprozesse spezialisiert sind (z.B. der Umschlag großer Rohstoffmengen in Häfen oder das Schreiben von Software) und (3) Lokalitäten mit keinem dieser Spezialisierungstypen. Diese tendieren dazu, sich auf routinisierte, dequalifizierte Aufgaben, den Gebrauch billiger, numerisch flexibler Arbeitskräfte und Zweigwerke mit schwachen lokalen Verbindungen zu spezialisieren. Die räumliche Arbeitsteilung zwischen Lokalitäten – besonders den ersten beiden Typen – ist ein Produkt langfristiger historischer Entwicklung. Produkt- und Prozessspezialisierung basieren auf qualitativ differenzierten Arbeitskräften und physischen Ressourcen, welche in der Lokalität eingebettet sind; diese Ökonomien weisen daher eine erhebliche Trägheit und Dauerhaftigkeit auf (Gough 2004b, Kap.2). Einige lokale wirtschaftliche Spezialisierungen existieren so seit Jahrhunderten: Banken in London, Eisen und Stahl in Sheffield. Dennoch ist die interlokale Arbeitsteilung immer im Wandel (vgl. Abschnitt 6). Die konsequente Spezifität einiger Lokalitäten hinsichtlich Sektor oder Produktionsprozess spiegelt sich dann in der Spezifität der sozialen und kulturellen Bereiche wider.

3. Der lokale Staat

Die Befugnisse lokaler und regionaler Regierungen werden in letzter Instanz immer von nationalen Regierungen verliehen und können von diesen widerrufen werden. Diese Unterordnung wohnt der Natur des Nationalstaates als Souverän innerhalb seines Territoriums inne: Wenn eine lokale Regierung sich selbst die Befugnisse eines Nationalstaates geben könnte, hätte sie sich bereits abgespalten. Viel mehr noch werden bestimmte Befugnisse von Nationalstaaten so gut wie niemals an lokale Regierungen übertragen: Die Kontrolle einer Währung (obwohl lokale Währungen

zwischenzeitlich existieren können), das aggregierte Haushaltsgleichgewicht und die militärischen Streitkräfte (obwohl Polizei und paramilitärische Einheiten wesentlich von lokalen Regierungen kontrolliert sein können). Aber viele Befugnisse sind potenziell übertragbar: Industriepolitik, Bereitstellung und Steuerung von Sozialleistungen, Transport- und Kommunikationsinfrastruktur, öffentliche Versorgung, Bereitstellung und Regulierung von Wohnraum, Regulierung der Lohnarbeit und die Verwaltung der Arbeitslosen.

Egal welche Befugnisse ihnen für den Moment übertragen wurden, agieren lokale Regierungen gemäß dem Druck aus den Widersprüchen des lokalen ökonomisch-sozial-kulturellen Nexus (Gough 1996; 2002). Widersprüche innerhalb lokaler Ökonomien – fehlerhafter Wettbewerb und daraus resultierende Abwertung, Überakkumulation und lokale Inflation oder Unverhältnismäßigkeiten zwischen privat kontrollierten Sektoren – können Reaktionen des lokalen Staates hervorrufen. Dieser kann ebenfalls auf das Scheitern privater Haushalte, Wohnungsbaus und Dienstleistungen reagieren, um sozial akzeptable Normen für die Reproduktion der Menschen herzustellen oder die Arbeitsnachfrage der lokalen Zentren zu befriedigen. Widersprüche innerhalb des lokalen sozioökonomischen Nexus werden durch die bewussten Handlungen von, und Konflikten zwischen, Teilen des lokal operierenden Kapitals und Sektionen der lokalen Anwohner ausgetragen, welche durch und im lokalen Staat agieren.

Die Aktionen des lokalen Staates sind nicht nur durch diesen Druck und soziale Konflikte bestimmt, sondern auch durch die Widersprüche, die allen kapitalistischen Staaten gemein sind. Staaten müssen, da sie nicht das Kapital sind, durch die Beziehungen mit einzelnen Kapitalfraktionen operieren, gleichzeitig müssen sie aber die sozialen und ökonomischen Widersprüche in einer holistischen Weise angehen und „für die Lokalität als Ganzes“ handeln. Dies bringt chronische Instabilitäten und lokales Politikversagen hervor. Ein lokaler Staat kann erfolgreich von bestimmten lokalen Kapitalfraktionen gekapert werden, dies produziert aber offenkundige Fehler und finanzielle Desaster. Ein weiterer fundamentaler Widerspruch besteht zwischen effektiver staatlicher Intervention und Überpolitisierung (Offe 1984; Meszaros 1995; Jones 1999). Der Druck, wirtschaftliches und soziales Versagen anzugehen, kann den lokalen Staat zu sehr starken Formen

der Intervention führen. So versucht er etwa, Sektoren, Infrastrukturen oder Dienstleistungen zu verstaatlichen bzw. gewaltsam zu regulieren, oder stark in die Wohnraumversorgung, das soziale Leben oder die Kindererziehung einzugreifen. Solche Interventionen folgen einer holistischen Logik, ignorieren allerdings private Interessen; dies kann zu scharfen Konflikten führen. Darüber hinaus tendiert starke staatliche Intervention dazu, die Marktideologie abzubauen und die tatsächliche soziale Natur einer Gesellschaft zu offenbaren. Sie generiert dadurch potenziell ein Schneeballsystem neuer Ansprüche für weiteres staatliches Handeln. Vor dieser Politisierung und der wachsenden fiskalischen Spannung, die diese typischerweise mit sich bringt, kann der lokale Staat zurückweichen; dies macht ihn aber unfähig, mit den ursprünglichen ökonomischen und sozialen Problemen umzugehen.

Nationale „lokale Regierungssysteme“ – deren Besteuerung und Ausgaben, regulatorische Befugnisse und Eigentumskontrolle – variieren sehr zwischen Ländern. Dies liegt zum Teil an den gewaltigen Unterschieden in den historischen Evolutionen nationaler Kapitalismen. Teilweise reflektieren sie Unterschiede im Ausmaß räumlicher ungleicher Entwicklung innerhalb jedes einzelnen Landes (Duncan/Goodwin 1988). Sprachliche und kulturelle Unterschiede können hier ebenfalls eine Rolle spielen. Weniger offensichtlich ist, dass die Machtverteilung zwischen nationalen und lokalen Staaten durch die o.g. widersprüchlichen Logiken lokaler Regierungen geprägt ist.

Die Befugnisse und Autonomie des lokalen Staates beeinflussen also einerseits seine Rolle in der Gestaltung eines lokalen Kapitalismus und andererseits seine Fähigkeit, auf lokale Probleme zu reagieren. Aber weder der Grad noch der Typ der Intervention lokaler Regierungen ist in einem Land einheitlich, da die lokale Regierung in die lokale Gesellschaft eingebettet ist. Variationen in den Handlungen lokaler Regierungen innerhalb eines Landes sind ebenfalls durch Widersprüche in bestimmten Politikfeldern bestimmt. Lokale Wirtschafts- und Beschäftigungsstrategien müssen beispielsweise die allgegenwärtigen und chronischen Spannungen zwischen Beständigkeit und Mobilität von Kapital, zwischen kooperativen und disziplinierten industriellen Beziehungen, sowie zwischen Qualität und Kosten der Produktion aushandeln (Eisenschitz/Gough 1998; vgl. Abschnitte 5 und 6). Diese Spannungen führen zu unterschiedlichen Strategien loka-

ler Regierungen. Diese reichen vom keynesianischen Streben nach lokalen Netzwerken, kooperativen industriellen Beziehungen und einem hohen Einsatz von Fertigkeiten und Fachwissen, bis hin zu einer neoliberalen Strategie, die auf der Mobilität von Kapital, disziplinierten Klassenbeziehungen, und Kostenwettbewerb basiert. Die Extreme dieses Spektrums ähneln jeweils der „koordinierten“ und der „liberalen Marktwirtschaft“ im VoC-Ansatz, auch wenn die zugrundeliegenden Widersprüche auf viele mögliche Hybridmodelle hinweisen und lokale Strategien sich rapide ändern können (Sektion 6). Aus diesen Gründen hat die Politik von Nationalstaaten, die innerhalb eines Landes scheinbar einheitlich ist, oftmals unterschiedliche Effekte zwischen einzelnen Lokalitäten (Jones 1999). So hat die nationale „Arbeit statt Sozialhilfe“-Politik in Großbritannien komplett unterschiedliche lokale, von der Arbeitslosenquote abhängige Effekte (Martin u.a. 2003). Lokal verschiedene Staatsinterventionen beinhalten somit eine Vielzahl nationalstaatlicher Politiken.

4. Lokale Klassen-, Geschlechter- und Rassenbeziehungen und Kämpfe

Der politisch wichtige Punkt bei der Erforschung lokaler Kapitalismen ist meines Erachtens ihre sozialen Machtbeziehungen – insbesondere Klasse, Geschlecht und Rassismus – zu verstehen und zu verstehen, wie man diese bekämpfen kann. In institutionalistischen und neuen regionalistischen Analysen erscheinen diese hingegen bestenfalls als „Nachteile“. In diesem Abschnitt betrachte ich zuerst die systematischen Unterschiede in diesen sozialen Beziehungen zwischen Lokalitäten und danach die Spezifität der lokalen Räumlichkeit für Machtbeziehungen.

Abschnitt 3 beschrieb, wie Machtbeziehungen zwischen Lokalitäten in erster Linie durch den Gebrauch der Arbeitskraft lokaler Angestellter unterschieden werden. Bestimmte Kapital-Arbeit-Beziehungen treten tendenziell dort auf, wo eine bestimmte Industrie oder ein Produktionstyp den lokalen Exportsektor dominiert. Die so konstruierte Arbeitskraft führt dann zu einer spezifischen Art des Wohnumfelds und Soziallebens, und dies bestärkt oftmals die Klassen-, Geschlechter- oder ethnischen Beziehungen, die in der Produktion ihren Ursprung haben (Gough/Eisenschitz 2006: 131ff).

Lokal spezifische Geschlechterbeziehungen, die auf diese Weise entstehen können, wurden bereits von McDowell und Massey (1984) analysiert. Sie haben vier Lokalitäten in England untersucht, die im 19. Jahrhundert von einem bestimmten Sektor dominiert wurden. Sie zeigen, wie die unterschiedlichen Vergeschlechtlichungen der Arbeiterschaft Geschlechterbeziehungen in den Haushalten konstruiert haben und wie letztere wiederum die Geschlechterverhältnisse in der Arbeiterschaft verstärkt und fortgesetzt haben. Das Resultat waren dominante lokale Kulturen, die auf strenge Weise die Rollen, Fähigkeiten und Charaktere von Männern und Frauen unterschieden haben. Man kann sagen, dass diese Lokalitäten unterschiedliche „Geschlechterregime“ zeigten, welche zentrale Bestandteile lokaler Kapitalismen sind.

Lokalitäten können ebenfalls spezifische inter-ethnische Beziehungen haben. Diese inter-ethnische Arbeitsteilung kann zwischen oder innerhalb von Sektoren stattfinden. Die ethnische Zusammensetzung der Arbeitskraft eines Sektors kann eine Folge seiner spezifischen sektoralen Dynamik sein (beispielsweise der scharfe internationale Kostenwettbewerb in der Bekleidungsindustrie), sie kann aber auch den Widersprüchen des lokalen Arbeitsmarktes entspringen (etwa die Anstellung von Afro-Karibianern im öffentlichen Transportsystem von London). Der Wettbewerb von Sektoren, die Arbeit aus ethnischen Minderheiten beschäftigen, ist oftmals stark abhängig von ihrer Arbeitsmarktsegregation und von Rassismus unter den Arbeitern begleitet. Antagonismen zwischen Ethnien und den ethnischen Kulturen von Mehr- und Minderheiten werden typischerweise durch eine Segregation der Wohnbereiche verstärkt.

Eine Lokalität kann ebenfalls hinsichtlich eines bestimmten Musters industrieller Beziehungen unterschieden werden, die dem langfristig dominanten Sektor (oder Sektoren) entspringt. Diese Beziehungen leiten sich von einer Kombination des Arbeitsprozesses in der Arbeitsstätte (Fertigkeiten, Arbeitsteilung, Arbeiterautonomie), dem Beschäftigungsvertrag (Konditionen, Löhne, Sicherheit), der sozialen Arbeitsteilung (Geschlecht, Ethnie, Alter) (Peck 1996), und der Sphäre der Reproduktion (Haushalte, Sozialleistungen; vgl. Gough 2004b: 30ff) ab. Jonas (1996) hat dies als „lokale Arbeitskontrollregime“ charakterisiert. Sie werden in den Erwartungen und Einstellung von sowohl Arbeitern als auch dem lokalen Management ausgedrückt, können aber auch in lo-

kalen Gewerkschaften und politischen Parteien eingebettet sein (Herod 1991; Wills 1998; Castree u.a. 2004: 140ff). Die Arbeit-Kapital-Beziehungen können kooperativ, kontrolliert, distanziert oder eine Mischung von diesen sein. In Teesside, das lange Zeit von der chemischen Industrie dominiert wurde, dominierte lange ein erfolgreicher Unternehmenspaternalismus, der sich bis in die Reproduktionssphäre erstreckte, was eine starke Kooperation der Arbeiterschaft begünstigte (Beynon u.a. 1989). Süd-Mittelengland hat eine besondere Arbeitskultur im Dienstleistungsbereich: individualisierte Arbeits-, Management- und Beschäftigungsverträge, flexible und oft lange Arbeitszeiten, sowie eine Hingabe für die Arbeit, jedoch nicht für den Arbeitgeber (Allen u.a. 1997). Große Lokalitäten können auch zwei oder mehr charakteristische Arbeitskulturen beinhalten, die den Sektorentypen und der Segmentierung der Arbeitskraft entsprechen. Gough (2004b: 75ff) identifizierte z.B. fünf seit langer Zeit bestehende Klassenkulturen in der Londoner Produktionsindustrie. Folglich sind Kapital-Arbeit-Beziehungen zentrale Momente lokaler Kapitalismen.

Die lokale Ebene kann diese diversen Machtbeziehungen verstärken, aber ebenfalls den Widerstand gegen diese ermöglichen (Gough/Eisenschitz 2010). Die Macht des Kapitals wird durch den sehr hohen Grad an Mobilität von Geldkapital, Produktion, und Handel zwischen Lokalitäten, der größer ist als der zwischen Ländern, verstärkt. Dies hilft dem Kapital, Druck auf die Arbeiter und den lokalen Staat auszuüben und folglich lokale „Partnerschaften“ zu generieren, in denen die letzteren untergeordnet sind (Peet 1983). Auf der anderen Seite benötigt die kollektive Organisation der Bevölkerung auf lokaler Ebene weniger Zeit, Geld und Energie als auf höheren Ebenen und kann zudem auf Freundschaftsnetzwerke, Wissen und Vertrauen bauen.

5. Stabilität und Umbruch lokaler Kapitalismen

Die Abschnitte 3 bis 5 behandelten die Anatomie und Kohärenz von Lokalitäten. Aber lokale Kapitalismen und ihre Unterschiede sind nie statisch. Wandel entsteht durch die Dialektik interner und externer Dynamiken und nicht allein durch externe Schocks (Gough 2004b: 42ff, 272ff; vgl. auch Lane/Wood und May/Nölke in diesem Band). Innerhalb einer Lokalität kann die Kapitalakkumulation direkt durch Forderungen der Unterdrückten gestört

werden, so dass das lokale Kapital möglicherweise abwandert und neue Investitionen in der Lokalität boykottiert werden. Diese Herausforderungen können durch organisierte Arbeiter (Massey/Meegan 1978; Peet 1983), durch Änderungen in den Geschlechterbeziehungen (McDowell/Massey 1984), oder durch Kämpfe unterdrückter Ethnien (die letzten 50 Jahre in den USA) entstehen. Darüber hinaus kann Überakkumulation innerhalb einer Lokalität zu einem steilen Inflationsanstieg, Arbeitskräftemangel, Überbevölkerung und Umweltverschmutzung führen, was Investitionsverlagerungen verursacht. Technologischer Wandel bei Prozessen und Produkten von wichtigen lokalen Exportsektoren können Neuausrichtungen von deren wirtschaftlicher Geografie bedingen.

Eine Lokalität kann durch Niedrigkostenproduktion oder formbare Arbeitskräfte von außerhalb (*Low Road*-Strategie), oder durch höhere Qualität in anderen Lokalitäten (*High Road*-Strategie) überholt werden (Storper/Walker 1989). Neue Investitionen in stark wachsenden Sektoren werden manchmal von existierenden Großstädten und Ballungsgebieten aufgrund guter generischer Inputs angezogen, und verstärken somit bestehende inter-lokale Muster (Cooke 1995). Aber neue Sektoren, oder Teile davon, können sich an Orten niederlassen, die zuvor eine zurückgehende oder geringe Akkumulation hatten. Solche Lokalitäten können wegen des reichlichen Angebots an Arbeitskräften oder preiswerten Grundstücken attraktiv für einige Investitionen sein. Auf diese Art verändern neue Wellen trans-lokaler Investitionen den sektoralen Mix jeder einzelnen Lokalität und somit deren Klassen-, Geschlechter- und ethnischen Beziehungen. Jede „archäologische Schicht“ von Sektoren und sozialen Beziehungen einer Lokalität steht, als Gemeinsamkeit oder als Kontrast, im Zusammenhang mit den früheren Schichten (Massey 1984).

Folglich werden Unterschiede zwischen lokalen Kapitalismen ständig neu geformt. Die vermeintlichen Bezeichnungen einer Lokalität, ihre Grenzen, können sich ändern (zu „London“ vgl. Gough 2004b: 98ff). Die Besonderheit von Lokalitäten kann in einigen Perioden ausgeprägt sein, in anderen Perioden hingegen verschwinden. Die starke Akkumulation einer Lokalität kann sich selbst verstärken oder sich durch Inflation und Überbevölkerung unterminieren. Eine niedergehende Lokalität kann eine Abwärts-spirale erleiden oder gute Bedingungen für neue Investitionen liefern. Neil Smith (1984) diskutiert, wie Unterschiede in Wertrela-

tionen aus Investitionszuflüssen und -abflüssen resultieren und die Unterschiede zwischen Territorien wechselweise vergrößern oder verkleinern. Meine Diskussion der Geografie qualitativer Unterschiede zeigt, dass diese ebenfalls den gegensätzlichen Bewegungen zunehmender Differenz und Gleichheit unterliegen.

6. Fazit: Implikationen für Theorie und Praxis

Ich habe gezeigt, dass lokale Kapitalismen bestimmte Besonderheiten aufweisen, die sie von nationalen Kapitalismen abgrenzen. Die Räumlichkeit des Kapitalismus beeinflusst maßgeblich dessen Funktion. Man kann folglich nicht einfach den lokalen Kapitalismus vom nationalen Kapitalismus ablesen, dessen Teil er ist. Die sozialen Strukturen des lokalen Kapitalismus sind daher von theoretischer und politischer Relevanz. Ich habe ebenfalls gezeigt, dass sich diese sozialen Strukturen radikal zwischen Lokalitäten innerhalb desselben Landes (und erst recht zwischen unterschiedlichen Ländern) unterscheiden können. Demzufolge kann man gewinnbringend lokale Kapitalismen vergleichen.

Diese Schlussfolgerungen hängen von einer bestimmten Theorie des „Kapitalismus“ ab, die auf dem geografischen, dialektischen Marxismus beruht. Dieses Kapitel zeigt, dass diese Methodologie eine robuste Theoretisierung kapitalistischer Lokalitäten ermöglicht. Sie kann ebenfalls sinngemäß gewinnbringend auf nationale Kapitalismen angewendet werden. Die charakteristischen Elemente meines Ansatzes um Kapitalismen zu vergleichen sind:

(i) Jeder Kapitalismus muss geografisch, in zwei Dimensionen, betrachtet werden: Seiner Relation zu Kapitalismen kleineren und größeren Ausmaßes und seinen Relationen mit territorialen Kapitalismen des gleichen Ausmaßes, die Arbeitsteilung und die Bewegungen von Kapital und Arbeit eingeschlossen. Folglich sind rein nationale (oder lokale) Analysen aus theoretischer Sicht haltlos.

(ii) Die VKF hat größtenteils unabhängig vom Vergleich nationaler Gesellschaften und Kulturen operiert, was die bourgeoise Trennung akademischer Disziplinen widerspiegelt. Aber der sozialistische Feminismus zeigt, dass Formen des sozialen Lebens ein essentieller Bestandteil des Kapitalismus sind. Wirtschaft, soziales Leben und Alltagskultur konstruieren sich einander, auf nationaler wie lokaler Ebene.

(iii) In einem Großteil der VKF wird der Staat als eine eigene, gegebene Institution dargestellt, die lediglich externe Beziehungen zu Wirtschaft und Zivilgesellschaft hat. Er wird dann auf normative Art als „Gestalter von Kapitalismen“ betrachtet, der den politischen Vorstellungen des Autors folgt. Im Gegensatz dazu habe ich den Staat als Produkt des Verhältnisses von Ökonomie und sozialem Leben dargestellt, der die Spannungen dieses Nexus ausdrückt. Dadurch ist man in der Lage, die Befugnisse und Handlungen des Staates, deren Ausmaß und deren Beschränkungen zu theoretisieren.

(iv) Viele Strukturen des Kapitalismus sind inhärent widersprüchlich. Eine wichtige Implikation für die VKF ist, dass die Entwicklung von Unterschieden zwischen territorialen Kapitalismen nicht nur historisch-geografische Komplexität, sondern ebenfalls Dilemmata und Spannungen widerspiegeln, die aus Widersprüchen entstehen.

(v) Eine weitere Implikation dieser Widersprüche ist, dass Wandel in territorialen Kapitalismen nicht bloß exogene Faktoren wie technologische Innovation, oder einfach externen wirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch Störungen beinhaltet, die durch die unvermeidlichen Spannungen entstehen. Ich habe die räumlichen Widersprüche zwischen Beständigkeit und Mobilität, sowie verschiedene „nicht-räumliche“ Widersprüche behandelt. Eine solche Analyse kann aufzeigen, wie territoriale Kapitalismen sich nicht durch historische Kontingenz, sondern auch durch unumgängliche Prozesse verändern.

(vi) Zuletzt sind ökonomische, soziale, kulturelle und politische Strukturen in nationalen sowie lokalen Ausmaßen Beziehungen von Klasse, Geschlecht und „Rasse“. Die Widersprüche territorialer Kapitalismen eröffnen die Möglichkeiten, diese Machtformen anzufechten. Für diejenigen, deren politisches Ziel es ist, Unterdrückung entgegenzutreten und für Befreiung zu kämpfen, sollten diese Beziehungen der Anfang und das Ende des Studiums der VKF sein.

Aus dem Englischen von Johannes Petry

Literatur

- Abramovitz, M. (1994): „Catch up and Convergence in the Post-War Boom and After“, in: Baumol, W. J./Nelson, R.R./Wolff, E. (Hg.): *Convergence of Productivity*. Oxford, Oxford University Press, 86-125.
- Aglietta, M. (1979): *A Theory of Capitalist Regulation: The US Experience*. London, New Left Books.
- (1982): *Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des Etats-Unis*. (2. Aufl.) Paris, Calmann-Levy.
- (1998): „Capitalism at the Turn of the Century: Regulation Theory and the Challenge of Social Change“, *New Left Review*, 232, 41-90.
- Aglietta, M./Bischoff, J./Boccarda, P./Haug, W. F./Huffscheid, J./Wallerstein, I. (2002): *Umbau der Märkte. Akkumulation – Finanzkapital – Soziale Kräfte*. Hamburg, VSA.
- Ahlquist, J.S./Breunig, C. (2008): „Theory and Typology: Country Categorization in the Varieties of Capitalism“, URL <http://jahlquist.bol.ucla.edu/AhlquistBreunigVoCclusters.pdf>, (Zugriff am 29.06.2012).
- Albert, M. (1992): *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt, Campus.
- Albo, G. (1994): „Competitive Austerity and the Impasses of Capitalist Employment Policy“, in: Miliband, R./Panitch, L. (Hg.): *The Socialist Register 1994*. London, Merlin Press, 144-170.
- Allen, J./Massey, D./Cochrane, A. (1997): *Rethinking the Region*. London, Routledge.
- Allen, M. C. (2006): *The Varieties of Capitalism Paradigm: Explaining Germany's Comparative Advantage*. New York, Palgrave Macmillan.
- Alston, L. J./Mueller, B. (2005): „Property Rights and the State“, in: Ménard, C./Shirley, M. M. (Hg.): *Handbook of New Institutional Economics*. Berlin, Springer.
- Althusser, L. (1968): *Das Kapital lesen*. Reinbek, Rowohlt.
- Altwater, E./Mahnkopf, B. (2007): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. (7. Aufl.) Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Amable, B. (2003): *The Diversity of Modern Capitalism*. Oxford, Oxford University Press.
- Amable, B./Palombarini, S. (2009): „A Neorealist Approach to Institutional Change and the Diversity of Capitalism“, *Socio-Economic Review*, 7(1), 123-143.
- Anchordoguy, M. (2005): *Reprogramming Japan: The High Tech Crisis under Communitarian Capitalism*. Ithaca, Cornell University Press.
- Anievas, A. (Hg.) (2010): *Marxism and World Politics: Contesting Global Capitalism*. Oxford, Routledge.
- Aoki, M. (2010): *Corporations in Evolving Diversity: Cognition, Governance and Institutions*. Oxford, Oxford University Press.

- Appelbaum, E./Berhardt, A./Murname, R./Weinberg, J. (2005): „Low Wage Employment in America: Results from a Set of Industry Case Studies“, *Socio-Economic Review*, 3(2), 293-310.
- Arrighi, G. (1994): *The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times*. London, Verso.
- Ashman, S. (2006): „From World Market to World Economy“, in: Dunn, B./Radice, H. (Hg.): *100 Years of Permanent Revolution: Results and Prospects*. London, Pluto Press, 88-104.
- (2010): „Capitalism, Uneven and Combined Development and the Transhistoric“, in: Anievas, A. (Hg.): *Marxism and World Politics: Contesting Global Capitalism*. Oxford, Routledge, 183-197.
- Aspers, P. (2011): *Markets*. Cambridge, Polity Press.
- Bandelj, N. (2002): „Embedded Economies: Social Relations as Determinants of Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe“, *Social Forces*, 81(2), 411-444.
- Barker, C. (2006): „Beyond Trotsky: Extending Combined and Uneven Development“, in: Dunn, B./Radice, H. (Hg.): *100 Years of Permanent Revolution: Results and Prospects*. London, Pluto Press, 72–87.
- Bartolini, S. (2005): *Restructuring Europe*. Oxford, Oxford University Press.
- Bauhardt, C./Çağlar, G. (2010): (Hg.): *Gender and Economics – Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden, VS Verlag.
- Baumol, W.J./Litan, R. E./Schramm, C. J. (2005): *Good Capitalism, Bad Capitalism, and the Economics of Growth and Prosperity*. New Haven, Yale University Press.
- Baumol, W. J. (1994): „Multivariate Growth Patterns: Contagion and Common Forces as Possible Sources of Convergence“, in: Baumol, W. J./Nelson, R. R./Wolff, E. N. (Hg.): *Convergence of Productivity*. Oxford, Oxford University Press, 62-85.
- BBC News (2010): „Thousands Protest over Romania Austerity Measures“, 19 May 2010, URL <http://www.bbc.co.uk/news10127366> (Zugriff am 12.06.2012).
- Becker, J. (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg, Metropolis.
- (2006): „Metamorphosen der regionalen Integration“, *Journal für Entwicklungspolitik*, 22(2), 11-44.
- (2007): „Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences“, in: Becker, J./Weissenbacher, R. (Hg.): *Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?*, Marburg, Metropolis, 223-278.
- (2009): „Regulationstheorie“, in: Becker, J./Grisold, A./Mikl-Horke, G./Pirker, R./Rauchenschwandtner, H./Schwank, O./Springler, E./Stockhammer, E. (Hg.): *Heterodoxe Ökonomie*. Marburg, Metropolis, 89-116.

- (2010): „Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 36(4), 517-540.
- (2011): „Krisenpolitik in der Eurozone oder Bail-out 2.0“, *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, 26 Juli, URL <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org> (Zugriff am 27.07.2011).
- (2012): „Die Linke und die Euro-Zone“, *Kurswechsel*, 1/12, 108-113.
- Becker, J./Jäger, J. (2010): „Development Trajectories in the Crisis in Europe“, *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*, 18(1), 5-27.
- (2012): „Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism“, *Competition & Change* 16(3), 169-187.
- Becker, J./Jäger, J./Leubolt, B./Weissenbacher, R. (2010): „Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective“, *Competition & Change* 14(3-4), 225-247.
- Becker, J./Lesay, I. (2012): *Život na uver*. Bratislava, Inaque.
- Becker, U. (2007): „Open Systemness and Contested Reference Frames and Change. A Reformulation of the Varieties of Capitalism Theory“, *Socio-Economic Review* 5(2), 261-286.
- (2009): *Open Varieties of Capitalism. Continuity, Change and Performance*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- (2012): „Measuring Change of Capitalist Varieties: Reflections on Method, Illustrations from the BRICs“, *New Political Economy*, Online First, DOI 10.1080/13563467.2012.717611.
- Beckert, J. (2009): „The Social Order of Markets“, *Theory and Society*, 38(3), 245-269.
- (2010): „Institutional Isomorphism Revisited: Convergence and Divergence in Institutional Change“, *Sociological Theory* 28(2), 150-166.
- Beckert, J./Streeck, W. (2008): „Economic Sociology and Political Economy: A Programmatic Perspective“, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung, *MPIfG Working Paper*, 08/4, URL <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp08-4.pdf> (Zugriff am 29.11.2012).
- Beckmann, M. (2007): *Das Finanzkapital in der Transformation der europäischen Ökonomie*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Beckmann, M./Bieling, H.-J./Deppe, F. (2003): „‘Euro-Kapitalismus’: begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption?“, in: Beckmann, M./Bieling, H.-J./Deppe, F. (Hg.): *‘Euro-Kapitalismus’ und globale politische Ökonomie*. Hamburg, VSA, 7-17.
- Bell, S. (2011): „Do We Really Need a New ‘Constructivist Institutionalism’ to Explain Institutional Change?“, *British Journal of Political Science*, 41(4), 883-906.
- Bellofiore, R./Garibaldi, F./Halevi, J. (2010a): „The Global Crisis and the Crisis of European Neo-mercantilism“, in: Panitch, L./Albo, G./

- Chibber, V. (Hg.): *The Socialist Register 2011*. New York, Monthly Review Press, 120-146.
- Benjamin, W. (1978): *Reflections*. New York, Harcourt Brace Jovanovich.
- Berger, P./Luckmann, T. (1969): *The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge*. London, Penguin.
- Beynon, H./Hudson, R./Lewis, J./Townsend, A./Saddler, D. (1989): „It's All Falling Apart Here': Coming to Terms with the Future in Teesside“; in: Cooke, P. (Hg.): *Localities*. London, Unwin Hyman, 267-295.
- Bieler, A. (2002): „The Struggle over EU Enlargement: a Historical Materialist Analysis of European integration“, *Journal of European Public Policy*, 9(4), 575-597.
- Bieler, A./Morton, A. D. (2006): „Neo-Gramscianische Perspektiven“, in: Schieder, S./Spindler, M. (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. (2. Aufl.) Opladen, UTB, 353-379.
- Bieling, H. (2007): „Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie“, in: Buckel, S./Fischer-Lescano, A. (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden, Nomos, 143-160.
- (2010): „Konturen und Perspektiven einer europäischen Zivilgesellschaft“, in: Wienand, J./Wienand, C. (Hg.): *Die kulturelle Integration Europas*. Wiesbaden, VS Verlag, 31-50.
- (2011): „Integraler Staat' und Globalisierung“, in: Opratko, B./Prausmüller, O. (Hg.): *Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*. Hamburg, Argument, 87-105.
- Bieling, H./Deckwirth, C./Schmalz, S. (Hg.): (2008): *Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Bieling, H./Deppe, F. (1996a): „Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie“, *Das Argument*, 217, 729-740.
- (1996b): „Internationalisierung, Integration und Regulierung“, in: Jachtenfuchs, M./Kohler-Koch, B. (Hg.): *Europäische Integration*. Opladen, Leske & Budrich, 481-511.
- (Hg.): (1997): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich*. Opladen, Leske & Budrich.
- Biernacki, R. (1995): *The Fabrication of Labor: Germany and Britain, 1640-1914*. Berkeley, University of California Press.
- Block, F. (2007): „Understanding the Diverging Trajectories of the United States and Western Europe: A Neo-Polanyian Analysis“, *Politics & Society*, 35(1), 3-33.
- (2011): „Crisis and Renewal: The Outlines of a Twenty-First Century New Deal“, *Socio-Economic Review*, 9(1), 31-57.

- Bluhm, K. (2007): *Experimentierfeld Ostmitteleuropa? Deutsche Unternehmen in Polen und der Tschechischen Republik*. Wiesbaden, VS Verlag.
- (2010): „Theories of Capitalism Put to the Test: Introduction to a Debate on Central and Eastern Europe“, *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 35(2), 197-217.
- Blyth, M. (2002): *Great Transformations: Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Bohle, D. (2006): „Neoliberal Hegemony, Transnational Capital and the Terms of the EU’s Eastward Expansion“, *Capital & Class*, 88(1), 57-86.
- Bohle, D./Greskovits, B. (2007): „The State, Internationalization, and Capitalist Diversity in Eastern Europe“, *Competition & Change* 11(2), 89-115.
- (2009): „Varieties of Capitalism and Capitalism ‘tout court’“, *Archives Européennes de Sociologie*, 50(3), 355-386.
- Bohle, D./Radice, H./Shields, S. (2007): „Introduction“, *Competition & Change*, 11(2), 81-89.
- Bond, P. K. (1999): „What is Uneven Development?“, in: O’Hara, P. A. (Hg.): *The Encyclopaedia of Political Economy*. London, Routledge.
- Bosch, G./Weinkopf, C./Worthmann, G. (2011): *Die Fragilität des Tarifsystems: Einhaltung von Entgeltstandards und Mindestlöhnen am Beispiel des Bauhauptgewerbes*. Berlin, Edition Sigma.
- Bosch, G./Zühlke-Robinet, R.. (2003): „Germany: The Labor Market in the German Construction Industry“, in: Bosch, G./Philips, P. (Hg.): *Building Chaos: An International Comparison of Deregulation in the Construction Industry*. London, Routledge, 48-72.
- Boschi, R. R. (2011a): „Instituições, Trajetórias e Desenvolvimento: Uma Discussão a Partir da América Latina“, in. Boschi, R. R. (Hg.): *Variedades de Capitalismo, Política e Desenvolvimento na América Latina*. Belo Horizonte, Editora UFMG, 7–30.
- (Hg.) (2011b): *Variedades de Capitalismo, Política e Desenvolvimento na América Latina*. Belo Horizonte, Editora UFMG.
- Boschi, R. R./Gaitán, F. (2008): „Gobiernos progresistas, agenda neo-desarrollista y capacidades estatales: la experiencia reciente en Argentina, Brasil y Chile“, *Análise de Conjuntura OPSA*, 1/2008, Rio de Janeiro.
- (2009): „Politics and Development: Lessons from Latin America“, *Brazilian Political Science Review* 3(2), 11–29.
- Boschi, R. R./Henrique Santana, C. H. (Hg.) (2012): *Development and Semi-periphery: Post-neoliberal Trajectories in South America and Central Eastern Europe*. London, Anthem Press.
- Bosworth, B./Collins, S. (2003): *The Empirics of Growth: An Update*. Washington DC, Brookings.

- Bourdieu, P. (1987): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt, Suhrkamp.
- Boyer, R. (1990): *The Regulation School: A Critical Introduction*. New York, Columbia University Press.
- (2002a): „Is Regulation Theory an Original Theory of Economic Institutions?“, in: Boyer, R./Saillard, Y. (Hg.): *Regulation Theory: The State of the Art*. London, Routledge, 320-333.
 - (2002b): „Regulation Theory: Stasis or Confirmation of a Research Programme?“, in: Boyer, R./Saillard, Y. (Hg.): *Regulation Theory: The State of the Art*. Routledge, London, 45-54.
 - (2004): *Une théorie du capitalisme est-elle possible?*, Paris, Odile Jacob.
 - (2005): „How and Why Capitalisms Differ“, *Economy and Society*, 34(4), 509-557.
 - (2006): „How do Institutions Cohere and Change“, in: Wood, G./James, P. (Hg.): *Institutions, Production and Working Life*. Oxford, Oxford University Press, 13-61.
 - (2010a): „The Collapse of Finance, But Labour Remains Weak“, *Socio-Economic Review*, 8(2), 348-353.
 - (2010b): „The Rise of CEO Pay and the Contemporary Social Structure of Accumulation in the United States“, in: McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hg.): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press, 215-238.
 - (2011): *Les financiers détruiront-ils le capitalisme?*, Paris, Economica.
- Boyer, R./Saillard, Y. (Hg.) (2002): *Regulation Theory: The State of the Art*. London, Routledge.
- Brand, U./Brunnengräber, A./Schrader, L./Stock, C./Wahl, P. (2000): *Global Governance*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Brand, U./Raza, W. (Hg.): (2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Braverman, H. (1974): *Labor and Monopoly Capital*. New York, Monthly Review Press.
- Brenner, N./Peck, J./Theodore, N. (2010): „Variegated Neoliberalization: Geographies, Modalities, Pathways“, *Global Networks*, 10(2), 182-222.
- Brenner, R. (1999): *The Economics of Global Turbulence*. London, Verso.
- (2002): *The Boom and the Bubble*. London, Verso.
- Bretthauer, L. (2006): „Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas“, in: Bretthauer, L./Gallas, A./Kannankulam, J./Stützle, I. (Hg.), *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA.
- Bruff, I. (2005): „Making Sense of the Globalisation Debate when Engaging in Political Economy Analysis“, *British Journal of Politics and International Relations*, 7(2), 261-280.

- (2008): *Culture and Consensus in European Varieties of Capitalism: A 'Common Sense' Analysis*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- (2011): „What about the Elephant in the Room? Varieties of Capitalism, Varieties in Capitalism“, *New Political Economy*, 16(4), 481-500.
- Bruff, I./Horn, L. (2012): „Varieties of Capitalism in Crisis?“, *Competition & Change*, 16(3), 161-168.
- Bruszt, L./Greskovits, B. (2009): „Transnationalization, Social Integration, and Capitalist Diversity in the East and the South“, *Studies in Comparative International Development* 44(4), 411-434.
- Buchen, C. (2007): „Estonia and Slovenia as Antipodes“, in: Lane, D./Myant, M. (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 65-89.
- Buch-Hansen, H./Wigger, A. (2011): *The Politics of European Competition Regulation: A Critical Political Economy Perspective*. London, Routledge.
- Bukharin, N. (1973 [1915]): *Imperialism and World Economy*. New York, Monthly Review Press.
- Burawoy, M. (1985): *The Politics of Production*. London, Verso.
- (2005): „For Public Sociology“, *American Sociological Review*, 70(1), 4-28.
- Burchell, B./Rubery, J. (1994): „Divided Women: Labour Market Segmentation and Gender Segregation“, in: MacEwen Scott, Alison (Hg.): *Gender Segregation and Social Change*. Oxford, Oxford University Press, 80-120.
- Burkett, P./Hart-Lansberg, M. (1996): „The Use and Abuse of Japan as a Progressive Model“, in: Panitch, L. (Hg.): *The Socialist Register 1996*. London, Merlin Press, 62-92.
- Busemeyer, M. (2009): „Asset Specificity, Institutional Complementarities and the Variety of Skill Regimes in Coordinated Market Economies“, *Socio-Economic Review* 7(3), 375-406.
- Byé, M./de Bernis, G. (1987): *Relations Économiques Internationales*. (5. Aufl.) Paris, Dalloz.
- Cafruny, A./Ryner, M. (2007): *Europe at Bay. In the Shadow of US Hegemony*. Boulder, Lynne Rienner.
- Callinicos, A./Rosenberg, J. (2010): „Uneven and Combined Development: The Social-Relational Substratum of the International“, in: Anievas, A. (Hg.): *Marxism and World Politics: Contesting Global Capitalism*. Oxford, Routledge, 149-182.
- Campbell, J. L. (2004): *Institutional Change and Globalization*. Princeton, Princeton University Press.
- Campbell, J. L./Pedersen, O. K. (2001): „The Second Movement in Institutional Analysis“, in: Campbell, J. L./Pedersen, O. K. (Hg.): *The Rise of Neoliberalism and Institutional Analysis*. Princeton, Princeton University Press.

- Cardoso, F. H./Faletto, E. (1969): *Dependencia y Desarrollo en América Latina: Ensayo de Interpretación Sociológica*. México D.F, Siglo XXI.
- Castles, S./Kosack, G. (1973): *Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe*. Institute of Race Relations. London, Oxford University Press.
- Castree, N./Coe, N./Ward, K./Samers, M. (2004): *Spaces of Work*. London, Sage.
- Clarke, S. (1991): „State, Class Struggle, and the Reproduction of Capital“, in: Clarke, S. (Hg.): *State Debate*. New York, St Martin's Press, 182-203.
- Coates, D. (2000): *Models of Capitalism. Growth and Stagnation in the Modern Era*. Cambridge, Polity Press.
- (Hg.) (2002): *Models of Capitalism: Debating Strengths And Weaknesses*. Cheltenham, Edgard Elgar.
- (2005a): „Paradigms of Explanation“, in: Coates, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 1-25.
- (2005b): „Conclusion: Choosing Between Paradigms – A Personal View“, in: Coates, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 265-271.
- (Hg.) (2005c): *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Coates, D./Heckelman J.C./Wilson, B. (2007): „Special Interest Groups and Volatility“, *Economics Bulletin*, 15(18), 1-18.
- Coe, N./Dicken, P./Hess, M. (2008): „Global Production Networks: Realizing the Potential“, *Journal of Economic Geography*, 8(3), 271-295.
- Convert, B./Heilbron, J. (2005): „La Réinvention Américaine de la Sociologie Économique“, *L'Année sociologique*, 55(2), 329-364.
- Cooke, P. (Hg.) (1995): *The Rise of the Rust Belt*. London, UCL Press.
- Cox, K. (1991): „Questions of Abstraction in Studies of the New Urban Politics“, *Journal of Urban Affairs* 13(3), 267-280.
- (Hg.) (1997): *Spaces of Globalization: Reasserting the Power of the Local*. New York, Guilford Press.
- Cox, R. W. (1981): „Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory“, *Millennium* 10(2), 126-155.
- (1983): „Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method“, *Millennium* 12(2), 162-175.
- (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*. New York, Columbia University Press.
- Crouch, C. (2005): *Capitalist Diversity and Change: Recombinant Governance and Institutional Entrepreneurs*. Oxford, Oxford University Press.
- (2006): „Models of Capitalism“, in: Payne, A. (Hg.): *Key Debates in New Political Economy*. London, Routledge, 11-31.

- (2010): „Complementarity“, in: Morgan, G./Campbell, J./Crouch, C./Pedersen, O. K./ Whitley, R. (Hg.): *The Oxford Handbook of Comparative Institutional Analysis*. Oxford, University Press, 117-137.
- Crouch, C. Schroeder, M./Voelzkow, H. (2009): „Regional and Sectoral Varieties of Capitalism“, *Economy and Society*, 38(4), 654-678.
- Crouch, C./Farrell, H. (2002): „Breaking the Path of Institutional Development? Alternatives to the New Determinism“, European University Institute, *EUI Working Paper*, SPS 2002/4, URL <http://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/324/sps20024.pdf?sequence=1> (Zugriff am 29.11.2012).
- Crouch, C./Streeck, W./Boyer, R./Amable, B./Hall, P./Jackson, G. (2005): „Dialogue on ‘Institutional Complementarity and Political Economy’“, *Socio-Economic Review* 3(2), 359-382.
- Crouch, C./Voelzkow, H. (2004): „Introduction“, in: Crouch, C./Le Galès, P./Trigilia, C./Voelzkow, H. (Hg.): *Changing Governance of Local Economies*. Oxford, Oxford University Press.
- Cumbers, A./MacKinnon, D. (Hg.) (2006): *Clusters in Urban and Regional Development*. London, Routledge.
- Dahl, R. A. (1961): *Who Governs? Democracy and Power in an American City*. New Haven, Yale University Press.
- Daly, M. (2000): „A Fine Balance – Women’s Labor Market Participation in International Comparison“, in: Scharpf, F. W./Schmidt, V. A. (Hg.): *Welfare and Work in the Open Economy – Volume 2: Diverse Responses to Common Challenges*. Oxford, Oxford University Press, 467-510.
- Davidson, N. (2010): „From Deflected Permanent Revolution to the Law of Uneven and Combined Development“, *International Socialism Journal*, 126, 167-202.
- Davis, M. (2006): *Planet of Slums*. London, Verso.
- Deeg, R. (2007): „Complementarity and Institutional Change in Capitalist Systems“, *Journal of European Public Policy*, 14(4), 611-630.
- Deeg, R./Jackson, G. (2007): „Towards a More Dynamic Theory of Capitalist Variety“, *Socio-Economic Review*, 5(1), 149-179.
- Demirović, A./Krebs, H.-P./Sablowski, T. (Hg.) (1992): *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Denison, E. F. (1967): *Why Growth Rates Differ*. Washington DC, Brookings.
- Diamond, J. (2005): *Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed*. New York, Viking Books.
- Dicken, P. (2011): *Global Shift: Mapping the Changing Contours of the World Economy*. (6. Aufl.) London, Guilford Press.
- Diniz, E. (2011): „Depois do Neoliberalismo. Rediscutindo a Articulação Estado e Desenvolvimento no Novo Milênio“, in: Boschi, R. R. (Hg.):

- Variiedades de Capitalismo, Política e Desenvolvimento na América Latina*. Belo Horizonte, Editora UFMG, 31-55.
- Djelic, M.-L./Quack, S. (2003): „Introduction: Governing Globalization: Bringing Institutions Back In“, in: Djelic, M.-L./Quack, S. (Hg.): *Globalization and Institutions: Redefining the Rule of the Economic Game*. Aldershot, Edward Elgar, 15-33.
- Dobelmann, A. (2012): „Neue Strukturen der Abhängigkeit: Das globale Produktionsnetzwerk der Gensojaproduktion in Argentinien. Ein Beitrag zur entwicklungstheoretischen Debatte“, *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 32(128), 475-499.
- Doellgast, V./Greer, I. (2007): „Vertical Disintegration and the Disorganization of German Industrial Relations“, *British Journal of Industrial Relations*, 45(1), 55-76.
- Dølvik, J.E./Visser, J. (2010): „Free Movement, Equal Treatment and Workers' Rights: Can the European Union Solve its Trilemma of Fundamental Principles?“, *Industrial Relations Journal*, 40(6), 491-509.
- Donath, S. (2000): „The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics“, *Feminist Economics*, 6(1), 115-123.
- Dore, R. (2000): *Stock Market Capitalism: Welfare Capitalism*. Cambridge, Cambridge University Press.
- (2008): „Best Practice Winning Out?“, *Socio-Economic Review*, 6(4), 779-784.
- Drahokoupil, J. (2008): *Globalization and the State in Central and Eastern Europe: The Politics of Foreign Direct Investment*. London, Routledge.
- (2009): „After Transition: Varieties of Political-Economic Development in Eastern Europe and the Former Soviet Union“, *Comparative European Politics*, 7(2), 279-298.
- Drahokoupil, J./Myant, M. (2010): *Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia*. Chichester, John Wiley & Sons.
- (2011): „Varieties of Capitalism in Transition Economies“, Papier präsentiert auf der Konferenz *Rethinking Capitalist Development in Emerging Countries*, Oktober 2011, Rio de Janeiro.
- Duina, F. (2011): *Institutions and the Economy*. Cambridge, Polity Press.
- Duménil, G./Lévy, D. (2004): *Capital Resurgent. Roots of the Neoliberal Revolution*. Cambridge (MA), Harvard University Press.
- Duncan, S./Goodwin, M. (1988): *The Local State and Uneven Development*. Cambridge, Polity Press.
- Dunn, B./Radice, H. (Hg.) (2006): *100 Years of Permanent Revolution: Results and Prospects*. London, Pluto Press.
- Easton, D. (1953): *The Political System: An Inquiry into the State of Political Science*. New York, Alfred A. Knopf.

- Ebenau, M. (2012): „Varieties of Capitalism or Dependency? A Critique of the VoC Approach for Latin America“, *Competition & Change*, 16(3), 206-223.
- Ebenau, M./Suau Arinci, L. (2012): „La Heterodoxia Permitida: Una Crítica al Enfoque de las Variedades del Capitalismo y al Paradigma Neo-Institucionalista“, in: JEC (Hg.): *Anales de las V. Jornadas de Economía Crítica*, Buenos Aires, Colectivo Organizador JEC, 1-12.
- Eichhorst, W. (2000): *Europäische Sozialpolitik zwischen nationaler Autonomie und Marktfreiheit: Die Entsendung von Arbeitnehmern in der EU*. Frankfurt, Campus.
- Eicker-Wolf, K./Himpele, K. (2011): „Die Schuldenbremse als politisches Projekt“, *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 163, 195-212.
- Eisenschitz, A./Gough, J. (1998): „Theorising the State in Local Economic Governance“, *Regional Studies* 32(8), 759-768.
- Elster, J. (1986): „The Theory of Combined and Uneven Development: A Critique“, in: Roemer, J. (Hg.): *Analytical Marxism*. Cambridge, Cambridge University Press, 54-63.
- Erturk, I./Froud, J./Johal, S./Leaver, A./Williams K. (2008): „General Introduction: Financialization, Coupon Pool and Conjuncture“, in: Erturk, I./Froud, J./Johal, S./Leaver, A./Williams K. (Hg.): *Financialization at Work: Key Texts and Commentary*. London, Routledge, 1-43.
- Esser, H. (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 5: Institutionen*. Frankfurt, Campus.
- Estévez-Abe, M. (2006): „Gendering the Varieties of Capitalism – A Study of Occupational Segregation by Sex in Advanced Industrial Societies“, *World Politics* 59(1), 142-175.
- (2009): „Gender, Inequality and Capitalism: The Varieties of Capitalism and Women“, *Social Politics*, 16(2), 182-191.
- Estevez-Abe, M./Iverson, T./Soskice, D. (2001): „Social Protection and the Formation of Skills“, in: Hall, P./Soskice, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, Oxford University Press.
- Europäische Kommission (2010): „Employment in Europe 2010, European Commission, DG Employment, Social Affairs and Inclusion“, URL http://ec.europa.eu/employment_social/eie/statistical_annex_key_employment_indicators_en.html (Zugriff am 19.04.2012).
- Europäischer Rat (2012): „Treaty on Stability, Coordination and Governance“, 2 March 2012, URL <http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/treaty-on-stability,-coordination-and-governance-signed?lang=en> (Zugriff am 27.03.2012).
- Eurostat (2012): „LFS-Reihe, detaillierte jährliche Erhebungsergebnisse“, URL <http://ec.europa.eu/eurostat/ec.europa.eu/portal/page/portal/employmentunemploymentlfs/data/database> (Zugriff am 19.04.2012).

- Evans, P. B./Rueschemeyer, D./Skocpol, T. (Hg.) (1985): *Bringing the State Back In*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Fast, T. (2005): „Disparate Models, Desperate Measures; The Convergence of Limits“, in: Coates, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. New York, Palgrave Macmillan, 242-264.
- Favereau, O. (2002): „Conventions and Regulation“, in: Boyer, R./Saillard, Y. (Hg.): *Regulation Theory: The State of the Art*. London, Routledge, 312-319.
- Feldmann, M. (2006): „Emerging Varieties of Capitalism in Transition Countries: Industrial Relations and Wage Bargaining in Estonia and Slovenia“, *Comparative Political Studies*, 39(7), 829-854.
- Fernández, V. R./Alfaro, M. B. (2011): „Ideas y políticas del desarrollo regional bajo variedades del capitalismo: contribuciones desde la periferia“, *Revista Paranaense de Desenvolvimento*, 120, 57-99.
- Fischer, K./Parnreiter, C. (2007): „Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke – ein nicht staatszentrierter Ansatz für die Entwicklungsökonomie“, in: Becker, J./Imhof, K./Jäger, J./Staritz, C. (Hg.): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*. Wien: Mandelbaum, 106-122.
- Fligstein, N. (2001): *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of Twenty-First-Century Capitalist Societies*. Princeton, Princeton University Press.
- Flora, P. (1999): „Introduction“, in: Flora, P./Kuhnle, S./Urwin, D. (Hg.): *State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe: The Theory of Stein Rokkan*. Oxford, Oxford University Press, 1-91.
- Folbre, N. (2009): „Varieties of Patriarchal Capitalism“, *Social Politics*, 16(2), 204-209.
- Forsander, A. (2004): „Social Capital in the Context of Immigration and Diversity“, *Revue de l'Integration et de la Migration Internationale* 5(2), 207-227.
- Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.) (2012): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Foster, J. B./Magdoff, F. (2009): *The Great Financial Crisis: Causes and Consequences*. New York, Monthly Review Press.
- Fouskas, V. K. (2012): „Insight Greece: The Origins of the Present Crisis“, *Insight Turkey*, 14(2), 27-36.
- Friedman, A. (1977): *Industry and Labour*. Basingstoke, Macmillan.
- Fukuyama, F. (1995): *Trust*. New York, Free Press.
- Fulcher, J. (2007): *Kapitalismus*. Stuttgart, Philipp Reclam.
- Gamble, A. (1988): *The Free Economy and the Strong State: The Politics of Thatcherism*. London, Macmillan.
- Gemici, K. (2008): „Karl Polanyi and the Antinomies of Embeddedness“, *Socio-Economic Review*, 6(1), 5-33.

- (2012); „Uncertainty, the Problem of Order, and Markets: A Critique of Beckert, *Theory and Society*, May 2009“, *Theory and Society*, 41(1), 107-118.
- George, A. L./Bennett, A. (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge (MA), MIT Press.
- Gerschenkron, A. (1962): *Economic Backwardness in Historical Perspective*. Cambridge (MA), Harvard University Press.
- Gill, S. (2001): „Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism“, in: Bieler, A./Morton, A. D. (Hg.): *Social Forces in the Making of the New Europe: The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 3-24.
- (2008): *Power and Resistance in the New World Order*. (2. Aufl.) Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Goldberg, J. (2011): „Aufschwung XXL: Ins Abseits exportiert“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 56(4), 24-26.
- Gordon, D. M. (1978): „Up and Down the Long Roller Coaster“, in: Union for Radical Political Economics (Hg.): *Capitalism in Crisis*. New York, Union for Radical Political Economics, 22-35.
- (1980): „Stages of Accumulation and Long Economic Cycles“, in: Hopkins, T./Wallerstein, I. (Hg.): *Processes of the World System*. Beverly Hills, Sage, 9-45.
- Gordon, D. M./Edwards, R. C./Reich, M. (1982): *Segmented Work, Divided Workers*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Gough, J. (1991): „Structure, System and Contradiction in the Capitalist Space Economy, Part 1“, *Environment and Planning D*, 9(4), 433-449.
- (1996): „Not Flexible Accumulation: Contradictions of Value in Contemporary Economic Geography, Part 2“, *Environment and Planning A*, 28(12), 2179-2200.
- (2001): „Work, Class and Social Life“, in: Pain, R./Mowle, G./Baker, M./MacFarlane, R./Fuller D. (Hg.): *Introducing Social Geographies*. London, Edward Arnold, 13-43.
- (2002): „Neoliberalism and Socialisation in the Contemporary City: Opposites, Complements and Instabilities“, *Antipode* 34(3), 405-426.
- (2004a): „Changing Scale as Changing Class Relations: Variety and Contradiction in the Politics of Scale“, *Political Geography*, 23(2), 185-211.
- (2004b): *Work, Locality and the Rhythms of Capital*. London, Routledge.
- Gough, J./Eisenschitz, A. (2006): *Spaces of Social Exclusion*. Abingdon, Routledge.
- (2010): „Local Left Strategy Now“, in: Pike, A./Rodríguez-Pose, A./Tomaney, J. (Hg.): *Handbook of Local and Regional Development*. Abingdon, Routledge.

- Gourevitch, P. (1986): *Politics in Hard Times: Comparative Responses to International Economic Crises*. Ithaca, Cornell University Press.
- Grabher, G./Stark, D. (1997): „Organizing Diversity: Evolutionary Theory, Network Analysis and Postsocialism“, *Regional Studies*, 31(5), 533-544.
- Grahl, J. (2005): „The European Union and American Power“, in: Panitch, L./Leys, C. (Hg.): *The Socialist Register 2005*. London, Merlin Press, 284-300.
- Grahl, J./Teague, P. (2000): „The Regulation School, the Employment Relation and Financialization“, *Economy and Society*, 29(1), 160-178.
- Gramsci, A. (1991): *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Hamburg, Argument.
- (1992 [1930-32]): *Gefängnishefte. Bd. 3*, Berlin, Argument.
- Granovetter, M. (1985): „Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness“, *American Journal of Sociology*, 91(3), 481-510.
- Grant, D. S./Wallace, M. (1994): „The Political-Economy of Manufacturing Growth and Decline across the American States, 1970-1985“, *Social Forces*, 73(1), 33-63.
- Greer, I./Ciupijus, Z./Lillie, N. (2013, i.E.): „The European Migrant Workers Union: Union Organizing through Labour Transnationalism“, *European Journal of Industrial Relations*.
- Greskovits, B. (2005): „Leading Sectors and the Variety of Capitalism in Eastern Europe“, *Actes du GERPISA*, 39(1), 113-128.
- Griffin, P. (2007): „Refashioning IPE: What and How Gender Analysis Teaches International (Global) Political Economy“, *Review of International Political Economy*, 14(4), 719-736.
- Hackett-Fischer, D. (1996): *The Great Wave*. Oxford, Oxford University Press.
- Hall, P. A. (1993): „Policy Paradigms, Social Learning and the State“, *Comparative Politics*, 25(3), 275-296.
- (2006): „Stabilität und Wandel in den Spielarten des Kapitalismus“, in: Beckert, J./Ebbinghaus, B./Hassel, A./Manow, P. (Hg.): *Transformationen des Kapitalismus*. Frankfurt, Campus, 181-204.
- Hall, P. A./Soskice, D. (2001): „An Introduction to Varieties of Capitalism“, in: Hall, P. A./Soskice, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, Oxford University Press, 1-68.
- Hall, P. A./Taylor, R. (1996): „Political Science and the Three New Institutionalisms“, *Political Studies*, 44(4), 936-957.
- Hall, P. A./Thelen, K. (2009): „Institutional Change in Varieties of Capitalism“, *Socio-Economic Review*, 7(1), 7-34.
- Hall, S./Cricher, C./Jefferson, T./Clarke, J. N./Roberts, B. (1978): *Policing the Crisis: Mugging, The State and Law and Order*. Basingstoke, Macmillan.

- Hamilton, R. (1994): „Analyzing Real Wages, Prices and Productivity and the Effects of State Intervention in Caribbean-type Economies“, *Social and Economic Studies* 43(1), 1-42.
- Hancké, B./Rhodes, M./Thatcher, M. (Hg.) (2007): *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford, Oxford University Press.
- Hann, C./Hart, K. (Hg.) (2009): *Market and Society: The Great Transformation Today*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Hardy, J. (1998): „Cathedrals in the Desert: Transnationals, Corporate Strategy and Locality in Wrocław“, *Regional Studies*, 32(7), 639-652.
- (2006): „Bending Workplace Institutions in Transforming Economies: Foreign Investment in Poland“, *Review of International Political Economy*, 13(1), 129-151.
- (2007): „Poland’s New Economy in the International Division of Labour“, *Europe-Asia Studies*, 59(5), 761-777.
- (2009): *Poland’s New Capitalism*. London, Pluto Press.
- Hardy, J./Rainnie, A. (1996): *Restructuring the Krakow Economy: Desperately Seeking Capitalism?* London, Cassell Mansell.
- Harriss-White, B. (2003): *India Working: Essays on Society and Economy*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Hartmann, E. (2014, i.E.): „The Social Foundation of International Competition: What International Economic Sociology and Critical International Political Economy Could Learn From Each Other“, *Capital & Class*.
- Harvey, D. (1989): *The Urban Experience*. Oxford, Blackwell.
- (2005): *Der neue Imperialismus*. Hamburg, VSA.
- (2006): *Limits to Capital*. London, Verso.
- Harvey, M./Ramlogan, R./Randles, S. (Hg.) (2008): *Karl Polanyi: New Perspectives on the Place of Economy in Society*. Manchester, Manchester University Press.
- Hasik, J. (2008): *Arms and Innovation*. Chicago, University of Chicago Press.
- Hassel, A. (2001): „The Governance of the Employment-Welfare Relationship in Britain and Germany“, in: Ebbinghaus, B./Manow, P. (Hg.): *Comparing Welfare Capitalism Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA*. London, Routledge.
- Hay, C. (1996): *Re-Stating Social and Political Change*. Buckingham, Open University Press.
- (2004): „Common Trajectories, Variable Paces, Divergent Outcomes? Models of European Capitalism under Conditions of Complex Economic Interdependence“, *Review of International Political Economy*, 11(2), 231-262.
- Heintz, J. (2010): „The Social Structure of Accumulation in South Africa“, in: McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hg.): *Contem-*

- porary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Heires, M./Nölke, A. (2011): „Das neue Gesicht des Kapitalismus – Finanzkrise in Permanenz?“, *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, 9/2011, 25-28.
- Herod, A. (1991): „*The Production of Scale in US Labour Relations*“, *Area*, 23(1), 82-89.
- (2006): „Trotsky’s Omission: Labour’s Role in Combined and Uneven Development“, in: Dunn, B./Radice, H. (Hg.): *100 Years of Permanent Revolution: Results and Prospects*. London, Pluto Press, 152-179.
- Hetherington, P./Robinson, R. (1988): „Tyneside Life“, in: Robinson, F. (Hg.): *Post-Industrial Tyneside*. Newcastle, Newcastle upon Tyne City Library.
- Hilferding, R. (1980 [1910]): *Finance Capital*. London, Routledge.
- Hirsch, J. (1993): „Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus“, *Das Argument*, 198, 198-222.
- Hirschman, A. O. (1970): *Exit, Voice, and Loyalty; Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. Cambridge (MA), Harvard University Press.
- Hodgson, G. M. (1996): „Varieties of Capitalism and Varieties of Economic Theory“, *Review of International Political Economy*, 3(3), 380-433.
- Hoffmann, J. (2006): *Arbeitsbeziehungen im Rheinischen Kapitalismus. Zwischen Modernisierung und Globalisierung*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Hollingsworth, J. R. (1997): „Continuities and Change in Social Systems of Production: The Cases of Japan, Germany and the United States“, in: Hollingsworth, J. R./Boyer, R. (Hg.): *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*. Cambridge, Cambridge University Press, 267-317.
- (2006): „Advancing our Understanding of Capitalism with Niels Bohr’s Thinking about Complementarity“, in: Wood, G./James, P. (Hg.): *Institutions and Working Life*. Oxford, Oxford University Press.
- Hollingsworth, J. R./Boyer, R. (1997): *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Holloway, J./Picciotto, S. (1978): „Introduction: Towards a Materialist Theory of the State“, in: Holloway, J./Picciotto, S. (Hg.): *State and Capital: A Marxist Debate*. London, Edward Arnold, 1-31.
- Holman, O. (2004): „Integrating Peripheral Europe: The Different Roads to Security and Stability in Southern and Central Europe“, *Journal of International Relations and Development*, 7(2), 208-236.
- Höpner, M. (2003): „Der organisierte Kapitalismus in Deutschland und sein Niedergang“, in: Czada, R./Zintl, R. (Hg.): *Politik und Markt* (PVS-Sonderheft 34). Wiesbaden, VS Verlag, 300-324.

- Hou, X. (2011): „From Mao to the Market: Community Capitalism in rural China“, *Theory, Culture & Society*, 28(2), 46-68.
- Howell, C. (2003): „Varieties of Capitalism: And Then There was One?“ *Comparative Politics*, 36(1), 103-124.
- (2005): *Trade Unions and the State: The Construction of Industrial Relations Institutions in Britain, 1890-2000*. Princeton, Princeton University Press.
- Huber, E./Stephens, J. (2001): *Development and Crisis of the Welfare State*. Chicago, University of Chicago Press.
- Hudson, R. (2012): „Capitalism and the Legacies of Neo-liberalism“, in: Lane, C./Wood, G. (Hg.): *Capitalist Diversity and Diversity within Capitalism*. London, Routledge, 189-208.
- Hulton, C. R. (2009): „Growth Accounting“, National Bureau of Economic Research, *NBER Working Paper*, 15341, URL <http://www.nber.org/papers/w15341.pdf> (Zugriff am 29.11.2012).
- Hurrelmann, A. (2011): „Transnationalism and the Theory of European Integration: Political Science Perspectives“, in: Hurrelmann, A./DeBardeleben, J. (Hg.): *Transnational Europe: Promise, Paradox, Limits*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 19-37.
- Hutton, W. (1992): *The State We're In*. London, Cape.
- Immergut, E. M. (1998): „The Theoretical Core of the New Institutionalism“, *Politics and Society*, 26(1), 5-34.
- Ingham, G. (1996): „Some Recent Changes in the Relationship Between Economics and Sociology“, *Cambridge Journal of Economics*, 20(2), 243-275.
- Iversen, T./Rosenbluth, F. (2006): „The Political Economy of Gender: Explaining Cross-National Variation in the Gender Division of Labor and the Gender Voting Gap“, *American Journal of Political Science*, 50(1), 1-19.
- (2010): *Women, Work and Politics*. Yale University Press, New Haven.
- Iversen, T./Rosenbluth, F./Soskice, D. (2005): „Divorce and the Gender Division of Labor in Comparative Perspective“, *Social Politics*, 12(2), 216-242.
- Iversen, T./Soskice, D. (2001): „An Asset Theory of Social Market Preferences“, *American Political Science Review*, 95(4), 875-894.
- Iwasaki, I. (2004): „Evolution of the Government-Business Relationship and Economic Performance in the Former Soviet States: Order State, Rescue State, and Punish State“, *Economics of Planning*, 36(3), 223-257.
- Jackson, G./Deeg, R. (2006): „How Many Varieties of Capitalism? Comparing the Comparative Institutional Analyses of Capitalist Diversity“, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, *MPIfG Working Paper*, 06/2, URL http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp06-2.pdf (Zugriff am 29.11.2012).

- (2008): „From Comparing Capitalisms to the Politics of Institutional Change“, *Review of International Political Economy*, 15(4), 680-709.
- Jackson, P. (1989): *Maps of Meaning*. London, Unwin Hyman.
- Jenkins, G. (1989): *Oil Economists' Handbook*. (5. Aufl.) London, Taylor and Francis.
- Jeong, S. (1997): „The Social Structure of Accumulation in South Korea.“ *Review of Radical Political Economics*, 29(4), 92-112.
- Jessop, B. (1982): *The Capitalist State*. Oxford, Martin Robertson.
- (1988): „Regulation Theory, Post Fordism and the State: More than a Reply to Bonefeld“, *Capital & Class*, 12(1), 147-168.
- (1990a): „Regulation Theories in Retrospect and Prospect“, *Economy and Society*, 19(2), 153-216.
- (1990b): *State Theory: Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge, Polity Press.
- (2001): „Series Preface“, in: Jessop, B. (Hg.): *Regulation Theory and the Crisis of Capitalism – Volume 4: Country Studies*. Cheltenham, Edward Elgar.
- (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge, Polity Press
- (2008): „Polanyian, Regulationist and Autopoietic Reflections on States and Markets and their Implications for the Knowledge-Based Economy“, in: Ebner, A./Beck, N. (Hg.): *The Institutions of the Market*. Oxford, Oxford University Press.
- (2011a): „Ökonomischer Determinismus“, *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 165, 579-596.
- (2011b): „Rethinking the Diversity and Varieties of Capitalism: On Variegated Capitalism in the World Market“, in: Lane, C./Wood, G. (Hg.): *Capitalist Diversity and Diversity in Capitalism*. London, Routledge, 209-237.
- (2012): „The World Market, Variegated Capitalism, and the Crisis of European Integration“, in: Nousios, P./Overbeek, H./Tsolakis, A. (Hg.): *Globalisation and European Integration*. London, Routledge, 91-111.
- Jessop, B./Sum, N.L. (2006): *Beyond the Regulation Approach: Putting Capitalist Economies in their Place*. Aldershot, Edward Elgar.
- Jonas, A. (1996): „Local Labour Control Regimes: Uneven Development and the Social Regulation of Production“, *Regional Studies* 30(2), 323-338.
- Jones, B. (2001): „International Political Economy“, in: Jones, B. (Hg.): *Routledge Encyclopedia of International Political Economy*. New York, Routledge, 813-829.
- Jones, M. (1999): *New Institutional Spaces*. London, Jessica Kingsley.
- Kang, N. (2006): „A Critique of the 'Varieties of Capitalism' Approach“, University of Nottingham International Centre for Corporate Social Responsibility, *ICCSR Research Paper*, 45, URL <http://195.130.87.21:8080/>

- dspace/bitstream/123456789/1080/1/45-A%20Critique%20of%20the%20%27Varieties%20of%20Capitalism%27%20Approach.pdf (Zugriff am 29.11.2012).
- Kelly, J. (1998): *Rethinking Industrial Relations – Mobilization, Collectivism and Long Waves*. London, Routledge.
- King, L. P. (2007): „Central European Capitalism in Comparative Perspective“, in: Hancke, B./Rhodes, M./Thatcher, M. (Hg.): *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradictions and Complementarities in the European Economy*. Oxford, Oxford University Press, 307-327.
- Klatzer, E./Schlager, C. (2011): „Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution“, *Kurswechsel*, 1/11, 61-81.
- (2012): „Genderdimensionen der neuen EU Economic Governance“, *Kurswechsel*, 1/12, 23-35.
- Knell, M./Srholec, M. (2007): „Diverging Pathways in Central and Eastern Europe“, in: Lane, D./Myant, M. (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 40-62.
- Konings, M. (Hg.) (2010): *The Great Credit Crash*. London, Verso.
- Kotz, D. M. (1994): „The Regulation Theory and the Social Structure of Accumulation Approach“, in: Kotz, D. M./McDonough, T./Reich, M. (Hg.): *Social Structures of Accumulation: The Political Economy of Growth and Crisis*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Kotz, D. M./McDonough, T./Reich, M. (Hg.) (1994): *Social Structures of Accumulation: The Political Economy of Growth and Crisis*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Krippner, G. R. (2001): „The Elusive Market: Embeddedness and the Paradigm of Economic Sociology“, *Theory and Society*, 30(6), 775-810.
- (2011): *Capitalizing on Crisis: The Political Origins of the Rise of Finance*. Cambridge (MA), Harvard University Press.
- Krippner, G. R./Granovetter, M./Block, F./Biggart, N./Beamish, T./Hsing, Y./Hart, G./Arrighi, G./Mendell, M./Hall, J./Burawoy, M./Vogel, S./O’Riain, S. (2004): „Polanyi Symposium: A Conversation on Embeddedness“, *Socio-Economic Review*, 2(1), 109-135.
- Kuhn, T. (1970): *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago, Chicago University Press.
- Kurth, J. R. (1979): „The Political Consequences of the Product Cycle: Industrial History and Political Outcomes“, *International Organization*, 33(1), 1-34.
- Lane, C./Wood, G. (2009): „Diversity in Capitalism and Capitalist Diversity“, *Economy and Society*, 38(4), 531-551.
- (Hg.) (2012): *Capitalist Diversity and Diversity within Capitalism*. London, Routledge.
- Lane, D. (2007a): „Post-State Socialism: A Diversity of Capitalisms?“, in: Lane, D./Myant, M. (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*, Basingstoke, Palgrave Macmillan, 13-39.

- (Hg.): (2007b): *The Transformation of State Socialism: System Change, Capitalism or Something Else?* Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Lane, D./Myant, M. (Hg.) (2007): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*, Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Lehndorff, S. (2011): „Deutschland in der europäischen Krise. Teil der Lösung oder Teil des Problems?“, *WSI-Mitteilungen*, 64(12), 239-247.
- Lenin, V. I. (1964 [1961]): „Imperialism, the Highest Stage of Capitalism: a Popular Outline“, in: Lenin, V. I.: *Collected Works Volume 2*. Foreign Languages Publishing House, URL <http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1916/imp-hsc/index-htm> (Zugriff am 05.05.2012).
- (1968 [1917]): „Imperialism, the Highest Stage of Capitalism“, in: Lenin, V. I.: *Selected Works*. Moscow, Progress Publishers, 169-262.
- Levy, J. D. (Hg.) (2006): *The State after Statism: New State Activities in the Age of Globalization and Liberalization*. Cambridge (MA), Harvard University Press.
- Lewis, J. (2001): „The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care“, *Social Politics*, 8(2), 152-169.
- Lillie, N. (2010): „Bringing the Offshore Ashore: Transnational Production, Industrial Relations and the Reconfiguration of Sovereignty“, *International Studies Quarterly* 54(3), 685-706.
- Lillie, N./Sippola, M. (2011): „National Unions and Transnational Workers: the Case of Olkiluoto 3, Finland“, *Work, Employment and Society* 25(2), 1-17.
- Lillie, N./Sippola, M./Berntsen, L. (2011): „A Tale of Two Power Plants“, *Construction Labour Research News*, 4/2011, 23-30.
- Lindblom, C. E. (1977): *Politics and Markets: The World's Political and Economic Systems*. New York, Basic Books.
- (1982): „The Market as Prison“, *Journal of Politics*, 44(2), 324-336.
- Lipietz, A. (1985): „Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation'“, *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 58, 109-137.
- (1992a): „Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention“, in: Demirović, A./Krebs, H.-P./Sablowski, T. (Hg.): *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Münster, Westfälisches Dampfboot, 182-202.
- (1992b): *Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology, and Democracy*. Cambridge, Polity Press.
- Lipton, D./Sachs, J. (1990): „Creating a Market Economy in Poland“, *Brooking Papers on Economic Activity*, 1(1), 75-147.
- López, I./Rodríguez, E. (2010): *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959-2010)*. Madrid, Traficantes des sueños.
- Lordon, F. (2008): *Jusqu'à quand? Pour en finir avec les crises financières*, Paris, Raisons d'agir.

- Lucas, R. E. (1988): „On the Mechanics of Economic Development“, *Journal of Monetary Economics*, 22(1), 3-42.
- Luhmann, N. (2000): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt, Suhrkamp.
- Lütz, S. (2006): „Governance in der politischen Ökonomie“; in: Lütz, S. (Hg.): *Governance in der politischen Ökonomie. Struktur und Wandel des modernen Kapitalismus*. Wiesbaden, VS Verlag, 13-55.
- Macartney, H. (2010): *Variiegated Neoliberalism*. London, Routledge.
- Maddison, A. (1991): *Dynamic Forces in Capitalist Development: A Long Run Comparative View*. Oxford, Oxford University Press.
- (1995): *Explaining the Economic Performance of Nations*. Cheltenham, Edward Elgar.
- Magdoff, H./Yates, M. (2009): *The ABC of the Economic Crisis*. New York, Monthly Review Press.
- Mahoney, J./Thelen, K. (2010): *Explaining Institutional Change: Ambiguity, Agency, and Power*. Cambridge, University Press.
- Mandel, H./Shalev, M. (2009): „Gender, Class and Varieties of Capitalism“, *Social Politics*, 16(2), 161-181.
- Mann, M. (2003): *Incoherent Empire*. London, Verso.
- March, J. G./Olsen, J. P. (1984): „The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life“, *American Political Science Review*, 78(3), 734-749.
- Martin, R., Nativel, C./Sunley, P. (2003): „The Local Impact of the New Deal: Does Geography Make a Difference?“, in: Martin, R./Morrison, P. (Hg.): *Geographies of Labour Market Inequality*. London, Routledge.
- Marx, K. (1973): „Die deutsche Ideologie“, (in: MEW 3). Berlin, Dietz.
- (1974 [1861]): „Brief an Friedrich Engels, 9. Dezember 1861“ (in: MEW 30). Berlin, Dietz.
- (1974): „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ (in: MEW 13). Berlin, Dietz.
- (1979): *Das Kapital, Band 3* (MEW 25), Berlin, Dietz.
- Massey, D. (1984): *Spatial Divisions of Labour*. London, Macmillan.
- Massey, D./Meegan, R. (1978): „Industrial Restructuring Versus the Cities“, *Urban Studies* 15(3), 273-288.
- Maurice, M./Sellier, F./Silvestre, J.-J. (1986): *The Social Foundations of Industrial Power: A Comparison of France and Germany*. Cambridge (MA), MIT Press.
- May, C./Nölke, A./ten Brink, T. (2013; i.E.): „Institutionelle Determinanten des Aufstiegs großer Schwellenländer: Eine global-politökonomische Erweiterung der Varieties of Capitalism“, in: Heßelmann, E./Jakobeit, C./Müller, F./Wehr, I./Ziai, A. (Hg.): *Entwicklungstheorien: weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen* (PVS-Sonderheft). Wiesbaden, VS Verlag.

- Mazzocchi, R. (2010): „Europa Nella Crisi Globale“, in: Gualteri, R./Rhi-Sausi, J. L. (Hg.): *Hub Globale, Trincea o Pantano? Il Futuro del Mediterraneo e il Ruolo dell'Europa. Rapporto 2010 Sull'Integrazione Europea*. Bologna, Il Mulino, 249-284.
- McDonough, T. (1994): „Social Structures of Accumulation, Contingent History, and Stages of Capitalism“, in: Kotz, D. M./McDonough, T./Reich, M. (Hg.): *Social Structures of Accumulation: The Political Economy of Growth and Crisis*. Cambridge, Cambridge University Press, 72-84.
- (1995): „Lenin, Imperialism, and Stages of Capitalist Development“, *Science and Society* 59(3), 339-367.
- (1999): „Gordon's Accumulation Theory: the Highest Stage of Stadiial Theory“, *Review of Radical Political Economics*, 31(4), 6-31.
- McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (2010): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press.
- McDowell, L./Massey, D. (1984): „A Woman's Place“, in: Massey, D./Allen, J. (Hg.): *Geography Matters!* Cambridge, Cambridge University Press.
- McGrath-Champ, S./Herod, A./Rainnie, A. (2010): *Handbook of Employment and Society: Working Space*. Cheltenham, Edward Elgar.
- Meardi, G./Martin, A./Riera, M. L. (2012): „Constructing Uncertainty: Unions and Migrant Labour in Construction in Spain and the UK“, *Journal of Industrial Relations* 54(5), 5-21.
- Melendez, E. (1994): „Accumulation and Crisis in a Small and Open Economy: The Post-War Social Structure of Accumulation in Puerto Rico“, in: Kotz, D. M./McDonough, T./Reich, M. (Hg.): *Social Structures of Accumulation: The Political Economy of Growth and Crisis*. Cambridge, Cambridge University Press, 233-252.
- Menz, G. (2005): *Varieties of Capitalism and Europeanization*. Oxford, Oxford University Press.
- Meszaros, I. (1995): *Beyond Capital*. London, Merlin Press.
- Mihail, Dimitrios (1995): „The Productivity Slowdown in Postwar Greece“, *Labour* 9(2), 189-205.
- Milgrom, P./Roberts, J. (1992): *Economics, Organization and Management*. Englewood Cliffs, Prentice Hall.
- Mitra, P./Selowsky, M./Zalduendo, J. (2010): *Turmoil at Twenty: Recession, Recovery and Reform in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union*. Washington DC, World Bank.
- Molina, O./Rhodes, M. (2007): „The Political Economy of Adjustment in Mixed Market Economies: A Study of Spain and Italy“, in: Hancké, B./Rhodes, M./Thatcher, M. (Hg.): *Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford, Oxford University Press, 223-252.

- Morais, L./Saad-Filho, A. (2011): „Brazil beyond Lula: Forging Ahead or Pausing for Breath?“, *Latin American Perspectives* 38(2), 31-44.
- Morgan, G. (2007): „National Business Systems Research: Process and Prospects“, *Scandinavian Journal of Management*, 23(2), 127-145.
- Morton, A. D. (2010): „The Continuum of Passive Revolution“, *Capital & Class*, 34(3), 315-342.
- Murray, A. (2003): *A New Labour Nightmare: The Return of the Awkward Squad*. London, Verso.
- Myant, M./Drahokoupil, J. (2011): *Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe and Central Asia*. Chichester, John Wiley & Sons.
- (2012): „International Integration, Varieties of Capitalism, and Resilience to Crisis in Transition Economies“, *Europe-Asia Studies*, 64(1), 1-33.
- Mykhnenko, V. (2007): „Poland and Ukraine: Institutional Structures and Economic Performance“, in: Lane, D./Myant, M. (Hg.): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 124-148.
- Myrdal, G. (1957): *Economic Theory and Underdeveloped Regions*. London, Gerald Duckworth.
- Nadel, H. (2002): „Regulation and Marx“, in: Boyer, R./Saillard, Y. (Hg.): *Regulation Theory: The State of the Art*. London, Routledge.
- Nardone, E./McDonough, T. (2010): „Global Neoliberalism and the Possibility of Transnational State Structures“, in: McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hg.): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Neilson, D. (2011): „Remaking the Connections: Marxism and the French Regulation School“, *Review of Radical Political Economics*, 43(3), 1-18.
- Nölke, A. (2011b): „Transnational Economic Order and National Economic Institutions. Comparative Capitalism Meets International Political Economy“, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, *MPIfG Working Paper*, 11/3, URL <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp11-3.pdf> (Zugriff am 29.11.2012).
- (2011a): „Die BRIC-Variante des Kapitalismus und soziale Ungleichheit: Das Beispiel Brasilien“, in: Wehr, I./Burchardt, H.-J. (Hg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Baden-Baden, Nomos, 137-152.
- (2012): „The Rise of the ‘B(R)IC Variety of Capitalism’ – Towards a New Phase of Organized Capitalism?“, in: Overbeek, H./van Apeldoorn, B. (Hg.): *Neoliberalism in Crisis*, Basingstoke, Palgrave Macmillan, 117-137.
- Nölke, A./Vliegenthart, A. (2009): „Enlarging the Varieties of Capitalism. The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe“, *World Politics*, 61(4), 670-702.

- North, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Novack, G. (1972): *Understanding History: Marxist Essays*. New York: Pathfinder Press.
- OECD (2011): *OECD Family Database*, Paris, URL <http://www.oecd.org/dataoecd/29/63/38752746.pdf> (Zugriff am 19.04.2012).
- Offe, C. (1984): *Contradictions of the Welfare State*. London, Hutchinson.
- O'Hara, P. A. (2006): *Growth and Development in the Global Political Economy: Social Structures of Accumulation and Modes of Regulation*. London, Routledge.
- Ollman, B. (1993): *Dialectical Investigations*. New York, Routledge.
- Olson, M. (1982): *The Rise and Decline of Nations*. New Haven, Yale University Press.
- Ong, A. (2006): *Neoliberalism as Exception: Mutations in Citizenship and Sovereignty*. Durham, Duke University Press.
- Overbeek, H. (2012): „Sovereign Debt Crisis in Euroland: Root, Causes and Implications for European Integration“, *The International Spectator: Italian Journal of International Affairs* 47(1), 30-48.
- Pagano, M./Volpin, P. (2005): „The Political Economy of Corporate Governance“, *American Economic Review*, 95(4), 1005-1030.
- Palan, R. (2003): *The Offshore World: Sovereign Markets, Virtual Places and Nomad Millionaires*. Ithaca, Cornell University Press.
- Panitch, L. (1994): „Globalization and the State“, in: Miliband, R./Panitch, L. (Hg.): *The Socialist Register 1994*. London, Merlin Press, 60-93.
- Panitch, L./Gindin, S. (2005): „Euro-Capitalism and American Empire“, in: Coates, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism, Varieties of Approaches*. Basingstoke, Palgrave Macmillan, 139-159.
- Panitch, L./Konings, M. (2008) (Hg.): *American Empire and the Political Economy of Global Finance*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- Parsons, T. (1971): *The System of Modern Societies*. Eaglewood Cliffs, Prentice-Hall.
- Pashukanis, E. B. (1978 [1929]): *Law and Marxism: A General Theory*. London, Ink Links.
- Peck, J. (1996): *Work-Place*. New York, Guilford Press.
- Peck, J./Theodore, N. (2007): „Variegated Capitalism“, *Progress in Human Geography*, 31(8), 731-772.
- Peet, R. (1983): „Relations of Production and the Relocation of United States Manufacturing Industry Since 1960“, *Economic Geography*, 59(2), 112-143.
- Peters, B. G. (2005): *Institutional Theory in Political Science: The 'New Institutionalism'*. London, Continuum.
- Pfau-Effinger, B. (1998): „Gender Cultures and the Gender Arrangement – A Theoretical Framework for Cross-National Gender Research“,

- Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 11(2), 147-166.
- Pfeifer, K. (2010): „Social Structure of Accumulation Theory for the Arab World: The Economies of Egypt, Jordan and Kuwait in the Regional System“, in: McDonough, T./Reich, M./Kortz, D. M. (Hg.): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press, 309-353.
- Phillips, N. (2011): „Informality, Global Production Networks and the Dynamics of ‘Adverse Incorporation’“, *Global Networks* 11(3), 380-397.
- Pierson, C. (1998): *Beyond the Welfare State? – The New Political Economy of Welfare*. (2. Aufl.). Cambridge, Polity Press.
- Polanyi, K. (1992): „The Economy as Instituted Process“, in: Granovetter, M./Swedberg, R. (Hg.): *The Sociology of Economic Life*. Boulder, Westview Press, 29-51.
- (1944): *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston, Beacon Press.
- Pontusson, J. (1995): „From Comparative Public Policy to Political Economy: Putting Political Institutions in their Place and Taking Interests Seriously“, *Comparative Political Studies*, 28(1), 117-47.
- Poulantzas, N. (1967): „Marxist Theory in Great Britain“, *New Left Review*, 43(1), 56-74.
- (1975): *Klassen im Kapitalismus – heute*. Berlin, VSA.
- (2002 [1978]): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg, VSA.
- Power, M. (2004): „Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics“, *Feminist Economics*, 10(3), 3-19.
- Prasad, M. (2006): *The Politics of Free Markets: The Rise of Neoliberal Economic Policies in Britain, France, Germany, and the United States*. Chicago, University of Chicago Press.
- Radice, H. (2000): „Globalization and National Capitalisms: Theorizing Convergence and Differentiation“, *Review of International Political Economy*, 7(4), 719-742.
- Raiffeisen Research (2012): *CEE Banking Sector Report, Austria*, URL http://www.rbinternational.com/eBusiness/services/resources/media/677226413664515143-677226413664515144_1026067974202-823135594832814856-1-10-EN.pdf (Zugriff am 28.11.2012).
- Rainnie, A./Herod, A./McGrath-Champ, S. (2011): „Global Production Networks and Labour“, *Competition & Change*, 15(2), 155-169.
- Rehberg, K.-S. (2006): „Institutions“, in: Harrington, A./Marshall, B./Müller, H.-P. (Hg.): *Encyclopedia of Social Theory*. New York, Routledge, 280-282.
- Reich, M. (1997): „Social Structure of Accumulation Theory: Retrospect and Prospect“, *Review of Radical Political Economics*, 29(3), 1-10.

- Robinson, W. I. (2004): *A Theory of Global Capitalism, Production, Class, and State in a Transnational World*. Baltimore, University of Baltimore Press.
- Rodrigues, J./Reis, J. (2012): „The Asymmetries of European Integration and the Crisis in Portugal“, *Competition & Change* 16(3), 188-205.
- Romer, P. M. (1994): „The Origins of Endogenous Growth“, *Journal of Economic Perspectives*, 8(1), 3-22.
- Royo, S. (2008): *Varieties of Capitalism in Spain*. New York, Palgrave Macmillan.
- Rubery, J. (2009): „How Gendering the Varieties of Capitalism Requires a Wider Lens“, *Social Politics*, 16(2), 192-203.
- Saad-Filho, A. (2005): „From Washington to Post-Washington Consensus: Neoliberal Agendas for Economic Development“, in: Saad-Filho, A./Johnston, D. (Hg.): *Neoliberalism. A Critical Reader*. London, Pluto Press, 113-119.
- Salas, Carlos (2010): „Social Structures of Accumulation and the Condition of the Working Class in Mexico“, in: McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hg.): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press, 286-308.
- Sassen, S. (2005): „When National Territory is Home to the Global: Old Borders to Novel Borderings“, *New Political Economy*, 10(4), 523-541.
- (2008): „Neither Global nor National: Novel Assemblages of Territory, Authority, and Rights“, *Ethics & Global Politics*, 1(1-2), Online, DOI 10.3402/egp.v1i1.1814.
- Šćepanović, V. (2011): „(Re)producing Competitive Advantage: Workforce Skills and Automobile Multinationals in East Central Europe“, Papier präsentiert auf dem 3rd Graduate Workshop 'Transnational Capitalism', Juni 2011, Florenz.
- Scharpf, F. W. (2000): *Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen, Leske & Budrich.
- Scharpf, F. W./Schmidt, V. A. (Hg.) (2000a): *Welfare and Work in the Open Economy. Vol. I: From Vulnerability to Competitiveness*. Oxford, Oxford University Press.
- (Hg.) (2000b): *Welfare and Work in the Open Economy. Vol. II: Diverse Responses to Common Challenges*. Oxford, Oxford University Press.
- Schmidt, V. A. (2002): *The Futures of European Capitalism*. Oxford, Oxford University Press.
- (2009): „Putting the Political Back into Political Economy by Bringing the State Back In“, *World Politics*, 61(3), 516-546.
- (2010a): „Analyzing Ideas and Tracing Discursive Interactions in Institutional Change: From Historical Institutionalism to Discursive Institutionalism“, *APSA Annual Meeting Paper*, Washington DC, 02-

- 05.09.2010, URL http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1642947 (Zugriff am 29.11.2012).
- (2010b): „Taking Ideas and Discourse Seriously: Explaining Change through Discursive Institutionalism as the Fourth New Institutionalism“, *European Political Science Review*, 2(1), 1-25.
- Schneiberg, M. (2007): „What’s on the Path? Path Dependence, Organizational Diversity and the Problem of Institutional Change in the US Economy, 1900-1950“, *Socio-Economic Review*, 5(1), 47-80.
- Schneider, B. R. (2009): „Hierarchical Market Economies and Varieties of Capitalism in Latin America“. *Journal of Latin American Studies*, 41(3), 553-575.
- Schneider, B. R./Karcher, S. (2010): „Complementarities and Continuities in the Political Economy of Labour Markets in Latin America“, *Socio-Economic Review* 8(4), 623-651.
- Schneider, B. R./Soskice, D./Karcher, S. (2011): „Spielarten des Kapitalismus und Ungleichheit im Globalen Süden: Hierarchische Marktökonomien in Lateinamerika“, in: Wehr, I./Burchardt, H.-J. (Hg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*. Baden-Baden, Nomos, 153-178.
- Schütz, A./Luckmann, T. (2003): *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz, UVK.
- Selwyn, B. (2007): „Labour Process and Workers Bargaining Power in Export Grape Production, North East Brazil“, *Journal of Agrarian Change*, 7(4), 526-553.
- Sewell, W. (2008): „The Temporalities of Capitalism“, *Socio-Economic Review*, 6(3), 517-537.
- Shields, S. (2004): „Global Restructuring and the Polish State: Transition, Transformation, or Transnationalization“, *Review of International Political Economy*, 11(1), 132-154.
- Shire, K./Gottschall, K. (2007): „Understanding Employment Systems from a Gender Perspective – Pitfalls and Potentials of New Comparative Analytical Frameworks“, Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik, *ZeS-Arbeitspapier*, Nr. 5/2007, URL http://www.ssoar.info/ssoar/View?resid_10921&lang_en (Zugriff am 12.12.2011).
- Shonfield, A. (1965): *Modern Capitalism: The Changing Balance of Public and Private Power*. London, Oxford University Press.
- Singer, P. (1995): *Practical Ethics*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Smith, N. (1984): *Uneven Development*. Oxford, Blackwell.
- (2006): „The Geography of Uneven Development“, in: Dunn, B./Radice, H. (Hg.): *100 Years of Permanent Revolution: Results and Prospects*. London, Pluto Press, 180-195.
- (2008): *Uneven Development: Nature, Capital and the Production of Space*. Georgia, University of Georgia Press.

- Soskice, D. (2005): „Varieties of Capitalism and Cross-National Gender Differences“, *Social Politics*, 12(2), 170-179.
- Standing, G. (2011): *The Precariat: The New Dangerous Class*. London, Bloomsbury Academic.
- Starosta, G. (2010): „Global Commodity Chains and the Marxian Law of Value“, *Antipode*, 42(2), 433-465.
- Steinmo, S. (2010): *The Evolution of Modern States*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Storper, M. (1991): *Industrialisation, Economic Development and the Regional Question in the Third World*. London, Pion.
- Storper, M./Walker, R. (1989): *The Capitalist Imperative*. Oxford, Blackwell.
- Streeck, W. (1992): „National Diversity, Regime Competition and Institutional Deadlock: Problems in Forming a European Industrial Relations System“, *Journal of Public Policy* 12(4), 301-330.
- (2009): *Reforming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford, Oxford University Press.
- (2010): „E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism“, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, *MPiFG Discussion Paper*, 10/12, URL http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-12.pdf (Zugriff am 29.11.2012).
- (2011): „Taking Capitalism Seriously: Towards an Institutional Approach to Contemporary Political Economy“, *Socio-Economic Review* 9(1), 137-167.
- Streeck, W./Crouch, C. (1997): „Introduction: The Future of Capitalist Diversity“, in: Crouch, C./Streeck, W. (Hg.): *Political Economy of Modern Capitalism: Mapping Convergence and Diversity*. London, Sage, 1-32.
- Streeck, W./Thelen, K. (2005): „Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies“, in: Streeck, W./Thelen, K. (Hg.): *Beyond Continuity: Institutional Change in Advanced Political Economies*. Oxford, Oxford University Press, 1-39.
- Swedberg, R. (1998): *Max Weber and the Idea of Economic Sociology*. Princeton, Princeton University Press.
- (2003a): *Principles of Economic Sociology*. Princeton, Princeton University Press.
- (2003b): „The Changing Picture of Max Weber’s Economic Sociology“, *Annual Review of Sociology*, 29, 283-306.
- Swedberg, R./Smelser, N. (Hg.) (1994): *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton, Princeton University Press.
- Swyngedouw, E. (1992): „The Mammon Quest: ‘Glocalisation’, Inter-Spatial Competition and the Monetary Order: The Construction of New Scales“, in: Dunford, M./Kafkalas, G. (Hg.): *Cities and Regions in the New Europe*. London, Belhaven Press, 39-67.

- Teschke, B. (2007): *Mythos 1648: Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems*. Münster, Westfälisches Dampfboot.
- Thelen, K. (1999): „Historical Institutionalism in Comparative Politics“, *Annual Review of Political Science*, 2, 369-404.
- (2001): „Varieties of Labour Politics in the Developed Democracies“, in: Hall, P. A./Soskice, D. (Hg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford, Oxford University Press, 71-103.
- (2004): *How Institutions Evolve: The Political Economy of Skills in Germany, Britain, The United States and Japan*. Cambridge, Cambridge University Press.
- (2010): „Beyond Comparative Statics“, in: Morgan, G./Campbell, J./Crouch, C./Pedersen, O./Whitley, R. (Hg.): *The Oxford Handbook of Comparative Institutional Analysis*. Oxford, Oxford University Press, 41-62.
- Thelen, K./Steinmo, S. (1992): „Historical Institutionalism in Comparative Politics“, in: Steinmo, S./Thelen, K./Longstreth, F. (Hg.): *Structuring Politics: Historical Institutionalism in Comparative Analysis*. Cambridge, Cambridge University Press, 1-32.
- Thelen, K./Wijnbergen, C. (2003): „The Paradox of Globalization“, *Comparative Political Studies* 36(8), 859-880.
- Tomlinson, J. (2007): „Employment Regulation, Welfare and Gender Regimes: A Comparative Analysis of Women’s Working-Time Patterns and Work-Life Balance in the UK and the US“, *International Journal of Human Resource Management*, 18(3), 401-416.
- Tömmel, I. (2011): „Transnationalism in European Governance and Policy-Making“, in: Hurrelmann, A./DeBardeleben, J. (Hg.): *Transnational Europe: Promise, Paradox, Limits*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 57-76.
- Trotsky, L. (1972): *The Third International After Lenin*. New York, Pathfinder Press.
- (2004): *Permanent Revolution and Results and Prospects*. London, Wellred Books.
- (2010 [1930–1933]): *Geschichte der Russischen Revolution*. Berlin, Mehring.
- Truman, D. B. (1951): *The Governmental Process: Political Interests and Public Opinion*. New York, Knopf.
- Turner, L. (1991): *Democracy at Work: Changing World Markets and the Future of Labor Unionism*. Ithaca, Cornell University Press.
- van Apeldoorn, B./Drahokoupil, J./Horn, L. (Hg.) (2008): *Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon*. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
- van der Pijl, K. (1998): *Transnational Classes and International Relations*. London, Routledge.

- (2006): *Global Rivalries. From the Cold War to Iraq*. London, Pluto Press.
- van der Pijl, K./Holman, O./Raviv, O. (2011): „The Resurgence of German Capital in Europe: EU Integration and the Restructuring of Atlantic Networks of Interlocking Directorates after 1991“, *Review of International Political Economy*, 18(3), 384-408.
- van Staveren, I. (2010): „Feminist Economics – Setting out the Parameters“, in: Bauhardt, C./Çağlar, G. (Hg.): *Gender and Economics – Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Wiesbaden, VS Verlag.
- Vidal, J. (2002): „International Regimes“, in: Boyer, R./Saillard, Y. (Hg.): *Regulation Theory: State of the Art*. London, Routledge, 108-114.
- Vliegenthart, A. (2010): „Bringing Dependency Back In: The Economic Crisis in Post-Socialist Europe and the Continued Relevance of Dependent Development“, *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 35(2), 242-265.
- Wade, R. H. (1990): *Governing the Market. Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*. Princeton, Princeton University Press.
- (2003): „What Strategies are Viable for Developing Countries Today? The World Trade Organization and the Shrinking of ‘Development Space’“, *Review of International Political Economy*, 10(4), 621-644.
- Wallace, M./Brady, D. (2010): „Globalization or Spatialization? The Worldwide Spatial Restructuring of the Labor Process“, in: McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hg.): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press, 121-144.
- Waylen, G. (1998): „Gender, Feminism and the State – An Overview“, in: Randall, V./Waylen, G. (Hg.): *Gender, Politics and the State*. London, Routledge, 1-17.
- Weber, B./Schmitz, S. (2010): „Wer bietet mehr? Bestimmungsfaktoren der EU-Bankenhilfspakete in der Finanzkrise 2008/2009“, *Kurswechsel*, 1/10, 87-100.
- Weber, M. (2010 [1920]): *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. München, Beck.
- (2009 [1922]): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen, Mohr.
- Weiss, L. (1998): *The Myth of the Powerless State*. Ithaca, Cornell University Press.
- (2010): „The State in the Economy“, in: Morgan, G./Campbell, J./Crouch, C./Pedersen, O./Whitley, R. (Hg.): *The Oxford Handbook of Comparative Institutional Analysis*. Oxford, Oxford University Press, 183-210.
- White, H. (1981): „Where do Markets come from?“, *American Journal of Sociology*, 87(3), 517-547.

- Whitley, R. (1999): *Divergent Capitalisms: The Social Structuring and Change of Business Systems*. Oxford, Oxford University Press.
- (2007): *Business Systems and Organizational Capabilities*. Oxford, Oxford University Press.
- (2010): „Changing Competition in Market Economies“, in: Morgan, G./Campbell, J./Crouch, C./Pedersen, O./Whitley, R. (Hg.): *The Oxford Handbook of Comparative Institutional Analysis*. Oxford, Oxford University Press, 363-398 .
- Wills, J. (1998): „Space, Place, and Tradition in Working-Class Organisation“, in: Herod, A. (Hg.): *Organizing the Landscape*. Minneapolis, University of Minnesota Press, 129-158.
- Wolfson, M. H. (2003): „Neoliberalism and the Social Structure of Accumulation“, *Review of Radical Political Economics*, 35(3), 255-263.
- Wolfson, M. H./Kotz, D. M. (2010): „A Reconceptualization of Social Structure of Accumulation Theory“, in: McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hg.): *Contemporary Capitalism and Its Crises: Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge, Cambridge University Press, 72-92.
- Wood, G./Demirbag, M (2012): „Institutions and Comparative Business Studies“, in: Demirbag, M./Wood, G. (Hg.): *Handbook of Institutional Approaches to International Business*. Cheltenham, Edward Elgar, 3-17.
- Wood, G./Lane, C. (2012): „Institutions, Change and Diversity“, in: Lane, C./Wood, G. (Hg.): *Capitalist Diversity and Diversity within Capitalism*. London, Routledge, 1-31.
- Woolfson, C. (2010): „‘Hard Times’ in Lithuania: Crisis and Discourses of Discontent in Post-Communist Society“, *Ethnography*, 11(4), 487-514.
- World Bank (2012): *Database*, URL <http://search.worldbank.org/data?qterm=exports%20%25%20GDP&language=EN>. (Zugriff am 12.06.2012).
- Wright, E./Dwyer, R. (2006): „The Patterns of Job Expansion in the USA“, in: Wood, G./James, P. (Hg.): *Institutions, Production and Working Life*. Oxford, Oxford University Press, 275-314.
- Zysman, J. (1983): *Governments, Markets, and Growth: Financial Systems and the Politics of Industrial Change*. Ithaca, Cornell University Press.
- (1994): „How Institutions Create Historically Tooted Trajectories of Growth“, *Industrial and Corporate Change*, 3(1), 243-283.

Die Herausgeber

Dr. Ian Bruff, ist Hochschuldozent (*Lecturer*) für Internationale Beziehungen an der Loughborough University, Großbritannien. Er ist Vorsitzender des *Critical Political Economy Research Network* der *European Sociological Association* und Mitglied im Leitungskreis der *European International Studies Association*. In seiner Forschung beschäftigt er sich u.a. mit Neoliberalismus, europäischen politischen Ökonomien und materialistischer Theorie.

Matthias Ebenau, Dipl.-Pol., MA, ist Promotionsstipendiat der School of Politics & IR des Queen Mary College, University of London und assoziierter Forscher an der Universidad Católica de Córdoba, Argentinien. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PERIPHERIE*. Derzeit forscht er insbesondere zu globalen sozio-ökonomischen Ungleichheitsverhältnissen und Nord-Süd-Beziehungen.

Christian May, MA, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Internationale Politische Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er forscht u.a. im Bereich Globale Politische Ökonomie, hier derzeit zum Aufstieg der großen Schwellenländer, sowie zu materialistischer Diskurs- und Kulturanalyse.

Dr. Andreas Nölke ist Professor für Internationale Beziehungen und Internationale Politische Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt und Mitglied im Amsterdam Research Centre for International Political Economy. Seine Forschung konzentriert sich derzeit insbesondere auf kapitalistische Vielfalt jenseits der OECD-Welt und auf die Politik der Finanzialisierung.

Alle Herausgeber und zahlreiche AutorInnen sind Mitglieder der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Die weiteren AutorInnen

Dr. Joachim Becker ist außerordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Dr. Hans-Jürgen Bieling ist Professor für Politische Ökonomie an der Eberhard-Karls-Universität, Tübingen.

Dr. David Coates ist Professor für Anglo-Amerikanische Studien an der Wake Forest University, USA.

Dr. Jan Drabokoupil ist Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und leitender Wissenschaftler (*Senior Researcher*) am European Trade Union Institute, Brüssel.

Dr. Alexander Gallas ist Koordinator des Forschungsprojekts *Combating Inequality* am Institute for International Political Economy der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Dr. Jamie Gough ist Hochschuldozent (*Senior Lecturer*) für Stadt- und Regionalplanung am Institut für Geographie der University of Sheffield, UK.

Dr. Jane Hardy ist Professorin für Politische Ökonomie an der University of Hertfordshire Business School, UK.

Dr. Eva Hartmann ist Post-Doc-Fellow am Kolleg *Global Social Policies and Governance* der Universität Kassel.

Dr. Johannes Jäger ist Professor und Fachgebietsleiter für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule des bfi, Wien.

Dr. Bob Jessop ist Forschungsprofessor für Soziologie sowie Gründungsdirektor des Institute of Advanced Studies an der University of Lancaster, UK.

Dr. Christel Lane ist emeritierte Professorin für Soziologie an der University of Cambridge, UK; dort ist sie auch Fellow des St. John's College.

Dr. Nathan Lillie ist Hochschuldozent (*University Lecturer*) für Sozialpolitik an der Jyväskylän Yliopisto (Universität von Jyväskylä), Finnland.

Julia Lux, MA, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Politische Ökonomie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

Dr. Terrence McDonough ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der National University of Ireland, Galway.

Dr. Martin Myant ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of the West of Scotland, UK.

Ines Wagner, MA, ist Doktorandin an der Jyväskylän Yliopisto, Finnland sowie an der Rijksuniversiteit Groningen, Niederlande; derzeit ist sie *Doctoral Fellow* am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.

Dr. Geoffrey Wood ist Professor für Internationale Betriebswirtschaft an der Warwick Business School, University of Warwick, UK.

AkG – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.



Forschungsgruppe
„Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.)
Die EU in der Krise
Zwischen autoritärem
Etatismus und
europäischem Frühling
2012 – 165 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-898-7

Michael Bruch / Wolfram Schaffar /
Peter Scheiffele (Hrsg.)
Organisation und Kritik
2011 – 282 Seiten – € 29,90
ISBN 978-3-89691-869-7

Alex Demirović/Christina Kaindl/
Alfred Krovoza (Hrsg.)

**Das Subjekt – zwischen
Krise und Emanzipation**
in Zusammenarbeit mit der
Loccumer Initiative
2010 – 176 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-771-3

Eva Hartmann/Caren Kunze/
Ulrich Brand (Hrsg.)
**Globalisierung, Macht
und Hegemonie**
Perspektiven einer
kritischen Internationalen
Politischen Ökonomie
2009 – 272 Seiten – € 24,90
ISBN 978-3-89691-757-7

Alex Demirović (Hrsg.)
Kritik und Materialität
2008 – 168 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-748-5

Jens Wissel/
Stefanie Wöhl (Hrsg.)
**Staatstheorie vor neuen
Herausforderungen**
Analyse und Kritik
2008 – 167 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-747-8

In der Vergleichenden Kapitalismusforschung ist die kritische Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer globalen Vielgestaltigkeit ins Hintertreffen geraten. Dieser Band legt einen Überblick über Debatten des Feldes vor, dokumentiert neoinstitutionalistische Weiterentwicklungen und führt innovative Ansätze aus der kritischen politischen Ökonomie ein, um die analytischen und politischen Defizite aufzuarbeiten.



ISBN 978-3-89691-928-1